

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 2. Dezember 1977

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978

Beratungsgruppe VII: Soziale Verwaltung

Beratungsgruppe XV: Gesundheit und Umweltschutz

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 7040)

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 7040)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (631 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 (713 d. B.)

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe VII: Kapitel 15: Soziales, Kapitel 16: Sozialversicherung

Spezialberichterstätter: Hellwagner (S. 7041)

Beratungsgruppe XV: Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz

Spezialberichterstätter: Kokail (S. 7042)

Redner: Dr. Wiesinger (S. 7043), Dr. Steyrer (S. 7054), Melter (S. 7059), Pansi (S. 7066), Dr. Kohlmaier (S. 7072), Treichl (S. 7077), Dr. Scrinzi (S. 7081), Kunststätter (S. 7089), Dr. Marga Hubinek (S. 7092), Samwald (S. 7095), Meißl (S. 7098), Bundesminister Dr. Weißenberg (S. 7101), Dr. Schwimmer (S. 7108), Steininger (S. 7113), Dr. Halder (S. 7116), Egg (S. 7120), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 7123), Koller (S. 7127), Dr. Pelikan (S. 7129), Kammerhofer (S. 7131) und Dr. Feurstein (S. 7133)

Annahme der Beratungsgruppen VII und XV (S. 7135)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Eduard Moser und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Pädagogische Akademie, Graz Hasner Platz (1507/J)

Dr. Eduard Moser und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend AHS St. Peter, Graz (1508/J)

Dr. Eduard Moser und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Bundesgymnasium Grenadier Gasse, Graz (1509/J)

Dipl.-Vw. Josseck, Dr. Broesigke und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Gerichtsgebäude in Steyr (1510/J)

Peter, Dipl.-Vw. Josseck und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Verkauf des ehemaligen Amtsgebäudes der Bezirkshauptmannschaft Steyr (1511/J)

Dipl.-Ing. Riegler, Deutschmann und Genossen an den Bundeskanzler betreffend unwahre Aussagen von Staatssekretär Schober (1512/J)

Dr. Blenk, Hagspiel und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend das Festspielhaus Bregenz (1513/J)

Dr. Ermacora, Dr. Blenk und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend die Budgetmittel für a.o. Universitätsprofessoren und Universitätsassistenten (1514/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Schwimmer und Genossen (1377/AB zu 1417/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen (1378/AB zu 1385/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Probst**.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Kreisky"

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 72. Sitzung vom 30. November 1977 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Staudinger, Frodl, Wedenig, Pölz, Zingler und Ing. Schmitzer.

Einlauf

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 1377/AB und 1378/AB eingelangt sind.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Meißl, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer **Meißl:**

„An den Präsidenten des Nationalrates

Der Herr Bundespräsident hat am 28. November 1977, Zl. 1001-08/11, folgende Entschliebung gefaßt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ingrid Leodolter innerhalb des Zeitraumes vom 28. November bis 4. Dezember 1977 den Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. Gerhard Weissenberg mit der Vertretung.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Kreisky"

„An den Präsidenten des Nationalrates

Der Herr Bundespräsident hat am 28. November 1977, Zl. 1001-19/2, folgende Entschliebung gefaßt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Verkehr Karl Lausecker am 5. Dezember und 6. Dezember 1977 den Bundesminister für Bauten und Technik Josef Moser mit der Vertretung.

„An den Präsidenten des Nationalrates

Der Herr Bundespräsident hat am 28. November 1977, Zl. 1001-16/20, folgende Entschliebung gefaßt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Willibald Pahr am 7. Dezember und 8. Dezember 1977 den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Josef Staribacher mit der Vertretung.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Kreisky"

Präsident: Ich danke. Dient zur Kenntnis.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Gegenstand der heutigen Verhandlung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (631 und Zu 631 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 samt Anlagen (713 der Beilagen).

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die auf der Tagesordnung stehenden Beratungsgruppen VII Soziale Verwaltung und XV Gesundheit und Umweltschutz des Bundesvoranschlags zusammengefaßt.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (631 und Zu 631 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 samt Anlagen (713 der Beilagen)

Spezialdebatte:

Beratungsgruppe VII

Kapitel 15: Soziales

Kapitel 16: Sozialversicherung

Präsident**Beratungsgruppe XV****Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz**

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe VII ist der Herr Abgeordnete Hellwagner. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Hellwagner:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (631 und Zu 631 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 samt Anlagen, Spezialbericht zu Beratungsgruppe VII, Kapitel 15: Soziales und Kapitel 16: Sozialversicherung.

Der Voranschlag für 1978 sieht bei diesen Kapiteln folgende Ausgaben und Einnahmen vor:

Ausgaben bei Kapitel 15 12 026 204 000 S, bei Kapitel 16 23 397 301 000 S, insgesamt 35 423 505 000 S.

Einnahmen bei Kapitel 15 5 920 547 000 S, bei Kapitel 16 851 004 000 S, insgesamt 6 771 551 000 S.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1977 ergeben sich insgesamt Minderausgaben von rund 1 496 Millionen Schilling und Mehreinnahmen von rund 1 051 Millionen Schilling.

Ausgaben: Von den Gesamtausgaben der „Sozialen Verwaltung“ entfallen auf den Personalaufwand 797 590 000 S oder rund 2,2 Prozent und auf den Sachaufwand 34 625 915 000 S oder rund 97,8 Prozent.

Innerhalb der Gesamtausgaben ergibt sich zwischen den „Gesetzlichen Verpflichtungen“ (einschließlich Personalaufwand) in Höhe von 34 155 486 000 S und den „Ermessensausgaben“ in Höhe von 1 268 019 000 S ein Verhältnis von 96,4 Prozent zu 3,6 Prozent.

Die Gesamtausgaben der „Sozialen Verwaltung“ verteilen sich prozentuell wie folgt: Sozialversicherung 66,1 Prozent, Arbeitsmarktverwaltung 17,4 Prozent, Kriegsopfer- und Heeresversorgung 15,1 Prozent, Sonstiges 1,4 Prozent.

Kapitel 15 „Soziales“, Personalaufwand: Das Mehrerfordernis gegenüber dem Bundesvoranschlag 1977 von rund 65 Millionen Schilling ist hauptsächlich durch generelle Bezugserhöhungen bedingt.

Sachaufwand: Der Nettomehraufwand in Höhe von rund 1 559 Millionen Schilling betrifft

im wesentlichen die Arbeitsmarktverwaltung und die Kriegsopfer- und Heeresversorgung.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Bei Titel 150 „Bundesministerium für soziale Verwaltung“ ergibt sich ein Minderaufwand von rund 50 Millionen Schilling durch die Überstellung des Voranschlages des Reservefonds nach dem ALVG in einen Sonderhaushalt.

Bei Titel 151 „Opferfürsorge“ ist der Mehraufwand in erster Linie durch die Rentenanpassung ab 1. Jänner 1978 mit dem Faktor 1,069 sowie durch Leistungsverbesserungen bedingt.

Bei Titel 152 „Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen“ sind über 6 Millionen Schilling für Leistungsverbesserungen vorgesehen.

Bei Titel 154 „Allgemeine Fürsorge“ ist der Aufwand für Kleinrentnerentschädigung, obwohl auch dieser Personenkreis in den Genuß der allgemeinen Rentenerhöhungen ab 1. Jänner 1978 kommt, aus natürlichen Gründen weiterhin rückläufig.

Für die Unterstützung von Wohlfahrtsorganisationen, die sich insbesondere der Betreuung alter Menschen widmen, sind Mittel in gleicher Höhe wie für 1977 veranschlagt.

Bei Titel 155 „Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung I“ sind vor allem Mehrausgaben von rund 536 Millionen Schilling für Unterstützungsleistungen einschließlich Krankenversicherung sowie von 410 Millionen Schilling für die Überweisung an den Ausgleichsfonds für Pensionsversicherungsträger gemäß § 447 g ASVG berücksichtigt. Der Veranschlagung liegt die Annahme von 35 500 Beziehern von Arbeitslosengeld, 10 000 Beziehern von Notstandshilfe, 32 000 Bezieherinnen von Karenzurlaubsgeld und von 800 Sonderunterstützten im Jahresdurchschnitt zugrunde.

Für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ist etwas mehr als 1 Milliarde Schilling vorgesehen.

Bei Titel 156 „Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung II“ ergibt sich ein Mehrbedarf von rund 40 Millionen Schilling im wesentlichen bei der Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe.

Bei Titel 157 „Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung“ betrifft der Mehraufwand von rund 520 Millionen Schilling fast ausschließlich die Versorgungsgebühren (Rentenanpassung ab 1. Jänner 1978 mit dem Faktor 1,069, Richtsatzerhöhungen und sonstige Leistungsverbesserungen sowie Familienbeihilfenerhöhungen) und die Krankenversicherung der Hinterbliebenen auf Grund des Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes 1977.

7042

Nationalrat XIV. GP - 74. Sitzung - 2. Dezember 1977

Hellwagner

Bei Titel 159 „Verschiedene Dienststellen“ ist der Mehrbedarf unter anderem durch erhöhte Ausgaben infolge Personalvermehrung, die Ausstattung der im Zuge der Generalsanierung des Amtsgebäudes der Wiener Arbeitsinspektorate fertiggestellten Räume und durch die steigenden Kosten der ärztlichen Untersuchungen nach dem Strahlenschutzgesetz bedingt.

Der „Reservfonds nach dem ALVG“ weist in seinem Voranschlag gegenüber 1977 Nettomehrausgaben von rund 195 Millionen Schilling aus, die zur Gänze auf die vorsorgliche Veranschlagung eines Betrages von 200 Millionen Schilling zur Gewährung eines Darlehens an den Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds zurückzuführen sind.

Kapitel 16 „Sozialversicherung“: Der Rückgang der Gesamt-Ausgaben 1978 bei diesem Kapitel gegenüber dem Vorjahresvoranschlag um rund 3,1 Milliarden Schilling erklärt sich durch das Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977, welches durch Maßnahmen – vor allem auf dem Beitragssektor – den Bundesaushalt im Jahre 1978 hinsichtlich der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung entlastet.

In der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, ergriffen die Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Pansi, Melter, Kammerhofer, Maria Metzker, Anton Schlager, Dallinger, Dr. Schwimmer, Pichler, Dr. Wiesinger, Dr. Schranz, Dr. Feurstein, Kunststätter, Dr. Halder und Treichl das Wort. Die aufgeworfenen Fragen wurden durch Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. Weißenberg beantwortet.

Bei der Abstimmung am 24. November 1977 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der in der Beratungsgruppe VII zusammengefaßten Kapitel unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen: Dem Kapitel 15: Soziales und dem Kapitel 16: Sozialversicherung des Bundesvoranschlages für das Jahr 1978 (631 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe XV ist Herr Abgeordneter Kokail. Ich ersuche um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Kokail:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bringe den Spezialbericht zur Beratungsgruppe XV: Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz.

Der Voranschlag für 1978 sieht bei diesem

Kapitel Ausgaben von 1 885 864 000 S und Einnahmen von 182 183 000 S vor.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1977 bedeutet dies Mehrausgaben von rund 272 Millionen Schilling und Mehreinnahmen von rund 48 Millionen Schilling.

Ausgaben: Von den Gesamtausgaben entfallen auf den Personalaufwand 199 021 000 S oder 10,6 Prozent und auf den Sachaufwand 1 686 843 000 S oder 89,4 Prozent.

Das Verhältnis zwischen den „Gesetzlichen Verpflichtungen“ (einschließlich Personalaufwand) in Höhe von 1 176 062 000 S und den „Ermessensausgaben“ in Höhe von 709 802 000 S beträgt 62,4 Prozent zu 37,6 Prozent.

Personalaufwand: Der trotz genereller Bezugserhöhungen verhältnismäßig geringe Mehraufwand von rund 9 Millionen Schilling ist auf die Überstellung der Anteile von Anstaltsbediensteten an Untersuchungsgebühren, Taxen und dergleichen auf den Sachaufwand zurückzuführen.

Sachaufwand: Das Mehrerfordernis beträgt rund 263 Millionen Schilling und erklärt sich vorwiegend durch den steigenden Aufwand für Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz, für vorsorgemedizinische Förderungsmaßnahmen sowie durch die vorerwähnte Überstellung von Personalgebühren.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Bei Titel 170 „Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz“ betreffen allein dreiviertel des Mehraufwandes „Gesetzliche Verpflichtungen“ (Beitragsleistungen an internationale Organisationen sowie Familienbeihilfen). Der restliche Mehrbedarf ergibt sich im wesentlichen durch vermehrte Fachveranstaltungen nationalen und internationalen Charakters.

Bei Titel 172 „Gesundheitsvorsorge“ sind unter anderem 250 Millionen Schilling zur Förderung von Investitionen in Krankenanstalten vorgesehen. Bei den sonstigen Förderungsausgaben liegt der Schwerpunkt wieder bei der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit mit einem Aufwand von 25 Millionen Schilling und der Schaffung zusätzlicher Plätze für die Spitalsausbildung zum praktischen Arzt mit 13 Millionen Schilling. Überdies sind Förderungsmittel zur Krebsbekämpfung in Höhe von 40 Millionen Schilling vorgesehen (2. Teilzahlung auf Grund der Bereitschaftserklärung der Bundesregierung, die Geldmittel, die durch die Spendenaktion „Kampf dem Krebs“ aufgebracht werden konnten, um den gleichen Betrag zu erhöhen; 30 Millionen Schilling wurden heuer im Wege des Budgetüberschreitungsgesetzes

Kokail

1977 als erste Teilzahlung zur Verfügung gestellt).

Im übrigen sind hier die finanziellen Mittel für vorsorgemedizinische Maßnahmen, die Durch- beziehungsweise Fortführung von Impfaktionen und für volksgesundheitliche Aufklärungsmaßnahmen berücksichtigt.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Marga Hubinek, Dr. Scrinzi, Dr. Steyrer, Dr. Wiesinger, Samwald, Vetter, Tonn, Dr. Pelikan, Koller und Steininger.

Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. Weißenberg nahm in Vertretung von Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ingrid Leodolter zu den während der Beratung aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung am 24. November 1977 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe XV unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz des Bundesvoranschlags für das Jahr 1978 (631 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Sollten Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke dem Berichterstatter.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Dr. Wiesinger.

Abgeordneter Dr. **Wiesinger** (ÖVP): Sehr geehrter Präsident! Hohes Haus! Wir bedauern aufrichtig, daß die Frau Bundesminister auf Grund ihrer Erkrankung an unseren heutigen Verhandlungen nicht teilnehmen kann. Ich möchte mir gestatten, ihr im Namen unserer Fraktion die besten Genesungswünsche zu übermitteln. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die gesundheitspolitische Debatte des vergangenen Jahres war ausschließlich von der Finanzierung der österreichischen Krankenanstalten beherrscht. Ich bedaure das, denn ich glaube, daß wir gerade im Spitalswesen auch viele andere Gesichtspunkte mehr in den Vordergrund rücken sollten als ausschließlich die Aufteilung der Gelder und die Verantwortung für die Finanzierung. Trotzdem ist das Faktum vorhanden, und wir müssen uns demnach mit diesen Dingen beschäftigen.

Ich bin als Arzt gewohnt, immer mit Anamnesen zu beginnen, daher gestatten Sie mir, einen kurzen Überblick über den Ablauf der bisherigen

Diskussion über die Entwicklung der Krankenhausfinanzierung in Österreich zu geben.

In der Regierungserklärung 1970 war ein sehr euphorisches und absolut positives Moment enthalten, eine wörtliche Absichtserklärung: „Die Krankenversicherung ist auf eine gesicherte finanzielle Grundlage zu stellen.“

Es ist sehr angenehm, daß der Herr Bundesminister für Soziales heute gleichzeitig auch die Agenden des Gesundheitsministeriums vertritt, daher in diesem Zusammenhang: 1970 versprach man die gesicherte Grundlage der Krankenversicherung, und vor Antritt Ihres Amtes sprachen Sie von der Stunde Null. Ich frage mich, was die Regierung in sechs Jahren getan hat.

Gleichzeitig steht in dieser Regierungserklärung: „Erstellung eines gesamtösterreichischen Krankenanstaltenplanes einschließlich seines Finanzierungskonzeptes in Form eines Mehrstufenplanes.“

1971 war man noch euphorischer und sprach von einer ausgeglichenen Finanzierung des Spitalsbetriebes, der sichergestellt werden muß. Dann hat man sich bei der Regierungsklausur in Bad Vöslau 1972 wieder mit der Gesundheitspolitik beschäftigt und beschlossen, daß ein fünfjähriger Gesundheitsplan – bitte, ich möchte an diesen fünfjährigen Zeitraum erinnern, denn er wird nachher noch eine Rolle spielen – mit einem Ausgabenrahmen von 2,5 Milliarden Schilling erstellt werden soll.

Bei der Regierungsklausur in Linz 1973 erklärte die Regierung, zur Finanzierung der Gesundheitspolitik sollen die Zigaretten um 1 S pro Packung teurer und die Kraftfahrzeugsteuer um 50 Prozent erhöht werden. In der Zwischenzeit sind die Zigarettenpreise insgesamt viermal erhöht worden, und die Kraftfahrzeugsteuer wurde mit 1. Oktober 1976 bis 300 Prozent hinaufgesetzt. Aber von all diesen Mitteln wurde nichts für die Spitäler aufgewendet.

In der Regierungserklärung 1975 ging man noch weiter. Man hat ein Finanzierungsgesetz versprochen, um die Finanzierung der gesamten Krankenanstalten einschließlich der Akutbettenversorgung den jeweiligen Erfordernissen anzupassen und sicherzustellen.

Nun hat es innerhalb der SPÖ bereits seit dem Jahre 1970 eine eigene Spitalskommission gegeben. Der erste Vorsitzende war der ausgezeichnete Bürgermeister von Wien, Herr Slavik.

Dann hat logischerweise die Frau Gesundheitsminister diese Agenden übernommen.

Nun war man aber nicht zufrieden damit und hat im Jahre 1976 bei der Klubklausur im Jänner

Dr. Wiesinger

den Herrn Abgeordneten Sekanina zum Vorsitzenden eines Ausschusses bestellt, der Sanierungspläne für die Spitäler entwickeln sollte.

Anscheinend war der Herr Bundeskanzler nicht nur mit seinem Gesundheitsminister nicht zufrieden, sondern auch mit dem Abgeordneten Sekanina nicht, denn er hat im September 1976 die Verhandlungen über die Spitalsfinanzierung an sich gezogen und erklärt, er wolle diese Sache mit den Landeshauptleuten klären.

Im Anschluß daran, am 18. Oktober 1976, wurde in der „Sozialistischen Korrespondenz“ – und das ist ein unverdächtiger Zeuge – erklärt: „Zum Krankenhauswesen erklärte Kreisky, es gehe nicht an, daß die Länder dort, wo ihre Kompetenzen und damit auch ihre finanzielle Verpflichtung eindeutig klar liegt, das Zahlen an den Bund abzuschieben versuchen.“

Jetzt spricht man von einem zentralen Fonds. Wir werden darauf noch zu sprechen kommen.

Beim 1. Spitalsgipfel am 21. Dezember 1976 wurde der Reigen der Erfindung neuer Steuern begonnen. Ich muß sagen, die Experten der Sozialistischen Partei waren dabei keineswegs phantasielos.

Landeshauptmann-Stellvertreter Salcher hat am 29. Dezember die Einführung einer Länderabgabe, und zwar einer Kopfsteuer, zur Spitalsfinanzierung vorgeschlagen. Dagegen lautete der einstimmige Beschluß der Landeshauptleute-Konferenz: Die Anhebung des Bundeszuschusses auf die bis zum Jahre 1975 geltenden 28 Prozent der Zweckzuschüsse zur Abgangsdeckung und eine Leistung der sozialen Krankenversicherung von 80 Prozent.

Beim Spitalsgipfel am 18. Jänner wurde eine Landesabgabe zur Spitalsfinanzierung vorgeschlagen, wonach zwei Drittel den Ländern direkt für die Krankenhäuser zufließen sollten, während ein Drittel in einen „Bundesinvestitionsfonds“ abgeführt werden sollte.

Jetzt ist hier eine sehr interessante Weichenstellung. Bereits am 18. Jänner 1977 haben Sie, Herr Bundesminister, erklärt, daß alle Mittel der sozialen Krankenversicherung in einen zentralen Fonds einfließen sollen. Wir haben zu diesem Zeitpunkt die Meinung vertreten, daß es keine Finanzierungsnot der Krankenhäuser gibt, sondern eine Nichterfüllung der Verpflichtung der sozialen Krankenversicherung.

Die ÖVP-Bundesparteileitung hat am 17. Februar 1977 erklärt, daß sie eine Lösung der Spitalsfrage ohne neue Belastung der Bevölkerung anstrebt.

Jetzt komme ich zu den Ausführungen meines hochgeschätzten Kollegen Dr. Steyrer. Der Herr

Abgeordnete Dr. Steyrer hat gestern völlig unmotiviert mit der Spitalsdiskussion begonnen. Wenn man das Protokoll durchliest, sieht man, daß er darauf gar nicht vorbereitet war, aber anscheinend meinte die Klubführung, der Angriff sei die beste Verteidigung, und man stellte ganz einfach bei einer allgemeinen Debatte über das Bundeskanzleramt die Spitalsfinanzierung in den Vordergrund, um das Versagen des Herrn Bundeskanzlers von vornherein einmal abzublocken.

Da haben Sie, sehr geehrter Herr Dr. Steyrer, erklärt: „Wenn Sie heute sagen, es gebe eine Spitalsmisere in Österreich, so verdrehen Sie bewußt die Tatsachen.“ – Na, wir verdrehen eigentlich gar nichts, sondern die Misere besteht, und bedauerlicherweise besteht sie sowohl auf dem finanziellen Sektor als auch in den einzelnen Spitälern in einer Art und Weise, daß die Patienten heute das Gefühl haben, daß nicht alles getan wird – ich meine nicht in medizinischer Hinsicht, sondern bezüglich der menschlichen Zuneigung und in der Art des Tagesablaufes.

Und weiters meinte er, Herr Dr. Taus solle mich fragen. Bei uns ist es an und für sich üblich, daß der Bundesparteiboss engsten Kontakt mit dem einzigen Arzt der ÖVP im Parlament hält. Anscheinend ist dies in der Sozialistischen Partei nicht üblich, sonst hätte Sie ja der Herr Bundeskanzler wahrscheinlich gefragt, bevor er am 26. März 1977 folgendes erklärte: Es müßte viel mehr Rationalisierung und Reorganisation in das Spitalswesen kommen, weshalb ein Fonds die entsprechende Kontrollmöglichkeit haben müßte. – Wenn von einer zentralen Stelle Kontrollmöglichkeiten in den Spitälern eingeführt werden, bedeutet das also, daß der Herr Bundeskanzler die Meinung vertritt, daß dort etwas nicht in Ordnung sei, daß dort nach dem Rechten zu schauen sei. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie haben dann, sehr geehrter Herr Kollege Steyrer, noch etwas gesagt, was aus Ihrer Sicht vielleicht berechtigt ist, aber nicht den Tatsachen und den Vorstellungen Ihrer Partei entspricht. Sie haben wörtlich gesagt: „Obwohl also die Regierung keine Verantwortung für die Finanzierung der Spitäler hätte, hat sie die Verpflichtung freiwillig übernommen, und aus diesem großen Maßnahmenpaket, das Sie immer wieder so kritisieren, werden bedeutende Summen für den Spitalsfonds abgezweigt.“

Nun, hochverehrter Herr Dr. Steyrer, ich würde Ihnen empfehlen, das Humanprogramm der SPÖ zu studieren, das von den verschollenen 1400 Experten erarbeitet wurde. Dort steht wörtlich drinnen: „Das Spitalswesen ist eine Gemeinschaftsaufgabe, eine Aufgabe des

Dr. Wiesinger

gesamten Staates." – Und jetzt auf einmal wollen Sie sich davon distanzieren!

Auch in den Regierungserklärungen, die ich vorher zitiert habe, steht ja ganz eindeutig, daß die Regierung die Finanzierung sicherstellen will. Wenn das nicht Ihre Aufgabe wäre, warum schreibt man es dann in eine Regierungserklärung hinein? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir in der Entwicklung der Spitalsgespräche weitergehen, dann sehen wir, daß der Herr Sozialminister mit dem zentralen Fonds einmal eine Leitlinie angegeben hat. Dann ist in einer Analyse festzustellen, daß der Herr Bundeskanzler eigentlich immer verschiedene Formulierungen über den Fonds verwendet hat.

Am 17. Februar war noch die Rede von einem Bundesinvestitionsfonds. Nun, ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ein Bundesinvestitionsfonds, soweit er die Möglichkeit einer überregionalen Koordinierung darstellt, ist sicher ein positives Instrument des gelebten kooperativen Bundesstaates, den man nicht nur bei Festreden in den Mund nehmen, sondern der sich in der Praxis beweisen soll. Daher war dieser Vorschlag eines Bundesinvestitionsfonds für uns absolut eine Diskussionsgrundlage.

Beim Spitalsgipfel am 17. Mai 1977 sprach der Herr Bundeskanzler wörtlich von einer „Koordinierungsplattform“, aber damals wurde bereits angedeutet, daß es ohne zusätzliche Belastung der Bevölkerung nicht gehen wird.

Die Regierung hat das ja schon mehrmals gesagt. Sie haben bei der Regierungsklausur in Linz schon angekündigt, daß die Gesundheit mehr kosten wird, und man werde die Bevölkerung fragen, was ihr die Gesundheit wert sei. Der Abgeordnete Blecha kennt diese Umfrage sicher sehr gut, denn sie war ja ausgezeichnet gemacht. Das Ergebnis war nicht sehr erfreulich, denn die Befragten haben eigentlich alle erklärt: Mehr zahlen wollen wir nicht und können wir nicht, sondern wir wollen die bestehenden Ressourcen im Gesundheitswesen besser ausnützen.

Beim Spitalsgipfel am 10. Juni 1977 war bereits von einer zweckgebundenen Bundesabgabe die Rede. Welche Vorschläge wurden damals gemacht? – Das ist wichtig, um zu erklären, warum es dann im Juni zum Platzen der Verhandlungen gekommen ist. Es standen damals zwei Vorschläge im Raum:

Der Bundeskanzler meinte damals, daß eine ähnliche Konstruktion wie beim Katastrophenfonds sicher eine Möglichkeit wäre, für die Spitäler Geld aufzutreiben. Das hätte einen Zuschlag zur Lohnsteuer bedeutet. Der zweite

Vorschlag war die Einführung einer Autosondersteuer.

Diese zweckgebundenen Bundeseinnahmen sollten in einen Fonds, damals, am 10. Juni, hieß er noch „Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds des Bundes“, einfließen. Das ist sicher kein schönes Wort, aber der Geist war doch der, daß man ein Instrument, eine Plattform der Zusammenarbeit schaffen wollte.

Herr Kollege Steyrer, um wieder auf Sie zurückzukommen, weil Sie dem Bundesparteiobmann Dr. Taus unterstellt haben – ihn sozusagen als wirtschaftliches Dummerl hingestellt haben –, er meine, mit Einsparungen allein könne man die Spitalsfinanzierung lösen ... *(Abg. Blecha: Das hat er nicht gesagt! Das sagen Sie jetzt!)* Man kann das auslegen, wie man will, aber wenn Sie das Protokoll nachlesen, dem war das wohl eindeutig so zu entnehmen. Denn wenn er dann Diagnosen stellte, über die ich mich noch unterhalten werde, „schizoid“ und so ähnlich, so war ja mehr als deutlich, in welche Richtung das geht.

Damals hat die ÖVP gesagt, daß man den Kostenanstieg, meine sehr geehrten Damen und Herren, einbremsen muß, weil wir es uns auf die Dauer nicht leisten können, daß per anno zwischen 30 und 40 Prozent Zunahmen der Ausgaben in den Krankenanstalten bestehen. Wir haben gesagt, wir wollen eine Einbremsung dieser Kosten in der Größenordnung von etwa 12 Prozent, und zwar bei gleichzeitiger Rationalisierung innerhalb der Spitäler. Die Finanzierung dieser Ausgaben hat über jene Einnahmen zu erfolgen, die ja von der Regierung immer wieder dafür deklariert und kassiert wurden.

Am 15. Juni 1977 erklärte der Herr Bundeskanzler – und das ist jetzt die politische Frage –: Die ominöse neue Spitalssteuer kommt nur, wenn die ÖVP zustimmt. Wenn der Bund erklärt, die Last der Verantwortung für eine Spitalsabgabe zu übernehmen, so kann das nur unter Mitwirkung und Mitverantwortung der Bundesländer geschehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das wäre das erste Mal, daß die Bundesregierung die Länder befragt, ob sie neue Steuern einführen darf oder nicht, beziehungsweise daß sie ihre moralische Abdeckung durch die Länder braucht. Denn es sind viele, viele Steuern hier im Haus mit Ihren Stimmen beschlossen worden, bei denen man sich keinen Deut darum geschert hat, was die Bundesländer zu diesen Abgaben sagen! *(Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Samwald: Die Bundesländer sind froh!)*

Aber, Herr Kollege, Sie sind ja zu spät dran. Auch die sozialistischen Bundesländer sind nicht zufrieden. Warum haben denn beim

7046

Nationalrat XIV. GP - 74. Sitzung - 2. Dezember 1977

Dr. Wiesinger

letzten Spitalsgipfel die Vertreter der drei sozialistischen Bundesländer, an der Spitze der Parteivorsitzende-Stellvertreter Gratz, diesen Vorschlag der Bundesregierung abgelehnt? Ja wo ist denn die Erklärung dafür? (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Wenn sie so zufrieden gewesen wären, dann hätten sie ja das mit offenen Händen aufnehmen müssen und der Herr Stadtrat Mayr hätte nicht offen sagen müssen, daß dieser Vorschlag keine Lösung darstellt. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP. - Zwischenruf des Abg. Samwald.*)

Herr Kollege Samwald! Wann werden Sie endlich aufhören, 1966 bis 1970 zu zitieren? Ist Ihnen das nicht schon langweilig? Das ist ja doch schon längst vergessen.

Am 12. Juli - und das ist ein sehr wichtiges Datum - kam es wieder zu einer Spitalsverhandlung. Damals hat uns der Herr Bundeskanzler vor die Alternative gestellt: Entweder wir stimmen einem zentralen Fonds zu und die Bundesländer tragen die politische Verantwortung für eine neue Steuer, oder es gibt keine Lösung!

Um hier keine Legendenbildungen aufkommen zu lassen: Hier in diesem Haus ist der Herr Bundeskanzler in den Couloir der ÖVP gekommen und hat mich klar gefragt: Werden Sie jetzt dieser neuen Steuer zustimmen - ja oder nein? Und ich mußte ihm damals im Namen unserer Partei erklären, daß wir einer neuen Belastung der Bevölkerung nicht zustimmen werden und daß wir keinem Fonds mit dirigistischen und zentralen Planungskompetenzen unsere Zustimmung geben können, aus grundsätzlichen Überlegungen heraus. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das war der Grund, daß der Herr Bundeskanzler Kreisky wörtlich erklärt hat: Nehmen Sie zur Kenntnis, damit sind die Verhandlungen abgebrochen.

Wir haben das zur Kenntnis genommen. Heute wissen wir, wie richtig es gewesen ist, daß wir uns nicht in eine Spitalssteuer haben einbinden lassen. Denn das wäre das Trojanische Pferd gewesen, durch das wir die gesamte politische Verantwortung für dieses 2. Abgabenänderungsgesetz, für diese Belastungswelle mitzutragen gehabt hätten. Das war der Versuch, über die Finanzierung der Spitäler die Opposition in eine neue Belastungswelle einzubinden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Im Sommer ging es im Bereich der Spitalsfinanzierung eher lustig zu, nämlich in der Sozialistischen Partei. Mein hochgeschätzter Kollege Dr. Steyrer meinte: Das ist notwendig in einer Partei, um zu einer Meinungsbildung zu kommen. Es sind aber nur die obskuren

Vorschläge für neue Steuern gekommen. Kreisky sagte: Autosteuer ja. Androsch sagte: Autosteuer nein. Androsch schlägt Selbstbehalt für den Spitalsaufenthalt vor. Weißenberg und Leodolter sagten: Um Gottes willen, kein Selbstbehalt. Kreisky erklärte: Das persönliche Unglück ist schon groß genug, da kann man den Leuten doch nicht auch noch Geld wegnehmen. Der Salcher hat wieder gesagt: Eine Energieabgabe soll man einführen.

Also eine Vielfalt von Vorschlägen, wie man Geld auftreibt. Das ist an und für sich nichts Neues; das gab es in der Geschichte schon, daß den Mächtigen immer wieder neue Möglichkeiten einfielen, den Staatsbürgern das Geld wegzunehmen.

Die Regierung war auf Grund ihrer tristen Budgetsituation gezwungen, irgendwo neue Mittel aufzutreiben. Dann hat man am Kahlenberg nicht den Entsatz von Wien beschlossen, sondern die Belastung der Österreicher.

Natürlich kamen auch über die Luxussteuer neue Mittel herein, die bitte - und das muß man klar und deutlich sagen - nach dem Finanzausgleichsgesetz den Ländern zustehen. Den Ländern zustehen! Es hat nicht die Regierung etwas verschenkt, verteilt oder sonst irgendwas gemacht, sondern das sind Mittel, die im Finanzausgleich den Ländern rechtlich und moralisch zustehen.

Trotzdem haben die Länder erklärt: Jawohl, wir sind bereit, einen Teil von diesen Geldern für die Spitäler aufzuwenden!, weil sie ja unbestritten bereits bis jetzt die Mehrbelastung für das Spitalwesen tragen und daher bereit sind, auch weiterhin die Verantwortung zu übernehmen. Nur die Koppelung mit einem zentralen Fonds, meine sehr geehrten Damen und Herren, war der Punkt, an dem der Herr Bundeskanzler die Sache überreizt hat. Hier sind selbst die sozialistischen Landeshauptleute und auch die sozialistischen Landesfinanzreferenten nicht mit der Regierung mitgegangen. Diese tiefgreifende Kluft, daß der stellvertretende Parteivorsitzende der SPÖ sich gegen den SP-Vorsitzenden und Bundeskanzler querlegt, daß hier ein echter Clinch zwischen den sozialistischen Landeshauptleuten und der sozialistischen Bundesregierung besteht, ist vielleicht auch ein schizoides Verhalten. Aber vielleicht bestehen auch in der SPÖ Zeiten der Erinnerungslücken.

Jetzt kommt wieder der Herr Sozialminister ins Spiel. Ich habe schon erzählt, daß bereits am 18. Jänner 1977 Minister Weißenberg erklärt hat: Die Mittel der Krankenversicherung kommen in einen zentralen Fonds. Plötzlich liegt nun ein neues Papier über den zentralen

Dr. Wiesinger

Krankenanstaltenfonds vor. Bei genauer Durchsicht dieses Papiers kommt einem das sehr bekannt vor. (*Abg. Pansi spricht mit Bundesminister Dr. Weißenberg.*) Entschuldigen Sie, Herr Kollege Pansi! Vielleicht könnte man das ein bisserl später besprechen, ich möchte den Herrn Minister Weißenberg darauf ansprechen. Er wird mir dann nachher leichter antworten können, wenn er mir zuhört. (*Zustimmung bei der ÖVP. - Abg. Pansi: Entschuldigen Sie, daß ich Ihre Bedeutung unterschätzt habe!*) Aber das ist doch billig. Wir sind ja hier, um zu diskutieren. Wenn der zuständige Herr Minister nicht zuhört, weil er von Ihnen „beschäftigt“ wird, so ist das ja sehr schwer; das Protokoll kriegt er nicht so schnell. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Hier spielt ja der Herr Sozialminister eine entscheidende Schlüsselrolle. Plötzlich kommt er wieder mit einem Vorschlag aus dem Jahre 1967 oder 1968, mit dem damals bereits vom Hauptverband vorgeschlagenen „zentralen Fonds“. Wenn man die Papiere vergleicht: Wie gleichen sich die Gesichter! Jetzt versucht man wieder, all das, was man zehn Jahre hindurch nicht erreicht hat, mit der Pression der finanziellen Aushungerung der Länder durchzusetzen.

Da gehen wir nicht mit! Wir werden Ihnen keine Mauer machen, um das österreichische Gesundheitswesen zu zentralisieren und zu verbürokratisieren! (*Zustimmung bei der ÖVP. - Zwischenruf des Abg. Haas.*) Das können Sie ja machen, wenn Sie glauben, daß es notwendig ist.

Es ist nur eines frappant bei der ganzen Angelegenheit: Daß der Herr Bundeskanzler jetzt in einer Situation ist, weshalb er im Juni die Gespräche abgebrochen hat. Er hat erklärt: Die Mitverantwortung der ÖVP ist Voraussetzung für eine neue Belastung. Zweitens: Eine Übergangslösung kommt für ihn überhaupt nicht in Frage, sondern es muß eine langfristige sein. Er sagte wörtlich, die Zeit der Provisorien sei vorbei, man müsse nun im Spitalsbereich Lösungen für eine länger dauernde Periode finden.

Was war der letzte Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers? - Daß man eine Lösung für ein Jahr trifft, meine sehr geehrten Damen und Herren. Für ein Jahr! Das sind die längerfristigen Lösungen des Herrn Bundeskanzlers.

Ich habe an und für sich nicht vorgehabt, mich jetzt noch weiter in die Detaildebatte einzulassen, vor allem auf Grund der Abwesenheit der Frau Bundesminister, aber Herr Kollege Steyrer zwingt mich, hier noch einige Dinge zu sagen.

Sie sagten gestern in Ihrer Rede: „Ich möchte Ihnen gleich auch etwas sagen: Sie haben in der

Begründung des Mißtrauensantrages ...“ Sie wissen, der berühmte Mißtrauensantrag vom 4. November, bei dem wir erklärt haben: Durch die Übernahme der Verantwortung durch die Sozialistische Partei ist nicht mehr die Frau Gesundheitsminister für die Fehlentwicklung in der Gesundheitspolitik verantwortlich und haftbar zu machen, sondern ausschließlich die gesamte Sozialistische Partei. Bei diesem Mißtrauensantrag haben wir gesagt, „sie hätte zu wenig Kompetenz in diesem Ministerium, und kaum geht es einmal so wie bei diesem zentralen Fonds um eine geringe Ausweitung der Kompetenzen des Gesundheitsministeriums, sind Sie die ersten, die dagegen stimmen.“

Herr Kollege Dr. Steyrer! So ist das ja gar nicht. Was bedeutet denn eine Einführung eines zentralen Fonds mit einer genauen Lenkungs-kompetenz? Der Herr Bundesminister Weißenberg hat es in Vorarlberg ja ganz deutlich gesagt: Wir wollen ein Lenkungsinstrument für die Spitäler. Ich achte seine Ehrlichkeit. 1968 hat er es gesagt. Er sagt es zehn Jahre später wieder. Das ist konsequente sozialistische Politik. Das ist richtig. Aber wir wollen keine zentrale Lenkungs-kompetenz, denn wir glauben, daß die Zukunft im Gesundheitswesen in der Dezentralisierung und nicht im Zentralismus liegt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Steyrer! Sie sehen nur die vertikale Kompetenzverschiebung, aber Sie haben kein Wort von der horizontalen Kompetenzverschiebung gesprochen. Natürlich kann man sich überlegen, welche Kompetenz in Zukunft zweckmäßiger auf Bundesebene und auf der anderen Seite wieder mehr von den Ländern vertreten wird, nur darf das keine Einbahnstraße sein, sondern das ist ein Entwicklungsprozeß, den man überlegen, durchdenken und analysieren muß.

Aber im horizontalen Bereich hat es einen Antrag gegeben. Den haben Sie leider vergessen. Ich darf ihn Ihnen vorlesen.

Nicht wir waren es, die die vermehrten Kompetenzen verlangt haben, sondern das war die Freiheitliche Partei. Wir haben grundsätzlich natürlich zugestimmt. Und da hat das Parlament beschlossen, und zwar am 4. November 1976:

„Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat einen Bericht vorzulegen, der darlegt, welche gesetzgeberischen Maßnahmen erforderlich wären, um das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz mit vermehrten Kompetenzen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und des Umweltschutzes auszustatten, welche Möglichkeiten in dieser Richtung vorhanden sind und welche Initiativen in diesem Zusammenhang beabsichtigt sind.“

Dr. Wiesinger

Nach einem Jahr sollte man eigentlich erwarten, daß eine Bundesregierung imstande ist, dem Parlament einen Bericht vorzulegen. Aber das ist eben die Einstellung dieser Bundesregierung, daß hier zwar Entschließungsanträge gefaßt werden, daß man aber das ganz einfach dann dem Vergessen anheimfallen läßt. Wir haben ja noch einige Berichte offen: den Umweltschutzbericht, die Berichte über die Zusammenfassung der Rechtslage im Umweltschutz. Das wird einmal beschlossen, und Sie glauben, wir werden darauf vergessen: Nein, wir werden nicht darauf vergessen!

Ich kann die Frau Bundesminister leider heute nicht befragen, aber der Herr Sozialminister hat uns im Ausschuß erklärt: Darüber kann man jetzt noch gar nichts sagen.

Es wäre zweckmäßig, daß wir ein Jahr nach dieser Beschlußfassung endlich einmal wissen: Wohin geht der Zug? Wo will man denn hier in vertikaler Richtung und in horizontaler Richtung eine Kompetenzverschiebung machen?

Also ich glaube, sehr geehrter Herr Kollege Steyrer, es wäre sehr zweckmäßig, wenn Sie innerhalb Ihrer Partei vielleicht mit dem Herrn Klubobmann sprechen, weil Sie als Parlamentarier ja ein Anrecht darauf haben – Sie sind genauso Parlamentarier wie ich und stehen einer Bundesregierung als Exekutive gegenüber –, daß Ihnen die Bundesregierung auf hier gefaßte Beschlüsse eine Antwort gibt. Ich bin gerne bereit, Sie dabei zu unterstützen.

Und jetzt muß ich mich mit einer Frage auseinandersetzen, die an und für sich nicht hierhergehört, aber da sie gestern angerissen wurde, ist es eine Frage der Fairneß und vor allem der Korrektheit, in dieser Situation darüber zu sprechen. Ich wollte mich mit der Ärzteprotestversammlung in der Hofburg hier nicht beschäftigen, weil das eine standespolitische Angelegenheit ist und sich das Hohe Haus dem Grunde nach damit nicht zu befassen hat.

Herr Kollege Steyrer! Ich kenne Sie lang genug und weiß, daß Sie nicht bewußt falsche Aussagen machen. Es wäre aber zweckmäßig gewesen, sich zu erkundigen, wer denn der Veranstalter dieser Versammlung in der Hofburg war.

Sie haben behauptet: die Vereinigung österreichischer Ärzte, der ärztliche Appendix der Österreichischen Volkspartei. – Dazu auch nur ein Wort: Bei uns in der Österreichischen Volkspartei sind die Ärzte kein Appendix, sondern sie sind ein tragendes Element unserer Gesundheitspolitik! (Beifall bei der ÖVP.)

Und Sie meinten, die Vereinigung österreichischer Ärzte habe hier, um der ÖVP Schützen-

hilfe zu leisten, eine Versammlung gemacht. Bitte, erkundigen Sie sich beim Wiener Kammerpräsidenten, mit dem ich heute in der Früh noch gesprochen habe: Veranstalter dieser Versammlung in der Hofburg war die Österreichische Ärztekammer als Kammer öffentlichen Rechtes und nicht eine politische Vereinigung! (Beifall bei der ÖVP.)

Es stimmt also nicht, daß eine kleine Gruppe von Ärzten den Nationalfeiertag dazu mißbraucht hätte, um Politik gegen die Regierung zu betreiben.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Dort wurde eine sehr deutliche Sprache gesprochen, die mir auch nicht ganz gefallen hat; ich sage das. Aber uns jetzt zu unterstellen, daß wir hier im Trüben fischen und unser parteipolitisches Süppchen kochen wollen, das stimmt nicht, wie Sie erkennen, wenn Sie die Rede des Herrn Präsidenten Piaty genau analysieren.

Denn hier steht wörtlich – und das haben Sie ja noch zitiert –: Wir betreiben keine Geschäfte irgendeiner Partei, auch nicht der Opposition.

Aber dann geht es ja weiter: Wir müssen unsere Anliegen selbst in die Hand nehmen. – Selbst in die Hand nehmen! Nicht die Österreichische Volkspartei wurde hier aufgefordert, die Interessen der Ärzte zu vertreten, sondern sie wollten das von sich aus machen. Daher sind wir nicht diejenigen, die dort eine parteipolitische Versammlung gemacht haben. Wenn wir das wollten: Wir wären sicher imstande gewesen, auch eine solche Versammlung abzuhalten, aber wir waren es halt nicht!

Und weiters unterstellen Sie dem Herrn Präsidenten Dr. Piaty, daß er hier so unschwerflich zu illegalen Dingen aufgefordert habe. Sie haben den Abgeordneten Neisser in dieser Frage angesprochen. Und was steht denn da drinnen? – Wir werden alle Möglichkeiten im Rahmen des Legalen bis zum Steuerstreik prüfen.

Prüfen! Das, bitte, ist etwas, was jeder Staatsbürger in Österreich machen kann, nämlich daß er Dinge prüft. (Abg. Mühlbacher: Eine öffentlich-rechtliche Körperschaft ruft zum Steuerstreik auf!) Herr Kollege Mühlbacher, Sie haben bei dieser Sache das wenigste Recht mitzureden, denn Sie waren derjenige, der bei der Abschreibung der Autos den Ärzten mit seiner Intervention am meisten geschadet hat! (Zustimmung bei der ÖVP.) Si tacuisses, philosophus mansisses! Hätten Sie sich in die Sache nicht eingemischt, würden wir heute in dieser Frage besser dastehen. (Abg. Mühlbacher: Weil Sie das nicht verstehen! Sie wollen es überhaupt nicht verstehen! Sie wollen nur politisch ...!) Dann gehen Sie einmal mit mir

Dr. Wiesinger

hinaus, gehen wir in Versammlungen zu den Ärzten! Fragen wir die Leute, was sie von Ihrer Aktivität halten! Dann werden es Ihnen die Betroffenen sagen! Nicht die Politik im kleinen Kämmerlein ist es. *(Abg. Dr. Koren: Keine Ahnung! - Abg. Dr. Gruber: Wenn man sich eh schon einmal blamiert hat, soll man hinten sitzen bleiben! - Zwischenruf des Abg. Libal. - Abg. Dr. Schwimmer: Haben Sie irgendwo gelauscht, Herr Libal?)*

Und jetzt kommt etwas, das ich ganz einfach beantworten muß. Noch einmal. *(Zwischenrufe der Abgeordneten Libal, Dr. Schwimmer und Dr. Gruber. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen. - Abg. Dr. Fischer: Jetzt lassen wir den Wiesinger wieder reden!)*

Wie gesagt: Ich wollte diese Sache hier nicht zur Sprache bringen, aber Sie wollten von mir Antworten haben. Und Sie haben geglaubt, Sie bekommen sie nicht. Denn Sie haben wörtlich laut Protokoll gesagt: Ich habe einige spezielle Fragen auch an Sie. Ich bin mir klar, daß Sie als Abgeordneter diese Frage, die ich Ihnen hier konkret im Gefolge der Rede des Dr. Piaty gestellt habe, nicht beantworten werden, nicht beantworten wollen.

Stimmt nicht! Wir werden sie beantworten und wir wollen sie beantworten, denn Sie haben ein Recht darauf, wenn Sie als Abgeordneter im Parlament an uns eine Frage richten, daß Sie eine Antwort bekommen, eine korrekte Antwort.

Sie haben also die Antwort haben wollen auf jene Maßnahmen, die der Herr Dr. Piaty vorgeschlagen hat: Frage der Subventionen und so weiter. Ich möchte sie jetzt nicht - aus zeitökonomischen Gründen - wieder vorlesen, das haben Sie ja getan, nur bitte: Auch hier wieder korrekte Zitate!

Er hat ja nicht gesagt, daß er, Dr. Piaty, niemand anderer, diese Dinge abschaffen will, sondern er meinte, daß diese Ausgaben den Staat systematisch überfordern und sich nunmehr ein weites Feld für Ausgabenreduktionen darstelle.

Das heißt, man soll darüber diskutieren. Und ich glaube, es ist das gute Recht jedes aktiven Österreicher, der in der Politik engagiert ist, daß er sich die bedrohlichen Situationen des Staates überlegt.

Er hat ja vorher gesagt, das, was Sie mit dem 2. Abgabenänderungsgesetz machen, sei keine Sanierung, das sei vielleicht erst ein Anfang. Daß es dabei nicht bleiben kann, liegt auf der Hand.

Dann haben Sie die Subventionen angezogen und gemeint, ob denn unsere Agrarier damit einverstanden wären, wenn man die Subventio-

nen mit 12,5 Milliarden Schilling und damit auch die Landwirtschaftssubventionen streichen würde.

Herr Kollege Steyrer, davon war ja nicht die Rede. Es war aber von etwas ganz anderem die Rede. Der Herr Dr. Piaty hat es ja angeführt, und das möchte ich jetzt zitieren.

Er meinte bei den Subventionen unter anderem: Da gibt es den Herrn Nenning. - Vorgestern ist erklärt worden, man dürfe über jemanden, der nicht hier ist und der sich nicht verteidigen kann, nicht reden. Piaty ist auch nicht hier, und daher können wir genauso, wie man über Piaty spricht, sehr leicht über den Herrn Nenning sprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich zitiere wörtlich, und das ist ganz interessant. - Wo ist denn der Herr Kollege Mühlbacher? Das ist schade, daß er jetzt nicht da ist, aber ich werde es ihm dann vielleicht schicken. *(Zwischenrufe.)*

Da steht: Da gibt es den Herrn Nenning, merkwürdigerweise noch immer Präsident der Journalistengewerkschaft. Und darauf wurde auch vorgestern Bezug genommen: Ein Mann, der so lang die Journalisten vertritt, muß ja ein großes Maß an Vertrauen haben. Na Sie wissen ja ganz genau, daß in der Journalistengewerkschaft nicht nur Journalisten vertreten sind, sondern daß auch andere Berufsgruppen drinnen sind. Daher ist das ein übergeordneter Begriff, und ich weiß nicht, ob der Herr Präsident Nenning heute noch das Vertrauen der Journalisten hat. Aber das mag dahingestellt sein.

Da steht also weiter: ... merkwürdigerweise noch immer Präsident der Journalistengewerkschaft und Club 2-Gastgeber mit 12 000 S pro Sendung. Ein unermüdlicher Kämpfer einer Umwandlung dieser Gesellschaft in eine Gesellschaft der Gleichen.

Und der schreibt in einem Brief an die Jungunternehmer folgendes, und alle Wirtschaftstreibenden hier und in Österreich mögen gut aufpassen:

Wir halten euch also am Leben, ihr aber zahlt natürlich einen Preis dafür. Der Preis ist euer allmählicher sanfter Tod, die schleichende Sozialisierung. Sozialdemokratie ist die Euthanasie eures Wirtschaftssystems. Selber nicht mehr lebensfähig, angewiesen auf uns als Ordnungs- und Planungsfaktor, aber nützlich und nötig noch eine ganze Zeit. Zwecks friedlichen menschlichen Übergangs dürft ihr noch ein Stück des Weges mit uns gehen.

Das ist der Herr Nenning, und diese Subventionen hat Piaty gemeint. Da schließe ich mich vollinhaltlich an, daß wir für eine derartige Schreibweise nicht unsere Steuergelder ausgeben wollen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Denn

7050

Nationalrat XIV. GP - 74. Sitzung - 2. Dezember 1977

Dr. Wiesinger

nur das dümmste Kalb wählt sich den Schlächter selbst aus.

Jetzt höre ich, uns sei vorgeworfen worden, wir hätten durch die dringliche Anfrage den Sympathisanten und der Terrorszene Publizität verschafft. Stimmt das? Ich weiß es nicht. Aber vielleicht wissen es die Herren von der sozialistischen Fraktion, vielleicht weiß es der Herr Abgeordnete Blecha.

Nächste Woche soll im „Club 2“ eine Diskussion über die Sympathisanzszenen stattfinden. Das ist ja die konsequente Fortsetzung dieser Politik in FS 2. Wer war denn dort und hat Vertreter der Terroristen und Angehörige der Terroristen eingeladen, die dann die Möglichkeit gehabt haben, an Publizität zu gewinnen? Waren wir das? Nein, das war Ihr Herr Kreuzer, der nicht uns zuzurechnen ist. Und das nehmen Sie auch einmal zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, jeder, der die „Staatsoperette“ gesehen hat, weiß, was sich hier abspielt. Daß Sie, Kollege Steyrer, diese Tendenz sicher nicht vertreten, weiß ich schon. Aber Sie werden sie nicht aufhalten können. Hier wird eine Saat gestreut, die aufgehen wird. Diese Saat werden möglicherweise wir, vor allem aber unsere Kinder noch zu bekämpfen haben. Wehret den Anfängen – das sage ich hier –, wehret den Anfängen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Ich glaube, daß wir zwar in einer sehr kritischen politischen Situation stehen, daß die wichtige Lösung des Spitalsproblems weiter denn je von uns entfernt ist, aber ich bin doch der Überzeugung, daß anläßlich einer Budgetdebatte auch die geistige Auseinandersetzung im Grundsätzlichen zu erfolgen hat.

Ich möchte mich nach dieser Abhandlung der aktuellen Tagesproblematik einem Thema zuwenden, das mir sehr am Herzen liegt: Wie stellen wir uns die zukünftige Entwicklung unseres Gesundheitswesens vor?

Wir stehen heute vor der Situation, daß wir zwei Formen haben, und zwar den sozialen Rechtsstaat und den Wohlfahrtsstaat.

Der moderne Mensch der postindustriellen Massengesellschaft fordert zunehmend staatliches Handeln zur Sicherung existentieller Bedürfnisse, die er individuell nicht mehr zu befriedigen vermag. Aus der „Freiheit vom Staat“ im liberalen Rechtsstaat ist die „Freiheit im Staat“ geworden. Das heißt – wie es Wartburg 1975 formuliert hat –, daß die optimale Wahrnehmung individueller Freiheiten überhaupt erst durch die staatliche Voraussicht, Planung und Gestaltung möglich wird.

Aber das ausgewogene Verhältnis von Rech-

ten und Pflichten des einzelnen im sozialen Rechtsstaat, von individuellem und staatlichem Handeln gerät jedoch dann ins Wanken, wenn der Staat zunehmend sowohl den Schutz der Gesellschaft als auch des einzelnen durch rechtliche Normen zu gewährleisten trachtet und damit – und das ist das Gefährliche daran – individuelle Handlungs- und Freiheitsspielräume einengt.

Bentham formuliert, daß das Ergebnis letztlich ein Wohlfahrtsstaat ist, dessen Ziel das größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl ist. Röpke geht noch weiter und sagt: Der Staat wird zu einer großen Fiktion, mit deren Hilfe jedermann sich auf Kosten von jedermann zu bereichern beabsichtigt. Nach diesem Staatsverständnis trägt logischerweise allein der Staat die Verantwortung für die Gesundheit seiner Bürger.

Dieses Zitat stammt von dem deutschen sozialdemokratischen Vorsitzenden des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit und ist deckungsgleich – deckungsgleich! – mit dem bekannten Satz von Julius Tandler, auf dem ja letztlich die Gesundheitspolitik der Sozialisten beruht, nämlich daß die Gesundheit nicht Privatsache sei.

Genau an dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung scheiden sich die Geister bei der Durchführung der gesundheitlichen Versorgung unserer Mitbürger. Ich behaupte, daß uns nicht zuletzt dieses Dogma in die gesundheitspolitische Situation geführt hat, die weder von Patienten noch von Ärzten als befriedigend angesehen wird. Nach diesem Prinzip nimmt nämlich letztlich der Staat dem einzelnen die Verpflichtung und die Eigenverantwortlichkeit seines Handelns ab und begründet eine umfassende Normierungskompetenz des Staates.

Der soziale Rechtsstaat hingegen berücksichtigt und fördert – fördert! – die Fähigkeit des einzelnen zu eigenverantwortlichem Handeln und greift nur insoweit in die personalen Freiheitsräume ein, als übergeordnete Gemeinschaftswerte dies nach Abwägung aller faktischen Umstände erfordern.

Klassischer, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann das Prinzip der Subsidiarität gar nicht zur Anwendung kommen.

Wenn man den Problemerkatalog zum neuen SPÖ-Parteiprogramm zur Hand nimmt, so steht im Kapitel Gesundheit als erster Satz: „Gesundheitspolitik ist als ein Teil der Gesellschaftspolitik zu verstehen.“

Ich teile diese Auffassung ganz eindeutig, bin vollinhaltlich damit einverstanden und behaupte sogar, daß es überhaupt gar keinen anderen Bereich gibt, in dem deutlicher zum

Dr. Wiesinger

Ausdruck kommt, wo die Positionen der einzelnen großen Parteien sind.

Es wird in dem Abschnitt des Problemkatalogs der „etablierten bürgerlichen Medizin“ – das ist so das Soziologendeutsch der Linken – der Vorwurf gemacht, daß sie durch eine Individualisierung des Krankheitsproblems als persönliches Unglück oder privaten Schicksalsschlag die Aufdeckung des Zusammenhanges zwischen Krankheit und gesellschaftlicher Umwelt verhindere.

Als logische Konsequenz dieser Analyse wird in den Lösungsperspektiven daher verlangt: „Gesellschaftspolitische Anerkennung des sozialen Grundrechtes des Menschen auf Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit.“

Das ist nicht neu. Sie, Kollege Steyrer, haben ja auch Victor Adler zitiert, der 1902 erklärt hat: „Jeder Mensch in diesem Land hat das Recht auf Gesundheit.“

Sehen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, genau hier liegt die utopische Fehlleistung, der utopische Trugschluß der gesamten ideologischen Grundlagen Ihrer Gesundheitspolitik, denn es gibt kein Recht auf Gesundheit. Es gibt kein Recht auf Gesundheit! Ich sage das ganz ausdrücklich, denn jede Krankheit ist primär ein Problem des einzelnen. Die Schicksalshaftigkeit des Krankheitsfalles ist naturgegeben. Genauso wie nicht alle Menschen gleich sind, ist auch ihre Anfälligkeit für Krankheit nicht gleich.

Daher ist jede dieser utopischen linken Forderungen nur dazu angetan, den derzeitigen Rechtsstaat aus den Angeln zu heben und den Menschen unerfüllbare Utopien vorzugaukeln. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schnell.)*

Wir formulieren das ganz anders, Herr Präsident Schnell. Unsere Formulierung lautet: „Jeder Mensch hat das Anrecht auf die bestmögliche gesundheitliche Versorgung, unabhängig von Stand, Einkommen und Wohnort!“ Das ist der Unterschied! *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist keine Sophisterei. Dort liegen nämlich im Grundsatz die Ideologien, und ich komme darauf noch zu sprechen. Die Ideologie: Gesundheit des einzelnen oder Gesundheit des Kollektivs – darauf komme ich, wie gesagt, noch zu sprechen.

Nun, es ist unbestritten, daß jeder einzelne aus seinem Verantwortungsbewußtsein heraus sich selbst und seiner Familie gegenüber sehr wohl zur Erhaltung seiner Gesundheit sehr wesentlich beitragen kann. Aber dieses gesundheitsbewußte Verhalten des einzelnen entspricht seiner persönlichen Verantwortung, und der Staat hat nur insofern subsidiär einzugreifen,

als er durch eine ausreichende und vernünftige gesundheitliche Aufklärung dem einzelnen die Möglichkeit gibt, sich so zu verhalten, daß er nicht Raubbau an seiner Gesundheit betreibt.

Hier wieder ein Einschub. Man ist bereit, 5 Millionen Schilling für diesen Schmarren einer „Staatsoperette“ auszugeben, aber man schränkt systematisch im ORF die gesundheitspolitischen Aufklärungen ein. Wie sollen die Leute eine bessere Möglichkeit haben, sich über die Frage zu informieren, wie sie sich gesundheitlich richtig zu verhalten haben, wenn nicht durch dieses Massenmedium Fernsehen? Aber dafür hat man kein Geld. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich komme wieder zurück zum Problemkatalog. Bei der Formulierung der Ursachen und Zusammenhänge steht im Problemkatalog folgendes – Herr Präsident Schnell, jetzt sind wir ja in der logischen Deduktion ein Stück weiter –:

„Die Zunahme der Volkskrankheiten ist eine Folge der gesundheitsbelastenden Umstände im Produktions- und Reproduktionsbereich unserer Industriegesellschaft.“

Nun, die Verfasser dieses Konzeptes dürften sich nicht mit der österreichischen Morbiditätsstatistik befaßt haben. Sie hätten es ja leicht gehabt, sie hätten nur das Statistische Handbuch der Sozialversicherung zur Hand nehmen müssen. In den Tabellen 109 und 121 steht nämlich interessanterweise folgendes – das sind unverdächtige Zeugen –:

Rückgang der Krankenstandsfälle bei malignen Neubildungen, bei Herz- und Arterienerkrankungen, bei Krankheiten der Leber und der Galle, bei Neurosen und Psychosen und, was besonders wichtig ist, bei Arbeitsunfällen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Statistik über die Krankenhausfälle, wobei zwar festzustellen ist, daß eine leicht gestiegene Einweisung ins Krankenhaus vorliegt, was zweifellos auf die Vorsicht und Obsorge der praktischen Ärzte zurückzuführen ist, aber sich auch hier ein deutliches Sinken der Dauer der Spitalstage, also der Tage pro Fall, zeigt.

Das beweist sehr eindeutig, daß diese grundsätzlichen Überlegungen im Problemkatalog ganz einfach falsch sind, falsch, weil sie nur der Ideologie der Linken entspringen, aber nicht den tatsächlichen Realitäten entsprechen.

Nun, daß ich diese Zahlen zitiert habe, bedeutet nicht, daß ich die Wechselbeziehung zwischen Arbeit und Gesundheit von vornherein negiere, gerade im Gegenteil: Nach alter christlicher Arbeitsethik hat die Arbeit des Menschen das Schöpferwerk Gottes fortzusetzen. Durch den Sündenfall hat sie aber ein

Dr. Wiesinger

Doppelgesicht bekommen. In der Arbeit entwickelt sich der Mensch, er macht sich die Erde untertan, gleichzeitig aber ist sie ihm eine Last, sie schafft Beschwerden und Leiden.

Wir glauben, daß genau diese Frage des arbeitsmedizinischen Dienstes von dieser Bundesregierung zuwenig beachtet wird. Auch die Antwort, die ich seitens des Ministeriums gestern am Abend bekommen habe, zeigt keine Wende dieser Einstellung.

Man muß von der Grunderkenntnis ausgehen, daß es eine absolut ungefährliche Arbeitswelt nicht gibt und auch nie geben wird. Daher hat die Arbeitsmedizin die Aufgabe, zusammen mit dem technischen Arbeitsschutz, all diese Gefahren auf ein geringstmögliches Minimum zurückzudrängen. Hierzu benötigt die Arbeitsmedizin noch wesentliche Erforschungen der langfristig auf die Menschen einwirkenden Faktoren.

Zusammenfassend: Arbeitsmedizin als Fortentwicklung der medizinischen Wissenschaft: ja, Arbeitsmedizin als Hebel, um unsere derzeitige Gesellschaftsordnung aus den Angeln zu heben: nein. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Im Schlußkapitel der Lösungsperspektive im Gesundheitsabschnitt des Problemkataloges heißt es aber, nachdem man vorher ganz klar die Einführung der Volksmedizin verlangt hat – das ist ja auch so konsequent, und das bewundere ich ja an Ihrer Partei, daß Sie seit hundert Jahren immer die gleiche Linie vertreten haben –:

„Es geht vielmehr darum, Gesundheitsfragen der Entscheidungsgewalt der Betroffenen im Produktionsbereich und Reproduktionsbereich zu überantworten, Arbeitsplatz und Umweltfragen zum Gegenstand von Analyse und Veränderung durch die jeweiligen Bevölkerungsgruppen zu machen.“

Aber genau das ist der Beweis dafür, Herr Präsident Schnell, daß es den Sozialisten primär nicht um die Verbesserung der Gesundheit des einzelnen, also um die individuelle Gesundheit geht, sondern daß sie kollektive Gesellschaftsveränderungen machen. *(Abg. Dr. Schnell: Beides!)* Der Slogan heißt: Der Mensch leidet nicht an einer Krankheit, sondern er leidet am spätkapitalistischen System. Das ist die Aussage der Linken. *(Abg. Dr. Schnell: Das ist Ihre Interpretation!)* Aber nein, ich habe doch nur aus dem Problemkatalog zitiert.

Ich mache Ihnen ja überhaupt keinen Vorwurf, daß diese gesellschaftsverändernden Vorsätze vorhanden sind. Das ist Ihr gutes Recht, Sie haben es ja nie verschleiert. Seit Marx wollen Sie die Gesellschaft in dieser Richtung verändern; Ihr gutes Recht. Wir wollen es nicht, daher

sind wir ja nicht in einer Partei. *(Ruf bei der SPÖ: Weil Sie ja konservativ sind!)*

Dieser Vorwurf des „kleinkarierten Konservatismus“ ist eine Sache, die ja schon längst überholt ist: Ein wohlverstandener Konservatismus ist ein sehr positives Element in unserer Gesellschaftsordnung. Damit können Sie uns nicht abwerten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Problemkatalog heißt es wörtlich – jetzt passen Sie auf, Herr Präsident Schnell! –: „Systemimmanente Reformen können nicht zum gewünschten Ziel führen.“ Was bedeutet das? – Wenn systemimmanente Reformen nicht zum Ziel führen können, dann muß man das System ändern, und das ist eine grundlegende Veränderung unserer Gesellschaftsordnung. Auf welchem Weg Sie das machen wollen, ist offen geblieben.

Aus diesen grundsätzlichen Positionen der beiden großen Parteien heraus ist ja ganz klar, daß man auch bei der Ausführung der Gesundheitspolitik zu verschiedenartigen Schlüssen kommen muß. Wir glauben – und wir werden das durchsetzen –, gut daran zu tun, im nächsten Jahr eine „Offensive der menschlichen Nähe“ zu starten. Was verstehen wir darunter? – Wir stellen mit großer Sorge fest, daß neben allem wohlfundierten und von uns allen akzeptierten medizinisch-technischen Fortschritt in der Medizin ein zunehmendes Manko im Bereich der menschlichen Wärme, der menschlichen Zuwendung zum einzelnen besteht und daß wir eine Verbesserung des Gesundheitswesens nur dann erreichen, wenn wir hier den Hebel ansetzen. Ich glaube nämlich nicht, daß noch mehr Geld ein besseres Gesundheitswesen bringt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Liebe zum Nächsten wieder an der Spitze all unserer Bemühungen im Gesundheitswesen stehen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gemessen an gesamtwirtschaftlichen Daten kann man bedauerlicherweise feststellen, daß sich die Entwicklung der Kosten im Gesundheitswesen als eine sich stetig weiter öffnende Schere zwischen dem Anstieg des Volkseinkommens und dem Aufwand für die Gesundheitssicherung darstellt. Und auch hier eine klare Aussage: Es wird immer von den explosionsartig gestiegenen Kosten im Gesundheitswesen gesprochen. Das stimmt gar nicht. Hier handelt es sich um relativ stetig ansteigende Kosten. Natürlich sind diese Kosten – da gehe ich völlig konform mit dem Kollegen Steyrer – auch mit einem sehr wesentlichen Leistungsanstieg verbunden.

Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, festzustellen: Wie weit können wir es uns in Zukunft leisten, mit den bestehenden Ressourcen das

Dr. Wiesinger

Auslangen zu finden, ohne eine Verminderung dieser medizinischen Leistungen herbeizuführen?

Wir wollen also diese Neuordnung, diese Neuorganisation so verstehen, daß wir das Ziel haben, bei gleichbleibendem Leistungsniveau die Kosten konstant zu halten, gleichzeitig aber – und das ist für uns noch viel wichtiger – die menschliche Zuwendung der im Gesundheitsdienst Tätigen an die Betroffenen durch Schaffung kleiner, überschaubarer Einheiten zu ermöglichen. Das ist meiner Meinung nach die Zukunft unseres Gesundheitswesens, nicht der Zentralismus mit Schaffung von riesigen Apparaten, Sozialbürokratien, sondern die kleine, überschaubare Einheit mit den menschlichen Bezugspunkten.

Wenn uns dieses Vorhaben gelingt, müssen wir folgendes genau analysieren und durchleuchten:

Die Rolle des Kranken in der Gesellschaft, die Rolle des Arztes in der Gesellschaft und das Arzt-Patient-Verhältnis.

Zur Rolle des Kranken: Es ist vielleicht in einigen Punkten etwas provokant formuliert, aber wir müssen diese Sachen aussprechen:

Erstens: Das Wichtigste ist die Stärkung des persönlichen Gesundheits- und Gesundungswillens.

Zweitens: Die Stärkung des Solidaritätsbewußtseins gegenüber jener Gemeinschaft, die ihm die medizinischen Dienste anbietet.

Drittens: Der Abbau überzogener Begehrlichkeit, die letztlich zu Versagen dieses ganzen Systems führen muß.

Nun zur Rolle des Arztes. Eine detaillierte Beschreibung der verschiedenen Arztrollen in den einzelnen Bezugssystemen ist infolge der Kürze der Zeit nicht möglich. Ich möchte also nur drei Punkte herausgreifen:

Erstens: Die Ärzte haben die wissenschaftlich begründete, geschichtlich erkämpfte und staatliche Monopolstellung bei der Beurteilung und Behandlung von Krankheitsfällen.

Zweitens: Die Ärzte genießen in unserer Gesellschaft ein sehr hohes Sozialprestige.

Drittens: Die Ärzteschaft ist heute einer scharfen diffamierenden öffentlichen Kritik ausgesetzt, die von einigen wenigen über die entsprechenden Medien betrieben wird – und das ist das Wesentliche! –, was zweifellos nicht dem Bewußtseinsstand der Allgemeinheit, der Bevölkerung entspricht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der dritte Punkt: die Arzt-Patienten-Situation. Rolin charakterisiert ja die Arzt-Patienten-Be-

ziehung folgendermaßen: „Das Verhältnis des Arztes zu seinem Patienten ist ein unbedingt singuläres und spielt sich auf einer Ebene ab, gleich jener, die die ontologische Beziehung zwischen Liebenden charakterisiert.“

In Anknüpfung an das vorher Gesagte ist daher alles zu unternehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren, um der diffamierenden Kampagne gegen die ärztliche Kunst, gegen die Ärzte als Stand schlechthin entgegenzuwirken.

Die gesellschaftspolitische Stoßrichtung ist mir ganz klar. Ich bekenne mich dazu und glaube von tiefstem Herzen, daß die Entmythologisierung der medizinischen Kunst als solche dem Menschen keinen guten Dienst geleistet hat.

Es ist bedauerlich, daß selbst verschiedene ärztliche Richtungen immer mehr und mehr den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen den Vorrang geben und daher selbst zu dieser bedenklichen Entwicklung beigetragen haben. Die Ursache dafür ist, daß die Ärzte immer noch für die Anwendung fast ausschließlich naturwissenschaftlicher Methoden zur Diagnose und Therapie von Krankheiten ausgebildet werden. Nicht gelehrt wird jedoch – und das ist das Wesentliche – die bewußte Anwendung der „Droge Arzt“, die Gesprächs-, Verhaltens- und Psychotherapie, die Zusammenarbeit mit sozialen Diensten bei der Prävention und Rehabilitation. Dort ist der Angelpunkt unseres zukünftigen Wollens.

Das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient – ich weiß, wie gefährlich das hier klingen mag – setzt eine gewisse Autorität des Arztes voraus. Empirische Untersuchungen in großem Rahmen von Formen wohlverstandener ärztlicher Autoritätsausübung haben einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Persönlichkeit des Arztes und der Patiententreue ergeben. Genau diese Patiententreue ist das wesentliche, um bei chronischen Krankheiten, bei denen die Mitarbeit der Patienten erforderlich ist, eine Heilung zu erzielen. Es gibt Krankheiten, wo der Arzt beim besten Willen, wenn er nicht die Mitarbeit des Patienten hat, zu keinem Erfolg kommen kann.

Das Akzeptieren dieser Erkenntnisse ist nur der erste Schritt. Das Wesentliche für uns ist die geistige Aufrüstung, die geistige Aufrüstung unserer Bevölkerung und vor allem der jungen Menschen. Wir brauchen Tausende und Aber-tausende Arbeitsplätze für diese jungen Menschen. Das ist die Herausforderung! Die Herausforderung an die Jugend ist: Mehr Nächstenliebe, mehr Zuwendung zum Menschen, dann

Dr. Wiesinger

werden wir auch die Probleme der Zukunft viel besser bewältigen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wir brauchen diesen Geist, wenn wir dieses Umdenken erreichen wollen – und das können wir nur bei unserer Jugend haben, die Bereitschaft dazu ist da, die Jugend muß gefordert werden, sie will gefordert werden und sie wird ihre Verantwortung erfüllen, wir müssen ihr nur den Weg zeigen; und das werden wir tun.

Wir wollen eine Organisationseinheit aufbauen, wir wollen ein Netz von Sozial- und Gesundheitsstationen errichten, die folgende Aufgaben haben sollen: Diese Sozialstationen sind als Kristallisationspunkte mitmenschlicher Hilfe gedacht, sie sind zentrale Einsatzstellen für dezentral arbeitende Fachkräfte für ambulante Kranken-, Alten- und Familienhilfe für einen größeren Bereich.

Was soll damit erreicht werden?

Erstens eine ambulante medizinische und soziale Betreuung, menschliche Nähe in vertrauter Umgebung. Wir wissen als Ärzte, wie wichtig das ist.

Zweitens eine Entlastung der niedergelassenen Ärzteschaft und damit auch eine Einbremsung der Kostenentwicklung.

Ich möchte also zusammenfassen: Wir werden all unsere Kraft, all unser Wollen einsetzen, um eine moderne, menschnahe Gesundheitspolitik zu verwirklichen. Die bisherige Gesundheitspolitik der Regierung ist leider gescheitert. Die Finanzierung der Krankenanstalten, die der Herr Bundeskanzler an sich gezogen hat, ist gescheitert.

Wir werden uns gegen jede Zentralisierung, gegen jede Verbürokratisierung des Gesundheitswesens zur Wehr setzen, weil sie bürgerfern und kostenträchtig ist. Mit unseren Argumenten werden wir den Menschen den Weg zeigen, wie wir ihnen weiter ein besseres und glücklicheres Leben geben können, denn die Gesundheit und das menschliche Glück sind untrennbar miteinander verwoben, und unsere Aufgabe ist, das nötige Rüstzeug dazu bereitzustellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Steyrer.

Abgeordneter Dr. **Steyrer** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Wiesinger für seine Genesungswünsche, die er an Frau Minister Leodolter – die, wie Sie ja wissen, sehr schwer krank ist – gerichtet hat, namens meiner Fraktion sehr herzlich danken. Wir schließen uns diesen

Genesungswünschen natürlich mit besonderer Herzlichkeit an. *(Allgemeiner Beifall.)*

Ich möchte dem Kollegen Dr. Wiesinger weiters noch dafür danken, daß er in seiner Rede Angriffe auf die heute abwesende Frau Minister Leodolter sehr bewußt unterlassen hat.

Wenn man seine Rede analysiert, kommt man auf zwei Stoßrichtungen. Die eine beschäftigt sich mit Dr. Steyrer und seiner gestrigen Rede, die sich sehr wesentlich mit dem Verhalten des Österreichischen Ärztekammer-Präsidenten Dr. Piaty, einem ÖVP-Landtagsabgeordneten, beschäftigt hat. *(Abg. Dr. Schwimmer: „Beschäftigt“ richtig, „wesentlich“ ist falsch!)*

Im zweiten Teil seiner Rede hat er grundsätzliche Ausführungen zur allgemeinen Gesundheitspolitik in Österreich gemacht, über die man im Rahmen einer ärztlichen Forumsdiskussion auf jeden Fall diskutieren müßte, die aber meiner Meinung nach in diesem Rahmen doch eine Spur zu weit ausgeführt waren, um hier den nötigen Widerhall zu finden.

Ich möchte ganz kurz noch einmal auf diese gestrige Rede eingehen, die ich gehalten habe, und noch einmal kurz präzisieren: Der ÖVP-Landtagsabgeordnete Dr. Piaty, immerhin nicht ein Irgendwer, sondern Präsident der Österreichischen Ärztekammer, also einer Kammer öffentlichen Rechtes, hat auf einer Kundgebung, die von verschiedenen selbständigen Gruppen einberufen wurde, eingeladen von der Österreichischen Ärztevereinigung – das habe ich Ihnen gestern an Hand eines Flugblattes bewiesen –, in seinen Ausführungen einige sehr bemerkenswerte Feststellungen gemacht.

Erstens. Er hat also nicht gesagt, man könnte einsparen, sondern er sagte, man sollte einsparen. Man sollte einsparen die 12,5 Milliarden Schilling, unter anderem also auch die Subventionen, die an die Landwirtschaft gegeben werden. Man sollte einsparen die Prämien für Eheschließung und für Geburtenbeihilfe. Man sollte einsparen die Gratisschulfahrten, man sollte einsparen die Gratisschulbücher und verschiedenes andere. Er hat in dieser Rede die Selbständigen zum Steuerstreik aufgerufen. *(Abg. Dr. Schwimmer: Er zitiert zum zweitenmal falsch!)*

Herr Kollege! Sie können das in einem Schreiben, das die Österreichische Ärztekammer veröffentlicht hat, ohne weiteres nachlesen. Ich bin sehr gerne bereit, Ihnen die Photokopien dieser Rede zur Verfügung zu stellen. Ich habe sie hier oben auf meinem Platz, Sie können sie gleich haben.

Piaty hat also Vorschläge gebracht, wie man heute Mittel in diesem Staate einsparen kann.

Dr. Steyrer

Und wenn Sie heute glauben, einen ÖVP-Landtagsabgeordneten so klein und gering schätzen zu können, daß Sie als Abgeordnete dieses Hauses keine Antwort auf so wichtige, relevante Fragen der Gesellschaftspolitik geben zu müssen glauben, dann bedaure ich Sie. Das österreichische Volk hat das Recht zu erfahren, was die Abgeordneten der ÖVP in diesen großen wichtigen Bereichen der Sozialpolitik, der Gesundheitspolitik und der Arbeitspolitik fordern. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Sie werden es heute noch hören, Herr Dr. Steyrer!)*

Ich freue mich darauf, Herr Dr. Kohlmaier, wenn Sie sich von diesen Erklärungen, wie ich annehme, Erklärungen, die, wie gesagt, nicht irgendwer abgegeben hat, absentieren sollten. *(Abg. Dr. Wiesinger: Sie zitieren doch falsch!)*

Kollege Dr. Wiesinger! Ich kenne Sie zu gut, um nicht zu wissen, daß Sie von diesen Erklärungen zutiefst getroffen waren. Kollege Dr. Wiesinger! Ich kenne Sie viel zu gut. Sie haben hier nur eine Pflicht absolviert. Sie haben sie gut absolviert, das will ich gar nicht bestreiten. *(Abg. Dr. Schwimmer: Der Dr. Steyrer will nicht lesen können!)* Was sagten Sie? *(Abg. Dr. Schwimmer: Sie wollen nicht lesen können! Darum erfinden Sie etwas und zitieren es falsch!)*

Kollege Dr. Schwimmer! Ich hoffe, Sie können lesen. Ich bitte herzlich, mir diese Abschriften zu bringen, die Photokopien. Sie können sie dann genau studieren. *(Abg. Dr. Schwimmer: Sie sagen ja dauernd etwas anderes! Warum sagen Sie es nicht so, wie es drinsteht?)* Aber das ist ja auch gar nicht so interessant.

Unter anderem hat Präsident Piaty verlangt ... *(Abg. Dr. Schwimmer: Lesen Sie es vor! Sie zitieren immer frei!)*

Kollege Dr. Schwimmer! Ich weiß nicht, ob Sie bemerkt haben, daß ich meine Rede immer frei spreche, daß ich es grundsätzlich ablehne zu lesen. *(Abg. Dr. Schwimmer: Aber zitieren soll man wörtlich, nicht frei!)* Aber ich bin für Sie gerne bereit, das noch einmal zu wiederholen und Ihnen vorzulesen.

Unter anderem hat Präsident Piaty gesagt:

„Wir werden Maßnahmen konzipieren, die die staatliche Verwaltung in nicht zu bewältigende Schwierigkeiten bringen werden.“

„Und wir werden uns außerkameral, überkameral und überparteilich eine Organisationsform schaffen, die unseren Widerstand artikuliert, motiviert, organisiert und durchführt.“

Zum Beispiel ein wörtliches Zitat, Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer. *(Abg. Dr.*

Schwimmer: Das haben Sie vorher nicht gebracht!)

Aber ich möchte das nicht so in extenso behandeln, die österreichische Wählerschaft wird dieser Meinung des Präsidenten Piaty zweifellos die nötige Quittung geben. Davon bin ich fest überzeugt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zu einigen Passagen Ihrer Rede, die mehr den Grundsätzen in der Gesundheitspolitik gewidmet waren. Sie haben unter anderem gesagt, daß die sozialistische Gesellschaftspolitik das Prinzip der individualen Medizin ablehne und das Prinzip der zentralen kollektivistischen Medizin bevorzuge.

Kollege Dr. Wiesinger! Ich bin sehr dafür, die individuelle Verantwortung des einzelnen Patienten seiner Krankheit gegenüber zu bekräftigen. Gar kein Zweifel, daß jeder Mensch nicht nur das Recht auf Gesundheit, sondern auch die Pflicht auf Gesundheit hat. Hier bin ich mit Ihnen einer Meinung. Aber Sie scheinen all die sozialen, gesellschaftlichen und familiären Ursachen von Krankheiten negieren zu wollen. *(Abg. Dr. Wiesinger: Ich habe wörtlich gesagt, daß ich es nicht negiere, ich gebe nur keine Priorität!)*

Gerade in diesen großen Bereichen finden wir heute die Ursachen für viele Volkskrankheiten. Und es ist gar kein Zweifel daran, daß wir nur mit Sanierung der allgemeinen unbefriedigenden Verhältnisse in diesen Bereichen Erfolge in der Gesamtmedizin haben können. Das ist ein Konzept, das die Sozialisten ganz bewußt in den Vordergrund ihrer Bemühungen stellen. *(Abg. Dr. Wiesinger: Das stimmt ja nicht mit der Morbiditätsstatistik überein! Kollege Steyrer, ich zeige es Ihnen! Genau die von Ihnen zitierten Krankheiten haben abgenommen!)*

Kollege Dr. Wiesinger! Sie sind Rheumatologe, wie ich mich erinnere. Ich habe vor einigen Tagen in einer Mitteilung der Österreichischen Ärztekammer gelesen, daß die Volkskrankheit Rheumatismus 25 Prozent der Österreicher befallen hat. Und das nennen Sie nun Individualmedizin? *(Abg. Dr. Wiesinger: Nein, Kollege Steyrer, der Rheumatismus gehört bitte nicht zu den zitierten durch die Produktion und ... verursachten Krankheiten!)*

Kollege Dr. Wiesinger! Da erzählen Sie mir als Arzt „etwas Neues“, muß ich sagen. Ich habe als Betriebsarzt einer großen verstaatlichten Firma noch immer den Eindruck gehabt, daß die Arbeitsbedingungen in Großbetrieben und viel mehr noch in manchen Kleinbetrieben sehr wohl zum Rheumatismus, zu Aufbrauchkrankheiten führen, wie etwa zur Spondylarthrose, zu Bandscheibenschäden, zu Haltungsschäden, daß die ungenügenden Sitzverhältnisse, die ungenü-

Dr. Steyrer

genden Arbeitsverhältnisse an diesen Krankheiten schuld sind.

Kollege Dr. Wiesinger! Wir wollen hier keine medizinischen Auseinandersetzungen machen, aber eines ist sicher: Hier könnte man mit einiger Berechtigung Zweifel an Ihren Ausführungen haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe eigentlich heute die Absicht gehabt, mir das Lob und den Beifall dieses Plenums einzuheimsen, indem ich mir vornahm, möglichst kurz zu sprechen, und ich werde mich bemühen, mich im Rahmen des Möglichen daran zu halten.

Von den Sprechern beider Oppositionsparteien wurde bei der Behandlung des Kapitels Gesundheit und Umweltschutz im Finanz- und Budgetausschuß die Existenzberechtigung eines eigenständigen Ministeriums für Gesundheit und Umweltschutz überhaupt in Frage gestellt. Sie setzen sich damit – ich meine die Sprecher dieser Oppositionsparteien, zu denen Sie sicherlich nicht gehören, Kollege Wiesinger; das möchte ich gleich betonen – bewußt in Gegensatz zur Meinung der österreichischen Ärzteschaft, die seit Jahrzehnten in der Schaffung eines solchen Ministeriums eine der vordringlichsten Aufgaben der österreichischen Gesundheitspolitik gesehen hat. *(Abg. Dr. Wiesinger: Gestatten Sie mir einen Zwischenruf: Nicht eines solchen Ministeriums! Eines Ministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, aber nicht eines solchen!)*

Kollege Dr. Wiesinger! Lassen Sie mich weiter ausführen: Der Präsident der niederösterreichischen Ärztekammer – kein Sozialist! –, der Obmann des überparteilichen Ärzteverbandes Niederösterreichs, ein Bürgerlicher, hat kürzlich bei einer Generalversammlung dieses Verbandes erklärt:

„Wir, die Ärzte Niederösterreichs, sind mit diesem Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz hochzufrieden. Und wir sind sehr glücklich, daß die Frau Minister Leodolter immer wieder die Interessen der gesundheitlichen Betreuung der österreichischen Bevölkerung und auch die Interessen der Ärzteschaft so wirkungsvoll vertreten hat.“

Zitat nicht ganz wörtlich, aber sinngemäß, und zwar vom Herrn Präsidenten Dr. Strasser.

Es besteht gar kein Zweifel: Wenn man den Leistungskatalog dieses Ministeriums ansieht, dann muß man sagen, daß das, was Sie gesagt haben, doch dem typischen Bestreben der ÖVP-Diskussionen entspricht, alles als schlecht zu bezeichnen. Da gibt es nur Misere, Katastrophen und so weiter! All das kennen wir

doch. Es ist ein System der Negierung, die in der Bevölkerung unglaublich wirkt und immer unglaublicher wird.

Ich möchte Ihnen jetzt in einigen ärztlichen Bereichen die Antwort darauf geben. Ich muß mit etwas beginnen, was ich in jeder diesbezüglichen Veranstaltung sage, ich muß mit dem Mutter-Kind-Paß beginnen.

Jahrzehntelang haben die österreichischen Kinderärzte einen vergeblichen Kampf um die Senkung der Kindersterblichkeit geführt. Wir waren in Österreich mit 32 Promille Sterblichkeit an höchster Stelle. Durch die Einführung des Mutter-Kind-Passes ist die Säuglingssterblichkeit auf einen nie zuvor erreichten Tiefstand abgesunken, und er hält derzeit bei 16,1 Promille, ein Stand, der auch gemessen am internationalen Standard durchaus gut ist. *(Abg. Dr. Wiesinger: Wer hat das kritisiert?)* Sie können nicht leugnen, daß die Einführung des Mutter-Kind-Passes ein bleibendes Verdienst der Frau Minister Leodolter ist. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Wiesinger: Sagen Sie ein Zitat, wo ich das kritisiert habe!)*

Ich zitiere hier die „Medical Tribune“, die anerkannteste medizinische Zeitung der Welt, die vor einigen Tagen in einem Artikel folgendes gefragt hat: „Soll man Schwangere mit Prämien zur Vorsorge locken?“

Ich empfehle Ihnen das Studium dieses Artikels. *(Der Redner zeigt ihn.)* Da haben Professor Ewerbeck, Professor Theopold und der bekannte österreichische Pädiater Professor Dr. Rett einstimmig erklärt, daß die Maßnahmen, wie sie in Frankreich und in Österreich durchgesetzt worden sind, für die ganze Welt vorbildlich sind. Herr Kollege Dr. Wiesinger! Ich hätte gerne erlebt, daß ein Sozialminister der ehemaligen monocoloren ÖVP-Regierung eine solche Erfolgsmeldung hätte bringen können. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Wiesinger: ÖVP-Stadtrat Dr. Glück hat den ersten Schwangerenpaß eingeführt, und die geistigen Unterlagen kamen von Professor Czermak!)*

Ich möchte in diesem Rahmen, Kollege Dr. Wiesinger, den jahrzehntelangen Kampf, den ... *(Abg. Dr. Wiesinger: Was wollen Sie? Das ist keine politische Frage!)* Lassen Sie mich darauf antworten! Ich möchte von dieser Stelle aus den jahrzehntelangen Kampf, den Dr. Czermak, Primarius einer bekannten Kinderabteilung, als Rufer in der Wüste gegen die Säuglingssterblichkeit geführt hat, und unter anderem auch die Initiativen Ihres Stadtrates Primarius Dr. Otto Glück würdigen, gar kein Zweifel! Wohin kämen wir, die wir doch alle Österreicher sind, wollten wir die Leistungen eines anderen reduzieren? *(Abg. Dr. Kohl-*

Dr. Steyrer

maier: Das ehrt Sie!) Ich bin gar nicht in der Lage, als Arzt diese tatsächlichen Errungenschaften in Frage zu stellen. Das soll gar nicht geschehen.

Aber realisiert wurde dieser Mutter-Kind-Paß in Österreich, für ganz Österreich von Frau Minister Leodolter, und dafür ist ihr der Dank der österreichischen Mütter gewiß! *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Ein weiterer Punkt des Leistungskataloges. Wir haben in Österreich die Probleme der ärztlichen Versorgung, die Probleme der strukturellen Schwierigkeiten sowohl im ländlichen wie auch im städtischen Bereich, vor allem, was die Betreuung durch den Praktischen Arzt anbelangt.

Hier hat Frau Minister Leodolter eine Aktion gesetzt, die sich bereits jetzt auswirken beginnt. Es wurden in der letzten Zeit zweifellos bedeutende Verbesserungen auf dem Gebiete der Versorgung durch den Praktischen Arzt erreicht. Der Zuwachs an Praktischen Ärzten in der Niederlassung beträgt durchschnittlich 6,1 Prozent in Österreich, der tatsächliche Niederlassungszuwachs macht 2 Prozent aus. In Wien haben wir folgende Zulassungszahlen: Im Monat durchschnittlich zehn Praktische Ärzte mehr! Dieses Tempo ist eine Garantie dafür, daß in Kürze die Versorgung Österreichs mit Praktischen Ärzten durchaus zufriedenstellend sein wird. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Wiesinger: Kriegen sie auch einen Kassenvertrag?)*

Kollege Dr. Wiesinger! Zeigen Sie mir einen Arzt in Wien, der als Praktischer Arzt keine Kassenzulassung bekommen hat! *(Abg. Dr. Wiesinger: In Österreich!)* In Österreich.

Kollege Dr. Wiesinger! Es sind zweifellos - darauf kann ich auch gleich eingehen - Bestrebungen im Gange, die Zulassung für alle Ärzte in Österreich zu erreichen, eine Forderung, die viele Ärzte, viele Ärzteorganisationen unterstützt haben, deren praktische Durchführung aber - darüber müssen wir einmal reden, Kollege Dr. Wiesinger - schwerste Probleme aufwerfen wird.

Ich glaube, daß in einer pluralistischen Demokratie solche Vorschläge kommen sollen, kommen dürfen - das ist gar keine Frage -, sie sind ja der Denkanstoß, und wir müssen uns damit beschäftigen und auseinandersetzen; das soll doch der Sinn einer solchen Debatte sein. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Warum sagt der Minister nein?)* Der Herr Minister wird zweifellos mit Nein dazu sagen. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Das heißt, daß Ihre Vorschläge schubladiert werden!)* Wer sagt denn das? *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Wenn der Minister nein sagt, was geschieht dann?)* Wir sind ja in einer

Demokratie, und da ist das Wort eines Ministers noch immer nicht das letzte Wort. Noch nicht, er wird mit uns reden und diskutieren. *(Demonstrativer Beifall bei ÖVP-Abgeordneten.)*

Ich kenne den Minister Weißenberg sehr gut. Das ist ein Mann, mit dem man ehrlich und redlich diskutieren kann, und er akzeptiert auch die Ansichten der anderen, auch die Ansichten der ÖVP-Mandatare, Herr Kollege Wiesinger! *(Beifall bei der SPÖ. - Heiterkeit bei ÖVP-Abgeordneten.)*

Wir haben die Versorgung mit Praktischen Ärzten weitgehend verbessert. Wir haben durch die Einführung der ärztlichen Funkdienste - zum Beispiel bereits vollautomatisch in Kärnten und in Wien - eine bedeutende Entlastung der Ökonomie der Praktischen Ärzte gebracht.

Wir haben durch Einführung verschiedener Sozialdienste, wie zum Beispiel der mobilen Krankenschwester, die Effizienz des Praktischen Arztes gesteigert, ein Vorbild für ganz Österreich, begonnen in einigen Bezirken in Wien über Initiative verschiedener Ärztevertreter, aufgegriffen von diesem Ministerium. Gar keine Frage! Kollege Dr. Gutstein, ein ÖVP-Mandatar, hat das als erster in seinem Bezirk praktiziert. Ich danke ihm für dieses Beginnen, für dieses erfolgreiche Beginnen.

Aber es ist doch nur eine Signalwirkung. Gar keine Frage, daß ein Minister sich mit solchen Signalwirkungen zu beschäftigen hat. Das hat Frau Minister Leodolter getan, und dafür muß man ihr danken.

Wir haben einen weiteren Zuwachs an Zahnärzten, das, was Sie immer wieder kritisiert haben. Wir haben diese Ausbildungsstellen auf 220 im Jahr vermehren können. Der Zuwachs an Zahnärzten beträgt jährlich um 2 Prozent; eine Zahl, die zweifellos ausreichen wird, den derzeit schon bestehenden, für das internationale Niveau ausreichenden Zahnarztstand zu halten und noch zu verbessern. Ich weiß, daß es gerade durch das Ausscheiden der Dentisten verschiedene strukturelle Probleme in Kleingemeinden gibt, wo sich bis jetzt ein Zahnarzt nicht niederlassen wollte. Er wird aber in Zukunft gezwungen sein, sich niederzulassen, denn die ökonomischen Zwänge werden ihn dazu veranlassen. Wenn er in Wien nicht mehr genug verdient, wird er hinausgehen auf das Land.

Ich bin ein Anhänger dieser freien, liberalen Entwicklung, ich bin aber gleichzeitig auch ein Anhänger der Information durch das Ministerium. Wir haben doch hier viele Maßnahmen gesetzt. Denken Sie nur an die Beratungsstellen, die Professor Stacher, ein anerkannter Fachmann in Wien, für die jungen Ärzte eingerichtet hat.

Dr. Steyrer

Wir haben in Wien das Phänomen der pragmatisierten Spitalsärzte. Dort, wo wir viel zu viele Ärzte haben, ist ein Überfluß. Professor Stacher hat hier mit einem radikalen Schnitt den richtigen Schritt getan. Er hat diese Verträge begrenzt auf vier Jahre Ausbildungszeit für den Praktischen Arzt und auf sechs Jahre für den Facharzt. Nun muß der Arzt diese Durchgangsstation des Spitals verlassen. Aber damit er nicht wehrlos und, wie soll ich sagen, hilflos den Strapazen eines Kassenarztdaseins ausgesetzt ist, wurde diese Beratungsstelle eingerichtet.

Es wird also dort echt beraten, wo sich der Kollege niederlassen soll. Es wird ihm Kredit gewährt, es wird ihm eine Wohnung beigelegt; das sind alles Maßnahmen (*Abg. Dr. Wiesinger: Das macht die Kammer auch!*), die vorbildlich in der gesundheitlichen Betreuung einer Großstadt sind. Es werden Gruppenpraxen errichtet, zum Beispiel in Simmering, im 11. Bezirk, gibt es eine derartige hervorragend eingerichtete Gruppenpraxis. (*Abg. Dr. Wiesinger: Das macht die Ärztekammer mit!*)

Im Zusammenwirken! – Kollege Dr. Wiesinger, ich möchte doch hier eines heute zum Ausdruck bringen: Wenn Sie mich einmal ruhig reden lassen, glaube ich, kann ich einmal so sprechen, wie ich ja eigentlich sprechen wollte, und werde nicht immer in eine Stimmung provoziert, die ja gar nichts bringt.

Wir können das Problem des Gesundheitswesens in Österreich nur im Konsensweg lösen – das ist meine feste Überzeugung! –, und zwar deshalb, weil die Grundsatzgesetzgebung ja vom Ministerium ausgeübt wird und die tatsächlichen Kompetenzen bei den Ländern, die ja oft in ÖVP-Händen sind, liegen. Wir müssen uns zusammenreden und werden uns zusammenstreiten. Ich bin nicht Ihrer Meinung, daß das Kapitel Spitalsfinanzierung schon beendet ist. Das kann nicht beendet sein, das darf nicht beendet sein im Interesse der österreichischen Bevölkerung! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir haben die Information gesteigert, es wurde eine Krebsenquete abgeführt. Immer wieder werden Maßnahmen, die ich auch als sehr wesentlich ansehe, ergriffen, um das Gesundheitsbewußtsein der österreichischen Bevölkerung zu steigern. Wir haben das Phänomen des Alkohol- und Nikotinmißbrauches, zwei Phänomene, die zweifellos einen wesentlichen Beitrag zur Schädigung der Volksgesundheit leisten. Wir müssen mit diesem Problem fertig werden.

Daß das nicht ein Problem Österreichs allein ist, wissen Sie. Das ist ein Problem der gesamten Welt, und wir Ärzte haben die Verpflichtung, an

diesen Maßnahmen, an diesen Aufklärungsaktionen weiterzuarbeiten und zu versuchen, im eigenen Rahmen glaubwürdiger zu sein. Denn ein Arzt, der raucht, ist nicht glaubwürdig. (*Ruf bei der SPÖ: Geh!*) Nein, der ist nicht glaubwürdig. Das kann ein Arzt nicht sein, der eine Zigarette im Mund hat, perkutiert und sagt – das habe ich am eigenen Leib erlebt, das heißt nicht bei mir, sondern als kleiner Spitalsarzt –: Lieber Freund, du darfst nicht so viel rauchen, sonst holt dich der Herzkasper! Das ist nicht die Methode, eine Erziehung durch Ärzte durchzuführen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir haben – ich komme schon langsam zum Schluß – ein weites Gebiet, das mir als Betriebsarzt und als sozialistischem Abgeordneten besonders am Herzen liegt. Es ist dies die weite Welt der Arbeiter; eine Welt, in der heute unserer Meinung nach viele Krankheiten entstehen, eine Welt, in der wir heute durch vorbeugende Maßnahmen viele Krankheiten verhindern könnten.

Es ist gar keine Frage, daß ein modernes Gesetz wie das Arbeitnehmerschutzgesetz, das im Jahre 1973 erlassen worden ist, all die Möglichkeiten für eine entsprechende betriebsärztliche und arbeitsmedizinische Betreuung der Bevölkerung gibt. Hier hat die Frau Minister Leodolter ein Manko wettgemacht, das darin lag, daß wir wohl die Pflicht haben, für Großbetriebe Betriebsärzte einzustellen, es aber für diese Betriebsärzte keine entsprechende Ausbildungsordnung gibt. Sie hat auf eigene Initiative und eigene Verantwortung in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Ärztekammer solche Betriebsärztelehrgänge durchgeführt, die bereits einen guten Besuch aufweisen und uns vielleicht die Gewähr geben, daß auf diesem wichtigen Gebiet besser ausgebildete und besser ausgerüstete Ärzte für das medizinische Wohl der Arbeiter sorgen.

Wir haben hier eine Forderung, die ich Ihnen von diesem Pult aus vorlegen möchte, eine Forderung, die der ÖGB erhoben hat und der ich mich rückhaltlos anschließe. Dieses Gebiet der betriebsärztlichen Betreuung der Arbeiter darf nicht ein Gebiet sein, in dem Ärzte so nebenberuflich, so en passant ein paar Medikamente im Betrieb verschreiben. Dieses Gebiet ist so wichtig, daß ich glaube, die Schaffung eines Facharztes für Arbeitsmedizin sollte eine vordringliche Aufgabe sein. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich hätte natürlich noch vieles zu diesem Leistungskatalog zu sagen, aber zum Teil ist es ja schon in verschiedenen Diskussionen gesagt worden und wird es sicherlich auch noch in der nächsten Zeit gesagt werden.

Ich möchte Sie zum Abschluß darum bitten:

Dr. Steyrer

Vergessen Sie eine Minute lang, daß jetzt ein sozialistischer Abgeordneter vor Ihnen steht, und denken Sie daran, daß ein Arzt zu Ihnen spricht, der ein Problem behandeln möchte, das ihm sehr am Herzen liegt. Wir sind als Vertreter dieses Volkes in der glücklichen und ehrenvollen Lage, in einem der schönsten Repräsentationsbauten dieser Republik, in einem der schönsten Bauten, die eine parlamentarische Demokratie überhaupt zur Verfügung hat, arbeiten zu dürfen. Aber als Arzt muß ich sagen: Trotz dieses wunderschönen Rahmens, dem natürlich alle Schwierigkeiten mit der Modernisierung anhaften – ich muß ja sagen, daß eine Modernisierung sehr tatkräftig von unserem Präsidenten Benya durchgeführt wurde, denn der Rahmen ist eben begrenzt, es geht in diesem Repräsentationsbau nicht anders –, macht das Arbeiten Schwierigkeiten.

Hier habe ich eine Bitte an die Journalisten, nicht immer nur zu schreiben, die mangelnde Präsenz oder die leeren Bänke seien das, was für dieses Parlament typisch ist. Wenn Sie daran denken, daß gestern in einer Diskussion über 15 Stunden lang geredet wurde, Wichtiges geredet wurde – ich bin absolut gegen eine Beschränkung der Redezeit, und ich bin absolut dafür, daß das nicht gesagt wird –: Das sind Verhältnisse, die jeden Arbeitsinspektor veranlassen würden, bei diesen Luftverhältnissen und bei diesen Lichtverhältnissen sein Veto einzulegen.

Ich möchte dieses kurze Gespräch innerhalb der Fraktionen benützen, um den Angestellten, den Beamten dieses Hohen Hauses und darüber hinaus auch den Journalisten dafür zu danken, daß sie trotz dieser widrigen Arbeitsverhältnisse eine so phantastische Ergänzung unserer Arbeit bilden. Ich glaube, da kann ich Sie auch als Abgeordnete der ÖVP bitten, ein bißchen Beifall zu spenden. (*Allgemeiner Beifall. – Ruf bei der ÖVP: So macht man das, Herr Doktor!*) Ich kann ja auch anders, Herr Kollege.

Nun zum Abschluß. In der gestrigen Diskussion ist mir eines aufgefallen, und zwar auch an mir selbst. Bitte, ich übe vielleicht etwas Selbstkritik. Ich habe nicht gut schlafen können nach dieser langen Arbeitsbelastung, und da habe ich mir gedacht: Ist es eigentlich richtig, wenn wir heute in diesem Parlament, wo uns doch so viel Gemeinsames verbindet, nicht nur die gemeinsamen widrigen Arbeitsverhältnisse – für viele ältere Abgeordnete gibt es gemeinsame Koalitionserlebnisse und darüber hinaus auch für viele das gemeinsame Kriegserlebnis oder das Erlebnis in den Konzentrationslagern –, als Abgeordnete diese menschlichen Barrieren zwischen uns aufrichten? Wir haben doch bei aller Gegensätzlichkeit unserer Ansichten eines

gemeinsam: Wir sind Österreicher, wir sind Vertreter eines Volkes, und wir wollen doch diese unseligen Differenzen der Vergangenheit nicht mehr aufwärmen. Ich will mich davon gar nicht freisprechen. Ich bin in einer Welt aufgewachsen, die vielleicht konträr zu der Welt eines Wiesinger war, aber trotzdem achten wir uns als Ärzte, als Kollegen, wenn wir aus diesem Haus hinausgehen.

Darum eine Bitte an die jungen Abgeordneten – und dazu zähle ich mich ja leider nicht mehr dem Haupthaar nach, sondern der parlamentarischen Erfahrung nach –: Reißen wir in unseren Diskussionen nicht Gräben auf, die wir nicht schließen können! (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das haben Sie jetzt zu Ihrem Klubobmann gesagt!*)

Nun zum Abschluß spreche ich wieder als sozialistischer Abgeordneter: Wir sagen ja zu diesem Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz. Wir sagen ja zu der Führung des Ministeriums durch die Frau Minister Dr. Leodolter. Wir sagen ja zum Budgetkapitel Gesundheit und Umweltschutz, das trotz aller Sparmaßnahmen der Regierung eine Ausweitung erfahren und damit eine Signalwirkung für die Bedeutung der Gesundheitspolitik gesetzt hat. Und wir sagen ja zu einer weiteren fortschrittlichen sozialistischen Gesundheitspolitik in diesem Land. Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Melter.

Abgeordneter **Melter** (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Abgeordneter Dr. Broesigke hat bei der Vorlage des Belastungspakets und bei der Generaldiskussion zum Budget eines sehr deutlich festgestellt: Nein, nein und nochmals nein zu einer Belastung der österreichischen Bevölkerung, wie sie seitens der sozialistischen Alleinregierung und des sozialistischen Nationalratsklubs beschlossen werden soll!

Dieses dreimalige Nein muß ich gerade für den Bereich des Sozialbudgets wiederholen; ein Budget, das sich von den früheren sehr deutlich insbesondere dadurch unterscheidet, daß erstmals in der Zweiten Republik das Sozialbudget im Gesamtbudget eine ganz krasse Rückwärtsentwicklung aufweist. Ein Sozialbudget also, das vorsieht, daß der Bund für die soziale Sicherheit wesentlich weniger tut, als dies bisher üblich war.

Daran zeigt sich, daß die schlechte Politik der Sozialisten in ihrer siebenjährigen Alleinherrschaft die relativ guten Jahre überwunden hat und nun die Zeit der Offenbarung kommt, jene Zeit der Offenbarung, in der auch dem Bürger

Melter

sichtbar wird, daß man den Himmel auf Erden zwar versprechen, aber kaum verwirklichen kann, wenn man nicht gleichzeitig erhebliche Belastungen einführt. Und diese Belastungen der arbeitenden Bevölkerung werden gerade durch das neue Budget, und hier besonders im sozialen Bereich, äußerst deutlich und unangenehm bemerkbar.

Im Bereich der sozialen Verwaltung hatten wir im vergangenen Jahr einen Budgetanteil von über 15 Prozent. Für das nächste Jahr ist der Anteil knapp über 13 Prozent, das ist also eine ganz deutliche Schmälerung. Das hängt zweifellos mit dem außerordentlichen Budgetdefizit zusammen, das die Sozialisten in den vergangenen Jahren bereits „erwirtschaftet“ haben und das ja in den kommenden Jahren nicht geringer werden wird, trotz der riesigen zusätzlichen Belastungen.

Das erstaunliche dabei ist, daß es gerade die Sozialisten sind, die das Budgetdefizit aus dem Titel der Sozialbelastung erheblich mitfinanzieren. Man gibt ja selbst beim Sozialversicherungs-Änderungs- oder -Raubgesetz zu, daß mehr als 7 Milliarden Schilling aus dem Titel der Sozialabgaben dazu herangezogen werden müssen, um dem Finanzminister seine Aufgaben zu erleichtern und den Sozialisten die Möglichkeit zu bieten, das Defizit etwas geringer auszuweisen, als es bisher der Fall war.

Hier muß man als Vertreter der arbeitenden Bevölkerung feststellen, daß eine solche Vorgangsweise eine unerträgliche Entwicklung ist, die mit aller Schärfe kritisiert werden muß.

Ergänzend dazu ist festzustellen, daß durch die Schröpfung des Familienlastenausgleichsfonds bedauerlicherweise auch die Familien ganz entscheidend zur Mitfinanzierung herangezogen werden, sodaß man also einen großen Teil der sozial Bedürftigsten in erster Linie zur Finanzierung der schlechten Wirtschaftspolitik der Sozialisten heranziehen muß.

Wir haben eine äußerst ungute Entwicklung festzustellen. Hier wirken sich natürlich sicherlich auch internationale Entwicklungen aus. Aber dazu ist ergänzend zu sagen, daß im Vergleich zu diesen internationalen Entwicklungen, was das Wachstum und die Inflation betrifft, Österreichs Lage leider auch sehr ungünstig aussieht: Wachstum mit etwa 1,5 Prozent, Inflation mit etwa 5,5 Prozent, das ist eine Situation, die allen Lohn- und Gehaltsempfängern, allen Renten- und Pensionsempfängern erhebliche Schwierigkeiten machen wird und die insbesondere die Wunschvorstellung nach Vollbeschäftigung, wie sie von den Sozialisten immer in den Vordergrund gestellt wird, erheblich beeinträchtigen kann. Wir wollen das

nicht hoffen, aber die Gefahr ist außerordentlich groß geworden, und die Befürchtungen wegen der Arbeitslosenrate nehmen leider immer mehr zu.

Auch der Sozialminister selbst hat im Zuge der Diskussion im Budgetausschuß darauf hingewiesen, daß besonders die zweite Jahreshälfte 1978 wachsende Probleme in Aussicht stellt.

Die Frage ist, wie man dieser Probleme Herr werden kann in einer Situation, in der die sozialistische Alleinregierung in relativ guten und ertragreichen Jahren, in Jahren der Hochkonjunktur nicht in der Lage war, die notwendigen Reserven zu schaffen, um in Zeiten der Not zusetzen zu können. Hier hat also die sozialistische Politik eine Entwicklung in die Wege geleitet, die die Sorgen, die wir heute haben, zum großen Teil mitverursacht.

Wenn man den Beurteilungen der sozialistischen Sprecher etwa aus dem Jahre 1968 folgt, dann kommt man zum Ergebnis, daß sie heute mit wesentlich mehr Ursache und mit wesentlich größeren Zahlen dieselbe Kritik wiederholen und verschärfen müssen. Aber sie verteidigen diese Entwicklung, die höhere Steuern, höhere Abgaben, steigende Preise und ein Riesenbudgetdefizit zur Folge hat.

Alles in allem eine erhebliche Verschuldung des Staates und damit erhebliche Mehrbelastungen der Bevölkerung, denn der Staat selbst zahlt ja diese Schulden nicht, sondern zahlen müssen es alle, die in diesem Lande arbeiten und einem Erwerb nachgehen. Davon sind natürlich dann die Dienstnehmer am meisten betroffen. Sie selbst weisen ja darauf hin, daß gerade die Entwicklung bei der Lohnsteuerbelastung und beim Lohnsteueraufkommen sehr deutlich macht, daß die Unselbständigen nun viel mehr zur Kassa gebeten werden, als dies in früheren Jahren der Fall gewesen ist. Das ist also ein erhebliches Ergebnis, ein sehr zu kritisierendes Ergebnis der sozialistischen Politik.

Vor kurzem hat das Institut für Wirtschaftsforschung eine Prognose veröffentlicht. Auch die „Arbeiter-Zeitung“ hat diese Prognose veröffentlicht. Dazu muß man feststellen, daß im OECD-Durchschnitt Österreich eine sehr schlechte Position einnimmt. Die kleinen Staaten haben eine Wachstumsrate von durchschnittlich 2,5 Prozent, und bei diesen kleinen Staaten scheint Österreich mit 1,5 Prozent, also auch erheblich unter dem Durchschnitt der Kleinststaaten, auf.

Das ist für die Sozialisten sicherlich ein betrübliches Ergebnis, aber für die Bevölkerung in Österreich ist es noch viel schwerwiegender, weil sie ja die Auswirkungen dieser schlechten

Melter

Entwicklung zu tragen hat durch die Krise in der Beschäftigungslage, durch die Preisentwicklung und durch die dadurch bewirkte schlechte Einkommensentwicklung.

Abgeordneter Dr. Broesigke hat auch schon ausgeführt, daß die Schulden von heute die Steuern von morgen sind, die Schulden von gestern die Steuern von heute. Wir sehen ja, daß diese außerordentliche Belastung des Budgets mit Rückzahlungen und Zinsen die Möglichkeiten erheblich einengt, Wirtschaftsimpulse zu geben, damit mehr Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen. Die Belastungsquote von 40 Prozent des Einkommens in Österreich ist also außerordentlich hoch und führt natürlich dazu, daß die Freude am Erbringen der vollen Leistung erheblich eingeschränkt wird, und dies führt natürlich auch zu einer Dämpfung der Entwicklungsaussichten.

Die Entwicklungsaussichten sind ja durch die Regierung selbst, gerade durch die Sparmaßnahmen im Budget, im Sozialbudget, sehr schlecht beurteilt worden. Im Bericht des Berichterstatters über dieses Kapitel wird ausgeführt, daß 3,1 Milliarden weniger zum Einsatz kommen als im laufenden Jahr. Eine erhebliche Beschränkung.

Man muß aber ergänzend dazu sagen, daß etwa für den Bereich der Pensionsversicherungsträger die Subventionen aus dem Budget um 3,9 Milliarden Schilling geringer werden, eine Kürzung um mehr als ein Viertel gegenüber dem laufenden Budget eintritt und nur noch 15,8 Milliarden Schilling bereitgestellt werden. Dabei ist nicht berücksichtigt, daß ja die Inflation und die Preissteigerung diese Leistung auch noch im Kaufwert schmälern.

Dafür kommt aber eine ganze extreme Mehrbelastung im Sozialbereich zustande durch das von Ihnen zum neuerlichen Beschluß vorgesehene Sozialversicherungsausbeutungsgesetz. In diesem Sozialversicherungsausbeutungsgesetz sehen Sie einen 2prozentigen Sonderbeitrag vor, durch einen Fonds, der beim Hauptverband zu schaffen ist. Dadurch werden der arbeitenden Bevölkerung Milliarden abgenommen, ihr Lohnzuwachs geschmälert und ihre Kaufkraft vermindert, alles notwendig wegen der schlechten Wirtschaftsführung der Sozialisten.

Dieser Sonderbeitrag ist meiner Beurteilung nach außerdem verfassungswidrig, dies insbesondere im Bereich der Angestelltenversicherung, weil Sie von den Angestellten, von den Arbeitnehmern einen halbprozentigen und von den Dienstgebern einen eineinhalbprozentigen Mehrbeitrag fordern. Keinen Schilling dieser

Sonderbeitragsleistung sehen Sie für die Pensionsversicherung der Angestellten vor. Es ist keinesfalls gerechtfertigt, einen Versicherungsbeitrag einzuhoben, ohne dafür eine Gegenleistung zu bieten. Es ist also eine Vorgangsweise, die absolut neu in diesem Hohen Hause ist. Kennzeichnend ist, daß gerade die Sozialisten derart unsoziale Schritte unternehmen, weil sie infolge der schlechten bisherigen Politik keine anderen Möglichkeiten mehr haben.

Aber das genügt Ihnen ja noch nicht. Im Sozialbereich verlangen Sie außer den 2 Prozent Sonderbeitrag eine Erhöhung der Rezeptgebühren von 6 auf 15 S, eine Erhöhung der Bemessungsgrundlagen für die Krankenversicherungsbeiträge von zwei Drittel auf drei Viertel der Bemessungsgrundlage für die Pensionen, also eine außerordentlich starke Anhebung. 728 beziehungsweise 810 Millionen Schilling sind nach Ihren eigenen Angaben der Ertrag dieser höheren Belastungen. Wahrscheinlich werden diese Einnahmen ja noch weiter steigen, vor allen Dingen in den Folgejahren, weil ja die Auswirkung immer stärker werden wird. Das ist der neue Weg der Sozialisten, das muß man sagen, ein Weg zur sozialen Demontage, weil man damit zweifellos die Selbstvorsorge beeinträchtigt. Denn je mehr man den Arbeitnehmer oder die Erwerbstätigen mit Steuern und Abgaben belastet, umso weniger können sie für sich selbst vorsorgen.

Sie führen auch eine Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages von 2 auf 2,1 Prozent ein, auch damit eine weitere Ausbeutung der Arbeitnehmer beziehungsweise eine Belastung der Arbeitskosten. Sie verlangen eine Beitrags-erhöhung bei den Selbstständigengruppen, bei den Bauern und bei den Gewerbetreibenden, womit ein Mehrertrag von über 230 Millionen vorgesehen ist.

Die Ausfallshaftung des Bundes wird dagegen herabgesetzt. Der Bund entzieht sich den bisherigen Verpflichtungen, und allein für das kommende Jahr sollen damit mehr als 540 Millionen Schilling eingespart werden. In der Zusammenstellung zum Sozialversicherungs-Änderungsgesetz weisen Sie aus, daß die arbeitende Bevölkerung mit mehr als 7 Milliarden Schilling aus diesem Bereich mehr belastet wird und dem Finanzminister mehr Mittel zugeführt werden.

Das ist also eine Entwicklung, die man sich etwa vor 1970 absolut nicht hätte vorstellen können und die damals zu einem Proteststurm auf der linken Seite des Hauses geführt hätte. Heute vertritt man derartige Maßnahmen in einer äußerst provokanten Weise, weil man nicht zuzugeben bereit ist, daß alles dies kein sozialer Fortschritt, sondern ein Rückschritt ist, weil man

Melter

mehr von den Arbeitenden nimmt und ihnen nicht mehr dafür gibt, sondern ihnen nur zusätzliche Sorgen auflastet in den verschiedenen Bereichen.

Hier muß man auch darauf hinweisen, daß die Änderungen beim Sozialkapital für die Arbeitnehmer in den Betrieben, wo Betriebspensionen zugesichert waren, eine herbe Enttäuschung darstellen, weil sie die Möglichkeiten erheblich einschränken, Betriebspensionen überhaupt in Aussicht zu stellen und die Auszahlung auf Dauer aufrechtzuerhalten. Sie nehmen damit gleichzeitig in Kauf, daß den Betrieben Kapital entzogen wird und sie damit nicht mehr so wie bisher in der Lage sind, notwendige Investitionen durchzuführen und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen, vor allen Dingen auch die bestehenden Arbeitsplätze zu modernisieren und menschlicher zu gestalten.

Man darf nicht nur von der Vermenschlichung der Arbeitsplätze reden, sondern muß auch die finanziellen Voraussetzungen dafür sicherstellen. Eine dieser Voraussetzungen war die Eigenkapitalbildung, die zweite die Beschaffung begünstigten Fremdkapitals. Aber auch in diesem Bereich muß man eine schlechte Regierungspolitik feststellen, denn die Beschränkungen auf dem Kapitalmarkt führen natürlich auch für viele Betriebe dazu, daß sie vorgesehene Investitionen nicht durchführen können und sie damit auch nicht in die Lage versetzt werden, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Oder es wird dazu führen, daß sie die erhöhte Zinsenbelastung für Fremdkapital nötig, in den Arbeitskosten bei den Löhnen und Gehältern zu sparen, also dem Arbeitenden nicht mehr so viel zu bieten, wie bei günstigeren Krediten möglich wäre.

Es gibt nun eine ganze Reihe von größeren Wirtschaftsbereichen, in welchen erhebliche Schwierigkeiten bestehen, sich in der Wirtschaft zu behaupten, vor allen Dingen dort, wo es um Exporte geht und wo die Lohn- und Gehaltskosten einen erheblichen Teil der Produktkosten ausmachen.

Und hier möchte ich besonders die Textilwirtschaft erwähnen. Man hat ja gestern auch schon darauf hingewiesen, daß in einem bestimmten Bereich in Niederösterreich für die Strumpfhosenerzeugung durch den Export von Maschinen und durch die Verpflichtung zum Import von Strumpfhosen eine erhebliche Beeinträchtigung der Arbeitsmöglichkeit im Inland bewirkt worden ist. Gerade im Bereich der Textilien entstehen ja besondere Schwierigkeiten dadurch, daß außerhalb des OECD-Bereiches Produktionen mit Einfuhrmöglichkeiten nach Österreich erfolgen, ohne daß die Regierung entsprechende Schutzmaßnahmen vorgesehen

hätte, die möglich sind. *(Abg. Treichl: Haben wir ja gemacht!)* Die Importpolitik in diesem Bereich ist also sehr einseitig vorgenommen worden. *(Abg. Treichl: Die Schutzmaßnahmen wurden ja vorgenommen in der Zwischenzeit!)*

Das hat nun dazu geführt, daß für viele österreichische Arbeitnehmer Arbeitsplätze gefährdet sind, daß schon viele Kündigungen vorgenommen werden mußten, daß viele Maschinen ruhend eingestellt wurden. Darüber gibt es eindeutige Unterlagen. *(Präsident Min-kowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Der Bundeskanzler hat gestern erklärt, daß gerade die Autoimporte für die Handelsbilanz in Österreich eine besondere Belastung darstellen. Seinen Ausführungen muß man eine andere Zahl gegenüberstellen. Wir haben keine große Autoproduktion in Österreich, sondern nur in einem sehr beschränkten Bereich. Autos haben wir im ersten Halbjahr dieses Jahres um 7,4 Milliarden Schilling eingeführt; das hat der Bundeskanzler gestern erklärt.

Interessant ist aber, daß der Herr Bundeskanzler diesen 7,4 Milliarden Schilling Aufwendungen für Autoimporte nicht die Zahl von 7,3 Milliarden Schilling für Textilimporte gegenübergestellt hat. Der Herr Bundeskanzler wird nicht bestreiten können, daß in Österreich Tausende – Tausende – Arbeitnehmer im Bereich der Textilwirtschaft tätig sind und daß die inländische Textilwirtschaft ihren Betrieb unter größten Schwierigkeiten aufrechterhält. *(Abg. Treichl: Kollege Melter! Es wurden doch erst in jüngster Zeit Maßnahmen für Lieferanten außerhalb des OECD-Bereiches getroffen!)*

Ja, erst vor kurzer Zeit, nachdem schon eine äußerst ungünstige Situation eingetreten war, und ich habe ausdrücklich gesagt: im ersten Halbjahr dieses Jahres 7,3 Milliarden Schilling Importe an Textilien. Also fast gleichviel wie für Autoimporte, obwohl wir im Inland die Produktionsvoraussetzungen für die textile Versorgung der österreichischen Bevölkerung haben.

Hier kann man sich nicht darauf ausreden, daß im Bereich der Textilwirtschaft nur Private tätig sind. Es gibt hier gerade einen neuen Bericht, wo der Bund Kapitaleigner ist im Wege über die Creditanstalt. Wenn man den Bericht über die Pottendorfer Textil etwa zur Hand nimmt, kann man feststellen, daß auch die im verstaatlichten Bereich geführte Pottendorfer sehr erhebliche Probleme hat und sie darauf zurückführt, daß der Bund gegen billige Importe vor allem aus Fernost keine Vorsorge getroffen hat, und zwar unfaire Importe, weil aus ganz anderen Überlegungen Preise angeboten wer-

Melter

den können, die bei den inländischen Arbeitskosten einfach nicht möglich wären.

Sie müssen selbst aus Kenntnis etwa der Vorarlberger Textilindustrie, die ja mit mehr als 50 Prozent Lohnkosten arbeitet, wissen, daß die Kalkulation bei den Zugeständnissen an die Arbeitnehmer – und man schimpft ja darüber, daß im Textilbereich immer noch unterdurchschnittliche Löhne bezahlt werden – einfach nicht besser sein kann. Auch im verstaatlichten Bereich waren die Pottendorfer genötigt, bei Verlusten schon 1975 und 1976 von 30 Millionen Schilling mit noch mehr Millionen einfache Umstellungen vorzunehmen und von 344 vorhandenen Webstühlen in der Weberei 90 stillzustellen.

Was bedeutet denn das? Das bedeutet doch einen erheblichen Verlust an Arbeitsplätzen. Die Produktionseinschränkung um 25 Prozent bei der Pottendorfer bedeutet doch, daß weniger Leute Erwerb haben, daß man sie entweder in die Arbeitslosenversicherung schickt oder ihnen Arbeitsplätze anbietet, auf denen sie nicht so viel verdienen können oder sie andere Belastungen in Kauf nehmen müssen, etwa einen anderen, weiteren Arbeitsweg oder sonstige Schwierigkeiten, erhöhte Aufwendungen an Zeit und Geld, um eine andere Beschäftigung ausüben zu können.

Das bedeutet: Dort, wo wir eine gewachsene Industrie haben, hat sich der Herr Bundeskanzler nicht besonders bemüht. Ein Austro-Porsche-Projekt, das war etwas, was groß in den Zeitungen erschienen ist, wo man sich also hätte einen Namen machen können. Aber dort, wo es um echte Arbeit, um Initiativen gegangen wäre, bestehende Arbeitsplätze zu bewahren und sie auszubauen, da hat man viel zu lange gezögert und damit Probleme herbeigeführt, die halt jetzt immer schwieriger zu bewältigen sind.

Der Herr Bundeskanzler hat die Autoimporte erwähnt. Er muß aber dazusagen, daß seine Politik, insbesondere seine Pressepolitik entscheidend dazu beigetragen hat, daß die Importquote für Autos im zweiten Halbjahr 1977 wahrscheinlich ganz, ganz erheblich höher sein wird als im ersten Halbjahr.

Man muß fast annehmen, das ist bewußt geschehen, denn Dummheit kann man doch dem Bundeskanzler nicht vorwerfen. Er ist doch sehr gescheit. Er hätte aber dann doch erkennen müssen, welche Auswirkungen eine derartige Propaganda auf dem Käufermarkt haben wird. Hat er das nicht bedacht oder ging die Spekulation am Ende nur dahin, durch diesen Käuferboom am Automarkt einen größeren Anteil an Mehrwertsteuer für den Finanzmini-

ster hervorzurufen? Man müßte das fast annehmen.

Man muß auch dazusagen, daß der Herr Bundeskanzler alle Schwierigkeiten der österreichischen Wirtschaft den Verteuerungen am Energiesektor und den Auswirkungen des Autokaufes zuschreibt. Dem Herrn Bundeskanzler ist offensichtlich entgangen, daß die österreichische Wirtschaft ganz andere Erschwernisse hat.

Wenn man etwa die Import-Export-Verhältnisse Österreich/Schweiz heranzieht, dann muß man als Voraussetzung klarstellen: Von der Schweiz beziehen wir keine Autos – jedenfalls nicht in erheblichem Umfang –, von der Schweiz beziehen wir kein Öl. Aber trotzdem ist es „dank“ sozialistischer Wirtschaftspolitik dazu gekommen, daß sich, nachdem wir 1974 noch einen Ausfuhrüberschuß von 2 Milliarden Schilling gegenüber der Schweiz erzielen konnten, ab 1976 schon dieser Ausfuhrüberschuß in einen Einfuhrüberschuß in derselben Größenordnung entwickelt hat und daß der Importüberschuß 1977 wahrscheinlich 3 Milliarden Schilling betragen wird. Also ohne Autos und ohne Öl dasselbe Ergebnis wie beim gesamten Handelsbilanzdefizit.

Hier muß der Herr Bundeskanzler und mit ihm auch der Herr Sozialminister, weil es um Arbeitsplätze geht, erklären, warum diese Entwicklung eingetreten ist. Warum hat diese Regierung, diese planende Regierung mit 1 400 Sachverständigen, nicht abgeschätzt und nicht zeitgerecht Vorsorge getroffen, daß für den inländischen Arbeitsmarkt gesicherte Verhältnisse vorhanden sind? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Im Bereich des Arbeitsmarktes wird immer auch besonders auf die Strukturprobleme hingewiesen. Die Struktur des österreichischen Arbeitsmarktes ist doch gekennzeichnet durch den überwiegenden Anteil an Klein- und Mittelbetrieben, auch der Kleinstbetriebe, muß man dazusagen.

Wenn seitens der Bundesregierung nur Großprojekte besonders forciert werden, muß man doch fragen, ob durch eine derartige Politik die strukturellen Probleme nicht noch viel mehr verstärkt und noch viel ungünstiger gestaltet werden durch Konzentrationen in kleinen Bereichen, die dazu führen, daß gewisse ländliche Bereiche entvölkert werden, wo man in städtischen Agglomerationen zusätzliche Schwierigkeiten bekommt durch Wohnraumbeschaffung oder die Regelung der Verkehrsverhältnisse, die Sie immer noch nicht bewältigt haben, durch die Voraussetzungen, Unterrichtsraum für Schüler und Fortgeschrittene zu schaffen.

Melter

All dies wird von Ihnen nicht dargelegt, aber es ist für die arbeitende Bevölkerung, die hier besonders belastet wird, fühlbar und erkennbar.

Überall gibt es das Pendlerwesen, man muß fast sagen, das Pendlerunwesen, weil man nicht in der Lage und auch nicht bereit war, die Wirtschaftsstruktur so zu beeinflussen, daß man dort, wo die Leute wohnen, auch die entsprechenden Erwerbsmöglichkeiten bereitgestellt hätte.

Ich muß hier also gar nicht von Vorarlberg sprechen. Ich möchte hier, weil es gerade neu ist, einen Bericht aus den „Oberösterreichischen Nachrichten“ zur Darlegung des Problems heranziehen. Da wird über den Bezirk Rohrbach berichtet, ein Bezirk, der von starker Abwanderung gekennzeichnet ist, wo etwa in relativ kurzer Zeit – in der Zeit von 1951 bis 1971 – bei einer Gesamteinwohnerzahl von derzeit rund 53 000 11 000 Personen abgewandert sind. Das ist eine unwahrscheinlich große Zahl, und man kann sich vorstellen, daß das ganz erhebliche Veränderungen hervorruft.

Und wodurch wird das bewirkt? Im wesentlichen durch die Arbeitsmarktverhältnisse, weil man darauf hinweist, daß wegen des Fehlens der Arbeitsplätze im Bezirk Rohrbach fast drei Viertel aller unselbständig Erwerbstätigen zum nerven- und kräfteaubenden Pendeln gezwungen werden. Von 8 950 Arbeitnehmern pendeln täglich 4 826 nach Linz, rund 1 000 in andere oberösterreichische Bezirke wie Freistadt und Wels, weiters – und das ist besonders erschwerend – 817 ins Ausland. Diese müssen einige zusätzliche Schwierigkeiten in Kauf nehmen.

Besonders bedauerlich sind diese Verhältnisse natürlich für die Lehrlinge. In diesem Bezirk gibt es 875 Lehrlinge; davon muß fast die Hälfte in den Großraum Linz zur Ausbildung. Man muß sich vorstellen, was diese Trennung vom Elternhaus für Konsequenzen hat. Die Auswirkungen der frühzeitigen Entwurzelung sind auch etwa in der Terroristenszene zu erkennen.

Und was tut man für diese jungen Leute? Welche strukturellen Maßnahmen werden seitens des Bundesministeriums gesetzt? Eigenartige Maßnahmen etwa, was die Arbeitnehmer betrifft, die oft keine öffentlichen Verkehrsmittel und keine Firmenbusse zur Verfügung haben, und wo es durch Ihr Abgabenänderungsgesetz natürlich dazu kommen wird, daß diese öffentlichen Einrichtungen nur unter ganz erschwerten Umständen und nicht mehr zu so günstigen Bedingungen in Anspruch genommen werden können. Sie werden mehr auf Pkw umsteigen müssen, die Sie steuerlich noch stärker belasten, damit sie mit noch älteren „Kübeln“ zur Arbeit

fahren müssen und ihr Risiko noch größer wird. Das ist sozialistische Sozialpolitik! Das ist ein ganz neues Merkmal. Man erhöht die Betriebskosten für die Kraftfahrzeuge, damit die Pendler nicht mehr so billig zu ihrem Arbeitsplatz kommen. Sie sollen vielleicht auf einer kleinen Quetsche mit ein oder zwei Kühen das Auslangen finden.

Man bewirkt etwa durch die Verminderung des Kilometergeldes, daß den Arbeitnehmern weniger übrigbleibt, daß sie aus ihrer eigenen Tasche mehr aufwenden müssen, um ihren Arbeitsplatz ausfüllen zu können. Man tut beim Kfz-Pauschale nichts, weil angeblich die Kosten schon lange eingerechnet sind. Erinnern Sie sich, Kollege Pansi, an die Äußerungen, die vor 1970 in diesem Bereich gefallen sind. Da hätte der Finanzminister ein sehr ungutes Leben gehabt. Aber jetzt stellen Sie sich schützend vor ihn, obwohl diese Haltung auf Kosten der Arbeiter und Angestellten geht.

Und Sie bewirken mit Ihrer Wirtschaftspolitik, daß sich die Arbeitnehmer immer mehr Sorgen machen müssen. Denn wie ist es sonst zu erklären, daß der Herr Bundeskanzler Kreisky schon lange vor der Zeit von Kurzarbeit spricht, die man dann in die sogenannte Umschulung ändert? Aber auch das bringt doch Sorgen, weil die Arbeitnehmer ja erkennen, daß keine echte Auftragslage mehr vorhanden ist, die ihnen Gewähr bietet, durch ihre erlernte Arbeitsleistung und durch ihren Arbeitseinsatz zu Verdienst zu kommen. Sie verschleiern durch diese Umschulungsmaßnahmen ja nur die Arbeitslosigkeit.

Sie tun zu wenig, um die Strukturen zu verbessern und darauf hinarbeiten, daß bessere Marktverhältnisse geschaffen werden können. Sie erheben Vorwürfe über Steuerhinterziehung und setzen selber Maßnahmen im Bereich von verstaatlichten Betrieben, die dazu führen, daß man sagt, dort wäre überhöht Sozialkapital bereitgestellt worden. Jetzt räumen Sie es aus, weil Sie zur Abdeckung der Defizite in vielen Bereichen keinerlei neue Rücklagen für die Sozialverpflichtungen bilden können und sogar gezwungen sind, Hunderte von Millionen aus dem Sozialkapital herauszunehmen, um Ihre Defizite zu verkleinern. Nichts also von einer planmäßigen Wirtschaftsentwicklung.

Wenn ich etwa nun auf Vorarlberg zu sprechen komme, mußten wir dort feststellen, daß leider in diesem Jahr die Zahl der Betriebe nicht zugenommen hat, sondern kleiner geworden ist, das heißt, es gibt weniger Arbeitsplätze, nicht nur weniger Arbeitsplätze für die Selbständigen, sondern natürlich auch ein geringeres Angebot für die Unselbständigen.

Melter

Bei uns im Lande war etwa eine parallele Entwicklung. Wenn die Betriebe an Zahl zugenommen haben, haben entsprechend die Arbeitsplätze an Zahl zugenommen. Und man weiß ja, daß auf Grund der Geburtenzahlen gerade der geburtenstarken Jahrgänge nach 1960 jährlich ein zunehmender Bedarf an neuen Arbeitsplätzen gegeben ist. Wie sollen diese neuen Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn Betriebseinstellungen erfolgen, wenn durch Ihre Belastungspolitik die Firmen nicht mehr weiter können, wenn sie sich nicht mehr trauen, Investitionen durchzuführen, weil sie befürchten müssen, sich dann selber den finanziellen Boden zu entziehen, um nur noch den Bestand erhalten zu können? Ohne neue Investitionen keine neuen Arbeitsplätze und ohne neue Arbeitsplätze natürlich Arbeitslosigkeit. Das ist das Ergebnis Ihrer Sozialpolitik und Ihrer Wirtschaftspolitik.

Nun muß ich aber noch auf ein Problem in einem anderen Bereich hinweisen. Wir wissen, daß die Leistungen im Sozialbereich manchmal sehr unbefriedigend sind und daß auch eine siebenjährige SPÖ-Alleinherrschaft nicht vermocht hat, verschiedene Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Mit Recht üben natürlich vor allen Dingen die Oppositionsparteien Kritik an dieser Entwicklung. Nur gibt es auch eine Kritik, die meiner Meinung nach nicht berechtigt ist, wenn ich etwa die Sozialpolitische Konferenz der ÖVP vor Augen habe und manche der Aussagen, die dort gemacht worden sind. Hier muß ich insbesondere kritisieren, daß Ihr Sozialsprecher Dr. Kohlmaier unter anderem darauf hingewiesen hat, daß etwa im Bereich der Kriegsoferversorgung die Berechtigung von Renten fraglich wäre. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist eine falsche Berichterstattung, Herr Melter!)*

Interessant ist, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, daß diese Berichterstattung in verschiedenen Zeitungen erfolgt ist, auch in der „Presse“. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Ja, leider passiert so etwas!)* Und wenn Sie sagen, das ist eine falsche Berichterstattung, dann sollte man wenigstens erwarten, daß Sie eine Berichtigung herausgeben *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das werde ich heute tun!)*, denn wenn das offenbleibt, muß man bestimmte Tendenzen befürchten, und gegen diese möchte ich mich mit allem Nachdruck zur Wehr setzen. Gerade der Bereich der Kriegsofervorgänger ist jahre- und jahrzehntelang derart schändlich vernachlässigt worden und die Leistungen sind in weiten Bereichen noch derart minimal, daß man nicht sagen kann, es sollte überlegt werden: Weil es kleine Leistungen sind, kann man darauf verzichten. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Stimmt auch nicht!)* Das ist also mit aller Deutlichkeit festzustellen.

Natürlich gibt es verschiedene Relationen. Aber dann gibt es auch wesentlich größere Bezugsmöglichkeiten, wo man natürlich Überlegungen anstellen kann: Ist es gerechtfertigt, zwei, drei und noch mehr Einkünfte – ob direkt durch Arbeitsleistung oder durch Scheinleistung oder als Anspruch im Sozialbereich – geltend zu machen? Aber dann kann man niemals die Kriegsofervorgänger hier in den Vordergrund stellen.

Es gibt im selben Zusammenhang eine Äußerung, auch in der „Presse“, durch Professor Dr. Stummvoll. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Er ist kein Professor!)* Er wird als „Professor“ zitiert. Aber „Doktor“ ist Herr Stummvoll jedenfalls, und er ist auch Sprecher der Industriellenvereinigung oder der Bundeswirtschaftskammer. *(Abg. Dr. Hauser: Das war ein Irrtum!)* Hier wird zitiert in der „Presse“, Herr Dr. Hauser. „Die Presse“ ist für Sie ein unverdächtiges Organ, nehme ich an. *(Abg. Dr. Hauser: Er lehnt es ab, „Professor“ genannt zu werden!)*

Heute ist nämlich der Arbeitnehmer eindeutig der Privilegierte. – Das ist auch eine tolle Feststellung. Das ist eine tolle Feststellung! Eine derartige Pauschalfeststellung zu treffen ist für einen gelehrten Sozialpolitiker wirklich eine Zumutung. *(Abg. Dr. Hauser: Ich glaube eher, daß es eine Zeitungsente war!)* Eine Zeitungsente? „Die Presse“ sollte als solides Presseorgan derartige Entenmeldungen wirklich vermeiden. *(Abg. Peter: Herr Hauser! Für uns ist „Die Presse“ eine solide Zeitung! Wenn das nicht der Fall ist, bleibt es Ihnen überlassen!)*

Dann muß man also wirklich sagen: Wenn die ÖVP mit einer solchen Sozialkonferenz groß an die Öffentlichkeit tritt, dann soll sie dafür sorgen, daß die Pressemeldungen dem entsprechen, was dort gesagt und geäußert wurde. *(Abg. Libal: Richtig!)* Ich persönlich habe also keinen Zweifel daran, daß „Die Presse“ der ÖVP sicher freundlich gegenübersteht und daß sie nicht Meldungen verbreitet, die Ihrem politischen Ansehen schaden. *(Abg. Peter: Anscheinend will der Wirtschaftsbund mit der „Presse“ nichts mehr zu tun haben nach dem Zwischenruf! – Abg. Dr. Kohlmaier: Aber, Herr Peter!)*

Nun möchte ich mich aber doch wieder der Regierungspolitik zuwenden und noch mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß es im Bereich der Sozialpolitik immer das Ziel sein muß, einen sozialen Ausgleich herbeizuführen. Dieser soziale Ausgleich betrifft natürlich auch die Erwerbstätigen, die Familien zu versorgen haben.

Die Familien in Österreich sind zweifellos nicht die Privilegierten, sondern sie sind jene, die Opfer bringen müssen, die dauernd Opfer bringen müssen in der persönlichen Bereitschaft

Melter

der Eltern für die Kinder, aber auch Opfer für den Staat als Steuerzahler und als Benachteiligte in dieser Gesellschaft. Denn es ist eindeutig, daß jene, die für Kinder zu sorgen haben, ein geringeres Pro-Kopf-Einkommen haben als jene, die nur für sich zu sorgen haben.

In einer Zeit, in der man mit steigenden Preisen zu tun hat, sollte man gerade für jene, die Kinder großziehen, die die Voraussetzung für die künftige Existenz dieses Staates und auch für die soziale Sicherheit sind, weil sie ja die künftigen Arbeitskräfte und die künftigen Steuer- und Beitragszahler sind, sollte man also dieser Personengruppe annehmbare Voraussetzungen schaffen. Aber was tun die Sozialisten? Sie schaffen ein Gesetz, das die Möglichkeit einschränkt, diese Leistungen für die Familien anzupassen, auf jenes soziale Niveau anzuheben, das viele andere Bevölkerungskreise bereits erreicht haben. Allein wegen der schlechten Wirtschafts- und Budgetpolitik des Finanzministers wird dem Familienlastenausgleichsfonds im nächsten Jahr ein Beitrag von nicht weniger als 5½ Milliarden Schilling entzogen. Ein riesiger Betrag! Die Entwicklung für das übernächste Jahr bedeutet natürlich, daß der Familienlastenausgleichsfonds ausgeräumt ist, ohne daß der Gesamtheit der Familien eine Leistungsverbesserung zubilligt werden könnte.

Wir Freiheitlichen haben ganz konkret einen Antrag gestellt, ab Beginn des nächsten Jahres die Leistungen für die Kinder zu verbessern. Die Sozialisten haben das abgelehnt, leider auch die Vertreter der Volkspartei. Wir haben einen ganz konkreten Antrag gestellt, gestützt auf Beurteilungen des Familienpolitischen Beirates und der Familienorganisationen, aber auch auf Aussagen der Aktion Leben etwa. Leider keine Zustimmung, obwohl derzeit noch die Mittel dafür vorhanden wären. Aber Sie brauchen die Mittel für den Finanzminister und nicht für die Familien. Das ist das schlechteste Ergebnis einer Regierungspolitik, die von Sozialisten zu verantworten ist, einer Regierungspolitik, die für alle Belastungen, aber kaum soziale Sicherheit und soziale Besserstellung bringt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pansi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Pansi (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Für den Fortschritt eines modernen Staates sind nicht nur ein hohes Bruttonationalprodukt, ein hohes Wirtschaftswachstum *(Abg. Dr. Schwimmer: Hohe Staatsverschuldung!)* und andere Dinge maßgebend, sondern vor allem auch *(Abg. Dr. Kohlmaier: Hohe*

Steuern!) der Umstand, wieviel für soziale Zwecke und für die Gesundheit ausgegeben wird. Österreich liegt in dieser Hinsicht zweifellos im Spitzenfeld der Industriestaaten: 27 Prozent des Budgets werden diesem für die gesamte Bevölkerung so wichtigen Bereich zugeführt.

Ich darf sagen, daß das nur ein Teil ist, der für soziale Zwecke und Gesundheit ausgegeben wird. Denn dazu kommen noch die vielen, vielen Milliarden der Pensionsversicherungsanstalten, der Krankenversicherungsanstalten, der Unfallversicherung, der Länder und auch der Gemeinden. Auch diese Gebietskörperschaften geben ja, besonders was das Spitalswesen anlangt, erhebliche Summen für die Gesundheit und für andere soziale Zwecke aus.

Wenn man jedoch die Äußerungen der Redner der Oppositionsparteien hört – der Abgeordnete Melter hat es vor mir getan, der Abgeordnete Kohlmaier wird es zweifellos nach mir tun –, dann könnte man den Eindruck gewinnen, daß wir in Österreich eigentlich eine recht schlechte Sozialgesetzgebung hätten. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Sie behaupten das, meine sehr verehrten Damen und Herren, gegen besseres Wissen.

Wir haben uns im Laufe der Zeit in Österreich ein ausgezeichnetes sozialpolitisches Gebäude aufgebaut. Das gilt für alle Zweige unserer Sozialversicherung und auch für unser Arbeitsrecht. Wir haben ein hohes und umfassendes Leistungsniveau in der Pensionsversicherung, und zwar nicht nur für die Unselbständigen, sondern auch für die Selbständigen.

Ein Beispiel dafür, wie die Entwicklung auf diesem Gebiete ist: So sind die Pensionen im Jahre 1976 für die Unselbständigen um 12,2 Prozent, für die Selbständigen im Gewerbe um 13,4 Prozent und in der Landwirtschaft sogar um 15,3 Prozent gestiegen. Also eine wesentliche Steigerung über die Inflationsrate hinaus.

Unsere Krankenversicherung erbringt – und das muß auch festgestellt werden – mit verhältnismäßig bescheidenen Beiträgen enorm hohe Leistungen. Ich darf darauf hinweisen, daß zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland die Krankenversicherungsbeiträge schon bis zu 12 Prozent gehen. Es gibt dort keinen einheitlichen Krankenversicherungsbeitrag; er ist kassenweise verschieden. Wir liegen noch immer bei einem Krankenversicherungsbeitrag von 7,3 Prozent. Und die großen Leistungen in der Unfallversicherung mit ihren ausgezeichneten Unfallkrankenhäusern und Wiederherstellungseinrichtungen sind allgemein bekannt.

Ich darf aber auch feststellen, daß es auf dem Gebiete der sozialen Sicherheit bei uns noch nie einen Stillstand gegeben hat und daß ununter-

Pansi

brochen versucht wird, Verbesserungen dort zu schaffen, wo eben noch Verbesserungen notwendig sind. Und daß es so ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist sehr deutlich aus einer Studie ersichtlich, die die Arbeiterkammer für Steiermark vor kurzem herausgegeben hat und die sich auf die Zeit von März 1966 bis März 1977 bezieht.

Allerdings bestätigt diese Studie auch, was wir immer schon gesagt haben: daß es während der ÖVP-Regierung einen verhältnismäßig geringen sozialpolitischen Fortschritt gegeben hat (*Abg. Dr. Kohlmaier: Glauben Sie wirklich?*) und daß seit 1970 auf diesem Gebiete ungleich mehr geschehen ist.

So wird in dieser Studie festgestellt, daß von 1966 bis 1969 – die Gesetze sind alle aufgezählt, genauso auch die Gesetzesänderungen; es handelt sich ja nicht immer um neue Gesetze – 21 Gesetze vom Hohen Haus verabschiedet worden sind.

Dabei sind sicherlich einige wesentliche Gesetze, so das Sonderunterstützungsgesetz für den Bergbau. Ich möchte aber nur eines hinzufügen: Das war von der ÖVP-Regierung nicht im voraus geplant, sondern das war dann eine Folge der momentanen Stillegung des Bergbaues St. Stefan. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Dadurch ist dieses Gesetz entstanden und nicht deshalb, weil die ÖVP-Regierung von Haus aus der Meinung gewesen wäre, daß es notwendig sei. Aber wir anerkennen, daß dieses Gesetz zustande gekommen ist. Es hat auch heute noch seine große Bedeutung.

Es wurde das Arbeitszeitgesetz in dieser Zeit verabschiedet. Aber auch dazu darf ich sagen, daß es erst durch ein Volksbegehren erzwungen werden mußte, und dieses Volksbegehren hat uns ja mehr als 900 000 Unterschriften gebracht. (*Abg. Dr. Gruber: Das stimmt nicht!*)

Es ist das Arbeitsmarktförderungsgesetz verabschiedet worden. Aber auch dieses Arbeitsmarktförderungsgesetz ist viele Jahre vorher zwischen den Sozialpartnern verhandelt worden und ist nicht erst ein Ergebnis der Arbeit der ÖVP-Alleinregierung.

Und schließlich ist dann auch noch die Erhöhung der Witwenpension um 5 Prozent von Bedeutung. Sie waren ja nicht bereit, die 10prozentige Erhöhung vorzunehmen (*Abg. Dr. Schwimmer: Sie auch nicht sofort!*), wie sie seit langer Zeit von uns und auch von allen Frauen gefordert worden war. (*Abg. A. Schlager: Bauernpensionsversicherung nicht vergessen!*)

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Zeit von 1970 bis Anfang 1977.

Die Studie weist aus, daß in dieser Zeit mehr als 70 Gesetze auf sozialpolitischem Gebiet vom Parlament verabschiedet worden sind. Dabei waren:

Erhöhung der Witwenpension auf 60 Prozent. Wir haben sofort das nachgeholt, wozu Sie nicht bereit waren. (*Abg. Dr. Schwimmer: Nicht sofort!*)

Umwandlung der neutralen Zeiten in Ersatzzeiten. Wieder etwas, wozu Sie nicht bereit waren.

Verbesserung der Richtzahlberechnung und damit verbunden die zweimalige zusätzliche Erhöhung in der Pensionsversicherung.

Erhöhung des Arbeitslosengeldes und der Notstandsunterstützung sowie Milderung der Degression, zu der Sie ebenfalls vorher nicht bereit waren.

Zweimalige Verbesserung des Urlaubsrechtes. Dazu gehört natürlich auch die Einführung des vierwöchigen Mindesturlaubes. Und wie es dabei bei Ihnen zugegangen ist, das ist uns ja heute noch sehr lebhaft in Erinnerung. Es war ein ständiges Hin und Her zwischen ÖAAB und Wirtschaftsbund, Ja – Nein, Ja – Nein. Sie haben es ohnehin nicht verhindern können. Wenn Sie das hätten tun können, wäre es ja wahrscheinlich auch passiert. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.*)

Dann Bildungsfreistellung für die Betriebsräte, Abfertigungsanspruch für Angestellte bei Kündigung wegen Pensionierung oder Mutterschaft, Erhöhung des Überstundenzuschlages auf einheitlich 50 Prozent, Einführung der Gesundenuntersuchungen, Arbeitsverfassungsgesetz und damit erster Teil der Kodifikation des Arbeitsrechtes, Entgeltfortzahlungsgesetz, Wegfall des Entlassungsgrundes wegen langer Krankheit, nachträglicher Einkauf von Versicherungszeiten, Unfallversicherung für Schüler, vorzeitige Alterspension für Bauern, schrittweise Umwandlung der Zuschußrenten in Pensionen, Entgeltsicherungsgesetz, mehrmalige zusätzliche Erhöhung der Richtsätze und damit wirksame Bekämpfung der Armut. (*Abg. Dr. Schwimmer: Sie haben einen wichtigen Antrag noch vergessen!*)

Das, meine Damen und Herren, ist die Gegenüberstellung zwischen dem, was Sie gemacht haben, und dem, was seit 1970 auf diesem Gebiet geschehen ist. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Schwimmer: Sie haben einen Antrag Pansi noch vergessen, Herr Pansi! Das Sozialversicherungsbeitragserhöhungsgesetz!*) Ich komme auch noch dazu. Ich habe gesagt: bis Anfang 1977. Ich habe die Studie behandelt. Sie brauchen keine Angst zu haben, Herr Kollege

Pansi

Schwimmer. *(Abg. Dr. Gruber: Angst haben wir eh keine vor Ihnen!)*

Nun aber auch einige Bemerkungen zur Arbeitsmarktverwaltung, weil diese im weiteren Sinne ebenfalls zu den sozialpolitischen Einrichtungen gehört.

Die Arbeitsmarktverwaltung hat während der Zeit der sozialistischen Regierung ihr Gesicht völlig verändert. Aus der einstigen Auszahlungsstelle vom Arbeitslosengeld ist eine ausgezeichnete Sevicestelle für Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktförderung geschaffen worden. Dazu war notwendig, daß das Personal für die neuen Aufgaben entsprechend herangebildet worden ist, und dazu war natürlich des weiteren notwendig, daß auch entsprechende Mittel für die neuen Aufgaben zur Verfügung stehen. Diese Voraussetzungen wurden geschaffen. Und so war es möglich, daß gerade die Arbeitsmarktverwaltung durch ihre vielfältigen Maßnahmen sehr wesentlich zur Erhaltung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus beigetragen hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber auch zu diesem Gebiete einige Ziffern, die den Unterschied zwischen ÖVP- und SPÖ-Regierung sehr deutlich unterstreichen.

Wir haben seit dem Krieg bei den Beschäftigtenzahlen ununterbrochen eine Aufwärtsentwicklung gehabt bis 1965. Damals hat es einen Beschäftigtenstand von 2 381 467 gegeben. Dann kam die ÖVP-Regierung. Im Jahre 1969, im letzten Jahr der ÖVP-Regierung, hat es einen Beschäftigtenstand von 2 357 654 oder um 24 000 Beschäftigte weniger gegeben.

Und wissen Sie, was die Folge davon war? – Daß nur während der ÖVP-Regierung der Anteil der Frauenbeschäftigung gesunken ist. Das ist ja auch ganz natürlich. Wenn es kein hohes Beschäftigungsniveau gibt, sind die ersten, die davon betroffen sind, die Jugendlichen, die nicht in den Arbeitsprozeß hineinkommen, und die Frauen, die aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist ja auch der Grund, warum wir der Vollbeschäftigungspolitik ein so großes Augenmerk schenken. Und die Entwicklung zeigt ja, was die Sozialisten auf diesem Gebiet getan haben.

Von 1969 bis 1974 ist die Zahl der Beschäftigten um nahezu 300 000 gestiegen. Ich gebe Ihnen recht, daß da auch anderes drinnensteckt, was das Bild etwas fälscht, zum Beispiel die Sozialversicherungspflicht für die Frauen der Selbständigen. Aber Sie können das alles abziehen, und immer noch bleiben mindestens 200 000 über, um die sich die Beschäftigtenzahl

in dieser Zeit erhöht hat. *(Abg. Dr. Gruber: Netto bleibt nichts über!)*

Wir konnten aber auch etwas anderes erreichen. Im Jahre 1974 ist bekanntlich die große Krise in der westlichen Welt im Gefolge der Ölkrise eingetreten, und wir konnten trotz dieser Krisenerscheinungen im Jahre 1975 das hohe Niveau von 1974 halten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

1976 – und hier gibt es keine Korrekturen mehr – ist die Zahl der Beschäftigten neuerlich um rund 30 000 gestiegen, und 1977 wird die Zahl der Beschäftigten voraussichtlich um 40 000 höher sein, als sie im vergangenen Jahr gewesen ist.

Aus diesen Ziffern können wir doch sehr deutlich ersehen, daß zwischen unserer Auffassung und Ihrer Auffassung über Vollbeschäftigungspolitik ein großer Unterschied besteht. Bei uns hat die Vollbeschäftigungspolitik Vorrang, während man das bei Ihnen durchaus nicht behaupten kann. Die Zeit von 1966 bis 1969 beweist, daß Sie der Vollbeschäftigungspolitik kein besonderes Augenmerk geschenkt haben. *(Abg. Graf: Herr Pansi! Glauben Sie das wirklich, was Sie da sagen? – Heiterkeit.)* Jawohl, das glaube ich, Herr Abgeordneter Graf! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich sage Ihnen auch sofort, warum ich das glaube. Zwei wesentliche Gründe sind dafür maßgeblich. In Wirtschaftskreisen wird leider immer noch zum Teil – ich sage: zum Teil, nicht grundsätzlich – der Mensch nur als Kostenfaktor gewertet. Daher ja auch oft die Äußerungen, daß eine gewisse Arbeitslosigkeit auch ihre guten Seiten hätte. Das zweite ist, daß ich halt den Eindruck habe – und das ist jetzt kein Vorwurf, kein Vorwurf! –, daß viele von Ihnen nicht erlebt haben, was Arbeitslosigkeit bedeutet, während viele von uns das selbst erlebt haben. Daher haben wir eine andere Einstellung zur Vollbeschäftigungspolitik, als sie bei Ihnen vorhanden ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das sind die Begründungen, Herr Abgeordneter Graf, zu meiner Behauptung. Jedenfalls, meine sehr verehrten Damen und Herren, können wir auf das, was wir im Laufe der Zeit geschaffen haben, stolz sein.

Wie gut die Arbeit der Sozialisten auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der Beschäftigungspolitik war, ist ja auch daraus zu erkennen, daß Sie kaum nennenswerte sachliche Kritik daran üben können. Sie haben sich daher darauf verlegt – schon bei Häuser, bei Weißenberg tun Sie das gleiche –, daß Sie ununterbrochen die Minister persönlich angreifen. Sie werden das garantiert auch heute wieder tun, das ist Ihre Sozialpolitik! *(Abg. Dr. Schwimmer: Sagen Sie ein Beispiell! – Abg.*

Pansi

Dr. Kohlmaier: Das stimmt aber wirklich nicht! - Abg. Graf: Wie haben Sie denn die Rehor behandelt? Erinnern Sie sich?)

Wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, betrachten es als unsere Aufgabe, daß das, was wir geschaffen haben, auch in weniger günstigen Zeiten gehalten werden kann. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.)* Ich bin gespannt auf Ihre Wortmeldung, Herr Abgeordneter Schwimmer! Unsere Aufgabe ist, daß wir das, was wir uns in guten Zeiten aufgebaut haben, auch in weniger guten Zeiten aufrechterhalten können, und daß wir dort, wo es notwendig ist, auch in Zukunft immer wieder versuchen, Verbesserungen herbeizuführen.

Das gilt, meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allem für zwei Bereiche: Es ist notwendig, daß die Kodifikation des Arbeitsrechtes vorangetrieben wird. Und es wird, auch wenn die Zeiten nicht sehr günstig sind, notwendig sein, daß Maßnahmen, stärkere Maßnahmen für die Behinderten getroffen werden. Das ist ein Kreis jener Mitbürger, die noch auf manchem Gebiet benachteiligt sind. Wir müssen darnach trachten, daß auch dieser Personenkreis mehr und mehr in den Arbeitsprozeß eingegliedert wird und daß dort, wo eine Eingliederung in den normalen Arbeitsprozeß nicht möglich ist, geschützte Werkstätten geschaffen werden, damit auch diese Menschen einen Lebenszweck haben, damit auch diese Menschen vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den beiden Budgetkapiteln, die heute auch zur Diskussion stehen: Soziales und Sozialversicherung. Sie sind durch zwei wesentliche Veränderungen gekennzeichnet. Zunächst einmal, Herr Kollege Dr. Schwimmer, dadurch, daß der Staatszuschuß zu den Pensionen im kommenden Jahr durch den Initiativantrag, den wir eingebracht haben, erheblich geringer sein wird, als er es in diesem Jahr war. Diese Maßnahmen waren unbedingt notwendig, wenn wir das hohe Niveau unserer Sozialversicherung aufrechterhalten wollen. Wir sagen das der Bevölkerung auch offen. Wir sagen der Bevölkerung nicht, daß eine gute Sozialpolitik auch ohne Geld möglich ist. Sie hingegen versuchen ununterbrochen, den Eindruck zu erwecken, daß keine Beiträge, keine Steuern notwendig sind, und trotzdem könnte man das Beste im Staate tun.

Schauen wir uns doch die Ziffern an! Im heurigen Jahr müssen aus allgemeinen Steuermitteln für den Pensionsaufwand, einschließlich der Ausgleichszulage, rund 26 Milliarden Schilling aufgebracht werden. Würde keine Änderung der Rechtslage eintreten, dann wären es

nächstes Jahr schon über 29 Milliarden Schilling. Nun frage ich Sie: Wo soll das Geld herkommen, wenn nicht neue Einnahmequellen erschlossen sind? Es müssen ja die Beträge aufgebracht werden, und ich bin fest davon überzeugt, daß die Masse der österreichischen Bevölkerung und auch Ihre Wähler damit einverstanden sind: Lieber eine geringe Beitragserhöhung in Kauf zu nehmen, als daß das Leistungsniveau gesenkt werden müßte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Durch die getroffenen oder noch zu treffenden Maßnahmen - das Maßnahmenpaket muß erst endgültig beschlossen werden - wird es doch so sein, daß sich im Jahre 1978 der Staatszuschuß um 5 Milliarden vermindert beziehungsweise um 8 Milliarden, wenn die Rechtslage unverändert bliebe.

Nun aber auch eines, womit Sie, vor allem die Selbständigen, wieder keine Freude haben werden. Aber ich treffe diese Feststellung nicht deswegen, um Ihnen einen Vorwurf zu machen, sondern nur deswegen, weil eben die Bevölkerung von Ihnen immer wieder falsch informiert wird. Durch die Anhebung der Beitragssätze wird der Staatszuschuß in der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter von 32,6 Prozent auf 17,3 Prozent, bei den Selbständigen im Gewerbe von 72,3 Prozent auf 64,4 Prozent sinken, also neben der Beitragsleistung wird der Staat noch immer fast zwei Drittel aus allgemeinen Mitteln zur Pensionsversicherung der Selbständigen zuschießen müssen. *(Ruf bei der ÖVP: Aus der Gewerbesteuer!)* Man könnte auch sagen, die Dienstnehmer zahlen die Lohnsteuer. Das ist etwas Ähnliches. Aber es sind allgemeine Steuermittel, darum kommen wir nicht herum. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Graf: Ja, aber man muß ja die zweite Wahrheit dazusagen! Sie sagen ja nur die Hälfte!)*

Kommen wir zum nächsten Zweig. In der Pensionsversicherungsanstalt der Bauern wird der Staatszuschuß von 78,2 auf 68,9 Prozent sinken. Wo ist da die Gewerbesteuer? *(Abg. Dr. Kohlmaier: Die Abgabe der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe!)* Auch die können Sie einrechnen. Und diese, Herr Kollege Kohlmaier, wird von allen Besitzern land- und forstwirtschaftlicher Betriebe bezahlt, auch von jenen, die nie eine Pension bekommen. Ist Ihnen das auch klar? *(Abg. Dr. Kohlmaier: Sowieso!)* Da sind schon mehr als die Hälfte der Dienstnehmer dabei, die für die Bauernpension einen Beitrag einzahlen, aber nie selber eine Leistung dafür bekommen. Das muß auch gesagt werden.

Sicherlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat es einige Ursachen, warum das so

7070

Nationalrat XIV. GP - 74. Sitzung - 2. Dezember 1977

Pansi

ist. Diese verschweige ich nicht, Herr Abgeordneter Graf. *(Zwischenruf des Abg. Graf.)*

Da ist zunächst einmal der Strukturwandel. Denn es ist so, daß zum Beispiel in der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter auf 1 000 Versicherte 589 Pensionsleistungen kommen – es ist nicht richtig zu sagen: Pensionen, es sind Pensionsleistungen –, in der Angestelltenversicherung sind es durch die gewaltigen Strukturveränderungen nur 289 Pensionsleistungen, im gesamten ASVG-Bereich, also Arbeiter und Angestellte, Bergarbeiter und so weiter, 471 Pensionsleistungen, im Gewerbe 765 Pensionsleistungen, und in der Land- und Forstwirtschaft sind es 882 Pensionsleistungen, also zweifellos die ungünstigsten Verhältnisse.

Aber es gibt natürlich auch noch einen weiteren Grund, warum die Verhältnisse so sind. Das soll wieder kein Vorwurf sein, sondern nur eine sachliche Feststellung. Die Versicherten nach dem ASVG werden nach den Vorausberechnungen – und die stimmen ziemlich genau, das haben wir in der Vergangenheit feststellen können – im Jahre 1978 einen Beitrag von 24 297 Schilling leisten.

Die Versicherten im gewerblichen Bereich werden einen Beitrag von 11 762 Schilling oder 48,7 Prozent erbringen.

Die Bauern werden 7 943 Schilling oder 32,2 Prozent leisten, und die Kinder in den landwirtschaftlichen Betrieben, die eine Arbeitskraft ersetzen – es wird niemand behaupten, daß das nicht der Fall ist –, werden einen Beitrag von 3 100 Schilling oder 12,2 Prozent von einem Versicherten nach dem ASVG leisten. Das ist nun aber nicht auf die geringeren Einkommen zurückzuführen, wie das der Uneingeweihte annehmen könnte, sondern natürlich auf den Beitragssatz.

Von den Unselbständigen werden nächstes Jahr Pensionsversicherungsbeiträge von 19,5 Prozent des Einkommens eingehoben, von den Selbständigen 10,5 Prozent und von den Bauern 10 Prozent. Da muß natürlich eine wesentlich geringere Eigenleistung zustande kommen, wenn der Beitragssatz gegenüber den anderen Gruppen nur ungefähr die Hälfte beträgt.

Doch ich betone noch einmal: Ich sage das nicht, um Neidkomplexe zu wecken, Herr Abgeordneter Graf, ich sage das deswegen, weil ununterbrochen eine völlig unrichtige Propaganda gemacht wird, nämlich die Regierung belaste die Selbständigen ununterbrochen, die Selbständigen seien die Melkkuh. Aber nie zeigen Sie auf, was die Allgemeinheit für deren soziale Sicherheit zu tun bereit ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie mir das nicht glauben, dann lassen Sie sich die Sendung der Präsidentenkonferenz vom vergangenen Dienstag vorspielen, die in der Früh um 6,05 Uhr gesendet worden ist. Genau wieder dasselbe: die Regierung macht das, sie macht das, sie macht das, wir müssen aber mehr zahlen! Und Sie stellen das immer so dar, als ob alles nicht notwendig wäre; all das könnte auch ohne eine Beitragserhöhung durchgeführt werden.

Ich verstehe schon, Herr Abgeordneter Graf, daß Sie nicht bereit sind – Sie müßten das als gesetzlicher Interessensvertreter tun, nicht nur Sie, sondern die ganzen Interessensvertretungen der Selbständigen –, den Selbständigen den tatsächlichen Sachverhalt zu erklären. Aber das paßt nicht in Ihr politisches Konzept, denn Sie können ja Ihren Selbständigen nicht sagen, wie viele Milliarden die Allgemeinheit ihnen für ihre soziale Sicherheit zur Verfügung stellt. Sie müssen grundsätzlich erklären: Alles, was die Sozialisten tun, ist schlecht!, und daher die total falsche Information in Ihren Kreisen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Wenn Sie glauben, daß das gut ist, dann tun Sie nur so weiter! Sie sehen ja, was es Ihnen bringt, wenn Sie nicht bereit sind, der Bevölkerung die tatsächlichen Verhältnisse zu erklären.

Nun darf ich noch kurz feststellen, daß es auf einigen Gebieten erhebliche Mehraufwendungen gibt.

Der Kollege Melter hat kritisiert, daß für die Kriegsoffer zuwenig geschieht. Herr Kollege Melter! Allein für die Versorgung der Kriegsoffer sind im nächsten Jahr 447 Millionen Schilling mehr vorgesehen. Und Sie wissen ganz genau, daß das mehr ist als die normale Erhöhung, denn das ist wesentlich mehr als 6,9 Prozent. Also es ist nicht richtig, wenn Sie sagen, daß auf diesem Gebiete nichts geschieht.

Ähnliches gilt für die Opferfürsorge und für die Opfer von Verbrechen – wir haben ja das Gesetz wesentlich verbessert –: eine Versiebenfachung des Betrages, der für die Opfer von Verbrechen vorgesehen ist.

Für die Arbeitsmarktförderung sind im Jahre 1969 weniger als 100 Millionen Schilling ausgegeben worden, im Jahre 1978 stehen dafür 1 070 Millionen Schilling, also rund das 11fache von 1969, zur Verfügung, und außerdem können diese Mittel, wenn es notwendig ist, aus dem Reservefonds noch bedeutend aufgestockt werden.

Nun zu den jüngsten Äußerungen der ÖVP über die weitere Sozialpolitik. Ich habe den Zeitungen und dem Fernsehen nicht allzuviel entnehmen können, doch hoffe ich, daß der Redner nach mir etwas mehr und etwas

Pansi

Konkreteres sagen wird. Ich greife drei Punkte heraus, die im Fernsehen zur Diskussion gestellt worden sind.

Zunächst einmal: Weg von der quantitativen und hin zur qualitativen Sozialpolitik. Ich habe einige Tage lang überlegt, was Sie damit meinen könnten. Meinen Sie damit, daß die Pensionserhöhungen zum Beispiel zu hoch sind? Meinen Sie damit, daß zuviel Pensionen bezahlt werden? Ja ich habe sehr den Verdacht, was der Kollege Melter schon gesagt hat, daß die ganzen kleineren Renten weg sollen, sie sollen in Zukunft nicht mehr bezahlt, sondern abgefunden werden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie konkret sagten, was Sie wollen. Nur wenn Sie konkrete Aussagen machen, kann man darüber auch reden. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Ich werde Ihnen das erklären!*)

Dann zum zweiten: Mehr Eigenvorsorge. Ja würden Sie uns bitte sagen, in welcher Form mehr Eigenvorsorge getroffen werden soll! Wir haben im Maßnahmenpaket zum Beispiel – und ich gestehe es ein – eine recht kräftige Erhöhung der Rezeptgebühr vorgesehen. Das ist ein eigener Beitrag auch für die Gesundheit. Sie lehnen das ab. Ja was werden Sie jetzt vorschlagen? Wo soll die Eigenvorsorge Platz greifen? Wo sind Ihre konkreten Vorschläge?

Sie haben allerdings – nicht Sie persönlich, Herr Abgeordneter Kohlmaier, sondern der Herr Dr. Schüssel – auch einen konkreten Vorschlag gemacht: Die Wohnungsbeihilfe soll weg. Meine sehr verehrten Damen und Herren, glauben Sie wirklich, daß man mit einem Degenstich Millionen von Menschen jetzt die Wohnungsbeihilfe, auch wenn es nur 30 Schilling sind, entziehen soll, daß man zum Beispiel den Ausgleichszulagenempfängern, wo die 30 Schilling 1 Prozent ausmachen, die Wohnungsbeihilfe wegnehmen soll? Herr Dr. Schüssel hat keine einzige Einschränkung getroffen. Er hat gesagt, die Wohnungsbeihilfe soll man abschaffen und für etwas anderes verwenden. Ich bin gespannt darauf, was Sie für Vorschläge machen werden. (*Ruf bei der ÖVP: So eine Verdrehung! – Abg. Dr. Schwimmer: Bei der Erhöhung der Rezeptgebühr auf 15 Schilling haben Sie keine Hemmungen?*)

Sie wissen ganz genau, daß es hier sehr viele Ausnahmen gibt. Das müssen Sie auch erwähnen, daß alle Ausgleichszulagenempfänger und viele andere Gruppen auf Antrag aus der Rezeptgebühr herausgenommen werden, das wissen Sie ganz genau. Diesbezüglich sind die Verhältnisse wesentlich anders. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.*) Wir werden uns freuen, wenn wir von Ihnen klare Vorstellungen bekommen.

Wir sagen grundsätzlich ja – und haben das ununterbrochen bewiesen – zu Verbesserungen in der Sozialpolitik. Wie sind auch grundsätzlich bereit zu neuen Wegen in der Sozialpolitik, aber wir sind dazu grundsätzlich erst dann bereit, wenn feststeht, daß das Neue auch besser ist als das Bisherige. Denn wir sind der Meinung, daß die Sozialpolitik unter keinen Umständen ein Exerzierfeld für Experimente sein darf. (*Beifall bei der SPÖ.*) Diesen Eindruck gewinnt man allerdings bei Ihnen.

Ich darf Ihnen aber auch sagen, daß wir ununterbrochen bemüht sind, auftretende Lücken in der Sozialgesetzgebung zu schließen. Die vielen, vielen Gesetze seit 1970 beweisen das ja am besten.

Sie können versichert sein, daß wir auch in Zukunft – und ich schränke ein, je nach Möglichkeit der Realisierung – eine aktive Sozialpolitik betreiben werden.

Ich darf abschließend feststellen: Wir haben in guter Zeit ein umfassendes System der sozialen Sicherheit aufgebaut. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß dieses System auch in weniger guten Zeiten aufrecht bleibt und wir nicht Verschlechterungen einführen müssen. Wir werden alles tun, damit auch in Zukunft ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau gewährleistet ist, und zwar aus mehrerlei Gründen. Zunächst einmal, weil für den arbeitenden Menschen der Arbeitsplatz die Existenz schlechthin bedeutet; zum anderen, weil wir dafür sorgen müssen, daß die Jugend in den Arbeitsprozeß eingegliedert wird; und zum dritten, weil nur mit einem hohen Beschäftigungsniveau auch der hohe Standard unserer sozialen Sicherheit aufrechterhalten werden kann.

Wir sind uns bewußt, daß die Sozialpolitik ihren Preis hat. Wir sagen das der Bevölkerung auch offen und erwecken nie den Eindruck, daß eine gute Sozialpolitik auch ohne Geld möglich wäre. Ich würde Sie nur bitten, uns zu erklären, wie Sie das fertigbringen würden.

Es wird weiterhin unser Bestreben sein, den schwächsten Gliedern unserer Gemeinschaft auch in Zukunft mehr zu helfen als jenen, die der Hilfe der Allgemeinheit nicht so dringend bedürfen.

In einem Staat mit einer sozialdemokratischen Mehrheit darf und wird es auch in Zukunft in der Sozialpolitik keinen Stillstand geben, und ich bin überzeugt, daß die österreichische Bevölkerung uns auf diesem Weg ihre Zustimmung geben wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Minkowitsch:** Als nächster zum

Präsident Minkowitsch

Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst eine Bitte an den Herrn Sozialminister. Ich würde ihn ersuchen – ich nehme an, er wird sich heute zu Wort melden –, im Rahmen seiner Wortmeldung zu erklären, ob er sich je persönlich angegriffen gefühlt hat, wie es vom Abgeordneten Pansi uns zum Vorwurf gemacht wurde. Ich habe immer das Bestreben an den Tag gelegt, Kritik im sachlichen, im politischen Bereich zu belassen. Sollte sie einmal persönlich geworden sein, was ich aber nicht glaube, und ich würde bitten, dann den Anlaßfall zu nennen, würde mir das leid tun, dann lag es nicht in unserer Absicht. Aber, Herr Minister, bitte interpretieren Sie das selbst. *(Abg. Dr. Fischer: Herr Kollege Kohlmaier, wie interpretieren Sie das, wenn man ihm während einer ganzen Rede als Unsozialminister anspricht? Ich möchte nur ein Werturteil hören!)*

Nun zu zwei Vorrednern, zu einem von gestern, zu Kollegen Fischer, aber zunächst zum Abgeordneten Dr. Steyrer. *(Abg. Dr. Fischer: Da gibt es keine Antwort, da fällt ihm nichts ein!)*

Herr Dr. Steyrer, was die Ausführungen des Ärztekammerpräsidenten Piaty betrifft, würde ich Sie bitten, grundsätzlich folgenden Standpunkt der Österreichischen Volkspartei zur Kenntnis zu nehmen. *(Abg. Dr. Fischer: Da ist die salbungsvolle Stimme auch umsonst, Herr Kollege Kohlmaier!)*

Herr Dr. Fischer, „salbungsvoll“ befindet sich nach dem auch im persönlichen Bereich. Da würde ich Sie schon sehr bitten, bleiben Sie konsequent. *(Abg. Dr. Fischer: Sie haben nett angefangen, und ich habe Ihnen eine einwandfreie Frage gestellt! Überlegen Sie sich das!)* Eine Fragestunde findet hier nicht statt, Herr Klubobmann Dr. Fischer. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir können uns aber gerne darüber unterhalten. *(Abg. Dr. Schranz: Zweierlei Maß!)*

Herr Dr. Steyrer, darf ich Sie bitten, zu den Äußerungen des Ärztekammerpräsidenten Piaty folgende prinzipielle Position der Österreichischen Volkspartei zur Kenntnis zu nehmen. Nach unserer Auffassung vertreten Interessenvertretungen partielle Bevölkerungsinteressen bestimmter Berufsgruppen, eines bestimmten Standes. Parteien haben die Aufgabe, die Gesamtinteressen zu vertreten.

Deswegen steht nach unserer Überzeugung die politische Partei über den Interessenvertretungen, und daher kann die Äußerung irgendeines Chefs irgendeiner Interessenvertretung, sei

es der ÖGB-Präsident Benya, sei es der Ärztekammerpräsident, sei es der Dentistenkammerpräsident oder wer immer, auch dann, wenn er ein Mandat einer bestimmten Partei hat, immer nur der Standpunkt einer bestimmten Gruppe, aber nicht der politische Standpunkt einer Partei sein, wenn die Äußerung im Rahmen einer standespolitischen Veranstaltung erfolgt ist.

Ich würde Sie also bitten, aus Äußerungen, die im Rahmen einer standespolitischen Veranstaltung erfolgt sind, nicht Schlüsse auf die Haltung der Gesamtpartei in diesen Fragen zu ziehen. Abgesehen davon, daß Ihnen ja bereits gesagt wurde, daß es keine solche Äußerung war.

Und wenn Sie es hören wollen, dann sage ich Ihnen auch, ich habe in den Fragen, die Sie angeschnitten haben, durchaus einen etwas differenzierten Standpunkt. Aber das ist ja kein Unglück, wenn ein Stand, wenn eine Interessenvertretung in einer bestimmten Frage eine pointierte Ansicht hat. *(Abg. Steinhuber: Aber er ist auch ÖVP-Politiker in der Steiermark!)*

Sicher. Wenn wir so weit gehen, meine Herren, daß das hier im Parlament so ist oder daß die Parteien nur das sagen, was ein bestimmter Interessenstandpunkt ist, dann darf ein Betriebsratsobmann, der Mandatar ist, nichts mehr für seine Belegschaft sagen, weil es dann der Parteistandpunkt ist. Interessenvertretung heißt ja, eine bestimmte Gruppe zu vertreten. Und Parteipolitik heißt Politik für die ganze Bevölkerung. Wir müssen das doch bitte trennen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun noch zu einer Aussage des Herrn Klubobmannes Fischer. *(Zwischenruf des Abg. Treichl.)* Ich möchte jetzt nicht in Zwiegespräche eintreten, ich bitte um Ihr Verständnis.

Nun noch zu einer Aussage des Abgeordneten und Klubobmanns Dr. Fischer von gestern. Er hat in seiner Rede gesagt – ich zitiere –: „Tatsache ist, daß es einfach unwahr ist, wenn man behauptet, daß die Armen in Österreich immer ärmer werden. Im Gegenteil, meine Damen und Herren, wir sind stolz darauf, daß die alten Menschen, die Pensionisten, die Behinderten, die Invaliden am wachsenden Wohlstand der Gesellschaft teilnehmen können.“

Herr Abgeordneter Dr. Fischer! Ich werde mir jetzt erlauben, Ihnen einen tatsächlich existierenden Fall eines alten Menschen vorzutragen. Ich kenne diesen Mann, wenn Sie wollen, stelle ich Ihnen alle Daten zur Verfügung; er steht für Zehntausende, Hunderttausende.

Es ist der Herr Franz V., 72 Jahre alt, wohnt im

Dr. Kohlmaier

15. Bezirk, war Bibliothekar, ist verheiratet, hat eine Frau mit einer Eigenpension von etwa 1 200 S.

Dieser Pensionist, meine Damen und Herren, hat im Jahr 1976 eine Bruttopension von 3 728 S gehabt. Die steigt sich in diesem Jahr und steigt sich am 1. Jänner auf Grund der Dynamik auf brutto 4 264,20 S. Die exakt berechnete Lohnsteuer dieses Pensionisten, Herr Abgeordneter Dr. Fischer, steigt sich vom Jahr 1976 von 68,20 S auf 189 S.

Das bedeutet, daß die Pension dieses Franz V. vom Jahr 1976 bis 1978, bis kommenden 1. Jänner, brutto um 14,4 Prozent steigen wird, die Steuer um 177 Prozent, so daß seine Nettopension um 11,3 Prozent in zwei Jahren steigen wird – in zwei Jahren um 11,3 Prozent! In diesen zwei Jahren werden wir nach den Vorausschätzungen, die dieses Jahr 5,5 Prozent Teuerung voraussagen, 13,2 Prozent Teuerung haben. Nicht Pensionistenindex, die Steigerung ist noch höher, sondern allgemeiner Preisindex!

Herr Abgeordneter Dr. Fischer! Die Pension dieses Mannes ist im Jahr 1978 um 69,20 S kleiner, als sie sein müßte, um die Kaufkraft von 1976 zu halten. Das ist der schlagende Beweis dafür, daß dieser Pensionist ärmer geworden ist in zwei Jahren, meine Damen und Herren! *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das sind hieb- und stichfeste Daten. Die können Sie, wenn Sie wollen, überprüfen, Herr Dr. Fischer. Und das spielt sich hunderttausendmal ab.

Herr Klubobmann Dr. Fischer! Wir haben glücklicherweise Frieden im Handel, 5,8 Prozent Lohnsteigerung. Ich glaube, daß es eine gute Einigung ist. Sie nimmt Bedacht auf die wirtschaftliche Situation, nimmt Bedacht auf viele Gesichtspunkte. Ich möchte das gar nicht kritisieren.

Aber Sie wissen genau, daß bei jedem Handelsangestellten, der Steuer zahlt, durch das Zusammentreffen der Progression und der Beitragserhöhungen, die in diesem Haus beschlossen wurden, die Nettoerhöhung maximal 4 Prozent betragen wird – maximal! –, in manchen Fällen 3 Prozent bei einer Teuerung von 5,5 Prozent.

Herr Dr. Fischer, es bedarf großer Rechenfähigkeiten, um festzustellen: Natürlich wird die Gruppe dieser Berufstätigen im nächsten Jahr einen geringeren Wohlstand und eine geringere Kaufkraft haben als noch im vorigen Jahr. Das ist eine bedauerliche Folge der wirtschaftlichen Entwicklung, die nicht wir als Opposition herbeigeführt haben, meine Damen und Herren.

Herr Dr. Fischer, wenn Sie akademischen

Ehrgeiz haben, dann würde ich Sie doch wirklich bitten, wissenschaftlicher zu arbeiten auch dort, wo Sie als Politiker auftreten, und nicht zu sagen: Es ist falsch, wenn Dr. Taus sagt, die Armen sind ärmer geworden. – Jawohl, sie sind ärmer geworden, es ist nachweisbar, es ist eindeutig nachweisbar, und es ist eine unerhörte Arroganz, verzeihen Sie, Herr Abgeordneter Dr. Fischer, hier einfach zu behaupten, Taus hat unrecht. Taus hat belegbar recht. Nur Ihre Behauptung ist nicht belegbar, sie ist ganz einfach falsch, Herr Abgeordneter Fischer. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie unterliegen hier leider wahrscheinlich Ihrer eigenen Propaganda. Wenn Sie sehr oft an den Plakatwänden den Spruch sehen: „Damit es weiter gut geht“, glauben Sie wahrscheinlich selbst, daß es weiter gut geht. Aber die Realität ist, daß die Masseneinkommen – auch die der armen Menschen – in der Zeit, in der wir leben, reduziert worden sind.

Nun zu einem anderen Thema. Herr Minister Weißenberg, Sie haben vor kurzem in einer Auseinandersetzung, die wir hatten, am Schluß ein bißchen triumphierend mich zitiert und gesagt, ich habe in einem Artikel geschrieben, daß wir in Österreich einen hohen sozialpolitischen Standard haben. Damit wollten Sie mich sozusagen widerlegen.

Ich glaube, das ist ein Mißverständnis, Herr Minister Dr. Weißenberg, das Sie über unsere Auffassung von der Opposition haben. Wir glauben nicht, daß es Aufgabe der Opposition ist, alles mies zu machen und alles herabzusetzen. Natürlich müssen wir kritisieren, aber wir sollen auf dem Boden der Objektivität und der Sachlichkeit bleiben. Ausgehend von diesem Rollenverständnis der Opposition möchte ich heute meine Sorge ausdrücken, die ich über die Weiterentwicklung der Sozialpolitik habe, und auch einen Appell an Sie richten, meine Damen und Herren von der sozialistischen Mehrheit.

Ich gehe davon aus – ich werde versuchen, das zu belegen –, daß die Sozialpolitik heute in eine Krise geraten ist. Ich habe das Beispiel dieses Pensionisten genannt, der ärmer geworden ist so wie viele oder wie die meisten seiner Kollegen. Ich verweise darauf, Herr Minister, daß wir zur Aufrechterhaltung des Leistungsstandards der Pensionsversicherung umschichten mußten zu Lasten eines wichtigen anderen Zweiges der sozialen Sicherheit, nämlich des Familienlastenausgleichs.

Wir sind also an einem Punkt angelangt, wo Sie einen Teil der sozialen Sicherheit nur fortsetzen können, wenn Sie aus einem anderen Teil der sozialen Sicherheit die Mittel abziehen und damit die Möglichkeiten dort drastisch

Dr. Kohlmaier

kürzen. Wir sind in einer Belastungswelle, beschließen Sozialversicherungsänderungsgesetze, die reine Beitragserhöhungsgesetze sind, ohne eine entsprechende Mehrleistung oder Verbesserung des Leistungsstandards.

Wir stecken nach wie vor mitten in der Spitalskrise, Herr Dr. Weißenberg, und selbst wenn es zu diesem Fonds kommen sollte, ist ja nur ein Bruchteil der fehlenden Mittel gedeckt. Sie sind ja dann noch immer nicht aus der Spitalskrise draußen. Und daß wir in einer sozialpolitischen Konfusion sind, habe ich versucht, in meiner letzten Rede nachzuweisen.

Vielleicht dazu noch ein Hinweis, Herr Minister: Wir haben vor kurzem die Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages so gerechtfertigt bekommen, daß damit die Ersatzzeiten abgegolten werden, die man jetzt in der Pensionsversicherung für Arbeitslosenzeiten gibt. Meine Damen und Herren, das beweist, daß Sie heute die breitesten Bevölkerungsschichten zur Kassa für das bitten, was Sie ihnen vor kurzem als soziale Wohltat überreichen und schenken wollten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das ist für mich ein Zeichen in dieser kritischen Situation, und ich bin überzeugt, daß sich diese kritische Situation verstärken wird. Wir sind, davon bin ich wirklich überzeugt, an den Grenzen der Finanzierbarkeit der Sozialpolitik angelangt. Und diese Grenzen werden uns umso bewußter werden, je ungünstiger die Beschäftigungssituation wird.

Herr Minister, Ihnen ist genauso gut wie mir bekannt, daß es offizielle Vorausschätzungen auch im Arbeitnehmerbereich gibt, daß wir nächstes Jahr unter Umständen mit 2,5 Prozent Arbeitslosigkeit rechnen müssen. Und da gibt es einen Verstärkereffekt. Das bedeutet weniger Sozialbeiträge, mehr Sozialausgaben. Das ist eine Situation, die international allergrößte Sorgen für die Sozialpolitik auslöst. Sehen Sie nach Deutschland, wo man diese Situation praktisch noch immer nicht bewältigt hat und wo man ein Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz unter einer sogenannten sozial-liberalen Koalition beschließen mußte.

Auch in Österreich wird das Diktat der leeren Kassen auf uns zukommen, Herr Minister. Und ich sehe, wenn dieses Diktat dann stark wird, die Gefahr, daß es zu willkürlichen Kürzungen und Benachteiligungen kommen wird; daß der Zufall sprechen wird, wo man einspart, anstatt die sinnvolle sozialpolitische Konzeption. Oder noch ärger: daß dort eingespart wird, wo die Macht nicht ist, wo die starke Interessenvertretung nicht ist, daß man den bequemsten Weg geht, so wie man ihn bei den Familien gegangen ist, meine Damen und Herren. Die haben eine

Kürzung des Familienlastenausgleichs hinnehmen müssen, weil sie nicht die starken Interessenvertretungen hinter sich haben.

Vor kurzem wurde in Österreich eine Betriebsrätekonferenz abgehalten, weil es die Unternehmerschaft gewagt hat, 4,5 Prozent Verbesserung anzubieten. In Ordnung. Eine selbstverständliche gewerkschaftliche Aktion. Den Familien hat man aber 0 Prozent angeboten für die nächsten Jahre, man hat ihnen ganz deutlich gesagt: Ihr kriegt nichts in nächster Zeit. Und welcher Gewerkschaftsobmann, ob er Dallinger oder wie immer heißt, hat seine Mannen zusammengerufen und gesagt: Das lassen wir uns nicht bieten.

Das meine ich, Herr Minister, wenn ich sage: Das Diktat der leeren Kassen soll nicht die Schwachen, nämlich die in der Interessenvertretung nicht so starken Bevölkerungskreise, treffen.

Dazu kommt dann die Gefahr von Spannungen, von Verteilungskämpfen, die ich in den nächsten Jahren befürchte, Herr Minister. Die Gefahr der Abgabenverdrossenheit oder unter Umständen die Gefahr der Verdrossenheit einer jungen Generation, die, wie Pansi richtig gesagt hat, vielerlei Not nicht selbst am eigenen Leib erlebt hat und heute manches nicht mehr so selbstverständlich hinnimmt, was wir tun.

Was für einen Ausweg gibt es aus dieser Lage? Herr Minister, wir müssen alle gemeinsam die schwierige Suche nach einem Ausweg unternehmen und wir alle tragen da Verantwortung. Auch die Opposition. Ich sage Ihnen das deswegen, weil wir ja versucht sein könnten, eine Opposition à la SPÖ zu machen und zu sagen: Es ist ganz egal, was sich abspielt, wir verlangen höhere Sozialleistungen und kleinere Beiträge und kleinere Steuern, um uns damit in eine völlige Unglaubwürdigkeit hineinzumanteln, so wie Sie es gemacht haben, wie es Ihr Amtsvorgänger gemacht hat bei den Budgetverhandlungen: stundenlange Reden, wo immer wieder der Tenor war: mehr Leistungen, weniger Beiträge, weniger Steuern. Wie das dann in der Realität aussieht, darunter haben Sie ja zu leiden, Herr Sozialminister Dr. Weißenberg. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Eine solche Opposition werden wir sozialpolitisch nicht machen. Dieses Versprechen kann ich Ihnen und der Öffentlichkeit abgeben. Wir glauben, daß wir neue Wege gehen müssen. Das Sozialgebäude in Österreich, das durchaus ansehnlich ist, in dem man wohl wohnen kann, ist das Ergebnis eines historischen Wachstumsprozesses. Manchmal ist es nicht logisch. Würden wir es heute neu bauen, würde es anders aussehen. Es gibt Lücken im Sozialsy-

Dr. Kohlmaier

stem. Es gibt aber auch Überdeckungen, und Überholtes ist bestehen geblieben.

Wir glauben daher, und das war der Tenor unserer sozialpolitischen Konferenz, die wir vor wenigen Tagen abgehalten haben, daß man in der Zeit einer schwierigen wirtschaftlichen Situation die Sozialpolitik nicht einfach immer weiter aufstocken wird können, sondern daß man an echte Strukturreformen wird denken müssen, um die bestehenden Lücken und Schwächen im Sozialsystem zuschließen. Wir wollen ja alle die Sozialpolitik verbessern.

Wir haben uns bemüht, Beispiele dafür zu bringen, daß es gewisse Dinge gibt, die heute nicht mehr zeitgemäß sind. Und ich bleibe hier beim Beispiel Wohnungsbeihilfe nicht zuletzt deswegen, weil es ja eine einhellige Entscheidung des Hauses gibt, daß die Wohnungsbeihilfe abgeschafft werden soll. Also so schlecht kann ja diese ÖVP-Meinung nicht sein, wenn alle drei Fraktionen hier mitgegangen sind. Daß man dem Bedürftigen und dem Kleinen wird helfen müssen, ist ja ganz klar. Aber es gibt Hunderttausende in Österreich, die auf diese 30 S gerne verzichten könnten, wenn man damit etwas sozial Besseres anfangen könnte.

Oder, Herr Minister, wir sind ja einmal schon diesen Weg ein Stück gemeinsam gegangen. Als wir die Unfallversicherung der Schüler geschaffen haben, wo wir uns ja nur über die Finanzierung ärgern aus dem Lastenausgleich, da haben wir, obwohl es in der Regierungsvorlage anders gestanden ist – Herr Kollege Melter, Sie erinnern sich auch, und damit will ich jetzt sagen, was wir meinen –, gemeinsam gesagt: Es ist sinnlos, wenn ein Schüler 20 Prozent erwerbsgemindert ist, ihm sein Leben lang eine Rente zu zahlen; beschränken wir dieses neue soziale System auf schwere Fälle. – Das ist bitte der Gedanke, den wir auch schon einmal gemeinsam, Herr Minister, vertreten haben, von dem wir als ÖVP glauben, daß er in Zukunft stärker in den Vordergrund treten sollte.

Herr Minister! Ich habe Ihnen wiederholt gesagt, daß ich – ich sage es heute wieder – die 15 S-Rezeptgebühr nicht an sich für falsch halte, weil ich nicht glaube, daß die heutige Krankenversicherung eine „Aspirin-Versicherung“ sein soll. Geärgert haben wir uns nur – und dann kam unser Nein – darüber, daß die Bedürftigen und die chronisch Kranken nicht ausgenommen wurden. Das war ja der Gegenstand unserer Kontroverse. Aber ich sage: Keine „Aspirin-Versicherung“ mehr!

Herr Minister! Wenn wir das sagen, kommt auch die zweite Aussage dazu: Es geht darum, die großen und schweren Risiken besser zu decken! Deswegen haben Kollege Wiesinger

und ich in dieser Woche einen Antrag im Haus eingebracht, der eine authentische Interpretation des Sozialversicherungsgesetzes dahingehend vorsieht, daß die Heimdialyse, die die Ärmsten und die wirklich Schwerstleidenden brauchen, entgegen der Auffassung der Gerichte in den Leistungskatalog der Sozialversicherung einbezogen wird.

Das meinen wir – und das möchte ich allen Sozialisten, die mich hier gefragt haben, zurufen – mit „neuen Wegen in der Sozialpolitik“, nicht Aspirin, sondern Heimdialyse! Die Schwerpunkte richtig setzen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder – Herr Minister, Sie wissen es ganz genau –: Es gibt Fälle von Witwen, die exzellent versorgt sind. Wenn zwei alte Menschen, die beide Pensionisten sind, eine gleichhohe Alterspension haben und der Mann stirbt, hat die Frau 80 Prozent des bisherigen Ehepaareinkommens. Wenn aber ein junger Mann, der mehrere Kinder hat, durch einen sogenannten Privatunfall stirbt, dann hinterläßt er eine Witwe in Elend und Not.

Und da sage ich: Denken wir an Strukturreformen! Es ist unser Anliegen, daß wir der Bedürftigkeit stets nachgehen und die Gießkanne weglegen. Herr Minister, das wollen wir!

Sie werden vielleicht fragen: Warum macht das die ÖVP jetzt? Die Gefahr, daß man mißverstanden, daß man denunziert wird, ist sehr groß.

Herr Minister! Ich bin froh darüber – ich sage Ihnen das ganz offen –, daß Sie auf das, was wir vor ein paar Tagen gesagt haben, nicht böse reagiert, sondern eine sehr gemessene Stellungnahme dazu abgegeben haben. Ich betrachte das als positiv. Denn die Gefahr, daß es hier Mißverständnisse und Verleumdungen gibt, ist sehr groß.

Es sind natürlich auch einzelne Mißverständnisse aufgetreten. Herr Kollege Melter! Selbstverständlich wollen wir nicht rütteln am Kriegsoffizierssystem, ganz im Gegenteil, wir wissen so wie Sie, daß hier Verbesserungen notwendig sind.

Ich habe im Rahmen einer Pressekonferenz als Beispiel dafür, daß heute nicht immer alles sinnvoll ist, nur gesagt, daß ich persönlich eine Kriegsoffiziersgrundrente von 810 S beziehe und das eigentlich als nicht sehr sinnvoll betrachte. Ich würde gerne auf diese Leistung zugunsten irgendeiner armen Kriegerwitwe verzichten.

Ich habe das als Beispiel dafür gebracht, daß nicht immer alles logisch ist, habe aber im selben Atemzug gesagt, daß wir niemandem etwas wegnehmen sollen, sondern ich habe erklärt, man könnte solche Dinge bei einer

Dr. Kohlmaier

künftigen Neugestaltung der Heeresversorgung für die, die zukünftig erst zu solchen Schäden kommen, überlegen.

Ich bekräftige das, damit Sie nicht auf Grund einer Berichterstattung, die vielleicht in dem einen oder anderen Punkt am Kern vorbeigegangen ist, glauben, daß wir jemand etwas wegnehmen wollen. Das ist nicht unsere Absicht. Bitte glauben Sie uns das! Diese Auseinandersetzung sollten wir nicht führen.

Wenn die „Presse“ berichtet hat, daß der sozialpolitische Referent der Industriellenvereinigung die Arbeitnehmer als Privilegierte betrachtet, so ist das darauf zurückzuführen, meine Damen und Herren, daß wir Journalisten gebeten haben, an unserem Gespräch teilzunehmen. Das soll ja ein Zeichen dafür sein, daß wir glauben, daß wir Dinge sagen, über die man ruhig auch berichten kann.

Daß Herr Scheidl von der „Presse“ davon Gebrauch gemacht hat und Stummvoll richtig zitiert hat, allerdings im Rahmen eines Berichtes gekürzt, und nicht dazu gesagt hat, wie Stummvoll das begründet hat, daraus kann natürlich in der Öffentlichkeit ein etwas anderes Bild entstehen als für den, der dabei war. Aber die Berichterstattung war nicht falsch im Sinne dieses Wortes.

Aber ich sage das nur als Beispiel dafür, daß man dann, wenn man diese Wege geht, natürlich sehr leicht aufs Glatteis gehen kann. Ich bin nur dafür, daß man manchmal auch mutig etwas tun muß, selbst wenn die Gefahr besteht, daß man mißverstanden wird.

Ich sage noch einmal: Ich bin sehr froh, daß Sie, Herr Minister, dieses Mißverständnis bisher noch nicht verkündet haben. Ich glaube, das ist auch darauf zurückzuführen, daß wir uns schon lange und zu gut kennen als Gegner, aber manchmal auch als Partner in der Sozialpolitik.

Meine Damen und Herren! Das waren grundsätzliche Überlegungen, wo wir manchmal gemeinsame Wege suchen sollten, Herr Minister! Ich spreche nicht zuletzt deswegen hier so, daß Sie daraus nicht ein Kooperationsangebot entnehmen wollen; ich weiß, die Regierung hat das nicht gern, sie weist so etwas dann immer zurück, und wir haben auch keinen Grund, uns Ihnen anzubieten.

Aber ich möchte Ihnen hier etwas signalisieren, wenn Sie es richtig verstehen wollen: ein Gesprächsangebot oder das Angebot einer Gesprächsbereitschaft, und auch eine Zusage, Herr Minister, daß wir, wenn Sie mit uns gemeinsam über solche Dinge nachdenken, nicht in demagogischer Weise hinausgehen und schreien werden: Die SPÖ will Sozialdemontage

machen!, sondern daß Sie damit rechnen können, daß wir redliche Gesprächspartner für Sie sind, wenn Sie bereit sind, mit uns den Weg einer besseren Struktur in der Sozialpolitik zu gehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daneben wird es immer noch genug Stoff – meine Damen und Herren, das möchte ich abschließend sagen – für Konfrontation geben, vor allem dort, wo eine doktrinaire sozialistische Gesinnung auftauchen und die wirtschaftliche Vernunft schädigen wird.

Ich darf ein Beispiel aus der letzten Zeit bringen, das ich dem Hohen Haus nicht vorenthalten kann. Es betrifft den Herrn Arbeiterkammerpräsidenten Czettel beziehungsweise seine Aussage vor sozialistischen Bildungsfunktionären. Ich erwähne den Anlaß deswegen, weil das, was er gesagt hat, mit Bildung sehr herzlich wenig zu tun hat.

Czettel, ein maßgeblicher Mann in der Sozialpolitik, immerhin Arbeiterkammerpräsident, brachte eine Erwiderung auf Vorschläge der Österreichischen Volkspartei, die sie im kommunalpolitischen Programm hat und die sich auf die Reprivatisierung von öffentlichen Dienstleistungen beziehen – hier steht –:

„Man brauche nur einen Blick auf die Insolvenzen zu werfen, um zu erkennen, daß die Behauptung, eine privatwirtschaftliche Führung sei besser, sich bisher nicht als richtig erwiesen habe. Die Schließung von Privatbetrieben gehe überwiegend auf schlechte Managerleistungen zurück.“ Zitat: Arbeiterkammerpräsident Czettel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Herr Czettel ist gefährlich: entweder auf Grund seines Unwissens oder auf Grund seiner marxistischen Einstellung!

Hat er nie bedacht, daß sogenannte gemeinwirtschaftliche Betriebe nicht insolvent werden können, weil sie nicht insolvent werden dürfen, aber oft insolvent sein müßten, meine Damen und Herren, wenn es mit rechten Dingen zugeht? Hat das Herr Czettel nicht bedacht? Warum ist denn der „Bauring“ nicht in Konkurs gegangen, Herr Präsident Czettel? Nur deswegen nicht, weil es politisch nicht tragbar war. Aber wir alle haben diese Pleite mitzahlen müssen, genauso wie wir viele andere sozialistische Pleiten mitzahlen müssen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und dann wagt noch einer zu sagen: Die Gemeinwirtschaft ist besser, die Privatwirtschaft ist schlechter, denn es gibt in der Privatwirtschaft Insolvenzen! – Gott sei Dank gibt es Insolvenzen in der Privatwirtschaft, weil das nämlich der Beweis dafür ist, daß der Schlechte

Dr. Kohlmaier

ausgeschieden wird und der Gute übrigbleibt. Aber in der Gemeinwirtschaft bleiben oft die Schlechten übrig. Doch letzten Endes bleiben die Steuerzahler übrig, weil sie das berappen müssen. Das ist ein Unterschied in unserer Auffassung. Das muß man bitte dem Herrn Czettel ins Stammbuch schreiben. Solche Leute machen heute Sozialpolitik! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Warum erwähne ich das? Weil es hier auch um die Frage der Arbeitsplatzsicherung geht, meine Damen und Herren, und weil wir immer wieder der Theorie entgegen treten müssen, daß nur die Gemeinwirtschaft die Arbeitsplätze sichert.

Im Rezessionsjahr 1975 hat die Industrie 6 Prozent der Beschäftigten abgeben müssen! Bei den Betrieben mit über 1 000 Beschäftigten waren es sogar 9 Prozent. Aber die Arbeitsstätten, die Betriebe mit bis höchstens 20 Arbeitnehmern haben sogar einen leichten Zuwachs an Beschäftigten gehabt.

Das ist doch der klassische Beweis dafür, daß die von Ihnen immer reklamierte Vollbeschäftigungspolitik in Wahrheit von den kleinen Betrieben Österreichs geleistet wurde, von den dort Beschäftigten, von den Unternehmern, von den Managern in den kleineren Betrieben, meine Damen und Herren!

Das muß man bei der ganzen Arbeitsplatzdebatte immer dazusagen, man muß dazusagen, daß 73 Prozent der Betriebe weniger als fünf Arbeitnehmer beschäftigen.

Wenn wir daher in den nächsten Jahren Sozialpolitik sinnvoll betreiben und die Vollbeschäftigung sowie die Leistungsfähigkeit erhalten wollen – da gehe ich mit Pansi absolut mit: die Sozialpolitik hängt von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ab –, dann muß es unser oberstes sozialpolitisches Anliegen sein, die Leistungskraft der Wirtschaft Österreichs zu erhalten, und es geht nicht an, die Leistungskraft der österreichischen Wirtschaft zu überfordern oder in Frage zu stellen.

Herr Minister! Sie haben vor kurzem einmal gesagt, daß in der Krankenversicherung die Stunde Null angebrochen ist. Wie recht Sie hatten! Wenn sich nicht bald etwas ändert, ist die Stunde Null auch in anderen Bereichen angebrochen. Mir fällt auf, daß das Wort „Vollbeschäftigung“ immer öfter ersetzt wird – wir haben es auch in den Reden heute schon bemerkt – durch die Phrase „ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau“. Das ist etwas anderes, das ist bereits die Zugabe, daß es nicht mehr Vollbeschäftigung geben wird. Ich höre Sie schon sagen, Herr Minister, wie Staribacher um jeden Groschen Benzinpreiserhöhung kämpft, so werden Sie um jeden Arbeitsplatz

kämpfen. Dabei wird es wahrscheinlich schon im nächsten Jahr Arbeitsplatzschwierigkeiten geben.

Wir gehen in eine schwere Zeit, die auch eine sozialpolitisch schwere sein wird. Herr Minister Weißenberg, nehmen Sie von der Opposition zur Kenntnis: Wir werden hart mit Ihnen umgehen, wenn Sie wirtschaftlich unvernünftige Dinge machen. Sie haben uns aber als Gesprächspartner, wenn Sie versuchen wollen, die Sozialpolitik über die Durststrecke zu bringen, ohne daß viel sozialpolitisches Porzellan zerschlagen wird. Sie können uns hier absolut als konstruktive Opposition betrachten. Wenn Sie natürlich nicht davon Gebrauch machen wollen, was Ihr Recht ist, Herr Minister, dann können Sie sicher sein, daß unsere Kritik ebenso hart sein wird wie etwa beim Sozialversicherungs-Änderungsgesetz. Es liegt an Ihnen, aber letzten Endes, meine Damen und Herren, liegt es an uns allen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Treichl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Treichl** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mir als heutigen Beitrag vorgenommen, zu arbeitsrechtlichen Problemen Stellung zu nehmen. Ich komme aber doch nicht umhin, vorerst einige Worte zu meinen Vorrednern zu sagen, vor allem deswegen, weil Sie, Herr Dr. Kohlmaier, hier behauptet haben – Sie haben sich auf eine Rede unseres Klubobmannes Dr. Fischer bezogen –, die Armen würden immer ärmer. Sie haben an Hand eines Beispiels versucht zu demonstrieren, daß dem so sei.

Sehr geehrter und geschätzter Herr Kollege! Ich darf Ihnen doch sagen, wie wir seit dem Amtsantritt dieser Bundesregierung den erfolgreichen Kampf gegen die Armut geführt haben. Ich will nur an Hand der Richtsätze der Mindestpensionen mit einigen Zahlen demonstrieren, was in dieser Zeit geschehen ist. 1970 hat der Richtsatz für einen Alleinstehenden 1 283 S betragen, 1978 werden es 3 092 S sein. Das ist eine Steigerungsrate von 141 Prozent. Die Mindestpension für Ehepaare: 1970 1 782 S, 1978 4 422 S. Das ist eine Steigerungsrate, sehr geschätzter Herr Kollege Kohlmaier, von 148 Prozent.

Die Ausgaben des Bundes für die Mindestpensionen stiegen von 1,77 Milliarden im Jahr 1969 auf 5,5 Milliarden im Jahre 1978; eine Steigerungsrate von 211 Prozent, sehr geschätzter Herr Dr. Kohlmaier. Wenn das kein erfolgreicher Kampf gegen die Armut ist, dann müssen Sie mir bitte sagen, was Sie darunter

7078

Nationalrat XIV. GP - 74. Sitzung - 2. Dezember 1977

Treichl

verstehen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Schwimmer: Und das Beispiel haben Sie trotzdem nicht entkräftet!) Kollege Schwimmer, ich komme auf Sie auch noch zurück. Sie können beruhigt sein, Sie kommen auch noch dran. (Abg. Dr. Wiesinger: Das beruhigt uns wirklich! – Abg. Dr. Schwimmer: Stimmt das Beispiel oder stimmt es nicht?) Na bitte schön, der Kollege Wiesinger ist auch wieder da, das freut mich. (Abg. Dr. Wiesinger: Herr Kollege, stimmt das Beispiel oder nicht?)

Die bisherige Debatte zum Bundesfinanzgesetz 1978, aber auch die heutige Debatte – Kollege Wiesinger, ich habe nur 20 Minuten Zeit (Abg. Dr. Schwimmer: Eine Minute geben wir Ihnen!) – zu den Kapiteln Soziales und Gesundheit beziehungsweise die Debattenbeiträge der großen Oppositionspartei zeigen wieder einmal recht deutlich, daß es Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, doch nicht darum geht, mit brauchbaren Alternativen Verbesserungen auf dem Gebiete der sozialen Sicherheit oder im Gesundheitswesen herbeizuführen. Es geht Ihnen einfach darum, die Leistungen dieser Bundesregierung wie schon seit sieben Jahren einfach zu verteufeln. (Abg. Dr. Schwimmer: Sie lesen nur die vorbereitete Rede!)

Es geht Ihnen darum, weiterhin Miesmacherei zu betreiben (Abg. Dr. Schwimmer: Sie haben nicht zugehört!), und vor allen Dingen geht es Ihnen darum, den sogenannten Staatsbankrott anzukündigen – und dies alles, meine sehr geehrten Damen und Herren, angesichts der Tatsache, daß Österreich im Gegensatz zu den großen Industrienationen mit einer Rekordbeschäftigung von nahezu 2,8 Millionen Menschen aufwarten kann und nur eine Arbeitslosenrate im Jahresdurchschnitt von unter zwei Prozent hat. Von einer Jugendarbeitslosigkeit kann bei uns überhaupt keine Rede sein. Das alles in einer Zeit, in der allein im OECD-Raum fast 17 Millionen Menschen von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Ein großer Teil davon sind leider Gottes Jugendliche, die arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden können.

Meine Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses! Man muß sich im Hinblick auf diese unwiderlegbaren Tatsachen doch fragen: Wie sieht denn à la ÖVP ein Staatsbankrott oder eine Krise aus, die Sie immer wieder behaupten? Wie schaut es denn nun tatsächlich aus? Österreich hat nach der Schweiz und nach der Bundesrepublik die drittgrößte Inflationsrate unter allen Industriestaaten. Wir haben Vollbeschäftigung trotz weltweiter Rezession, und Österreich hat das drittstärkste Wirtschaftswachstum unter den europäischen Industriestaaten aufzuweisen.

Sieht also so ein Staatsbankrott, sieht so eine Krise aus, meine Damen und Herren? (Abg. Dr. Schwimmer: Die Staatsschulden haben wir!)

Die Antwort haben Ihnen die Wirtschaftsexperten gegeben und darüber hinaus alle Industrieländer, die mit Bewunderung auf das kleine Österreich blicken und sich die Frage stellen: Wie war es und wie ist es möglich, daß diese doch relativ hohe Stabilität in den letzten schweren Jahren erhalten werden konnte? (Abg. Dr. Schwimmer: Herr Treichl, verstehen Sie etwas vom Konkursrecht?) Ja, beim Insolvenzentgeltsicherungsgesetz war ich dabei. Ich kann ja darauf noch antworten. (Abg. Dr. Schwimmer: Der Bankrott wird an den Schulden gemessen, Herr Treichl!) Na gut, Herr Kollege Schwimmer, wenn Sie die Verfehlungen der Unternehmer, wie statistisch nachgewiesen, auf die Regierung abwälzen wollen, dann haben Sie recht, aber sonst absolut nicht. (Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.) Aus dieser Statistik geht klar und deutlich hervor, aus welchen Gründen Konkurse und Ausgleichs-, Insolvenzen angefallen sind. Das nehmen Sie bitte zur Kenntnis. (Abg. Dr. Gruber: Das hat er ja nicht verstanden!)

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Ob es Ihnen paßt oder nicht (Abg. Dr. Gruber: Es paßt uns nicht!), aber Sie werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Österreicher auf Ihre sogenannten „Neue Wege für Österreich“, auf Ihr Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze, verzichten können. Hätte diese Regierung bei Ihren jahrelangen Ankündigungen auf Ihre sogenannten Alternativen gewartet, dann hätten wir heute nicht Vollbeschäftigung, sondern ein Heer von Arbeitslosen. Sie haben seit Jahren die Maßnahmen dieser Bundesregierung in bezug auf die Sicherung der Arbeitsplätze als Generalausrede, Kollege Dr. Gruber, bezeichnet.

So gesehen ist das einzig Positive an Ihrem sogenannten Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze, daß Sie sich nun endlich – freilich, wie es bei der ÖVP üblich ist, mit jahrelanger Verspätung – doch zur Arbeitsplatzsicherung bekennen. (Abg. Dr. Gruber: Immer noch vor der Regierung!) Das ist das einzige Positive an Ihrem Arbeitsplatzkonzept. (Abg. Dr. Schwimmer: Die Regierung hat kein Konzept!)

Spät, aber doch, kann man da nur sagen, wie das eben bei Ihnen so der Fall ist. Wenn Ihnen dann der Herr Sozialminister im Rahmen des Finanz- und Budgetausschusses gesagt hat, daß Ihr Konzept nur ein Versuch sei, auf den von dieser Bundesregierung erfolgreich gesteuerten Zug der Arbeitsplatzsicherung in letzter Sekunde aufzuspringen, dann, Kollege Schwimmer, sind Sie auch noch beleidigt.

Treichl

Das ist Ihre Art. Selbstverständlich! Aber schauen Sie, es bleibt dabei, Kollege Schwimmer: Ihr sogenanntes Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze bedeutet doch nichts anderes als das, daß das, was diese Bundesregierung in den vergangenen Jahren bereits praktiziert hat, eben richtig ist, denn viele Maßnahmen, die meisten Maßnahmen, die Sie hier vorschlagen, sind ja schon seit Jahren in Geltung. Das müßten Sie doch bei Gott auch alles selbst wissen. Beispielsweise die Prämien zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen oder Lehrlingsbeihilfen oder Förderungsmaßnahmen im Rahmen des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, um nur einige Dinge zu nennen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist also absolut nichts Neues, mit dem Sie uns hier beglücken wollen.

Bei der Behandlung des Kapitels Soziales und Sozialversicherung im Finanz- und Budgetausschuß hat Kollege Schwimmer unter anderem gemeint: Die derzeitige Sozialpolitik dieser Regierung sei nicht nur kein Sozialstopp mehr, sondern ein Rückschritt. Ich kann auf Grund der zur Verfügung stehenden Zeit auf Details nicht eingehen, aber ich möchte Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, doch nur einen Rat geben, Kollege Pansi hat das heute auch schon getan. Lesen Sie doch bitte die Broschüre der Arbeiterkammer für Steiermark über sozialpolitische Maßnahmen von Regierung und Parlament in der Zeit von März 1966 bis zum Jahre 1977, dann werden Sie feststellen, meine Damen und Herren, daß unsere Behauptung, daß die Zeit der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970 wahrlich die schwächste Periode in der Sozialgesetzgebung war, richtig ist, daß in dieser Zeit der Sozialstopp Wirklichkeit geworden ist, daß mit Ausnahme einiger kümmerlicher Sozialgesetze nichts geschehen ist und erst seit Antritt dieser Bundesregierung die fruchtbarste Zeit in der sozialpolitischen Entwicklung eingetreten ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie sagen: sozialer Rückschritt, Sozialdemonstage durch die SPÖ. Das sind Ihre Slogans, meine Damen und Herren, damit wollen Sie die Österreicher verunsichern und hoffen, daß diese Unwahrheiten auch noch ankommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was sich die Österreichische Volkspartei unter fortschrittlicher Sozialpolitik vorstellt, möchte ich Ihnen doch kurz nur an einem Beispiel demonstrieren. In den „Vorarlberger Nachrichten“ vom 26. November 1977 wurde unter dem Titel „Drehen am Subventionshahn könnte Milliarden ersparen“ eine Studie der Vorarlberger Industriellenvereinigung veröffentlicht, und nach dieser Studie wären immerhin 15 Milliarden Schilling zu holen.

Und nun ist etwas bemerkenswert; ich nenne einige dieser Vorschläge, meine sehr geehrten Damen und Herren. Hier wird vorgeschlagen, 15 Milliarden Schilling einzusparen, zum Beispiel im Bereiche der sozialen Sicherheit: Rückführung der Geburtenbeihilfe von 16 000 S auf 4 000 S, Wegfall der Heiratsbeihilfe von derzeit 15 000 S, Kürzung des Sozialtarifes im Bereich der ÖBB generell um 50 Prozent für alle Arbeitnehmer, 50prozentige Kürzung an den Schulbüchern, also 50prozentiger Kostenbeitrag für jeden, Aufhebung aller personal- und besoldungsrechtlichen Privilegien bei den Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen, Streichung der Bestattungskostenbeiträge, Einstellung der Entbindungskostenbeiträge, Pensionskürzungen, Hinausschiebung der Lohnrunde um drei Monate, Umstellung der Hochschulstipendien auf ein Kreditsystem, Wiedereinführung von Studiengebühren und so weiter, und so fort. Das sind nur einige Beispiele im sozialen Bereich. Ich glaube, hier ist ein Kommentar überflüssig. Darüber hinaus wird noch angeführt: Einstellung der Nebenbahnen um jeden Preis.

Kollege Dr. Feurstein! Ich würde Sie doch höflich bitten, mit Ihren Freunden aus dem Bregenzer Wald einmal darüber zu reden, wie sich die beispielsweise zur Einstellung der, wie die Bregenzerwälder behaupten, lebensnotwendigen Nebenbahnen im Bregenzer Wald verhalten werden. *(Abg. Dr. König: Wo steht das?)*

Sie haben mir nicht zugehört. In den „Vorarlberger Nachrichten“ vom 26. November 1977, eine Studie der Vorarlberger Industriellenvereinigung. *(Abg. Dr. Gruber: Was geht die uns an?)* Herr Dr. Gruber, da Sie mich schon so schön gefragt haben: Ich brauche Ihnen doch nicht zu sagen, welchem der ÖVP-Bünde die Industriellenvereinigung zuzuordnen ist. *(Abg. Dr. Gruber: Keinem!)*

Darüber hinaus aber – auch das möchte ich Ihnen nicht ersparen – ist es doch bezeichnend, daß sich der Arbeiter- und Angestelltenbund in der kürzlich abgehaltenen sozialpolitischen Konferenz in Wien mit denselben Themen befaßt hat und der ÖAAB auch noch den Mut hat zu sagen: wir vom ÖAAB haben die fortschrittlichere Position.

Meine Damen und Herren vom Arbeiter- und Angestelltenbund, meine Damen und Herren vom Wirtschaftsbund! Wir Sozialisten, wir verzichten gerne auf diese fortschrittlichere Position *(Abg. Dr. Gruber: Das tun Sie immer!)*, wir danken Ihnen für diese Vorschläge, Herr Dr. Gruber, denn mit diesen Vorschlägen und Antworten von gestern sind bei Gott nicht die Lösungen von morgen zu finden. *(Beifall bei*

7080

Nationalrat XIV. GP - 74. Sitzung - 2. Dezember 1977

Treichl

der SPÖ. – Abg. Dr. König: Warum stellt denn der Verkehrsminister keinen Antrag auf Abgeltung der Nebenbahnen? Beantworten Sie doch diese Frage!

Herr Kollege Dr. König! Ihr Freund Dr. Kohlmaier hat heute bereits gesagt: hier ist keine Fragestunde. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, daß das auch für mich gilt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Angesichts dieser Ausführungen sagen wir Sozialisten der Bevölkerung nicht umsonst: es gilt nun die sozialen Errungenschaften zu sichern. Es ist kein leeres Wort, wenn wir immer wieder darauf aufmerksam machen, es ist jetzt unsere Aufgabe, das Erreichte sicherzustellen, denn zu viele sind am Werk, um uns das endlich Errungene streitig zu machen. Denn wir Sozialisten haben nicht jahrelang den Kampf gegen die Armut geführt – und das mit großem Erfolg –, um all das wieder preiszugeben, was wir uns erkämpft haben. Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß wir uns mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen werden.

Hohes Haus! Es ist eine bekannte Tatsache, daß eine gute Sozialpolitik oder Sozialgesetzgebung nur dann möglich ist, wenn es eben auch eine gute Wirtschaftspolitik gibt. Denn die Sozialgesetzgebung hängt nun einmal untrennbar mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Und weil in Österreich seit den siebziger Jahren unter dieser Bundesregierung eine gute Wirtschaftspolitik gemacht worden ist, war diese Regierung auch in der Lage, fortschrittliche Sozialgesetze zu schaffen.

Ich möchte in Anbetracht der kurzen Zeit auf einige sehr wenige, aber doch wichtige Gesetze hinweisen auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes, die in den letzten Jahren beschlossen worden sind. Ich erinnere an den Kündigungsschutz für alte Arbeitnehmer, an die Pflegefreistellung, an den 4-Wochen-Mindesturlaub oder auch fünf Wochen Anspruch für Arbeiter, an das Entgeltfortzahlungsgesetz, an das Insolvenzentschuldungsgesetz, an die Novelle zum Angestelltengesetz oder die Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, an das Ausländerbeschäftigungsgesetz und viele andere Gesetze mehr.

Es wäre eine sehr, sehr lange Liste, wäre ich hier gezwungen, all diese sozialpolitischen Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes aufzuzählen.

An all diese Verbesserungen sollte man aber doch denken, wenn man, so wie von der ÖVP behauptet wird, von Sozialstopp oder von Sozialdemontage spricht, denn gerade in den vergangenen Jahren wurden bedeutsame Sozialgesetze geschaffen, und wir begrüßen es

vor allem, daß im Rahmen dieser Sozialpolitik auch das Arbeitsrecht entsprechende Berücksichtigung gefunden hat.

Der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung hat wiederholt auf die Wichtigkeit der Fortsetzung der Arbeiten zur Kodifikation des Arbeitsrechtes, vor allem des individuellen Arbeitsrechtes, hingewiesen und auch bekanntgegeben, wie er sich die Weiterführung der Kodifikationsarbeiten vorstellt.

Aber bei aller Bedeutung, die wir der Kodifikation des Arbeitsrechtes beimessen, kann dennoch – wenngleich ihre Realisierung nun schon in greifbare Nähe gerückt ist – auf die Lösung aktueller Probleme nicht verzichtet werden. Auch hier hat sich der Herr Sozialminister eine Rangordnung gesetzt.

In jüngster Zeit sind eine Reihe von Gesetzentwürfen arbeitsrechtlichen Inhalts in das Begutachtungsverfahren gegangen und befinden sich nunmehr bereits im Stadium von weiteren Gesprächen zwischen den Beteiligten.

Hervorzuheben wäre in diesem Zusammenhang der Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend den sozialrechtlichen Schutz von journalistischen und programmgestaltenden Mitarbeitern von Medienunternehmen.

Bedeutsam ist auch die in Aussicht genommene Neuregelung der Arbeitsruhe an Wochenenden und an Feiertagen, ich glaube, eine dringend notwendig gewordene Regelung, damit die gegenwärtig völlig unübersichtliche Rechtslage bereinigt werden kann.

Auch die geplanten Maßnahmen im Bereich des Mutterschutzgesetzes und des Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetzes sollten unsere Aufmerksamkeit finden. Ebenso vermerken wir mit Genugtuung die Bemühungen des Herrn Bundesministers, die Wohnungsbeihilfenfrage, die heute ja schon strapaziert wurde, zu bereinigen.

Schließlich begrüßen wir die Absicht, die darauf hinausläuft, das betriebliche Vorschlagswesen, das Verbesserungsvorschläge von Arbeitnehmern sowohl in technischer als auch in organisatorischer Hinsicht umfaßt, einer einheitlichen gesetzlichen Regelung zuzuführen.

Gesetzentwürfe über den ganzen Komplex der Entgeltformen, der Entgeltzahlung, des Entgeltschutzes beziehungsweise der Entgeltsicherung sind in Ausarbeitung; ebenso wird aber auch eine Regelung über einen gesetzlichen Anspruch auf Abfertigung für Arbeiter angestrebt.

Es wird in allernächster Zeit das sogenannte Viererabkommen im Bereich der sozialen

Treichl

Sicherheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz, dem Fürstentum Liechtenstein und Österreich abgeschlossen und damit einem alten Wunsch auf gegenseitige Anrechnung von Versicherungszeiten Rechnung getragen. Es besteht die berechtigte Hoffnung, daß das Abkommen mit der Schweiz über die Einbeziehung der Grenzgänger in die Arbeitslosenversicherung Anfang des nächsten Jahres abgeschlossen wird. *(Abg. Dr. Feurstein: Das wissen Sie genau, daß das nicht stimmt!)*

Herr Kollege Dr. Feurstein! Wenn Sie in der „Vorarlberger Presse“ schreiben, daß heute, daß in diesem Jahr auf diesem Gebiet noch nichts unternommen worden ist, so darf ich Sie daran erinnern, daß Ende Oktober die vergangene Verhandlungsrunde stattgefunden hat und die nächste Runde bereits für Anfang Jänner in Bern vereinbart ist. Wenn Sie noch lange in der Zeitung schreiben, daß diese Regierung, daß diese Bundesregierung hier nichts macht, so schreiben Sie das wider Ihr besseres Wissen, denn Sie wissen genau, daß es nun an der Schweiz liegt, hier tätig zu werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Feurstein! Auch wenn Sie der Presse sagen, da der Herr Bundesminister diesbezüglich nichts unternimmt, werden Sie selbst nach Bern gehen, dann nützt das alles nichts. *(Abg. Libal: Ein Wichtigmacher!)* Überlassen Sie das bitte unserer Bundesregierung. Hier werden die Verhandlungen ganz bestimmt besser geführt. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Da kommt eben nichts raus bei der Regierung!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden auch 1978 unsere bisher so erfolgreiche Sozialpolitik fortsetzen im Einklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung und den finanziellen Notwendigkeiten und Möglichkeiten.

Es war und es ist weiterhin das Ziel dieser Bundesregierung, eine fortschrittliche und moderne Sozialgesetzgebung für alle Österreicherinnen und Österreicher zu machen. Oberstes Ziel wird es dabei nach wie vor sein, die Vollbeschäftigung zu sichern und zusätzliche Arbeitsplätze für alle, vor allem für jugendliche Arbeitnehmer in Österreich zu schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine Sozialpolitik, die gesicherte und ausreichende Pensionen garantiert, eine Politik, die zur Festigung und zum weiteren Ausbau der sozialen Sicherheit in Österreich führt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens meiner Fraktion und auch persönlich als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses schließe ich mich den Genesungswünschen für die verhinderte Frau Bundesminister an. *(Abg. Dr. Gruber: Die muß ja gesund werden, wenn sie so viele Wünsche kriegt!)*

Ja, aber wir sind auch in dem Punkt nicht nur kooperativ, wir sind sehr konstruktiv, wir werden auch einen therapeutischen Beitrag zu ihrer Genesung leisten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Erstens verspreche ich, daß ich aus der heutigen Auseinandersetzung ... *(Abg. Libal: Eine Kurzrede!)* Nein, das wird die Frau Bundesminister zwar nicht schneller genesen lassen, aber vielleicht Ihnen helfen.

Erstens werden wir die Frau Bundesminister aus unserer Auseinandersetzung heute weitgehend ausklammern, und zweitens haben wir uns als Fraktion erlaubt, ihr aus Anlaß der heutigen Debatte einen Blumenstrauß zu überreichen. Ich hoffe, daß das zu ihrer beschleunigten Genesung beiträgt. *(Allgemeiner Beifall.)*

Meine Damen und Herren! Nun zum Ernst der Sache. Ich nehme den vom Kollegen Dr. Steyrer angebotenen Dialog sehr gerne auf. Ich hoffe, Sie räumen ein, daß wir zu der ganzen, uns alle, wie Sie mit Recht sagen, betreffenden Problematik durchaus einiges zu sagen haben.

Ich bin schon weniger hoffnungsvoll, wenn es darum geht, ob Sie das, was wir sagen werden, auch hören werden. Aber man soll nach dem „Prinzip Hoffnung“ nie aufgeben.

Ich muß aber doch ein paar kleine Korrekturen gleich anfangs anbringen, Herr Kollege Dr. Steyrer.

Sie haben gesagt, die beiden Oppositionsparteien seien gegen das Gesundheitsministerium gewesen. Das ist ein mit Ihrer parlamentarischen Jugend zusammenhängender historischer Fehler. Wir haben die Schaffung eines eigenen Gesundheitsressorts sehr begrüßt, sind allerdings mit dem, was daraus in der Zwischenzeit geworden ist, nicht sehr einverstanden.

Im Gegenteil. Persönlich darf ich sogar in Anspruch nehmen, daß ich schon vor 25 Jahren aus leidvoller Erfahrung in den Verhandlungen als Standesvertreter mit dem damals kompetenten Sozialministerium – es ist auch heute noch weitgehend kompetent – die Auffassung vertreten habe, aber nicht wegen eines besseren Verhandlungsklimas, sondern weil wir damals schon der Überzeugung waren, hier haben wir es mit einem politischen Gegenstand zu tun, der zunehmend Bedeutung gewinnen wird und der in dem an sich großen Ministerium des Sozialen

7082

Nationalrat XIV. GP - 74. Sitzung - 2. Dezember 1977

Dr. Scrinzi

einfach nicht mehr untergebracht werden kann, ohne Schaden zu erleiden.

Also noch einmal ein Bekenntnis zur Richtigkeit, die Agenden von Gesundheit und Umweltschutz einem eigenen Ressort zu übertragen.

Sie haben auch eine Bemerkung gemacht – vielleicht habe ich es falsch verstanden –, daß wir gegen die Ausweitung der zahnärztlichen Ausbildung gewesen wären. Umso besser, wenn es kein Mißverständnis war. Ich wiederhole nur: Von dieser Stelle aus habe ich immer wieder in Kenntnis gewisser Engpässe, die wir bei der zahnärztlichen Versorgung haben, die Schaffung von weiteren Ausbildungsstellen an den Zahnkliniken gefordert, und von unserer Seite haben wir als erste Fraktion auch die Frage erörtert, ob man nicht in Salzburg eine Außenstelle der medizinischen Fakultät Innsbruck mit dem besonderen Anliegen „Zahnärztliche Ausbildung“ einrichten sollte. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Ein Wort noch vielleicht auf die pauschalen Feststellungen des Herrn Kollegen Treichl, man müsse soziale Errungenschaften sichern. Ich bin mit ihm völlig einer Meinung. Es ist aber die Frage zu prüfen, ob in der angespannten Finanzierungslage, in der wir uns allgemein befinden, nicht zuletzt dank Verschuldens der sozialistischen Bundesregierung, weiter soziale Geschenke gereicht werden können, denn das könnte die Beibehaltung notwendiger sozialer Sicherungseinrichtungen unter Umständen in Gefahr bringen.

Mir schwebt ein bißchen das Beispiel vom Dinosaurier und seinem Schicksal vor, der durch ständige Gewichtszunahme eines Tages im nicht mehr tragfähigen Boden versunken und daran zugrunde gegangen ist. Eine gewisse Gefahr der sozialen Hypertrophie ist festzustellen. Die Grenzen des denkbaren Umverteilungsprozesses, um den notwendigen sozialen Risikenausgleich herbeizuführen, sind erreicht, sie sind in Teilbereichen sogar überschritten. Und diesem Gegenstand werde ich mich jetzt im besonderen zuwenden.

Herr Kollege Dr. Steyrer, Sie haben, obwohl Sie nicht fachzuständig sind, mit Hinweis auf den Kollegen Wiesinger und das Verhalten seiner Fraktion in der Frage der Spitalsfinanzierung von Schizophrenie gesprochen. Ich bestätige die Richtigkeit der Diagnose als Fachzuständiger. Seien Sie mir aber nicht böse, wenn ich sie gleich ausdehne auf die SPÖ.

Denn ist es nicht schizophren, wenn in einem gesundheitspolitischen Konzept die Zuständigkeit für die Ärzte beim Sozialminister, für die Tierärzte bei der Gesundheitsministerin ist? Das nenne ich Schizophrenie.

Ist es nicht schizophren, wenn auf der einen Seite die Bundesregierung Milliardenbelastungen unter dem Titel „Luxussteuer“ einer Bevölkerung auflastet, von der sie offensichtlich annimmt, daß sie sich in einem nicht mehr vertretbaren Ausmaß Luxus leistet, und auf der anderen Seite eine Sozialpolitik betreibt, die so aussieht, als ob diese Republik Österreich aus lauter Kleinrentnern, die an der Grenze des Existenzminimums knabbern, bestehen würde? Das nenne ich Schizophrenie.

Ist das nicht schizophren: mit zum Teil berechtigtem Stolz – nur was die Ursachen anlangt, ist man hier etwas einseitig – davon zu reden, daß wir insgesamt einen beachtlichen allgemeinen Wohlstand erreicht haben, und auf der anderen Seite dann eine Sozialpolitik nach den Prinzipien eines Wohlfahrtsstaates zu betreiben? Sehen Sie, das ist die Schizophrenie, deren ich unter anderem die sozialistische Bundesregierung und im besonderen die Sozialpolitik, die sie macht, zeihe.

Aber ich möchte ganz gerne auf einen Ton sachlichen Dialogs einschwenken. Geben wir uns doch nüchtern Rechenschaft, daß dieser soziale Wohlfahrts- und Wohlstandsstaat – streiten wir uns dabei dann nicht mehr um Worte – in vielen Teilbereichen an der Grenze seiner Finanzierungsmöglichkeiten angelangt ist. Das behaupten nicht nur wir, das behaupten prominente sozialistische Theoretiker und Praktiker. Wir zitieren Klenner zum Beispiel, der dasselbe etwa von der drohenden Unfinanzierbarkeit in der Bildungspolitik behauptet. Für die Gesundheitspolitik gilt es, unbestritten. Und die Parameter, die wir haben, etwa die alarmierenden Abgänge im Spitalsbereich, aber auch die roten Zahlen, in welche nach 25jähriger ununterbrochener und weitgehend noch anhaltender Vollbeschäftigung die Krankenversicherungsträger geraten sind, sprechen eine nicht zu überhörende eindeutige Sprache.

Die Frage der Finanzierbarkeit ist ein Problem des modernen Sozialstaates ganz allgemein und eines, das im Bereich der Gesundheitspolitik eine Dringlichkeit erreicht hat, daß bloße palliative Maßnahmen oberflächliche Symptomkuren wären. – Bitte, wenn ich jetzt von der Haut rede, meine ich das nur anatomisch; ich weiß, welch schwieriges und in die Tiefe zielendes Fach die Dermatologie ist.

Hier müssen wir uns Rechenschaft geben, daß wir durch bloßes Schönreden, durch bloßes Verdrängen die Probleme nicht lösen können.

Und hier stelle ich gleich meine erste These auf: Von der Einnahmenseite her sind die Kostenprobleme der Gesundheitspolitik nicht zu bewältigen. Wir werden nicht darum herum-

Dr. Scrinzi

kommen, natürlich auch auf der Einnahmenseite Korrekturen vorzunehmen. Wir sind auch grundsätzlich bereit, darüber in die Diskussion mit den anderen Fraktionen des Hauses einzutreten. Aber Voraussetzung ist, daß das nur eine der Maßnahmen in einem Maßnahmenbündel ist. Dem Verfahren, das im Hause schon zu lang, in der Koalitionszeit und in der Zeit beider Alleinregierungen, praktiziert wurde, durch ständige Anhebung und Erweiterung der Einnahmequellen die Dinge lösen zu wollen, diesem Verfahren werden wir uns, so wie in der Vergangenheit, auch künftig versagen.

Schauen Sie, wir haben ein warnendes Beispiel. Die Bundesrepublik, die in der Regel etwas rascher als wir auf Entwicklungen reagiert, hat 1974 ein sogenanntes Krankenhausfinanzierungsgesetz beschlossen. Nun, wo hat es hingeführt? Es hat zur Erkenntnis geführt, daß mit diesem Krankenhausfinanzierungsgesetz die Finanzierungsprobleme der Krankenhäuser nicht zu bewältigen waren, sondern daß man sie nur in den Griff bekommt, wenn man den ganzen Bereich als ein geschlossenes, als ein kommunizierendes System behandelt und wenn die Einnahmen- oder Beitrags- oder Umlagenpolitik nur ein Teilbereich der Finanzierungsmaßnahmen bleibt. Man hat sich entschließen müssen, 1977 ein sogenanntes Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz zu beschließen.

Meine Damen und Herren, insbesondere meine Damen und Herren von der Regierungseite! Was ist die Konsequenz, wenn wir das wissen? Wollen wir die Fragen, die es weltweit gibt, weltweit, unabhängig von den politischen und gesellschaftlichen Systemen, wollen wir also diese Fragen bewältigen und lösen, dann müssen wir eine sorgfältige Analyse ihrer multifaktoriellen Ursachen treiben und zu einem mehrdimensionalen Sanierungsprogramm kommen.

Das wird Umdenken, Bewußtseinsänderung erfordern, um einen neomarxistischen Terminus zu gebrauchen. Wir sehen doch, und gerade im Zusammenhang mit der jetzt laufenden Debatte und dem Kompetenzgerangel: Zentraler Bundesfonds, Bundes- plus 9-Länderfonds, Nur-Länderfonds, Kompetenzverteilung, wir sehen eindeutig, daß das zuwenig ist, daß das nur bedeutet, ein Loch zuzustopfen, indem man zugleich neue aufreißt.

Der Herr Sozialminister wird sich in dem Punkt als zuständiger Minister freuen, wenn ich sage, daß ich keineswegs der Auffassung bin, daß die Lösung darin bestehen kann, daß man von heute auf morgen die Krankenversicherungen dazu verurteilen würde, ihren Verpflegskostenrückersatz um 10, 20, 30 oder 100 Prozent

anzuheben. Das würde zwar im Augenblick die Spitalserhalter entlasten, aber wir reißen Löcher in der Krankenversicherung auf, die wir dann nur mit neuen und anderen Mitteln stopfen könnten.

Aber es wäre auch, Herr Sozialminister, Ihr Vorschlag, der ja lange Zeit sozusagen auch zur Debatte gestellt war, die Rückersätze auf einer bestimmten Höhe einfrieren zu lassen, keine Lösung gewesen. Das hätte Sie – oder die Krankenversicherung – begreiflicherweise vorübergehend auf einem besonders stark steigenden Ausgabensektor gewisser Sorgen enthoben. Aber Sie werden mir zugeben, damit wäre ja nur die Frage: Wer wird denn der Zahler sein?, in einen anderen Bereich verschoben worden.

Das heißt also: Wir müssen eben die Dinge umfassend sehen und versuchen, sie in den Griff zu bekommen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen: Wir haben es im Rahmen der gesamten Gesundheitspolitik mit einem System kommunizierender Röhren zu tun, wobei das Leistungsniveau und das damit natürlich – Gott sei es geklagt – zusammenhängende finanzielle Erfordernis durch positive oder negative Einflüsse in jedem Bereich dieses Systems beeinflußt werden kann.

Aber eine der Voraussetzungen, daß wir zu einem vernünftigen und zielführenden Dialog kommen, meine Damen und Herren von der SPÖ, ist es doch, daß wir eine landläufige marxistische Variante gesundheitspolitischer Schizophrenie ablegen. Sie lautet – sehr einfach dargestellt –: Gesundheit darf einerseits dem einzelnen nichts kosten, für die Gesundheit ist nichts zu teuer. Das sind die beiden Eckpfeiler Ihrer Gesundheitspolitik durch viele, viele Jahre gewesen.

Wir müssen uns vor allem ganz klar Rechenschaft geben – ich glaube, mit Ihnen gerade in diesem Punkt übereinzustimmen, Herr Kollege Dr. Steyrer – und uns vom Weg in jene Utopie absetzen, die da lautet: Die Lösung der Probleme besteht in der Verstaatlichung des Gesundheitsdienstes, in mehr Zentralisierung, in mehr Dirigismus und in mehr Kontrolle. – Das kann nur im finanziellen Fiasko enden! Auch dafür haben wir historische und zeitgeschichtliche Beispiele.

Ich glaube, daß der Grundfehler der sozialistischen Gesundheitspolitik jener war, daß man als Fundament, als Drehpunkt der Gesundheitspolitik jenes System gesehen hat, in dem die Gesundheit zum höchsten Preis sozusagen geliefert wird, nämlich das Krankenhaus und das Großambulatorium.

Unbestritten natürlich – und ich sage

Dr. Scrinzi

zugleich: verdienstvoll –, daß wir in gemeinsamer Anstrengung in den letzten Jahrzehnten das Krankenhauswesen in Österreich ausgebaut haben, weitgehend auf einen modernen Stand gebracht haben in bezug auf personelle, maschinelle Ausstattung. Aber bei einer Sanierung wird man zur Kenntnis nehmen müssen, daß das Fundament eines zu ökonomisch tragbaren Bedingungen funktionierenden Gesundheitssystems der frei praktizierende Arzt ist. Wir haben natürlich dafür Sorge zu tragen, daß das nicht bedeutet, daß die dort – man verzeihe mir – gelieferte Gesundheit eine Gesundheit zweiter Qualität ist. Es muß dafür gesorgt werden, daß schon auf diesem Fundament ein optimales Leistungsangebot erfolgt. Darüber werde ich später noch einiges zu sagen haben. Aber ich glaube: Das ist der Angelpunkt.

Ein zweites Bekenntnis zugleich, das eo ipso damit verbunden ist: Grundsätzlich soll das frei gewählte Arzt-Patienten-Verhältnis unberührt bleiben. Mehr noch: Im Vergleich zur heutigen Zeit soll es von manchen Hypotheken entlastet werden. Und das sage ich nicht, weil ich etwa einem Laisser-faire und Laisser-passer der ärztlichen Behandlung das Wort reden möchte, sondern weil wir wissen, daß gerade jene Krankheiten, welche auf der Kostenseite, der Ausgabenseite heute eine zunehmende quantitative und qualitative Rolle spielen, die wir als die psychosomatischen, die vegetativen, die psychosozialen bezeichnen – sie machen fast 50 Prozent in bezug auf die Häufigkeit in der ärztlichen Praxis aus –, sehr entscheidend bei der Behandlung davon abhängen, ob dieses fundamentale Verhältnis, ob dieses Urverhältnis zwischen Kranken und Behandler – Behandler! – auch schon am Beginn der Behandlung gegeben ist.

Ich räume aber ein, daß die Argumentation der Krankenversicherung, daß diese frei praktizierende Ärzteschaft mit ihrer Feder über Hunderte von Millionen Schilling, ja Milliarden Schilling entscheidet, die natürlich zuerst heringebracht, aufgebracht werden müssen, einen besonders sorgfältigen Umgang mit diesen Mitteln notwendig macht. Ich gebe zu, daß es da und dort auch Anlaß zur Klage gibt.

Aber bitte, meine Damen und Herren: Verurteilen wir nicht pauschal! Es gibt zweifellos bedauerliche Fehlleistungen. Aber geben wir uns doch auch Rechenschaft, daß in dem derzeitigen System die ärztliche Einzelleistung nicht besser sein kann, als es das System ist. Wenn ich durch ein Leistungsvergütungssystem den einzelnen Behandler auf ein Umsatzeinkommen hin trimme, dann darf ich über die Fehlentwicklung, die das mit sich bringt, nicht klagen und darf jetzt nicht auf jenen durch ein

System zum Teil deformierten Behandler zeigen, dem vielleicht nicht in jedem Augenblick im nötigen Umfang bewußt ist, wie sehr er mit jedem Rezept, mit jedem Krankenhaustag, mit jeder Krankenhauseinweisung Hunderte von Millionen Schilling bewegt.

Haben wir doch den Mut zu sagen: Wir müssen das System den modernen soziologischen und sozialen Gegebenheiten anpassen! Wenn wir in dieser Frage in eine vorurteilsfreie Diskussion – und zwar von allen Seiten: Krankenversicherung, Bundesregierung, Standesvertretung und Patienten, der viel zuwenig bei der ganzen Problematik heute mitzusprechen hat – eintreten, sehe ich Lösungsmöglichkeiten. Ich gebe mich keiner Täuschung hin, daß es dann immer noch schwer sein wird, Lösungen ohne große zusätzliche Opfer zu finden.

Aber wenn wir in diesem zentralen Ort der Behandlung die Mehrleistung als Folge eines falschen Systems bestrafen müssen – müssen: es ist mir völlig klar, daß das eine Folge dieses Systems ist – und wenn wir – wieder als Folge des Systems – diesen Behandler mit administrativer Arbeit – Sie selbst sind ja ein geplagter Kassenarzt – überlasten müssen, dann müssen schon im Fundament gewisse Fehler korrigiert werden.

Ich möchte sagen: Im Rahmen des bestehenden Systems ist mir klar, daß auf eine administrative peinliche Kontrolle und Verrechnung nicht verzichtet werden kann. Wir müssen uns also den Kopf zerbrechen: Wie können wir diese Administration – zum Teil wenigstens – überflüssig machen, ärztliche Kraft für die eigentlichen Aufgaben freisetzen, ohne daß wir die ökonomische Sicherheit der gesamten Krankenversicherung gefährden?

Die Alarmsymptome sind nicht von heute und gestern. Seit zehn Jahren beobachten wir, daß sich etwa – und das gilt für die meisten europäischen vergleichbaren Länder – die Krankenhausabgänge unter ähnlichen Bedingungen jedes zweite Jahr verdoppeln. Ich habe von dieser Stelle aus vor zehn und mehr Jahren schon gewarnt, daß sich am Horizont – nicht eine rote Bundesregierung; das habe ich damals noch gar nicht gefürchtet – rote Zahlen für die Krankenversicherung abzeichnen. Ich bin hart kritisiert worden dafür; quasi als Pessimist und Miesmacher.

Aber es war doch besorgniserregend, daß wir in einer Zeit unerhörter Prosperität, großer Wachstumsraten, auf die wir alle zusammen – wenigstens bedingt – stolz sein konnten – nur die Kehrseite haben wir auch in diesem Zusammenhang zu spät ins Auge zu fassen

Dr. Scrinzi

unternommen –, nicht in der Lage waren, ausreichende Rücklagen zu bilden.

Ich gebe zu, es war ein großer Nachholbedarf, der Leistungsanspruch der Versicherten wurde größer. Der Fortschritt der Medizin stellte neue, kostspielige Aufgaben, die Überalterung der Bevölkerung mit ihrer zwangsläufig zunehmenden Morbidität hat ständig neue Anforderungen gebracht. Das Gott sei Dank steigende Gesundheitsbewußtsein hat den einzelnen Versicherten immer mehr angeregt, Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Trotzdem muß ich es als eine Unterlassung kritisieren – das ist wiederum Folge bestimmter ideologischer Grundhaltungen, da wird man halt ein bißchen betriebsblind –, daß nicht ausreichend durch Rücklagenbildung vorgesorgt und nicht zeitgerecht darauf hingewiesen wurde, daß wir uns einer Grenze nähern.

Ich wurde kritisiert von einem maßgeblichen Funktionär des Hauptverbandes, als ich vor drei Jahren auf dem Österreichischen Krankenhaustag in einer Diskussion die Notwendigkeit der Kosten-Nutzen-Rechnung in dem ganzen Bereich gefordert habe. Ich möchte das heute etwas anders formulieren und rede jetzt, damit ich ja nicht mißverstanden werden kann, man könne im Gesundheitsbereich Gewinne, Überschüsse, Erträge erwarten, von der Kosten-Leistungs-Rechnung, und zwar im Sinne der Kranken und im Interesse der Versicherten. Sie bringen durch Steuern und Abgaben große Opfer und haben den Anspruch, adäquate Leistungen zu erhalten.

Wir müssen aber wie überall versuchen, trotz zugegebener Schwierigkeiten eine solche Kosten-Leistungs-Rechnung im Gesundheitswesen aufzumachen, wir müssen sie aufstellen.

Wir haben uns auch letzten Endes dazu bei der 2. Krankenhausnovelle durchgerungen. Daß daraus bisher leider wenig geworden ist, liegt nicht an der Opposition, sondern liegt an einer gewissen Handlungsunfähigkeit des Ministeriums und auch an Kompetenzhürden, wie ich zugebe. Das ist aber auch ein Grundübel, das zu beseitigen bei der Mehrheit dieses Hauses gelegen wäre.

In dieser Situation – und da hören jetzt mein Glaube und meine Hoffnung auf – wird als Ei des Kolumbus die Schaffung des Spitalsfonds propagiert.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir diese Sozialoperette aus Kakanien, möchte ich sagen – sie wäre viel sendereifer als dieses scheußliche Machwerk von vorgestern Abend –, aufgezeichnet, das Libretto für diese Operette läge hier. Es ist wirklich nur mehr zum Weinen, was in dem

Zusammenhang geliefert wurde. Diese Schizophrenie, übrigens im schwarz-roten Duett, um das zu sagen, ist unüberbietbar, ebenso das, was an Aussagen, Gegenaussagen, an Desinformation, an Widersprüchen vorhanden war. Der arme Dr. Wiesinger war sogar bereit, sich als Leiche darzubieten, denn nur über seine Leiche soll dieser Bundesfonds gehen, hat er vor nicht allzulanger Zeit angekündigt; es ist alles chronologisch aufgezeichnet. Infolge Zeitmangels muß ich Ihnen diese lustige Operette ersparen.

Meine Damen und Herren, das ist nicht der Weg. Ob Zentraler Fonds, ob Bundesfonds oder ob die seinerzeit glorreiche Idee der Kombination von zehn Fonds – das ist keine Lösung, das schafft keinen zusätzlichen notwendigen Schilling (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das kostet sogar zusätzliche Schillinge!*)

Gerade der Arzt, dem erstens der Kranke, dem zweitens die Möglichkeit, gut, wirksam, überzeugend behandeln zu können, sehr am Herzen liegen, wird zugeben, daß es im Bereich des Gesundheitswesens Unbehagen gibt. Kollege Kohlmaier und Dr. Wiesinger, wir hatten ja vor kurzem Gelegenheit, dieses Unbehagen, artikuliert allerdings durch neomarxistisch verbildete Studentengehirne, serviert zu bekommen. Im Grunde geben wir dieses Unbehagen zu.

Wir geben zu:

Wir haben eine regionale Unterversorgung, insbesondere im ländlichen Bereich, aber auch im Stadtrandbereich von großen Siedlungsräumen.

Wir beklagen die langen Wartezeiten in den kassenärztlichen Ordinationen, wir wissen, daß überlastete Wochenenddienste, Sonn- und Feiertagsdienste immer wieder Anlaß zu Klage, leider auch Anlaß zu tragischen Zwischenfällen sind.

Wir wissen, daß wir ein Defizit in Österreich, im klassischen Land der Psychiatrie, im qualitativen Behandlungsangebot haben. Psychotherapie: Wir haben ganze Bundesländer, wo es nicht einen einzigen ausgebildeten Psychotherapeuten gibt!

Wir wissen, daß die Sozialpsychiatrie im argen liegt, wir wissen, daß es im ganzen Bereich, vor allem der stationären psychiatrischen Behandlung große Aufgaben zu lösen gilt; ich bringe nur das Stichwort Psychohygiene.

Und wir wissen auch, daß etwa die zahnärztliche Versorgung noch immer nicht befriedigend ist.

Aber wir kommen keinen Schritt weiter, wenn wir uns nun in gegenseitigen Vorwürfen

Dr. Scrinzi

zwischen Sozial-, Gesundheitsministerium und Ärztevertretung erschöpfen. Wir müssen aber im Bewußtsein dieses Unbehagens, dieser Mängel auf der anderen Seite feststellen: Wir sind das Land mit der größten Ärztedichte auf der Welt. Auf 426 Einwohner ein ausgebildeter Arzt! Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir die sogenannte Spitalsbettenmisere, wenn es um Akutbetten geht, haben, obwohl wir in bezug auf den Bettenschlüssel gleichfalls im Weltspitzenfeld liegen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir trotz dieser Ärztedichte, trotz dieses großen Bettenangebotes einen Rekord in der durchschnittlichen Verweildauer im Krankenhaus aufzuweisen haben.

Meine Damen und Herren! Das muß doch zu Schlußfolgerungen führen, die mehr sein müssen als der bloße Ruf nach dem, der zahlt, nach dem Schneider, Schneider leih mir d' Scher'-System, mit dem man glaubt, die Probleme angehen zu können.

Sehr lange wurde die österreichische Öffentlichkeit – inzwischen ist es etwas ruhiger geworden – mit dem Problem: Ärzteschwemme – ja oder nein?, befaßt. Ich glaube, die genannten Zahlen zeigen zumindest, um es sehr verbindlich zu formulieren, daß wir keinen Ärztemangel haben, daß wir aber in der ärztlichen Versorgung noch schwierige Strukturprobleme haben.

Wenn wir wissen, daß wir in Österreich in jede Arztausbildung bis zur Promotion ungefähr 2,2 bis 2,4 Millionen Schilling investieren, dann müssen wir uns auch Gedanken darüber machen, daß wir mit diesen Geldern sogfältig umgehen, daß es nicht damit getan ist, einen maximalen Ärzteausschub zu erzielen in einem Land, ich sage es noch einmal, mit der größten Ärztedichte auf der Welt, sondern daß wir dem Gesundheitswesen in Österreich optimal ausgebildete Ärzte liefern müssen.

Nun frage ich Sie, Herr Kollege Dr. Steyrer – Sie können das gut beurteilen –: Glauben Sie – das sind konkrete Beispiele –, daß bei einem Bettenschlüssel von 1 : 6 oder 1 : 8 noch eine wirklich gute Arztausbildung möglich ist? Sie wäre möglich; da müssen wir aber noch gewisse Maßnahmen treffen. Denn bei einer solchen Dichte rennt der junge Arzt ja nur mit, wer hat denn dann schon Zeit, sich mit ihm zu befassen?

Wir glauben, daß vor allem in der Ausbildung und Vorbereitung der jungen Ärzte für die Praxis manches geändert werden muß.

Sie kennen unseren Ruf nach Einrichtung von Lehrpraxen, nach dem geforderten Medizinalpraktikantenhalbjahr oder Halbjahr der Landpraxis, wie immer man das nennen muß. Ich habe vor vielen, vielen Jahren die Forderung

nach dem Akademischen Krankenhaus in den großen modernst eingerichteten und personell mit hervorragenden Fachleuten besetzten Spitälern erhoben, um bestimmte Ausbildungsaufgaben zu dezentralisieren. Also es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten.

Ich bin auch – ich bin fest überzeugt – etwa einer Meinung mit dem Ärztekammerpräsidenten von Kärnten, Dr. Sacher, daß man die ärztliche Ausbildung in einem gewissen Umfang seminarisieren muß, daß man den jungen Arzt dort nicht nur mitlaufen lassen und zum Krankengeschichtenschreiben und zum Zettelaustragen verwenden darf, sondern daß man ihn dort in diesen entscheidenden drei, vier, fünf Jahren systematisch fort- und weiterbilden soll.

Vielleicht wäre zu überlegen, daß wir Tutoren schaffen oder daß wir Ausbildungsassistenten in die Krankenhäuser nehmen, die sich speziell der Fortbildung der jungen Ärzte widmen, denn wir können es nicht vertreten, bei diesem Kostenaufwand letzten Endes der österreichischen Bevölkerung Ärzte hinzustellen, die nicht optimal ausgebildet sind.

Und in diesem Zusammenhang gehört jetzt der sogenannte Gallob-Plan. Mit diesen personenbezogenen Plänen ist es so ähnlich wie mit den Syndromen, unter denen wir in der Medizin leiden, wenn der Herr Meier oder der Herr Müller ein Syndrom entdeckt hat, das hunderttausend andere schon seit Jahrzehnten kennen. So ähnlich ist es mit dem Gallob-Plan.

Die Forderung nach einer generellen Zulassung aller praxisberechtigten Ärzte zur kassenärztlichen Tätigkeit hat bekanntlich die österreichische Ärzteschaft – ich nehme an, Sie sind damals mitmarschiert, Herr Kollege Steyrer – 1955 in Wien in dem berühmten Aufmarsch am Vorabend des ASVG-Gesetzes erhoben. Ich sage aber gleich einschränkend – und schon vorsorglich hat der Minister zustimmend genickt –: Derzeit halte ich das für keine durchführbare Lösung.

Prinzipiell sollten wir versuchen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Recht der freien Niederlassung bei einer Bevölkerung, die zu 97 Prozent pflichtversichert ist, wirklich für alle Ärzte gewährleistet ist. Ich bin aber ebenso überzeugt: Gegenwärtig könnten wir die Probleme, die für den Landesrat Gallob Anlaß waren, das jetzt wiederum neu aufzulegen, mit diesem Verfahren nicht nur nicht lösen, sondern wir würden das genaue Gegenteil herbeiführen. Wir würden zuerst eine weitere Steigerung der Krankenversicherungskosten erreichen, und wir würden eine weitere Kommassierung der Ärzte im Umkreis von Spitälern, von Kliniken bewirken.

Dr. Scrinzi

Wie ist es denn mit dem Spitalsarzt, der heute mit Sondergebühren ausgestattet ist? Solche laute Reformschreier, wie sie sich eine Zeit lang im Österreichischen Fernsehen und im Rundfunk breitgemacht haben, zählten zu den Spitzenverdienern in dieser Gruppe, was sie peinlich verschwiegen haben. Die kommen doch im Schnitt auf 20 000 bis 25 000 S monatliches Einkommen bei geregelter Arbeitszeit, bei geregelter Altersversorgung, bei geregelter Urlaubsanspruch, sie haben keine Investitionen, sie haben keine Probleme: Wer vertritt mich im Urlaub? Jetzt soll er dann noch die Möglichkeit haben, die freien Tage oder die freien Nachmittage eine ärztliche Praxis zu betreiben, in die er sich seine eigenen Patienten einweist. Und dann erwartet man, daß er ins Obere Gurktal oder ins Lesachtal geht, wo er unter Umständen wochenlang durch Lawinenabgänge an der Benützung jedes Kraftfahrzeuges gehindert ist, wo er seine Kinder weiß Gott wohin in die Schule schicken soll.

Ja erwarten wir doch nicht – auch das ist eine Utopie –, daß die Ärzte bessere Menschen sein sollen, als der Durchschnitt der Österreicher das ist! Tun wir hier doch nicht so, als ob wir in einem Wolkenkuckucksheim wären und als ob jemand, der sich entschließt, Medizin zu studieren, damit bereits in eine höhere ethische Kaste eingereiht wäre. Die Ärzte sind Menschen mit den Fehlern und Vorzügen, die halt alle in diesem Lande haben.

Also ich halte von diesem Plan im gegenwärtigen Augenblick nichts.

Natürlich tut sich der Herr Landesrat Gallob leicht, denn er ist in diesem Zusammenhang Nichtzahler; Zahler sind andere.

Aber nun muß ich ihm doch ein kleines bißchen eins auswischen: Dort, wo er Zahler ist, treibt er eine viel weniger expansive Standespolitik sozusagen. Zum Beispiel bei den Sprengelärzten: Ausdehnung des Sprengelärztesystems, sein Anliegen – oder Gemeindeärzte heißt es in anderen Bundesländern –, auf alle Bundesländer, eine echte strukturpolitische Maßnahme zur Verbesserung der Substruktur im Gesundheitsbereich. Vor acht Jahren hat der Herr Landesrat Gallob – vor acht Jahren; schon sein Vorgänger hat das getan – das neue Sprengelärztegesetz versprochen: 100 Stellen werden geschaffen! Nach achttjährigem Gerangel kam es. Statt 100 wurden 50 geschaffen, und das waren genau um zwei weniger, als wir in Kärnten schon vor dem Zweiten Weltkrieg hatten.

So sind halt Theorie und Praxis. Großartige Pläne, die natürlich den in der fünften Wartestunde in der Ordination verärgerten Patienten

sehr gefallen, sind leicht verkündet, aber sehr, sehr schwer durchgeführt.

Ich erinnere nur an das große Tauziehen um die Zulassung eines einzigen Kinderkassenarztes in einem Gebiet mit über 30 000 Einwohnern, Grenzbezirk Völkermarkt/Kärnten. Da ging ein jahrelanges Tauziehen zwischen Ärztekammer und Bevölkerung und Kassen. Es ging nur um die Kostenfrage. Das eine also – noch einmal – ist Theorie, und das andere ist Wirklichkeit.

Aber vor einem warne ich, sozusagen unter der Maske einer altmarxistischen Verelendungstheorie zu erwarten: Spucken wir nur von den hohen Schulen Ärzte aus, soviel als geht, dann werden sie schon gefügig werden, dann werden sie mit ihren Honorar- und sonstigen Ansprüchen sich schon sehr bescheiden, wenn sie sich gegenseitig die Zehen abtreten. Auch das wäre eine Fehlinvestition, die zu allerletzt dem Kranken und Gesunden in diesem Land von Nutzen sein würde. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist keine marxistische Spekulation, das ist nur eine Spekulation auf die Gesetze des Marktes!*) Darauf komme ich auch. Das ist jetzt das nächste, was ich zum Gallob-Plan zu sagen habe.

Nun hat auf die berechtigten Vorhalte bezüglich der Sorgen, die auch ich jetzt ausgedrückt habe, daß wir die Strukturprobleme mit der generellen Zulassung nicht lösen, daß wir das Gegenteil erreichen, der Herr Landesrat Gallob gemeint: Aber das Gesetz von Angebot und Nachfrage wird schon – nach einer gewissen Frist – dazu führen, daß die sich so verteilen, wie es notwendig ist.

Nun, hier bin ich also „marxistischer“ als der Herr Gallob. Ich glaube eben nicht, daß die Gesundheit etwas ist wie eine Ware, daß man sie dem Gesetz von Angebot und Nachfrage überlassen kann. Das geht sicherlich nicht. Ich bin schon überzeugt, daß eines Tages dann der gegenseitige Wettbewerbsdruck auch manchen Arzt zähneknirschend in eine Landgemeinde getrieben hätte, zweifle aber, ob das dann die Besten gewesen wären, die hier gegangen wären, und ich sehe vor allem, bis es soweit ist, die vielen, vielen Tausende von Kranken, die auf diesen Arzt warten müssen. Ich glaube also, hier müssen wir die Dinge anders nehmen.

Ich komme zu dem großen Thema, weil das derzeit politisch aktuell ist, der Krankenhausfinanzierung. Ich will auf die lange Vorgeschichte dieser Krankenhausfinanzierungskämpfe nicht eingehen. Sie sind eher zum Weinen. Ich will nur eines herausstellen:

Wie immer wir finanzieren, wir werden um die Errichtung von Normkostenkatalogen nicht

Dr. Scrinzi

herumkommen. Es werden die Mittel, ob zentral oder föderalistisch, ob durch Steuern oder Abgaben, ob durch Kostenbeteiligung oder durch Beitragserhöhung aufgebracht, nie ausreichen, wenn wir nicht versuchen, das, was ich früher eben das Kosten-Leistungsverhältnis genannt habe, zu quantifizieren. Wir brauchen in dem Zusammenhang Normkostenkataloge mit Kostenstellen- und Kostenartenrechnungen.

Als die Opposition, beide Oppositionsparteien, die Frau Bundesminister gemahnt haben: Was ist denn mit dem Normkostenplan?, da wurde auf die unvorstellbaren Schwierigkeiten hingewiesen. Aber, meine Damen und Herren, warum wollen wir denn alles wieder selber erfinden, was andernorts in der Welt schon längst erfunden ist und sich bewährt hat? Das gibt es ja schon lange. Und das hat sich bewährt.

Ich bringe Ihnen ein Beispiel – nicht aus Schweden, sondern aus den USA – aus einem Krankenhaus. Dort gibt es einen Normkostenkatalog. Ich nehme eine Krankheit aus diesem Katalog heraus, das ist die komplette Nierenentfernung; ein Eingriff, der leider gar nicht so selten ist. Da wird ganz genau geregelt, und zwar nach Altersgruppen: Altersgruppe 35 bis 49 Jahre – Behandlungsdauer 14 Tage, Routine-Blinddarmentfernung – vier Tage, Leistenbruchoperation – vier Tage, Leistenbruchoperation über 65 Jahre – neun Tage, Gallenblasenoperation – acht Tage.

Jetzt sagt vielleicht jemand, das sei ein unmenschliches System. Nein, das ist ein System, das, langfristig gesehen, im Dienste gerade der Kranken steht.

Denn die Konsequenz ist, daß mit diesem Normkostenverfahren und -katalog ein degressives Verpflegskostensatzsystem verbunden ist. Es werden nämlich in den ersten Tagen etwa 130 Prozent bezahlt, dann fällt dieser Satz in Sprüngen von 10 Prozent bis 70 Prozent der Normkosten; wenn der vorgesehene Normkostenzeitraum überschritten ist, gibt es nichts mehr. Das muß man im konkreten Fall, wo etwa eine Komplikation die längere Behandlung notwendig gemacht hat, begründen, und dann kann durch Beschluß die weitere Kostenübernahme erfolgen.

Also das System funktioniert. Es wird nicht auf den ersten Augenblick hin gehauen. Es wird notwendig sein, eine gewisse Elastizität zu entwickeln, aber wir müssen uns, glaube ich, dahin bewegen.

Denn nicht nur muß das Gesundheitsbewußtsein aktiviert werden, wir müssen auch bei allen Beteiligten, beim Kranken, beim Spitalserhalter, beim behandelnden Arzt, bei der Krankenschwester, bei allen, die in diesem komplizier-

ten Prozeß mitwirken, ein sozialorientiertes Kostenbewußtsein aktivieren.

Letzten Endes aber – und das hat der Präsident der Wiener Ärztekammer vor einiger Zeit in einem Interview sehr klug, wie ich glaube, formuliert – werden wir zu einer Normmedizin kommen müssen.

Was heißt das, was versteht man darunter? Von anderer Seite wurde das die maßvolle Medizin genannt.

Wenn man uns Ärzte fragt, werden wir immer darauf drängen, daß jedes denkbare diagnostische, therapeutische oder prophylaktische Verfahren ohne Rücksicht auf Kosten für den uns anvertrauten Kranken angewendet werden muß. Wir werden uns aber auch nicht der Wirklichkeit und Notwendigkeit verschließen, daß eine so verstandene Maximalmedizin, die jedes Verfahren ohne Rücksicht auf Kosten und alle Zeit in Anspruch nehmen will, einfach nicht finanzierbar ist. Das mag im einzelnen Fall tragisch sein, aber es ist eben das soziale Gemeinschaftsdenken vorrangig.

Die Entscheidung werden nicht die Ärzte treffen. Wir Ärzte werden immer der Maximalmedizin das Wort reden. Die Entscheidung ist eine schwerwiegende verantwortungsvolle politische, sie hat letzten Endes in diesem Hohen Haus zu erfolgen.

Diese Normmedizin soll jenen Behandlungsraum abdecken, der alles das umfaßt, was durchschnittlich und in der Regel anfällt. Daneben gäbe es einen Raum – und erste Ansätze hat die Krankenversicherung jetzt schon, auch früher zum Teil gemacht –, den Dr. Neugebauer die Minimalmedizin nennt. Das ist das, was ich hier, heftig widersprochen, auch den Bagatellfall genannt habe. Wir werden in einem Zeitalter – ich blende wieder zurück –, wo wir glauben, Luxussteuern verhängen zu müssen, wo wir alle dem kleinen Arbeitnehmer zumuten, daß er plötzlich für seinen Arbeitsbehelf Auto 12 Prozent Luxussteuer zahlt, doch auch zumuten können, daß er sich sein Abführpulver bezahlt.

Auf diesem Sektor summieren sich die Beträge. Ein Drittel aller Medikamentenkosten liegt in diesem Minimalbereich. Die Krankenversicherung hat 1976 130 Millionen Schilling für Abführmittel, 230 Millionen Schilling für Schmerzmittel und Schlafpulver ausgegeben. Das sind 360 Millionen. Alle ärztlichen Hausbesuche, Tag und Nacht, haben im gleichen Zeitraum knapp ein Drittel, nämlich 121 Millionen, ausgemacht.

Hier sind also Beträge, die sich für die Kostenträger addieren, die aber, glaube ich, dem

Dr. Scrinzi

einzelnen zugemutet werden können. Ich bin überzeugt, er ist bei verantwortungsbewußter, unpolemischer, ideologiefreier Aufklärung auch bereit, sie zu übernehmen.

Daneben bleibt jener Bereich der Medizin, der einfach aus Gemeinschaftsmitteln in der Solidarhaftung nicht mehr gedeckt werden kann. Hier sollten wir alle Versicherten anregen, durch Zusatz- und Höherversicherung auch diesen Bereich der Medizin gegebenenfalls sich zu erschließen.

Nun, alle Maßnahmen, die wir, wiederum eingengt auf das Problem des Krankenhauses, zur Dämpfung der Kostenexplosion treffen, müssen letzten Endes darauf abzielen, den Bettenschlüssel, wenn nicht zu reduzieren, dann mindestens einfrieren zu lassen. Denn wir wissen, daß rund 70 Prozent dieser Kosten in Korrelation zum Bettenschlüssel Fixkosten sind, das heißt also, daß alle Maßnahmen, die letzten Endes nicht diesen stehenden Kostenfaktor reduzieren, keinen sehr großen Betrag werden freisetzen können.

Ich fürchte, das klingt, wenn man es nicht durchdenkt, sehr unsozial. Ich bin auch sehr rasch von einem hohen ÖVP-Funktionär wegen dieses Vorschlages kritisiert worden. Ich bleibe dabei, und alle, die die Probleme kennen, werden mir recht geben.

Meine Damen und Herren! Das war nur ein ganz kurzer Aufriß aus diesem unerhört umfangreichen, komplexen Problem. (*Abg. Libal: Kurz war das nicht!*) Na ja, Herr Libal, mir scheint halt das so wichtig, daß der Fahrplan des Abendzuges nicht entscheidend ist. (*Abg. Libal: Wichtig ist es, aber es war nicht kurz!*) War es Ihnen zu lang? (*Abg. Libal: Es war wichtig, aber nicht kurz!*) Ich weiß nicht, wie lang es war. Aber ich bin bereit, mit Ihnen darüber nachher zu verhandeln.

Ich möchte jetzt abschließend noch einmal aufgreifen, was der Kollege Dr. Steyrer von der SPÖ gesagt hat.

Wir sind bereit, in das von Ihnen vorgeschlagene Gespräch einzutreten. Aber Sie müssen bereit sein – Sie und Ihre Fraktion und die Bundesregierung –, die ideologischen und doktrinären Brillen, die die klare Sicht der Probleme verstellen, abzulegen, aus dem Schatten des alten Karl Marx heraus- und in eine vorurteilsfreie Sachdiskussion einzutreten. Ich bin mit Ihnen dann der Meinung, daß wir die Probleme dann lösen werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Kunstätter.

Abgeordneter Kunstätter (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Kollege Treichl hat schon darauf hingewiesen, daß wir derzeit im OECD-Raum über 17 Millionen arbeitslose Menschen haben, daß es unter diesen 17 Millionen Arbeitslosen einen erschreckend hohen Prozentsatz an beschäftigungslosen Jugendlichen gibt und daß auch die Prognosen für die Wirtschaft im kommenden Jahr alles eher als rosig sind.

Daß in einer solchen Zeit, meine Damen und Herren, Fragen der Arbeitsmarktpolitik, Fragen der Beschäftigungspolitik eine besondere Rolle spielen, ergibt sich von selbst.

Lassen Sie mich also bitte meine Ausführungen zu diesem Themenkreis vor den Hintergrund einiger Zahlenvergleiche stellen, die vielleicht in der Lage sind, langatmige Erklärungen zu ersparen.

Wenn man die Arbeitslosenraten im OECD-Raum mit den österreichischen Arbeitslosenraten in den Jahren 1966 bis 1977 vergleicht, so sieht man sehr deutlich, daß die österreichische Arbeitslosenrate während der Zeit der ÖVP-Alleinregierung mit Ausnahme des Jahres 1967 immer höher gewesen ist als die Arbeitslosenrate der OECD, während Österreich seit dem Jahre 1970, seit jener Zeit also, seit Sozialisten in Österreich die Verantwortung tragen, mit seiner Arbeitslosenrate immer weit unter den OECD-Werten liegt.

Ich darf aber auch, um Mißverständnissen vorzubeugen, weil von seiten der ÖVP ja immer wieder diese Vorbehalte vorgebracht werden, gleich darauf hinweisen, daß es sich bei diesen Zahlenvergleichen, soweit sie Österreich betreffen, selbstverständlich um bereinigte Zahlenreihen, um Zahlenreihen, die vom Wirtschaftsforschungsinstitut bereinigt worden sind, handelt.

Die Arbeitsmarktlage, meine Damen und Herren, hat sich also seit Beginn der sozialistischen Regierungsperiode immer stärker zugunsten Österreichs entwickelt. Das ist einmal die eine Seite. Ebenso hat sich aber auch auf der Beschäftigungsseite die Zahl der unselbständig Beschäftigten um über 300 000 erhöht, und auch die Zahl der Erwerbstätigen, also unter Einbeziehung der Selbständigen, hat in diesem Zeitraum um fast 200 000 zugenommen. Der Anteil der Berufstätigen an der Gesamtbevölkerung hat sich somit nach einer langen Phase der Abnahme erstmalig wieder erhöht. Der sozialistischen Regierung ist es gelungen, die zunehmende Bevölkerung im aktiven Alter durch Schaffung von Arbeitsplätzen mit Arbeit zu versorgen, während es demgegenüber der ÖVP-Regierung in den Jahren 1966 bis 1969 nicht einmal geglückt ist, die damals geringer

Kunsttätter

werdende Zahl der Aktiven auf Arbeitsplätzen unterzubringen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn wir bei dieser ÖVP-Alleinregierungsperiode bleiben, meine Damen und Herren, dann sehen wir, daß die Zahl der Arbeitslosen damals zeitweilig doppelt so hoch war wie in der Zeit der sozialistischen Regierung, daß die Zahl der offenen Stellen damals in keinem einzigen Jahr die Zahl der vorgemerkten Arbeitssuchenden überschritten hat und daß die Zahl der Arbeitsplätze für Unselbständige am Ende der ÖVP-Regierungsperiode um 30 000 geringer gewesen ist als im Jahre 1966.

Nun, meine Damen und Herren, wenn man sich all das ein wenig in Erinnerung ruft, dann erscheint einem die folgende Stelle im Papier der Österreichischen Volkspartei über die Arbeitsplatzsicherung entweder unverständlich oder aber als Ausdruck grenzenlosen Vertrauens in die Fähigkeiten dieser sozialistischen Bundesregierung. In diesem ÖVP-Papier heißt es wörtlich, meine Damen und Herren:

„Die gegenwärtige Korrektur früherer wirtschaftspolitischer Fehler führt dazu, daß Österreich 1978 wesentlich langsamer wachsen wird als andere westeuropäische Länder und daß die Arbeitslosenquote von 1,8 Prozent im Jahre 1977 um gut ein Drittel auf 2½ Prozent im nächsten Jahr ansteigen wird.“

Während also in den meisten Industrieländern die Arbeitslosigkeit zwei- bis dreimal so hoch ist wie bei uns, meine Damen und Herren – Belgien hat zum Beispiel 7,1 Prozent gemeldet –, wirft man der sozialistischen Bundesregierung vor, daß auf Grund ihrer Fehler ein Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 2½ Prozent prognostiziert sei. Das kann doch nur auf völliges Unverständnis für die internationalen Zusammenhänge der Wirtschaft zurückzuführen sein, meine Damen und Herren, oder darauf, daß man es der sozialistischen Regierung eben zutraut, selbst bei einer weltweiten Beschäftigungskrise das Beschäftigungsniveau in einem Maße zu sichern, wie es der ÖVP-Regierung unter wesentlich günstigeren Verhältnissen niemals gelungen war. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die österreichische Bevölkerung, meine Damen und Herren, weiß jedenfalls, daß das, was die ÖVP als Ergebnis von Fehlern der Regierung bezeichnet, der Ausdruck wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Fähigkeiten ist, wie sie die ÖVP anscheinend nicht besitzt. Die Bevölkerung weiß, daß es nur durch solche Fähigkeiten möglich war, die beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Österreich, jetzt gemessen an Stabilität, gemessen am Beschäftigungsgrad und gemessen am Wachstum, im längerfristigen Durchschnitt an erster Stelle

unter den Industrieländern Europas steht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und die österreichische Bevölkerung, meine Damen und Herren, weiß auch, daß es nur dadurch möglich war, den Wohlstandsrückstand gegenüber diesen Staaten aufzuholen und teilweise sogar in einen Vorsprung zu verwandeln. Die österreichische Bevölkerung bringt daher ihr Einverständnis mit all dem, was Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, als Fehler bezeichnen, auch immer wieder bei Meinungsumfragen und, wenn wir die letzte Zeit zurückblicken, bei Wahlen überaus deutlich zum Ausdruck.

Seit Österreich eine sozialistische Mehrheit im Parlament und eine sozialistische Regierung hat, hat auch die Beschäftigungspolitik mit einem möglichst ehrgeizigen Vollbeschäftigungsziel immer eindeutigen Vorrang. Diesen Zusammenhang erkennt die Bevölkerung sehr wohl, und sie weiß, daß auch das Budget, das wir derzeit behandeln, dem Ziel der Sicherung und der Erhaltung eines möglichst günstigen Beschäftigungsniveaus dient.

Meine Damen und Herren! Wenn ich mich noch etwas näher mit dem sogenannten ÖVP-Konzept befasse, gestatten Sie mir aber noch einmal einen kurzen Rückblick, der doch signifikant für die Einstellung der Österreichischen Volkspartei zu Problemen der Arbeitsmarktpolitik ist.

Ich darf erinnern, daß der Gewerkschaftskongreß schon im Jahre 1959 eine aktive Arbeitsmarktpolitik gefordert hat. Der sozialistische Minister Proksch hat daraufhin sehr rasch Verhandlungen über ein Arbeitsmarktförderungsgesetz eingeleitet, jedoch ist es damals auf Grund der Widerstände aus Wirtschaftskreisen und auf Grund der Widerstände seitens der ÖVP-Minister nicht einmal bis zu einem Begutachtungsverfahren gekommen, meine Damen und Herren. Und auch in der ÖVP-Alleinregierung ist es erst im letzten Jahr gelungen, den Entwurf zum Gesetz werden zu lassen, allerdings auch dann nur mit einer Reihe von Einschränkungen gegenüber dem ursprünglichen sozialistischen Entwurf.

Man muß also immer wieder sehr deutlich in Erinnerung rufen, meine Damen und Herren, daß es der ÖVP gelungen ist, dieses für die arbeitende Bevölkerung so wichtige Gesetz immerhin ein volles Jahrzehnt lang aufzuhalten. *(Abg. Dr. Prader: Sie sind ein Märchenerzähler!)* Ja, das sind Tatsachen, Herr Minister Prader.

Die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der damaligen ÖVP-Alleinregierung ist aber

Kunstätter

überhaupt ein einziger Beweis für die Einstellung dieser Partei zu diesen Fragen.

Herr Kollege Dr. Prader, ich muß jetzt noch auf etwas zu sprechen kommen, auf ein Thema, an das ich mich persönlich naturgemäß erinnere, wenn ich mir jetzt Ihr neues Konzept ansehe und auf seine Glaubwürdigkeit überprüfe. Ich mußte damals im Jahre 1967 als damaliger Leiter des Arbeitsamtes Wolfsberg die Schließung des Lavanttaler Kohlenbergbaues miterleben, Herr Minister Prader. Damals hat das gesamte Lavanttal sehr deutlich erfahren müssen, wie wenig Verlaß auf gegebene Versprechungen seitens der Minister der Österreichischen Volkspartei war. *(Abg. Dr. Prader: Das ist ja völlig falsch!)* Das Lavanttal hat sehr deutlich damals erfahren müssen, mit welcher Sorglosigkeit, ja nahezu Brutalität die damalige ÖVP-Regierung 1 300 Bergarbeiter ohne die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen oder ohne die nennenswerte Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen im engeren Wohnbereich auf die Straße gestellt hat! *(Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Schwimmer: Sie werden ja rot bei so viel Unwahrheit!)*

Herr Kollege Schwimmer! Es ist das ein so bitteres Thema, daß man wirklich vor Scham rot werden muß, wenn man an die damalige Praktik der ÖVP denkt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf Sie vielleicht daran erinnern, Herr Dr. Schwimmer: Es war am 2. November 1967, es sind heuer also zehn Jahre her, als der damalige Minister Weiß vor den Bergarbeitern in St. Stefan erklärt hat, daß diese Brandkatastrophe nicht zum Anlaß genommen werden dürfe für eine Schließung des Betriebes, daß man diese Katastrophe nicht auf dem Rücken der Bergarbeiter austragen dürfe. Und bei der Beisetzungsfeierlichkeit für die tödlich verunglückten Bergknappen am 6. November hat der damalige Vizekanzler Dr. Bock vor Tausenden Trauergästen klar und deutlich erklärt, daß eine Schließung dieses Bergbaubetriebes weder in Erwägung gezogen wird noch in Frage kommt.

Meine Damen und Herren! Wie schauen aber die Tatsachen aus? *(Abg. Dr. Schwimmer: Reden Sie zu Fohnsdorf!)* Bereits am 19. Dezember im selben Jahr hat diese ÖVP-Bundesregierung mit den Stimmen dieser beiden Minister die Schließung dieses Betriebes beschlossen, die dann auch tatsächlich im April 1968 vollzogen worden ist. *(Abg. Dr. Schwimmer: Hätten wir es weiterführen können, Herr Kollege Kunstätter?)*

Herr Kollege Schwimmer! Schauen Sie sich einmal die Vorschläge der Fachleute damals an. *(Abg. Dr. Schwimmer: Sperren Sie auf, Herr Kunstätter!)* Es geht daraus sehr eindeutig

hervor, daß eine Weiterführung mit einem reduzierten Beschäftigungsstand möglich gewesen wäre. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Schwimmer: Seit sieben Jahren könnten Sie es aufsperrn!)*

Schauen Sie, Sie haben das ja so gründlich geschlossen, Herr Dr. Schwimmer. Wenn Sie ein bisserl etwas vom Bergbau verstehen würden, würden Sie wissen, daß dieser Betrieb ja nie mehr eröffnet werden kann. Aber erkundigen Sie sich halt einmal ein bisserl über das Problem! *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Schwimmer: Fohnsdorf haben Sie auch deshalb schließen müssen!)*

Meine Damen und Herren! Es ist aber auch sehr interessant - und ich möchte darauf nur deshalb zu sprechen kommen, weil Sie in letzter Zeit immer wieder dieses Thema anschneiden -, in Fohnsdorf ist sehr viel geschehen. Die Lösung der Probleme im Aichfeld-Murbodner Raum ist ein Modellfall, auf den wir Sozialisten durchaus stolz sein können. Das trifft bei Ihnen für das Lavanttal nicht zu, meine Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf Sie doch einmal ersuchen: Vielleicht machen Sie sich die Mühe und schauen Sie sich die Parlamentsprotokolle aus den Jahren 1967 bis 1969 zu diesem Thema an. Es ist nämlich sehr interessant, wenn man nachschaut. Wenn man den damaligen Aussagen des Herrn Bundeskanzlers Dr. Klaus Glauben schenken darf, dann wären im Lavanttal damals ja unzählige Ersatzbetriebe mit unzähligen Arbeitsplätzen geschaffen worden. Wissen Sie, was tatsächlich geschehen ist, Herr Dr. Schwimmer? Vom Zeitpunkt des Grubenbrandes bis zum Ende der ÖVP-Regierung sind im Lavanttal zwei Betriebe entstanden! Der eine davon beschäftigt heute 115 Dienstnehmer, der zweite ist sehr bald wieder - er hat maximal 15 Beschäftigte gehabt - selig entschlafen. 115 Ersatzarbeitsplätze, das ist alles, was Sie für diese verlorenen 1 300 Arbeitsplätze damals in das Lavanttal gebracht haben, meine Damen und Herren! *(Abg. Dr. Schwimmer: Und die Kärntner Landesregierung? Ihr Landeshauptmann?)*

Herr Dr. Schwimmer! Ich habe von diesen Betrieben gesprochen, die die Bundesregierung damals hingebracht hat. Das andere ist ein anderer Muskel, das halten wir ein bisserl auseinander. *(Abg. Dr. Schwimmer: Der Bund hat zwei gebracht, das Land hat nichts gebracht!)*

Meine Damen und Herren! Sie können also noch so heftig dagegen protestieren, das ist aber die Wahrheit! *(Abg. Dr. Schwimmer: Daß die*

Kunststätter

anderen nichts gemacht haben, das ist die Wahrheit!)

Sie werden mir daher auch zubilligen müssen, daß ich die Aussagen Ihres Parteiobermannes, daß die Arbeitsplatzsicherung für die ÖVP eine moralische Verpflichtung sei, eben doch als gebranntes Kind mit einiger Skepsis betrachte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das Papier der ÖVP über die Arbeitsplatzsicherung ist vielleicht insoweit ein Fortschritt, als sich jetzt offenbar auch die ÖVP in einem größeren Maße als bisher zur Sicherung der Beschäftigung bekennt. Ansonsten jedoch bietet das VP-Papier wenig Hoffnung auf eine konstruktive und erfolversprechende beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Tätigkeit dieser Partei. *(Abg. Dr. Prader: Sie haben es noch gar nicht gelesen!)*

Es ist vielmehr, und das ist heute auch schon wieder mehrmals gesagt worden, der wenig taugliche Versuch, auf einen von der SPÖ seit Jahren gut und sicher gesteuerten Zug im letzten Moment aufzuspringen.

Es ist auch bekannt, daß dieses Ihr sogenannte Konzept mit einer ganzen Reihe erheblicher Fehler behaftet ist. Schon die Schilderung der Ausgangslage, meine Damen und Herren, mit unkorrekten Zahlen und Vergleichen zeigt, daß die ÖVP nach wie vor noch immer mehr vom Schwarzmalen versteht als von der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. *(Abg. Dr. Schwimmer: Herr Kunststätter! Ihr Minister bestätigt diese Zahlen schriftlich!)*

Der Herr Minister ist ja das letzte Mal schon eindeutig auf Ihr Konzept eingegangen. Er hat auch darauf hingewiesen, daß eine ganze Reihe von Maßnahmen in diesem Konzept gefordert werden, die auf andere Art und Weise ja schon seit langem mit bestem Erfolg praktiziert werden. Es ist auch schon von den verschiedensten Stellen darauf hingewiesen worden, daß manche dieser Vorschläge überhaupt nicht realisierbar sind oder daß sie mit Milliarden an Mehrausgaben verbunden wären, mit erheblichen Einnahmenentfällen für die Gemeinden und derlei Dinge mehr. *(Abg. Dr. Schwimmer: Das ist Ihnen die Vollbeschäftigung nicht wert!)*

Überdies, Herr Kollege Dr. Schwimmer, bleibt zum Beispiel in diesem sogenannten Konzept auch das heikle Problem der Behinderten völlig unerwähnt. Und Sie sagen in diesem Konzept auch kein Wort zu einem Thema, das uns in der nächsten Zeit sicherlich noch Sorgen bereiten und sehr beschäftigen wird, nämlich zum Thema der weiteren Ausländerbeschäftigung in Österreich. Man könnte also noch sehr, sehr vieles zu

diesem Ihren Konzept sagen. Ich möchte aber nicht Dinge wiederholen, die der Herr Minister Weißenberg anlässlich einer der November-Haussitzungen ja schon sehr deutlich behandelt hat.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Es steht jedenfalls fest, daß das in den letzten Jahren so erfolgreich praktizierte Instrumentarium der Arbeitsmarktförderung in Österreich seine Bewährungsprobe bestens bestanden hat. Wir Sozialisten wollen daher auch weiterhin bei dieser bewährten Methode bleiben, und so wie in den letzten Jahren wird es auch weiterhin unser oberstes und unser schönstes Ziel sein, den Österreichern ein möglichst hohes Maß an Beschäftigung zu sichern und den Menschen in unserer Heimat das bittere Los der Arbeitslosigkeit soweit als nur möglich zu ersparen. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Schwimmer: „Möglichst hohes Maß?“ Was heißt das? Erklären Sie das! Keine Vollbeschäftigung? Ist das ein Abgehen von der Vollbeschäftigung?)*

Präsident **Probst** *(das Glockenzeichen gebend):* Vielleicht, Herr Abgeordneter Schwimmer, lassen Sie die Frau Dr. Hubinek reden und reden nicht Sie. *(Abg. Dr. Gruber: Sie ist ja noch gar nicht aufgerufen!)*

Zu Wort kommt die Frau Dr. Marga Hubinek. *(Abg. Dr. Gruber: Na also, endlich!)*

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich wieder mit dem Gesundheitsbudget beschäftigen.

Wenn man sich die Zahlen des Gesundheitsbudgets ansieht, dann läßt sich schon an diesen Zahlen sehr deutlich der Stellenwert erkennen, den die Regierung der Gesundheit beimißt. Der Anteil der Gesamtausgaben am Gesamtbudget ist nicht nur sehr bescheiden, er ist umso bescheidener, weil sich ja die prekäre Finanzsituation dort, wo schon sehr bescheidene Ansätze sind, doppelt verhängnisvoll niederschlägt. Und so gesehen kann ich nicht den Optimismus des Herrn Abgeordneten Dr. Steyrer teilen, der meint, von diesen Zahlen ginge eine Signalwirkung aus und diese Zahlen sollten deutlich machen, welch große Bedeutung man der Gesundheit beimißt. Nun, das einzig Stabile an diesen Zahlen ist, daß sie dürftig sind.

Und wenn ich an den Slogan denke, der nun von Plakatwänden herunterlockt: „Das Erreichte sichern“, so frage ich mich, was dieser herzerfrischende Slogan wohl die oberste Gesundheitsschützerin empfinden läßt.

An dieser Stelle sei vermerkt, daß uns sehr wohl bewußt ist, daß es prinzipielle Schwierig-

Dr. Marga Hubinek

keiten auf dem Gesundheitssektor gibt, in der gesamten Gesundheitspolitik. Auf der einen Seite gibt es große Kosten, die man schwer in den Griff bekommt, auf der anderen Seite empfindet die Bevölkerung dort oder da den geringen Nutzen. Und beides entwickelt sich isoliert voneinander. Wir kennen die Kostenexplosion, wir vermerken das Nichtfunktionieren in einer Zunahme von Herz- und Kreislauferkrankungen, in einer Zunahme von Krebserkrankungen, in Frühinvalidität, in stagnierender, ja manchmal sogar sinkender Lebenserwartung bei bestimmten Altersgruppen.

In Österreich ist nicht nur eine chronische Kostenexplosion zu verzeichnen, sie trifft auf die chronisch begrenzten Geldmittel des Staatsbudgets zu. Ich möchte nun nicht die politische Bedeutung der Frau Minister so überschätzen, daß sie so viel Gewicht im Kabinett hat, daß sie die Wirtschafts- und Finanzpolitik mit beeinflussen konnte. So besehen wird sie nicht für die finanziellen Nöte zur Verantwortung zu ziehen sein. Daher möchte ich die magere Ausstattung des Ressorts ausklammern.

Ich möchte mich aber mit den sonstigen Aktivitäten beschäftigen, die von diesem Ressort ausgehen. Man könnte doch wenigstens erwarten, daß von einem Gesundheitsministerium, an dessen Spitze eine Ärztin steht, eine Reihe von Denkanstößen erfolgen. Und wenn schon diese Denkanstöße nicht erfolgen, so müßte man doch wenigstens versuchen, jene Vorhaben zu verwirklichen, die man sich selbst im Gesundheitsplan gesetzt hat. Dort war angekündigt – und das wurde mehrfach auch in Pressekonferenzen bestätigt –, man wolle den Österreichern ein neues Arzneimittelgesetz beschreiben, das Tierseuchengesetz sei in Ausarbeitung, Durchführungsgesetze für zu erlassende Verordnungen zum Lebensmittelgesetz, Umweltschutzgesetz.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Was ist tatsächlich eingetroffen? Vielleicht ist es ein sehr billiger Gradmesser für die Aktivität dieses Ressorts, wenn ich Ihnen in Erinnerung rufe – ich habe mich selbst überzeugen müssen, weil ich es für einen Irrtum hielt –: Für die Arbeitsintensität dieses Ressorts spricht die Zahl der parlamentarischen Ausschusssitzungen im Jahre 1977. Ich weiß sehr wohl, daß die Frau Minister seit drei oder vier Wochen erkrankt ist. Dennoch ist das keine Entschuldigung, wenn es im ganzen Jahr 1977 zwei Ausschusssitzungen gegeben hat, eine im Frühjahr und eine im Herbst, und dann war Funkstille. (Abg. Dr. Kohlmaier: Ja!)

Wenn nun der Herr Abgeordnete Steyrer versucht hat, einen Leistungskatalog des Ministeriums aufzuzeigen, so hat er sich schwer getan. Ich kann mir vorstellen, daß er versucht

hat, aus Loyalität zur erkrankten Frau Minister Leistungen ausfindig zu machen. Aber übriggeblieben ist – und ich habe ihm sehr aufmerksam zugehört – der Mutter-Kind-Paß. Da möchte ich dem Herrn Dr. Steyrer aus meiner Erfahrung als ehemaliger Wiener Gemeinderat sagen: Ich habe selbst miterlebt, welche Schwierigkeiten der Initiator dieser Idee – und das war eben der Stadtrat Dr. Glück, das hat er zugegeben – mit seinem Schwangerenpaß damals überwinden mußte, weil er auf eine Phalanx der sozialistischen Abgeordneten und Stadträte gestoßen ist, die gemeint haben: Wozu brauch' ma des? – Sie haben ihm sehr viele Schwierigkeiten gemacht, bis es ihm gelungen ist, einen Schwangerenpaß zu entwickeln. Daß die Frau Minister Leodolter diese Idee aufgegriffen hat, ist sicherlich erfreulich, aber der Lorbeer in dieser Frage würde, glaube ich, doch jemand anderem gehören.

Die einzigen Aktivitäten, die uns auffallen, geschehen im Wege des Bundesinstitutes für Gesundheitswesen. Da werden im Laufe des Jahres sehr aufwendige Publikationen veröffentlicht auf teurem Hochglanzpapier, nicht zu vergessen: Vorwort und Photo der Frau Minister. Diese Arbeiten bewegen sich durchwegs im Vorfeld der Gesundheitspolitik, sind sehr gute Absichtserklärungen oder Analysen einer bestehenden Situation.

Ich möchte mir über den wissenschaftlichen Wert dieser Publikationen kein Urteil erlauben, aber sehr wohl kann ich beurteilen, ob diese Absichtserklärungen auch in politische Aktivitäten umgemünzt werden. Und die kann ich bei bestem Willen nicht erkennen. Ich glaube halt, daß es ein bißchen wenig ist, gutgemeinte Absichtserklärungen zu veröffentlichen und nie zu versuchen, sie auch in politische Aktivitäten, in Regierungsvorlagen und ähnliches umzusetzen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich meine eben, Aufgaben, wie sie das Bundesinstitut für Gesundheitswesen besorgt, hätte ja auch eine Sektion des Sozialministeriums weiterführen können. Dazu hätten wir sicherlich kein eigenes Gesundheitsministerium gebraucht (neuerliche Zustimmung bei der ÖVP), und wir hätten uns, meine Damen und Herren, nicht nur viel Verwaltungsaufwand, sondern auch einen besonders hohen Repräsentationsaufwand ersparen können, wie aus dem Rechnungshofbericht ja hervorgeht.

Daß dieses Ministerium sehr großzügig mit dem Bundesinstitut für Gesundheitswesen umgeht und es behandelt, zeigt eine parlamentarische Anfragebeantwortung vom 30. November 1977, wo man diesem Bundesinstitut eine Aufgabe zuweist, die – wie ich wohl glaube – doch sicherlich Aufgabe des Ministe-

Dr. Marga Hubinek

riums gewesen wäre, nämlich die geplante Einführung eines bundeseinheitlichen Buchführungssystems, die Kostenstellenrechnung in den Krankenanstalten; daran hat sich der Streit ja seit Jahren entzündet, ob diese Kostenstellenrechnung nicht zu verbessern oder überhaupt erst einzuführen wäre, und für diese Aufgabe überläßt man dem Institut fast 89 Millionen Schilling. Wahrlich, hier verfährt man sehr, sehr großzügig.

Und noch eine Bemerkung. Dieses Ministerium führt in seinem Titel auch den Umweltschutz. Ich glaube, diese Namensführung ist völlig irreführend. Auf dem Sektor des Umweltschutzes gibt es überhaupt keine Aktivität. Hier herrscht absolute Funkstille. Es gab eine Entschließung vom 17. 3. 1972, die hier im Hause mit allen Stimmen verabschiedet wurde, in der man nicht nur die Regierung aufgefordert hat, sämtliche einschlägige bundes-, landes- und gemeinderechtliche Vorschriften in einem Bericht zu publizieren und diese Vorschriften einander gegenüberzustellen. Und hier eine ganze Liste von Aufträgen, die ein künftiger Bericht zum Umweltschutz enthalten soll.

Im Bereich des Umweltschutzes hat man seitens des Ministeriums lediglich festgestellt, daß es sehr, sehr schwierig sei, ein Rahmengesetz zu erstellen, weil man mit Kompetenzen der Länder in Konflikt gerät. Aber irgendwann wird man doch versuchen müssen, anhand einer Diskussionsgrundlage diese Gespräche überhaupt einzuleiten. Wenn man feststellt, daß eine Materie sehr kompliziert ist, so mag man vielleicht recht haben. Das ist aber nach meiner Meinung ein bißchen wenig für einen Minister. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun möchte ich mich einem Kapitel der Gesundheitspolitik zuwenden, das offenbar allen Verantwortlichen über den Kopf gewachsen ist, das aber bislang eine Frau Gesundheitsminister überhaupt nicht beunruhigt hat. Es geht hier um die Auswüchse der sogenannten Fristenlösung und die Konsequenzen, die sich in diesen drei Jahren herausgebildet haben und die die Sozialisten offensichtlich totschiweigen wollen. Ich möchte gleich eingangs sagen, damit kein Mißverständnis aufkommt, daß ich keine ideologische Auseinandersetzung führen will. In zwei langen Debatten hat sich in diesem Haus hinlänglich gezeigt, daß über das Recht des keimenden Lebens eben verschiedene Auffassungen bestehen.

Ich möchte mich aber mit den gesundheitspolitischen Konsequenzen befassen und Ihnen auch ganz offen sagen, daß ich nicht ruhen werde, hier für eine größere Publizität zu sorgen, denn ich glaube, hier legen wir den Finger auf

eine Wunde, die uns alle angeht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Drei Jahre Fristenlösung haben nicht nur bewirkt, daß sich sehr üble Praktiken entwickeln, sie haben auch eine negative Auslese von Ärzten ermutigt, in aller Stille ein ergiebiges und ein lukratives Geschäft zu betreiben. Wie arg diese Auswüchse sein müssen, hat vor zwei Wochen anläßlich eines Symposiums über den Geburtenrückgang ein sehr bekannter Wiener Arzt aufgezeigt, ein Arzt – und ich möchte das gleich feststellen –, der nicht Mitglied der ÖVP ist, er ist kein Konservativer oder überholter Klerikaler, er ist ein Sympathisant der SPÖ, war ein Befürworter der Fristenlösung. Und dieser hat ohne Angst vor persönlichen Repressalien – und er hat meine ganz spezielle Hochachtung – mit einer bewundernswerten Offenherzigkeit seine Kritik aufgezeigt. Und er hat in aller Öffentlichkeit vor einem Auditorium mit der Kritik nicht gespart.

Und seine offene Kritik hat sich an drei Punkten entzündet: Daß nach drei Jahren Abtreibungspraxis längst nicht mehr die Grenze von 12 Wochen eingehalten wird, sondern daß 19 und 20 Wochen Frist gehandhabt wird, einfach, weil man die Berechnung anders interpretiert, weil man einen anderen Zeitpunkt der Berechnung ansetzt, nämlich den Zeitpunkt der Nidation. Er hat es als völlig unverständlich empfunden, daß 19 oder 20 Wochen alte Embryos abgetrieben werden. Er hat es aber auch völlig unverständlich empfunden, daß diese Eingriffe außerhalb der Operationssäle der Spitäler stattfinden, in dunklen und obskuren Hinterzimmern von irgendwelchen Ordinationen. Ich darf erinnern, daß die ÖVP in diesem Saal immer wieder verlangt hat, daß, wenn diese Eingriffe vorgenommen werden, sie eben nur ans Spital gebunden bleiben, und dies hat dieser Primarius in aller Deutlichkeit gesagt.

Nun, es ist ein offenes Geheimnis in Wien, daß man sich an den Frauenabteilungen der Wiener Spitäler, den Geburtshilfe- und gynäkologischen Abteilungen, in vielen Fällen mit den Komplikationen befassen muß, die dann im Spital versorgt werden sollen, Komplikationen, die eben auf Grund der Behandlung in der dunklen Praxis im Hinterzimmer von irgendwelchen Zahnärzten oder Ärzten auftraten.

Ich weiß schon, daß Sie immer wieder darauf hinweisen, man könne auf die Privatpraxis nicht verzichten, weil nicht genügend Spitäler zur Verfügung stehen. Ich wundere mich nur, daß es gerade in Wien so viele Ärzte gibt, die ihr dunkles Geschäft führen, da ja die Wiener Spitäler eher bereit sind, glaube ich, in einer recht beachtlichen Zahl die Abtreibungen sehr

Dr. Marga Hubinek

wohl vorzunehmen. Ich glaube, wenn die Sozialisten sich heute berühren, sie hätten die Frauen aus der Kriminalität herausgeführt und sie würden optimale medizinische Bedingungen erfahren, so werden die Mehrzahl dieser Frauen eben davon keinen Hauch verspüren.

Und ein drittes, was dem Wiener Primarius unverständlich blieb: daß es keinerlei statistisches Material gibt, das eine Auswertung ermöglicht. In keinem anderen Land, das eine vergleichbare gesetzliche Regelung hat, hat der Gesetzgeber auf das statistische Material verzichtet, auf ein Material, das Auskunft gibt über die Abortursrate, über die Morbidität. Ja, wir sind heute weitgehend auf Spekulationen und Dunkelziffern angewiesen, und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe auch den Verdacht, daß man ganz froh ist, hier nicht genau Bescheid zu wissen, hier keine Zahlen zu kennen. Und ich darf auch auf die zwei parlamentarischen Beantwortungen der Frau Gesundheitsminister verweisen, die gemeint hat, sie könne auf dieses statistische Material verzichten, im Gegenteil, sie müsse sich hier hinter das ärztliche Geheimnis verschanzen.

Ich glaube, es wäre zu billig zu sagen, wir würden das ärztliche Geheimnis antasten. Es ist ja auch völlig irrelevant, ob es das Lieschen Müller ist, interessant sind das Lebensalter der Frau, die Motivation und vor allem auch die Häufigkeit der Eingriffe.

Bei diesem Symposium wurde aber auch ein anderes aufgezeigt, eine Tatsache, die, glaube ich, uns allen zu denken geben sollte: Der Zusammenhang zwischen den Interruptionen und dem Anstieg von Frühgeburten mit untergewichtigen Kindern, der Anstieg der perinatalen Mortalität, alles Erscheinungen, die zweifellos eine Ursache haben müssen. Es ist bekannt, daß Komplikationen bei der Geburt um ein Vielfaches höher sind, wenn die Frau mehrere Eingriffe hinter sich gebracht hat.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier kleben die Sozialisten auf einer Ideologie der frühen dreißiger Jahre, eine Ideologie, die die Freigabe der Abtreibung verlangt hat, gleich, welche gesundheitspolitische Konsequenzen es heute gibt, und gleich, welche pharmakologischen Fortschritte es ja heute gibt. An einer Ideologie wird hier festgehalten, die längst überholt ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bei der Verabschiedung der Strafrechtsreform und bei der langen Debatte zum Volksbegehren haben damals alle Abgeordneten dieses Hauses über einen Positivkatalog befunden, ein Positivkatalog, der zahlreiche Maßnahmen enthielt, hat, unter anderem auch die Maßnahme, es

möge für eine geeignete Information der betroffenen Frauen gesorgt werden. Ich weiß schon, Sie werden sofort hinweisen, es gibt ja eine ORF-Serie „Wir“, und das sei nun die Information.

Ich darf Ihnen aber sagen, so war es nicht gemeint. Uns ging es um die konkrete Information der betroffenen Frau. Wenn wir aber nicht registrieren, wie oft sich die Frauen einfinden, um eine Abtreibung vorzunehmen, so wissen wir auch nicht, ob ihre Information ausreichend ist. Und eine Regierung und eine Frau Gesundheitsminister, die selbst einen hippokratischen Eid, Hohes Haus, geleistet hat, setzen sich über alle Bedenken von Fachleuten hinweg, die zweifellos die Situation bestens kennen und denen einfach die Dinge über den Kopf wachsen; die nun sehen, daß sie mit Auswüchsen konfrontiert werden, die man nicht mehr in den Griff bekommt, die man aber auch nicht mehr stillschweigend hinnehmen kann.

Es gibt also offensichtlich in diesem Lande verantwortungsvolle Ärzte, die ohne Rücksicht auf ihre persönliche Situation, ohne Rücksicht auf ihre Position innerhalb eines Wiener städtischen Spitäles den Finger auf die Wunde legen. Ich glaube, wir sollten uns endlich besinnen, daß wir nicht weiter tatenlos zusehen, was sich in diesem Lande abspielt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es möge dies keine Drohung sein, sondern einfach dem Verantwortungsbewußtsein eines Politikers entsprechen. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle sollten nicht ruhen, die Mauer eines Schweigens einzureißen, die hier Dinge deckt, die wir alle nicht goutieren können. Wir sollten die Öffentlichkeit aufmerksam machen, was unter dem Schutz des ärztlichen Geheimnisses tatsächlich passiert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Zu Wort kommt der Herr Abgeordnete Samwald.

Abgeordneter Samwald (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, so wie in den vergangenen Jahren haben auch heute wieder die Sprecher der beiden Oppositionsparteien versucht, alle Maßnahmen, die bisher vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz erbracht worden sind, in irgendeiner Form herunterzuspielen und einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Es ist dabei sicherlich sehr leicht, hier Vorschläge zu machen und auch Maßnahmen zu verlangen, ohne sich dabei den Kopf darüber zu zerbrechen, ob diese Vorhaben sich auch finanzieren lassen, ob sie finanziell verkraftbar sind und ob sie sich, was mir in diesem

Samwald

Zusammenhang eigentlich noch wichtiger erscheint, auch in der praktischen Anwendung realisieren lassen.

Völlig unrichtig aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es, die Tätigkeit des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz nur nach den Budgetziffern zu beurteilen. Denn Sie alle wissen selbst sehr genau, daß es sehr wichtige Gesetze, sehr wichtige Regierungsvorlagen gegeben hat, die in den Budgetziffern keinen Niederschlag finden, aber für die Gesundheit der österreichischen Bevölkerung von sehr großer Bedeutung sind.

Frau Kollegin Dr. Hubinek und Herr Kollege Primarius Dr. Wiesinger! Sicherlich kann man darüber reden, ob gerade im Jahre 1977 sehr viele Gesetzesvorlagen vom Gesundheitsministerium dem Parlament vorgelegen sind, aber jene Regierungsvorlagen und Gesetze, die wir seit Gründung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz hier in diesem Hohen Hause beschlossen haben – das können wir alle sicherlich mit Stolz und Genugtuung sagen –, tragen schon heute ihre Früchte. (*Abg. Dr. Wiesinger: Magere!*) Ich werde sie Ihnen dann taxativ aufzählen.

Ich bin wie Sie der Meinung, daß man die Gesundheitspolitik in diesem Zusammenhang sachlich diskutieren sollte, daß man aber dabei auch anerkennen muß – auch das sollte sachlich zum Ausdruck kommen –, daß es Aktivitäten dieses Bundesministeriums gegeben hat. Hier anders zu argumentieren – das muß ich Ihnen wirklich ehrlich sagen – ist mehr als billig.

Nehmen wir auch die von Ihnen angezogene Spitalsfrage auf! Auch ich persönlich hoffe, daß sich in den nächsten Tagen in dieser Frage eine Lösung abzeichnen wird, die gewiß – das wissen alle – keine endgültige Lösung, Herr Primarius, sein wird, die aber – das können wir ohne Zweifel hier wirklich feststellen – sicherlich eine echte Hilfe für unsere notleidenden Spitäler bedeuten wird.

Ich glaube, man muß von dieser Stelle aus auch zum Ausdruck bringen, daß es – 800 Millionen Schilling aus dem Mehrwertsteuersatz, 810 Millionen Schilling aus der Sozialversicherung, 1 040 Millionen Schilling für den Zweckabgang und die 250 Millionen Schilling, die als Investitionsstoß vorgesehen sind – insgesamt immerhin 2,7 Milliarden Schilling sind, die der Bund den Spitälern in diesem Rahmen zur Verfügung stellen wird.

Weil Sie, Herr Primarius, auch von den Zweckzuschüssen sprachen, die der Bund leistet, sei auch ganz sachlich, ohne Polemik, Herr Primarius, festgestellt: im Jahre 1966, zur Zeit

der ÖVP-Regierung, 130 Millionen Schilling, zu Ende der ÖVP-Alleinregierung 160 Millionen Schilling. Sicherlich war damals der Abgang nicht so hoch, aber 1970 wurde eine Summe von 195 Millionen Schilling für diesen Zweck ausgegeben, für 1978 ist immerhin ein Betrag von 840 Millionen Schilling vorgesehen. Das heißt, von 1970 bis 1978 ist hier eine Steigerung von 459 Prozent zu verzeichnen.

Ich möchte aber darüber hinaus doch noch sagen, daß wir auch in den letzten Jahren mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen konnten, daß durch diese 250 Millionen Schilling, die wir im Rahmen des Investitionszuschusses den österreichischen Krankenanstalten zur Verfügung gestellt haben, sicherlich bessere technische Voraussetzungen in den Spitälern jetzt gegeben sind und daß diese Investitionszuschüsse auch sehr zielbewußt gegeben werden. Es ist überhaupt, glaube ich, keine Frage, daß das nutzbringend angewendet worden ist.

Ich glaube aber, man sollte bei der Frage der Finanzierung der 323 Krankenanstalten Österreichs doch von der Überlegung ausgehen beziehungsweise der Tatsache ins Auge sehen, daß es sich hiebei um unterschiedliche Spitäler handelt.

Sie wissen, Herr Primarius, ich komme aus Niederösterreich. Niederösterreich hat die meisten Gemeindekrankenhäuser. Ich verweise auch auf Oberösterreich, um hier nur einige Länder anzuführen. Natürlich ist in den Bundesländern die Finanzierung unterschiedlich hoch. In jedem der neun Bundesländer wird ein eigener Schlüssel angewendet. Es ist überhaupt keine Frage, daß sich allein aus diesen Tatsachen die Vielschichtigkeit des Problems ergibt. (*Abg. Dr. Wiesinger: Genau diese differenzierte Aufteilung haben die Landesfinanzreferenten vorgeschlagen!*) Ja, aber ich komme gleich darauf zu sprechen, warum wir nicht. Ich komme gleich darauf zurück. Entschuldigen Sie, Herr Kollege!

Sie selbst wissen als Fachmann, daß unsere Spitäler unterschiedlich belegt sind, daß manche überfüllt sind und daß in sehr vielen Krankenhäusern Österreichs noch immer die Meinung besteht, daß leider nur volle Betten einen Ertrag bringen. Leider werden die technischen Leistungen in den Spitälern nicht so honoriert, wie sie eigentlich honoriert werden müßten. Auch das müssen wir hier sachlich feststellen, wollen wir das Problem richtig beleuchten.

Auch eine andere Tatsache erleben wir immer wieder in dieser Frage. Da beim Bund die Grundsatzgesetzgebung liegt, die Ausführungsgesetzgebung aber die Länder besorgen, wird

Samwald

bei Neubauten, bei Zubauten, bei Umbauten oft nicht sehr koordiniert vorgegangen. Sie selbst wissen genausogut wie ich, daß nebeneinander Krankenhäuser errichtet werden, die eigentlich von der Bevölkerungszahl, vom Einzugsgebiet her gar nicht die Frequenz aufweisen müßten, daß darüber hinaus aber einige Schwerpunktkrankenhäuser vernachlässigt werden. Warum? – Weil hier der Bund ja kein Recht hat, das irgendwie zu lenken, und weil von den Ländern her gesehen immer wieder unterschiedliche Probleme auftreten. (*Abg. Dr. Wiesinger: Wunsch der Bevölkerung!*) Ja, richtig, ganz richtig, Herr Primar!

Es wäre daher meiner Meinung nach völlig unsinnig, wenn man die Mittel, so wie es bisher der Fall gewesen ist, nur nach der Höhe der Defizite und der Bevölkerungszahl oder nach den Verpflegungstagen aufteilen würde, denn damit würden wir wieder die ganz gleichen Kostenexplosion in den Spitälern erreichen wie bisher. Aus diesem Grunde – das vertreten wir immer wieder – müßte dieser Spitalsfonds auch jene Kompetenzen haben, die gerade eine solche Entwicklung, eine solche Vorgangsweise, glaube ich, verhindern. Was wir alle gemeinsam in dieser Frage anstreben, das ist: Die Errichtung von Schwerpunktkrankenhäusern in den einzelnen Gebieten, nicht nur in den unversorgten, sondern im gesamten Gebiet der Republik Österreich, müßte für die Zukunft sichergestellt werden. Ich glaube, da trennen uns ja keine Unterschiede; das wollen wir alle gemeinsam.

Wir wissen darüber hinaus: Die Kostenrechnungsverordnung, die wir gemeinsam beschlossen haben, wird auch hier einigermaßen Abhilfe schaffen. Es ist uns klar, daß es darüber hinaus in so mancher Krankenanstalt, in so manchem Spital – das wird uns auch immer wieder berichtet – sogenannte Rationalisierungsréserven gibt, wo man in irgendeiner Form das überproportionale Ansteigen der Ausgaben einigermaßen einbremsen könnte.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus – das ist ja auch im Hohen Hause bekannt – eine Rationalisierungskommission eingesetzt, die sich dieser Aufgabe widmet beziehungsweise feststellen wird, wo die Hauptursachen dieser Kostenexplosionen sind. Damit werden auch für späterhin Ansätze für die Eindämmung dieser Ausgaben aufgezeigt werden.

Ich persönlich wünsche mir, und ich glaube, wir alle, die wir heute hier im Hohen Hause sind, wünschen uns, daß gerade in der Frage der Finanzierung der Spitäler am kommenden Montag im Interesse unserer notleidenden Spitäler eine Lösung erreicht werden wird.

Lassen Sie mich aber doch noch einige

Bedenken anbringen, weil hier angeklungen ist, von seiten des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz würden keine Aktivitäten gesetzt.

Ich habe schon vorhin darauf verwiesen, daß man ein Gesundheitsministerium nicht mit anderen Ministerien vergleichen kann. Hier kann man nicht mit Budgetziffern jonglieren, sondern hier geht es um die Effizienz. Was ist an Regierungsvorlagen, an Gesetzesvorlagen in der vergangenen Zeit wirklich beschlossen worden? (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Was ist geschehen?*) Darauf kann ich Ihnen, Frau Kollegin Dr. Hubinek, sagen: Es ist sehr viel geschehen: So sind zum Beispiel die Gesundheitseinrichtungen verbessert worden. Ich erwähne die Einführung der Vorsorgeuntersuchungen. Der Mutter-Kind-Paß wurde von meinem Freund Dr. Steyrer hier angeführt. Der Mutter-Kind-Paß ist eine Einführung, um den uns andere Länder beneiden. Ich sage es noch einmal: Die Säuglingssterblichkeit in Österreich konnte um 30 Prozent gesenkt werden. Das ist eine Tatsache, die Sie nicht wegleugnen können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn Sie in diesem Zusammenhang darauf verwiesen haben, daß es der Stadtrat Primarius Dr. Glück in Wien war, der diese Idee schon vorher gehabt hat (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Was glauben Sie, welche Schwierigkeiten der gehabt hat!*): Ich kenne den Schwangerschafts-paß, der in Wien war. Er hat aber gar keine flankierenden Maßnahmen gehabt, er ist ja nie so zum Tragen gekommen. Der geistige Urheber, wissen Sie, wer das war? Das war der Professor Julius Tandler in der Ersten Republik mit der Einführung des Säuglingswäschepakets, das war der erste Koordinator in dieser Frage. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich werde Ihnen aber noch etwas anderes sagen, was alles geschehen ist: Das Tierseuchengesetz, zwei Novellen zum Tuberkulosegesetz, ein Impfschadengesetz haben wir gemacht in den vergangenen Jahren, ein Krankenpflegegesetz – dazu wird mein Kollege Steininger sprechen –; erfreulich auch hier die Entwicklung, die in der letzten Zeit eingetreten ist. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek.*) Ja, das ist die letzte Novelle, die wir jetzt noch im Haus haben, auf die komme ich auch noch zu sprechen.

Ich nenne weiter die 2. Novelle zum Krankenanstaltengesetz, das Apothekengesetz und, wenn Sie wollen, auch das Tierärztegesetz.

Wir wissen, daß vor der Erlassung stehen die Verordnung zum Bäderhygienegesetz, eine Verordnung zum Plasmapheresegesetz.

Weiter stehen in parlamentarischer Behandlung der Beitritt Österreichs zur Einigen

Samwald

Suchtgiftkonvention der Vereinten Nationen, die Regierungsvorlage eines Bundesgesetzes, mit dem das Suchtgiftgesetz 1961 geändert wird, eine Regierungsvorlage zum Krankenanstaltengesetz. Das ist ja alles in Arbeit, wir sitzen ja in den Ausschüssen beisammen, Sie wie ich.

Und was in Vorbereitung steht, das wissen Sie auch. Sie können nicht sagen, wir machen nichts beim Umweltschutzgesetz. Das Umweltschutzgesetz steht in Vorbereitung. Es steht ein Abfallbeseitigungsgesetz in Vorbereitung.

Und wenn Sie noch weitere legislativen Vorhaben wissen wollen: die Zusatzstoff-Kennzeichnungsverordnung, Farbenverordnung, Verordnung über Geruchs- und Geschmacksstoffe, Verordnung über künstliche Süßstoffe, Vitaminverordnung, Verordnung über Enzym-Präparate und so weiter.

Ich könnte Ihnen eine Reihe weiterer Maßnahmen aufzählen, die nicht in Budgetziffern, die Sie herausuchen, aufscheinen, sondern in der echten parlamentarischen Arbeit in den Ausschüssen, die ja in den Budgetziffern keinen Niederschlag finden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich zähle Ihnen aber noch etwas auf. *(Abg. Dr. Schwimmer: Das war der beste Leistungsbericht, den wir je gehört haben!)* Kollege Schwimmer, Sie sind ja bekannt, Sie sind der beste Alleswisser des gesamten Parlaments. Es gibt ja nichts, wo Sie nicht Ihren Senf draufgeben. Es freut mich, daß ich Ihnen das hier auch einmal sagen kann.

Ich möchte noch etwas anderes sagen: Wir haben auch in der Frage der Ausbildungsplätze für Ärzte einen Erfolg aufzuweisen. – Wissen Sie, was Sie an Initiativen von 1966 bis 1970 auf dem Gesundheitssektor gegeben haben? Ein einziges Gesetz, das Strahlenschutzgesetz, sonst nichts! Dann war Pause. *(Abg. Kraft: Das haben Sie sich falsch aufgeschrieben, das stimmt nicht!)*

Ich möchte also darüber hinaus noch eines sagen: Wenn es uns einigermaßen doch gelungen ist, in der Frage der Ausbildung der praktischen Ärzte einen Erfolg zu erzielen, dann auch nur durch die Schaffung von sogenannten Ausbildungsplätzen. Insgesamt 300 solcher Ausbildungsplätze sind vorgesehen. 81 praktische Ärzte haben wir allein 1977 bis jetzt zusätzlich fördern können. Sie wissen genau, daß hier Mittel in Millionenhöhe aufgewendet wurden, insgesamt 6,7 Millionen Schilling. *(Abg. Dr. Wiesinger: Kollege, es sitzen ja hochqualifizierte Beamte dort! Und gar nichts sollen sie machen?)* Aber das ist doch eine Sache, die wirklich auch ihre Früchte getragen hat, das können Sie nicht weglegen. *(Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek.)* Ich möchte Ihnen

nur eines sagen, Frau Kollegin Dr. Hubinek, nicht weil ich nicht darauf eingehen möchte *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Das steht nicht in Ihrer Rede!)*, ich will Ihnen nur sagen, daß das doch Initiativen waren, die Sie nicht weglegen können und die einen Erfolg zeitigen.

Ich möchte aber darüber hinaus feststellen, daß sich die Frau Bundesminister und ihre Mitarbeiter, aber auch wir im besonderen Maße als sozialistische Abgeordnete uns immer wieder in diesem Hohen Hause von einem Grundsatz haben leiten lassen: daß sicherlich auch in der Frage der Gesundheit jedem Menschen in Österreich ohne Rücksicht auf seine soziale und politische Herkunft die gleichen Chancen, aber auch die gleichen Erkenntnisse der Wissenschaft zur Verfügung stehen müssen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir Sozialisten wissen aber auch, und so haben wir es immer wieder in unserem Humanprogramm zum Ausdruck gebracht, daß es sich gerade in der Gesundheit um einen speziellen Bereich handelt, bei dem es keinen Knopf gibt, auf den man drücken kann, und morgen ist in dieser Frage ein Ergebnis da. Gerade in der Gesundheitspolitik gibt es Spezialgebiete, die einer jahrelangen Vorarbeit bedürfen, damit wir jenen Zustand erreichen, der im Interesse aller Kranken Österreichs sicherlich notwendig ist.

Ich darf daher abschließend feststellen, daß auch in diesem Budgetkapitel wieder Aktivitäten gesetzt sind, die für die Gesundheit der österreichischen Bevölkerung von entscheidender Bedeutung sind, und das ist letzten Endes auch der Grund, warum wir Sozialisten diesem Budgetkapitel gerne unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Meißl.

Abgeordneter **Meißl** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich in meinem Beitrag heute mit einem besonderen Problem befassen, das vor allem die älteren Menschen in unserem Lande betrifft. Ich freue mich, daß der Herr Bundesminister erst später antworten wird; er hat sich ummelden lassen. Vielleicht kann er einige Fragen, die ich in dem Zusammenhang an ihn richten möchte, gleich mitbeantworten.

Ich mache diese Ausführungen in einer doppelten Funktion: Sicherlich als ein Abgeordneter dieses Hauses, aber auch als ein verantwortlicher Funktionär des Österreichischen Pensionistenringes.

Die Bedeutung, die diese Gruppe von Men-

Meißl

schen in unserem Lande gewonnen hat, wird an etlichen Beispielen demonstriert. Nicht umsonst wird festgestellt, daß heute jeder dritte Wähler bereits über 60 Jahre ist. Das ist eine erfreuliche Entwicklung in der Richtung, daß heute die Lebenserwartung größer geworden ist, und hängt sicherlich auch damit zusammen, daß die Menschen früher in den Ruhestand treten können, was an und für sich zu begrüßen ist.

Auf der anderen Seite bringt das aber auch wieder Probleme mit sich, weil diese älteren Menschen vielfach mit ihrem Ruhestand nichts anfangen wissen. Sie werden oft in die Isolation getrieben durch Einrichtungen, die der Staat für sie schafft, bei denen sich inzwischen aber herausgestellt hat, daß man den Menschen im Grunde genommen nichts Gutes tut, weil sie echt vereinsamt sind und eben eine entsprechende Betätigung brauchen.

Selbstverständlich haben sich die Pensionistenverbände der verschiedenen Parteien und auch andere dieses Problems angenommen, und es ist gut und richtig, daß sie diese Aufgabe übernommen haben, um diesen Menschen eine entsprechende Betätigung für die Zeit ihres Ruhestandes zu geben, daß sie ein Angebot erstellen, das unterschiedlich ist und unterschiedlich sein muß auf Grund der Leistungsfähigkeit und der verschiedenen gesellschaftlichen Situationen, in denen sich diese Menschen befinden.

Wenn ich in diesem Zusammenhang nur ein paar Ziffern bringen darf, die die Bedeutung dieses Problems hervorheben, so möchte ich zum Beispiel eine Aussendung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes zitieren, das bei einer Erhebung im Juni 1976 feststellte, daß es heute in Österreich bereits über eine Million Pensionistenhaushalte gibt.

Ich glaube, daran allein kann man schon ermesen, welches Problem diese älteren Menschen für die übrige Bevölkerung bedeuten, weil sie eben vielfach echte Anliegen haben, mit denen die heutige Gesellschaft noch nicht fertig geworden ist.

Wenn dann weiter gesagt wird, daß davon sogar 46 Prozent Einpersonenhaushalte sind, so glaube ich, das demonstriert sehr, sehr deutlich, wie schwierig dieses Problem ist.

Diese Fragen konnten früher in einer anderen gesellschaftlichen Formation betreut werden; die Großfamilie der früheren Zeit gibt es ja nicht mehr. Es ist das eine Erscheinung, mit der wir uns abzufinden haben. So sind diese älteren Menschen heute vielfach in die Isolation getrieben, wo wir ihnen auch durch die Einrichtungen, die wir für sie bereitstellen, im Grunde genommen nichts Gutes tun.

Wenn ich nur einen ganz kurzen Streifzug durch die vielfachen Bemühungen, die verschiedenste Organisationen in der Richtung bereits unternommen haben, mache, so soll das aufzeigen, welche Problematik im Grunde genommen hier entstanden ist.

Ich zitiere beispielsweise die „Presse“, die festgestellt hat: „Sozialforscher kritisieren Altenbetreuung.“ In der Schlagzeile heißt es: „Pensionisten leben im Getto, Renten allein sind zuwenig.“

Das ist sicherlich richtig, und es befassen sich ja viele Stellen unseres Landes, die Medien und so weiter, mit diesen Fragen. Es gibt Studien, die Institutionen verfassen, und Presseberichte. Die Pressedienste der Parteien befassen sich auch damit, Rundfunk und Fernsehen sind ebenfalls mit eingeschaltet in dieses Problem. Sie haben vielfach erfolgreiche Arbeit geleistet, wenn ich nur allein an die Sendungen im Fernsehen, die zweifelsohne für unsere älteren Menschen von Bedeutung sind, denke, etwa an den „Seniorenclub“. Oder ich nehme beispielsweise diese Jubiläumssendung, die vor kurzem im Rundfunk im Beisein des Bundespräsidenten durchgeführt wurde: „Besuch am Montag“. Auch hier konnte man feststellen: Es war eine Dankesadresse, die im Grunde genommen an alle diese Menschen gegangen ist, auch der Bundespräsident hat sich an sie gewendet. Ich freue mich, daß man hier Bemühungen gesetzt hat. Aber ob diese Bemühungen auch den gewünschten Erfolg gezeitigt haben, bleibt eben vielfach in Frage gestellt.

Wenn in diesen Pressemitteilungen die Forderung erhoben wird, die Reintegration solle stattfinden, dann muß man ja feststellen: Es hat die Isolation eigentlich schon begonnen, sonst könnte man nicht so eine Forderung aufstellen. Ich komme noch darauf zurück.

In dieser Mitteilung der „Presse“ heißt es auch – Herr Abgeordneter Schranz, Sie befassen sich auch mit diesen Problemen –: „Eigentlicher Kern der Untersuchung“ – es ging hier um eine Studie – „ist aber eine recht deutliche Absage an das bisher praktizierte System der verschiedenen und jeweils sehr spezialisierten Dienstleistungen und Einrichtungen für die älteren Menschen. Das unverbundene Nebeneinander von Diensten kann kein optimales Modell der Altenbetreuung abgeben ...“ (Abg. Dr. Schranz: Sondern?)

Wenn beispielsweise, Herr Kollege Schranz, die „AZ“ davon gesprochen hat – ich komme jetzt auf das, was Sie gesagt haben –, daß die gesellschaftliche Reintegration notwendig sei, so ist das ja auch das Ergebnis eines Seminars und sogar, glaube ich, eines Auftrages, den das Wissenschaftsministerium erstellen hat lassen.

Meißl

Man stellt im Grunde genommen fest, daß der frühere Zustand wiederhergestellt werden soll, daß man diese Menschen wieder in die Gesellschaft eingliedern muß. Da werden dann verschiedene Dinge genannt.

Ich zitiere noch einmal die „Arbeiter-Zeitung“, die auch in einer Schlagzeile schreibt: „Ältere Arbeiter: Vorurteile falsch.“ Ich unterstreiche das, was hier gesagt wird, nämlich daß es nicht richtig ist, daß ältere Menschen beziehungsweise Arbeiter vielfach nicht bereit oder nicht in der Lage seien, die gleiche Leistung zu erbringen wie jüngere.

Es wird ja auch hier gesagt: „Falsch ist, daß die Arbeitsleistung mit zunehmendem Alter sinkt. Es sind vielmehr erhebliche Unterschiede vor allem nach Berufskategorien, Arbeitsbedingungen sowie Möglichkeiten zur beruflichen Qualifizierung zu machen. Falsch ist, daß die Unfallhäufigkeit ... steigt.“

Das ist zweifelsohne auch zu unterstreichen. Wenn dann weiter gesprochen wird – ich zitiere auch nur die Überschriften –: „Volle Integration, nicht ‚Arbeitsplatzgetto‘“, so ist das auch eine der Fragen, die man zur Zeit noch nicht lösen konnte.

„Abschaffung unbegründeter Altersgrenzen“: auch etwas, das in der Diskussion steht und wo sich, wie ich glaube, im Grunde genommen alle einig sind, daß die Frage des Alters nicht mit einer bestimmten Jahreszahl zu lösen ist. Man kann nicht sagen: Jetzt bist du 65, jetzt bist du 60 und jetzt gehörst du in den Ruhestand, jetzt gehörst du zu den Alten. Wir haben ja Beispiele, wo es eben „junge Alte“ gibt, wo weit Ältere noch weit bessere Leistungen erbringen können.

„Leistungsverfall im Alter – ein Klischee“, wird gesagt. Ich zitiere auch Aussendungen der Österreichischen Volkspartei beziehungsweise ihrer Pressedienste, auch hier vielfach Absichtserklärungen: „Sallinger: Wirtschaft braucht die Senioren“ – das ist klar, wir wissen das –. „Für Lockerung der Ruhensbestimmungen.“ Hier sind wir froh, daß auch die ÖVP auf unsere seit langem geforderte Linie eingeschwenkt ist. Aber es sind im Grunde Absichtserklärungen, die nicht erfüllt beziehungsweise noch nicht erfüllt werden konnten.

„Seniorenpolitik ist ein vorrangiges Anliegen der Volkspartei.“ – Das kann kein Parteianliegen sein, das kann nur ein Anliegen der gesamten Gesellschaft sein.

Meine Damen und Herren, wenn ich jetzt auf ein besonderes Kapitel zu sprechen komme, dann vor allem deshalb – das war auch meine Anfangsbitte an den Herrn Bundesminister –, weil uns bestimmte Aussendungen unverständ-

lich sind. Ich darf um Aufklärung bitten. Ich darf in dem Zusammenhang wohl sagen, daß wir natürlich den Streit, der zwischen den Senioren- und Pensionistenorganisationen der zwei größeren Parteien entbrannt ist, nicht für zielführend halten. Wir halten es auch nicht für zielführend, Herr Abgeordneter Schranz, die Frage der Vereinsrechtlichkeit und so weiter des Österreichischen Seniorenbundes ständig zu sehr von der parteipolitischen Seite zu sehen. Das ist aber Ihre Angelegenheit und nicht unsere.

Genauso ist es für uns unverständlich, wenn sich der Präsident des Pensionistenbundes und Rentnerbundes der Sozialistischen Partei, der Hofrat Uhlir, in einen Streit mit Withalm, aber auch mit meiner Aussendung eingelassen hat, daß es ihm unverständlich ist, daß man bestimmte Forderungen im Zusammenhang mit dem Mindestalter, der Mindestpension und so weiter, stellt. Er leistet hier doch letzten Endes der Regierung Schützenhilfe.

Heute haben wir, glaube ich, vom Abgeordneten Kohlmaier gehört, daß es eigentlich nicht stimmt und daß sehr wohl auch Mindestrentner durch die Steuerprogression letzten Endes hineinwachsen können. Ich glaube, das wollen wir ja nicht. Wir halten auch nichts von diesem Streit, darf ich sagen. Hier, glaube ich, wäre der Appell zu richten, daß man eher in Zusammenarbeit unter allen Pensionistenorganisationen eine Verbesserung der Situation der Pensionisten herbeiführt, wobei es nicht so sehr um die materielle Seite geht; das darf ich auch sagen. Es geht vielmehr um die ideelle Seite, und hier liegt es noch sehr im argen.

Ich darf auch in diesem Zusammenhang eine Forderung an dieser Stelle wiederholen, die ich ja schon in einer Presseaussendung, in einer Anfrage gestellt habe. Sicherlich betrifft es nicht den Herrn Bundesminister, das weiß ich schon, aber es ist im Grunde genommen unverständlich, daß man die Frühpensionisten noch nicht in die Seniorenermäßigung der Bundesbahnen einbezogen hat. Die Antwort, die der frühere Verkehrsminister Lanc gegeben hat, lautete, es wäre wirtschaftlich nicht vertretbar. Aber für den betroffenen Kreis ist dies sicherlich wichtig. Wobei diese Zahlen, die er genannt hat, auch in Frage zu stellen sind. Es macht ja keinen Unterschied, ob einer früher in Pension gehen mußte. Wir haben heute oder gestern schon gehört, daß es im Grunde genommen Bevölkerungsgruppen gibt, die zwangsläufig früher in Pension gehen müssen. Ihnen sollte ich nicht den gleichen Status einräumen wie den übrigen Pensionisten, die die Seniorenkarte erfreulicherweise seit längerer Zeit haben?

Jetzt, Herr Bundesminister, eine Frage, die ich an Sie richten möchte und richten muß: Ich habe

Meißl

hier Aussendungen der „Sozialistischen Korrespondenz“ studiert. Ich habe auch bereits eine Anfrage an den Herrn Bundeskanzler in diesem Zusammenhang gerichtet. Da wird über die Fragen der Seniorenräte und eines Bundesseniorenrates ausgeführt. Ich habe das deshalb gemacht, weil der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung von November 1975 klar zum Ausdruck gebracht hat, daß seine Regierung dafür eintrete, bestimmte Angebote in dieser Richtung zu machen.

Wenn ich nur einen Teil zitiere. Er hat im Zusammenhang mit den Erscheinungen und mit den Beobachtungen, die man in den USA gemacht hat, erklärt: „Das ist eine Entwicklung“ – er bezieht sich eben auf die Erfahrungen, die man in den USA gemacht hat –, „die es unter allen Umständen in Österreich zu verhindern gilt.“

Inwieweit Seniorenräte und andere Einrichtungen geschaffen werden sollen, bedarf der Diskussion der Pensionistenverbände mit den zuständigen Ressortministern.“

Und das, wie ich ja weiß, Herr Bundesminister, fällt in Ihre Zuständigkeit. Und in diesem Zusammenhang hat mich halt das, was ich in der „Sozialistischen Korrespondenz“ gelesen habe, sehr, sehr gewundert, nämlich daß es einen Seniorenrat schon seit längerer Zeit gibt. Wir haben keine Einladung dazu erhalten. Ich weiß nicht, ob der Seniorenbund der ÖVP eine Einladung erhalten hat. Aber aus der ganzen Schilderung oder aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß es im Grund genommen ein Seniorenrat ist, der zurzeit nur von Funktionären der Sozialistischen Partei beziehungsweise deren Pensionisten- und Rentnerbundes besetzt ist. Es heißt hier nämlich: „... der Seniorenrat allen Pensionistenorganisationen offenstehe“ – und das wollte ich vor allem sagen –, „wenn sie diesen nicht zu einer Arena gegen die Regierungspolitik machen wollen.“

Das ist eine Aussendung. Und hier, Herr Bundesminister, muß ich die Frage an Sie stellen, ob das auch Ihre Ansicht ist, daß man nicht diesen Seniorenrat – der Herr Bundeskanzler hat das in seiner Regierungserklärung ja angeregt –, der gebildet werden soll, oder diese Seniorenräte, eine zentrale Organisation aller mit diesen Fragen befaßten Seniorenverbände zu einer Arena gegen die Regierungspolitik machen darf. Ich glaube, das war nicht die Absicht des Herrn Bundeskanzlers, und, Herr Bundesminister, ich würde Sie sehr bitten, wenn Sie hier vielleicht eine Antwort geben könnten.

Ich als freiheitlicher Abgeordneter und als Funktionär des Österreichischen Pensionistenringes darf abschließend sagen: Wir sehen

unsere Aufgabe in erster Linie darin, für diese Gruppe von Menschen Angebote bereitzustellen, nicht sie vor Wahlen umherzuführen und sie dann mit Annehmlichkeiten, die vielleicht über ihren augenblicklichen Gesundheitszustand hinausgehen, zu versorgen, sondern ihnen das zu geben, was sie eben in ihrem Ruhestand nicht von selbst finden könnten.

Es gibt den Pensionisten, das wissen wir alle, der weiß schon genau, was er in seinem Ruhestand machen wird, es gibt sogar den Pensionisten, der sofort sagt, keine Zeit, wenn man an ihn die Bitte richtet, sich irgendeinem Verband oder für irgendwelche gesellschaftliche Anliegen zur Verfügung zu stellen. Es gibt aber die große Gruppe, und vor allem die Frauen sind es, die eben ein Angebot, ein Service benötigen, und ich sage, das ist die Aufgabe aller Pensionistenverbände, die ihnen hier helfen sollten, daß sie ihren Lebensabend so gestalten, daß sie in die Gesellschaft integriert bleiben. Nur darum kann es gehen. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Und in dem Sinne die Bitte, die ich hier ausspreche, auch an die Adresse der beiden anderen Organisationen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, bestimmte Anliegen gemeinsam zu vertreten, als sich eben in die parteipolitische Auseinandersetzung einspannen zu lassen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Weißenberg.

Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. **Weißenberg:** Herr Präsident! Hohes Haus! Als erstes darf ich die Genesungswünsche, die meiner Kollegin Leodolter übermittelt wurden, in deren Vertretung ich hier bin, ich habe heute nicht nur das Sozialressort zu vertreten, weitergeben.

Der Herr Abgeordnete Kohlmaier hat in seinen Ausführungen davon gesprochen, daß zwischen der quantitativen und qualitativen Sozialpolitik zu unterscheiden sei. Ich möchte, Herr Abgeordneter, jetzt keinen ideologischen Streit über die Zielsetzungen der Sozialpolitik führen. Es ist ja zu diesem Thema sehr viel geschrieben und gesagt worden. Ich glaube, daß aber entscheidend für die Politik im praktischen die Bedürfnisse sind, die Bedürfnisse, die sowohl Gruppenbedürfnisse als auch Bedürfnisse einzelner Personen sein können. Es war das bisherige Ziel der Sozialpolitik der Regierung – und es wird sicherlich auch in Zukunft dieses Ziel weiterverfolgt werden –, überall dort mit sozialpolitischen Maßnahmen einzugreifen, wo die Bedürfnisse dies erfordern.

Eine besondere Gruppe, die von Anfang an im Blickpunkt der Sozialpolitik der Regierung

Bundesminister Dr. Weißenberg

gestanden war, war die Gruppe des Kampfes gegen die Armut. Und dazu darf ich dem Hohen Haus noch einige Ziffern, die in der bisherigen Diskussion noch nicht vorgebracht wurden, in Erinnerung bringen.

In der Regierungserklärung, als der Kanzler den Kampf gegen die Armut angekündigt hat, hat er davon gesprochen, daß es noch ungefähr 450 000 Arme gibt, darunter sind 360 000 Empfänger von Ausgleichszulagen. Ich darf zu dieser Ziffer das Hohe Haus darauf aufmerksam machen, daß der Höchststand an Ausgleichszulagenbeziehern in der Pensionsversicherung der Unselbständigen in den letzten zehn Jahren im Jahre 1967 mit 269 395 Ausgleichszulagenbeziehern zu verzeichnen war. Dieser Stand hat sich in der Zwischenzeit bis Ende 1976 auf 229 294 Ausgleichszulagenbezieher reduziert. Das war eine Reduktion um 15 Prozent.

Der Anteil der Ausgleichszulagenbeziehern an den Gesamtpensionisten hat 1967 28,1 Prozent betragen, im Jahr 1976 waren es nur mehr 20,5 Prozent. Und es ist ja allen, die mit der Sozialpolitik ein bißchen vertraut sind, bekannt, daß in der Zwischenzeit mehrmals die Richtsätze für die Ausgleichszulagen erhöht wurden und nach arithmetischen Grundsätzen sich daher mehr Ausgleichszulagenempfänger hätten ergeben müssen. Trotz dieser Erhöhung der Richtsätze ist aber ein merkbares Absinken der Ausgleichszulagenempfänger entstanden, was auf mehrere Ursachen zurückzuführen ist, nicht zuletzt auch auf die entsprechenden Verbesserungen im Pensionsrecht, die in der Zwischenzeit zum Tragen gekommen sind.

Es sind auch im Bereich der Selbständigen die Ausgleichszulagenbeziehern zurückgegangen. Im Bereiche der gewerblichen Selbständigen waren es im Jahr 1966 53,9 Prozent, im Jahre 1976 waren es 34,9 Prozent. Ein Vergleich hinsichtlich der bäuerlichen Pensionisten ist deshalb schwierig, weil es ja erst seit 1971 die Einbeziehung in das Ausgleichszulagenrecht gibt. Wir haben aber derzeit einen Prozentsatz von 47,8 Prozent.

Auch im Bereich der Bezieher von Zusatzrenten und Beihilfen aus der Kriegsopferversorgung ist eine Reduktion um 9,3 Prozent eingetreten, die sicherlich dem natürlichen Abgang zuzuschreiben ist. Aber immerhin bedeutet auch dieser Rückgang, daß insgesamt ein Rückgang der Armen, soweit sie in diese Kategorien einzubeziehen sind, eingetreten ist.

Gleichzeitig ist aber der Kampf gegen die Armut nicht nur hinsichtlich der Anzahl der Personen, sondern auch hinsichtlich der Armutsbewertung vor sich gegangen. So darf ich darauf hinweisen, daß der Pensionistenindex von 1970

bis 1976 um 55,1 Prozent gestiegen ist, geschätzt wird er bis 1978 auf 75,1 Prozent steigen.

In der selben Zeit ist der Richtsatz für Alleinstehende bis 1976 um 100,7 Prozent und bis 1978 um 136,4 Prozent gestiegen, bei den Verheirateten noch gravierender, von 1970 bis 1976 106,7 Prozent, von 1970 bis 1978 143,4 Prozent. Ich glaube, daß diese Relation Steigen des Pensionistenindex und Steigen der Richtsätze besonders deutlich illustriert, wo der Schwerpunkt der Sozialpolitik gelegen war, der nicht zuletzt auch wiederum neuerlich dokumentiert worden ist mit dem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz, das für das Jahr 1978 neuerlich eine außerordentliche Erhöhung der Richtsätze bringen wird.

Ich darf aber die Problematik noch an anderen Ziffern darstellen. Im Jahr 1971 hat die Wiener Arbeiterkammer eine Erhebung über die Armut gemacht und sogenannte Armutsgrößen errechnet. Eine untere Armutsgröße, die die Grenze gegenüber der bitteren Not darstellt, ist damals mit 1 365 Schilling errechnet worden. Es hat damals der Richtsatz für den Alleinstehenden um 113 Schilling mehr betragen. Die obere Armutsgröße, die den Ausschluß aus der Teilnahme an den kulturellen Möglichkeiten, die die Gesellschaft bietet, dargestellt hat, hat damals 1 750 Schilling ausgemacht. Der Richtsatz war um 272 Schilling darunter. Im Jahr 1978, also in wenigen Tagen, wird die untere Armutsgröße mit dem Richtsatz um 887 Schilling überschritten sein, die obere Armutsgröße um 246 Schilling, wobei natürlich diese Armutsgrößen fortgerechnet worden sind mit dem Pensionistenindex, um damit eine vergleichbare Größenordnung darstellen zu können.

Vielleicht muß man auch die Frage stellen, die sich in der Sozialpolitik gerade im Hinblick auf solche Betrachtungen ergibt, nämlich warum kommt es überhaupt zu einer relativ großen Anzahl von Ausgleichszulagenbeziehern oder vielleicht zu einer relativ großen Anzahl von Pensionisten, deren Pensionen nicht sonderlich hoch sind. Dazu hat die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter Berechnungen angestellt und festgestellt, daß bei 43 000 AZ-Beziehern – und das kann daher durchaus als repräsentativ angesehen werden – 36 000 unter der Bemessungsgrundlage von 3 000 Schilling stehen, also 60 Prozent der Erhebung. Das deutet darauf hin, daß das Einkommen vor der Berentung niedriger gewesen ist, als es dann nach der Berentung durch das Hineinkommen unter die Richtsätze der Pensionsversicherung gegeben war.

Das bedeutet also, daß wir doch eine relativ hohe Anzahl von Personen heute in unserem Pensionsversicherungsrecht mit Leistungen versorgen, die vor ihrer Pensionierung nicht das

Bundesminister Dr. Weißenberg

Einkommen gehabt haben, das sie nach der Pensionierung beziehen, sodaß die Pensionsversicherung eine sehr bedeutsame Funktion der Armutsbekämpfung über ihre eigentlichen ursprünglichen Ziele hinaus damit wahrgenommen hat.

Ich möchte jetzt nicht noch die übrigen Bereiche anführen, in denen auch Armutsbekämpfung vor sich gegangen ist, wie etwa in der Arbeitslosenversicherung, Karenzurlaubsgeld und so weiter.

Ich möchte jetzt zu den einzelnen Fragen übergehen, die in der Diskussion gestellt wurden, und hoffe, daß ich mit meinem Beitrag relativ kurz sein kann. Der Herr Abgeordnete Wiesinger – er ist leider jetzt nicht hier – hat die Gesundheitspolitik unter grundsätzlichen Aspekten behandelt und dabei die Frage aufgeworfen, wie weit sich die Gesundheitspolitik der Sozialisten von jener der ÖVP unterscheidet, und hat das versucht, in dem Vergleich darzulegen, indem er gesagt hat: Die Sozialisten verlangen ein Recht auf Gesundheit. Dazu ist die ÖVP nicht bereit, das zu unterstützen, sondern sie verlangt nur ein Recht auf Behandlung zur Gesundheit.

Darf ich dem Herrn Abgeordneten Wiesinger zumindest über das Protokoll in Erinnerung rufen, daß die Präambel zur Satzung der Weltgesundheitsorganisation folgendes zu diesem Thema aussagt: Der Genuß des höchsten erreichbaren Gesundheitszustandes ist eines der Grundrechte jedes menschlichen Wesens ohne Unterschied der Rasse und so weiter. *(Abg. Dr. Wiesinger: Das ist etwas anderes!)*

Das ist dasselbe, das ist nämlich das Grundrecht auf den höchsten erreichbaren Gesundheitszustand und das ist an sich dasselbe wie das Recht auf Gesundheit, das zweifellos von den Sozialisten akzeptiert wird. Aber, wie ich annehme, hat Herr Abgeordneter Wiesinger ja auch nur ein Wortspiel betreiben wollen und sich der Definition der Weltgesundheitsorganisation durchaus nicht verschließen wollen, denn die Definition ist ja nicht von sozialistischen Staaten gemacht, sondern von der gesamten Organisation einstimmig angenommen worden. *(Abg. Dr. Wiesinger: Das ist nicht das gleiche!)*

Darf ich aber doch zur Interpretation einen Beitrag erwähnen, der in der Broschüre zum 8. Bundeskongreß des ÖGB „Chancengleichheit durch Sozialpolitik“ enthalten ist, der – ich möchte das gar nicht verheimlichen – von mir formuliert wurde, allerdings dann von der Arbeitsgruppe, die sich damit befaßt hat, einstimmig akzeptiert worden ist. Ich möchte also das als meine persönliche Einstellung, die

aber auch vom ÖGB damals geteilt wurde, hier in Erinnerung bringen. Da lautet es auf Seite 55:

„Gesundheitspolitik heißt einerseits optimale Umweltbedingungen zu schaffen, die das Entstehen von Krankheiten nach Möglichkeit verhindern, und andererseits allen Erkrankten eine optimale Behandlung und Versorgung zur Verfügung zu stellen. Diese Gesundheitspolitik, die zur Vermittlung gleicher Gesundheitschancen führt, ist somit auch eine unerläßliche Voraussetzung zur Erfüllung des Postulats nach allgemeiner Chancengleichheit. Für die Gesellschaft ist die Gesundheitspolitik entscheidend bezüglich der Arbeitsproduktivität, für den Altersaufbau und schließlich für den genetischen, sozialen und kulturellen Bestand der ganzen Nation.“

Ich stehe nicht an, mich auch heute noch zu diesen Ausführungen zu bekennen, und hoffe, daß im Interesse einer funktionierenden Gesundheitspolitik der Herr Abgeordnete Wiesinger seine Ausführungen auch so verstanden wissen wollte. *(Abg. Dr. Wiesinger: Ich habe den Widerspruch nicht verstanden!)*

Und nun zu den Fragen der Spitälerfinanzierung. Der Abgeordnete Scrinzi hat gemeint, daß das, was sich auf diesem Gebiet abspielt, wert wäre, als eine österreichische Staatsoperette bezeichnet zu werden. Ich darf aber doch allen, die sich vielleicht nicht unmittelbar mit diesen Fragen befaßt haben, in Erinnerung bringen, daß sich mit dem Spitälerproblem der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger in zwei Denkschriften befaßt hat, die erste war im Jahr 1965, und im Jahr 1969 war die zweite Denkschrift.

Sie werden alle wissen, daß der Hauptverband eine Körperschaft öffentlichen Rechtes ist, also sicherlich nicht als eine sozialistische Organisation bezeichnet werden kann. Die Denkschriften, die der Hauptverband damals beschlossen hat, wurden einstimmig beschlossen, also unter Beteiligung aller Fraktionen, die im Hauptverband existieren, und unter Beteiligung natürlich der Arbeitnehmer- und der Arbeitgebervertretungen.

In diesen beiden Broschüren ist damals schon ein Bundesfonds vorgeschlagen worden, und zwar ein Bundesfonds, der Steuerungsfunktionen im Spitalswesen bekommen sollte. Es freut mich persönlich, weil ich ja an dem Entstehen dieser Denkschriften auch persönlich beteiligt war, daß sich nunmehr die Gedanken, die damals niedergelegt wurden, doch durchgesetzt haben. Wenn ich die letzten Verhandlungen, die am Spitalsgipfel stattgefunden haben, als einen Ausdruck der bisherigen Standpunkte betrachten darf, so muß ich sagen, ist bei diesem

Bundesminister Dr. Weißenberg

Spitalsgipfel auch von den Ländervertretern ausdrücklich akzeptiert worden, daß es zur Einrichtung eines solchen Bundesfonds kommen sollte. Offen geblieben sind eine Reihe von Fragen, wie das Gremium des Fonds zusammengesetzt werden sollte, wie die Aufgaben dieses Fonds beschaffen sein sollten.

Ich glaube also, Herr Abgeordneter Scrinzi, so eine Operette ist das in Wahrheit nicht, sondern das ist der erste Versuch schon damals gewesen, unter Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen, daß man zu einer Lösung kommen sollte, was sich nunmehr doch in diesem Vorschlag der Bundesregierung weiter fortsetzt.

Aber, Herr Abgeordneter Wiesinger, das, was Sie gemeint haben, daß der Vorschlag des Bundeskanzlers nur für ein Jahr gedacht wäre, ist ausdrücklich von allen Beteiligten – Sie waren ja damals nicht dabei –, von den Ländern als eine Übergangslösung akzeptiert worden, an die dann eine Lösung anschließen sollte, die sich auf Grund der vom Gesundheitsministerium erarbeiteten und in der Zwischenzeit dann auch durchgesetzten Normkosten weiter entwickeln sollte. *(Abg. Dr. Wiesinger: Der Bundeskanzler hat gesagt, die Zeiten der Provisorien sind vorbei!)*

Die Zeit der Provisorien muß leider hinsichtlich der Aufteilung der Finanzen noch eine gewisse Zeit hindurch anhalten, weil die Normkostenregelungen derzeit ja noch nicht bei den Spitälern vorgenommen werden können, sodaß eine Übergangsphase geschaffen werden sollte. Aber um zu erreichen, daß die Zeit der Provisorien wenigstens möglichst kurzfristig ist, hat der Herr Bundeskanzler mit Zustimmung der Länder darauf Wert gelegt, daß diese Übergangsphase höchstens ein Jahr betragen sollte.

Was nun die Frage betrifft, ob der Fonds ein reines Vergabeinstitut sein sollte, ob diese Mittel, die nun durch das Maßnahmenpaket hereinkommen, jetzt auf diese oder jene Art verteilt werden sollten oder ob der Fonds auch echte Steuerungsfunktionen bekommen soll, haben Sie ja dankenswerterweise, Herr Abgeordneter Wiesinger, darauf hingewiesen, daß das immer schon meine Meinung gewesen ist, daß sich eine Steuerungsfunktion ergeben sollte.

Ich glaube, wenn man vor allem auch den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Scrinzi folgt, daß es ja eine sinnvolle Krankenanstaltenpolitik ohne Steuerung überhaupt nicht geben kann. Oder ist es etwa sinnvoll – ich möchte das Beispiel wiederum aufgreifen, das schon oft gebraucht worden ist –, wenn ein kleines Krankenhaus 20 Autobahnkilometer entfernt von einem Schwerpunktkrankenhaus eine eigene Isotopenstation einrichtet? Wobei offen-

bar das Prestige gewisser Gruppen dazu beigetragen hat, eine solche Einrichtung zu machen – für das Geld der Allgemeinheit zum Nutzen des Prestiges einiger weniger Funktione.

Ich glaube, daß man darin die Steuerungsfunktion eines solchen Fonds sehen muß, daß man solche Entwicklungen, die sich natürlich auf lokaler Ebene ergeben können, von vornherein durch ein solches Instrument steuern beziehungsweise – ich sage es ganz offen – auch abstellen kann.

Ich glaube, daß es daher auch ein gutes Recht des Bundes ist, ich würde sogar noch weitergehen und sagen, es ist seine Pflicht, daß er dafür sorgt, daß die Mittel, die durch den Bund für das Krankenanstaltenwesen zur Verfügung gestellt werden, auch so verwendet werden, wie es einer sinnvollen Krankenanstaltenpolitik entspricht.

Ich will jetzt nicht auf die Streitfrage eingehen, ob die Mittel aus der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes Mittel des Bundes darstellen oder nicht. Sie wissen ganz genau: Wenn der Bund das nicht machen würde, dann wären die Mittel einfach nicht vorhanden. Ob das jetzt Landes- oder Bundesmittel sind, ist eine Frage zweiter Ordnung. Sie wären jedenfalls nicht zustande gekommen, wenn der Bund, wenn das Hohe Haus nicht einen entsprechenden Beschluß gefaßt hätten.

Dasselbe gilt erst recht für die Mittel, die von der Krankenversicherung dazu beigesteuert werden. Und, Herr Abgeordneter Wiesinger, ich darf Sie daran erinnern, daß es Ihre Auffassung gewesen ist, daß man nur dann im Bereiche der Krankenversicherung zu einer Lösung kommen kann, um die Finanzprobleme der Krankenversicherung zu bereinigen, wenn die Krankenversicherung bereit ist, zusätzliche Mittel für den Spitalsaufwand zur Verfügung zu stellen.

Nun muß ich Sie fragen – wir haben zwar keine Fragestunde, und es steht mir nicht zu, Sie zu fragen, aber ich stelle die Frage allgemein in den Raum hinein –, ich muß die Frage stellen, wie die Krankenversicherung, die an sich ein Defizit hat, aus einem Defizit heraus zusätzliche Mittel für den Krankenanstaltensektor zur Verfügung stellen kann, ohne daß zusätzliche Beitragseinnahmen dafür erschlossen werden.

Das ist im Sozialversicherungs-Änderungsgesetz geschehen, nicht deshalb, um die Versicherten zusätzlich zu belasten, so lustig ist die Geschichte sicherlich nicht, sondern um von der Krankenversicherungsseite her einen Beitrag dafür zu leisten, daß das Spitalsproblem endlich gelöst werden kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bundesminister Dr. Weißenberg

Damit gleichzeitig kann auch die Krankenversicherungsproblematik der Stunde Null, die in der Diskussion schon des öfteren genannt wurde, bereinigt werden, weil es nunmehr möglich sein dürfte – die Länder haben zumindest keinen Einspruch dagegen gemacht –, daß es eine einnahmenorientierte Ausgabenpolitik am Krankenanstaltensektor geben wird. Das heißt, daß die Verpflegskostensätze der Krankenversicherung nur um den Prozentsatz steigen werden, als die Beitragseinnahmen steigen werden, sodaß die Krankenanstalten natürlich mitpartizipieren an den steigenden Löhnen und Gehältern, aber nicht darüber hinaus von den Versicherten und deren Arbeitgebern Mittel an die Krankenanstalten zur Verfügung gestellt werden, die einfach nur im Wege einer weiteren Beitragserhöhung hätten aufgebracht werden können.

Mit der im Sozialversicherungs-Änderungsgesetz gleichzeitig enthaltenen Erhöhung der Medikamentengebühr wird aber auch sichergestellt werden, daß die Medikamentenkosten in der Krankenversicherung nicht mehr davonlaufen können, sodaß damit die zwei wichtigsten Faktoren, die die Krankenkassenfinanzierung betreffen, nunmehr in eine einnahmenorientierte Politik umgeleitet werden können.

Ich hoffe – ich sage das wirklich mit dem Brustton meiner Überzeugung, daß ich die Hoffnung ehrlich habe –, daß es auch möglich sein wird, zwischen den Krankenversicherungen und den Ärzten eine solche Honorarpolitik festlegen zu können, daß die Ärztehonorare nicht den Einnahmen der Krankenversicherung davonlaufen werden. Ich hoffe, daß dieses Verständnis auch auf der Ärzteseite vorgefunden werden kann. Und wenn das der Fall ist, dann haben wir die Sanierung der Krankenversicherung nicht für einen kurzfristigen, nicht für einen mittelfristigen, sondern für einen langfristigen Zeitraum erreicht – ein Kunststück, das wir vor einem Jahr fast noch als unmöglich betrachtet haben.

Darf ich nun noch einmal, Herr Abgeordneter Scrinzi, eine Ihrer Fragen aufgreifen. Sie haben gemeint, es ist notwendig, daß der Bettenschlüssel in den Krankenanstalten reduziert wird.

Ich bin natürlich, wie wahrscheinlich jeder Gesundheits- und Sozialpolitiker, der Meinung, daß ein ausreichendes Bettenangebot zur Verfügung stehen muß, bin aber mit Ihnen der Auffassung, daß jedes Spital, um seine Kosten entsprechend niedrig zu halten, natürlich kein Bett leer stehen lassen kann. Denn selbst das schlechtbezahlte Bett ist immer noch billiger als das leerstehende und nicht bezahlte Bett.

Daher wird es eine Frage sein in der Zukunft,

daß man den Bettenschlüssel sehr genau überprüft und überlegt.

Aber, Herr Abgeordneter, kann es möglich sein, daß man wirkliche Erfolge auf diesem Gebiet erzielt, ohne daß nicht ein Nachdruck durch ein Steuerungsinstrument, das auf Bundesebene durch den Fonds geschaffen wird, zur Verfügung steht? Ich glaube, das alles zeigt doch, daß eine Steuerung nicht nur notwendig ist, sondern auch nur auf diesem Weg herbeigeführt werden kann. *(Abg. Dr. Wiesinger: Viel Vertrauen haben Sie nicht zu den Ländern! Ich weiß nicht, ob sich der Gratz und der Mayr darüber freuen werden!)*

Natürlich freuen sie sich nicht, wie ja in jeder Frage immer irgendwo das Geldstück eine Vorder- und eine Rückseite hat. Jeder hat seine eigenen Interessen zu vertreten, und ich gebe es gerne zu, daß ich die Interessen vor allem auch der Krankenversicherung in meinem Ressort zu vertreten habe. *(Abg. Dr. Wiesinger: Es wäre besser, Sie würden die Interessen der Versicherten vertreten und nicht der Krankenversicherung!)*

Ich sage Ihnen ganz offen noch einmal, Herr Abgeordneter Wiesinger: Ich halte es für nicht sozial, daß über die Krankenversicherung das Spitalswesen finanziert werden soll, weil wir ja alle ganz genau wissen, daß sich die Krankenversicherungseinnahmen auf Grund der proportional gestaffelten Beitragseinnahmen ergeben, wobei das nur eine halbe Wahrheit ist, weil ja durch die Höchstbeitragsgrundlage die Besserverdienenden nur mehr einen degressiven Beitrag bezahlen. Und meine Auffassung ist es – das sage ich in aller Deutlichkeit und das sage ich überall, wo ich zu diesem Thema Stellung genommen habe –: Man kann nicht das Krankenanstaltenproblem auf dem Rücken der Einkommensschwächeren zugunsten der Einkommensstärkeren lösen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im übrigen, Herr Abgeordneter Scrinzi: Um Beispiele zu finden, daß Krankenanstalten doch nach moderneren Gesichtspunkten geführt werden können, muß ich nicht nach Nordamerika gehen. Ein Schulkollege von mir führt als Primarius das Krankenhaus in Kirchdorf an der Krems. *(Abg. Dr. Scrinzi: Ein freier Gemeinderat!)* Er hat mich eingeladen, das anzusehen. Er führt dort das Krankenhaus so, daß er aus der sogenannten Abgangsdeckung imstande gewesen ist, das Krankenhaus, das ursprünglich ein – nun, sagen wir – nicht sehr respektables Gemeindekrankenhaus gewesen ist, zu einem modernen Krankenhaus auszubauen. *(Abg. Dr. Scrinzi: 9 Millionen Überschuß!)* Das heißt also, daß es möglich sein muß, unter ganz gewissen Bedingungen, die dieser Primarius herzustellen in der Lage gewesen ist,

Bundesminister Dr. Weißenberg

doch auch ein Krankenhaus mit anderen Ergebnissen zu führen (*Abg. Dr. Scrinzi: Zum Teil unter Mißachtung von Vorschriften aus Ihrem Ministerium!*), als es vielleicht bei der großen Masse unserer Krankenhäuser bisher der Fall war.

Nun zur Frage der Zulassung aller Ärzte. Das ist ein Thema, das sicherlich nicht neu ist, ein Thema, das immer schon, vor allem bei Beschlußfassung des ASVG, zur Diskussion gestanden ist.

Nun möchte ich aber zunächst einmal sagen, daß jeder Arzt, der sich niedergelassen hat, die Möglichkeit hat, auch für die Krankenkasse tätig zu sein, selbst wenn er nicht im Vertrag steht, nämlich als Wahlarzt. Von dieser Seite her könnte man das Thema ja durchaus auch sehen.

Aber wenn die Probleme der nicht entsprechenden ärztlichen Versorgung im Wege der Zulassung von zusätzlichen Ärzten gelöst werden sollten, dann muß ich allerdings die Frage stellen: Nun, wo sind denn heute die Ärzte für die offenen Vertragsärztestellen, die die Kasse anzubieten hat, wo sind denn die Ärzte für diese offenen Vertragsärztestellen in den Bundesländern draußen, in den Randbezirken von Wien, in den Zahnärztereichen?

Es gibt derzeit eine große Anzahl von offenen Vertragsstellen, die ohne weiteres besetzt werden könnten, würden sich Ärzte dafür finden. Wir brauchen dazu nicht alle Ärzte in den Vertrag zuzulassen, sondern es können genügend Ärzte ohne weiteres in den Vertrag einsteigen. Soweit offene Stellen zur Verfügung stehen. (*Abg. Dr. Wiesinger: Es gibt doch die Probleme in Kärnten, das wissen Sie genau!*)

Ich weiß, daß das kein Problem der Gegenwart ist, sondern vielleicht ein Problem der nächsten fünf Jahre. Ich weiß nicht, wann sich die sogenannte Ärzteschwemme wirklich ergeben könnte. (*Abg. Dr. Wiesinger: Probleme in Kärnten und Niederösterreich bestehen jetzt! Kinderärzte!*)

Nur bitte möchte ich etwas ganz Grundsätzliches dazu sagen, etwas Grundsätzliches, was mir doch notwendig erscheint, hier gesagt zu werden. Es hat kein Arbeitnehmer, der eine Lehrstelle angenommen hat, einen Lehrberuf ergriffen hat, die Garantie, in seinem Beruf auch tatsächlich arbeiten zu können. Es ist nun einmal im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung nicht möglich, ihm eine solche Garantie geben zu können. Ich kann nicht verstehen, warum man einen Berufsstand, die Ärzte, so privilegieren sollte, daß man diesem Stand eine Garantie gibt, die die anderen arbeitenden Menschen in unserem Lande nicht besitzen.

Dazu kommt noch eine Überlegung, die Herr

Abgeordneter Dr. Scrinzi angeschnitten hat, und ich stimme da völlig mit ihm überein. Es gibt ja nur zwei Gesichtspunkte, unter denen man das Problem sehen kann.

Entweder werden die vorhandenen Gesundheitsbedürfnisse auf mehr Ärzte verteilt, dann bedeutet das, daß die bestehenden Vertragsärzte eine Einschränkung ihrer Tätigkeit und damit natürlich auch ihrer Einnahmen in Kauf nehmen müßten. Das war ein Grund, warum die Ärzteschaft in Wirklichkeit mit den Ärzteplanstellen, die mit den Kassen vereinbart sind, durchaus konform geht, weil sie auch keine Überkonkurrenzierung ihrer eigenen Berufskollegen herbeiführen wollen. (*Abg. Dr. Wiesinger: Rauchfangkehrerprinzip!*)

Oder es schaut anders so aus, daß man damit eine Steigerung der ärztlichen Versorgung herbeiführen wollte. Da muß ich dazu sagen – ich teile, wie gesagt, die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Scrinzi –, daß es kaum abgrenzbar ist, welche medizinischen Bedürfnisse es überhaupt geben könnte. Denn diese Bedürfnisse werden teilweise durch die Zeitungen erweckt, teilweise durch die Propaganda in den Werbeschriften erweckt, teilweise von den Ärzten selber erweckt. Man kann also eine Limitierung von medizinischen Bedürfnissen überhaupt nicht herbeiführen. Wenn sich dies aber unkontrolliert weiterentwickelt, dann ist keine Gesellschaft imstande, das zu finanzieren, mit welchen Methoden sie es auch immer versuchen will. Daher kann man das nur vernünftig so steuern, wie die Gesundheitsprobleme es eben erfordern. (*Abg. Dr. Wiesinger: Ihr wollt nur steuern, lenken, administrieren, die Gesundheit der Leute ist euch Wurscht!*)

Herr Abgeordneter Scrinzi! Ich stimme mit noch einer Ihrer Aussagen überein. Sie haben es wahrscheinlich ein bißchen anders gemeint und gesagt, Gesundheitsprobleme können nicht von der Einnahmenseite her gelöst werden. Das beste Beispiel dafür, daß es tatsächlich nicht von der Einnahmenseite her bewältigt werden kann, ist ja das Dilemma, in das die deutsche Krankenversicherung geraten ist. Dort wurden mehrmals die Beiträge an die Ausgaben angepaßt mit dem Resultat, daß die deutsche Krankenversicherung im Grunde genommen heute vor denselben Problemen steht wie die österreichische Krankenversicherung.

Das ist ganz einfach zu erklären: Je mehr Mittel der Krankenversicherung für das Gesundheitswesen zur Verfügung stehen, desto mehr Gesundheitsbedürfnisse sind zu befriedigen, desto höhere Forderungen kommen von den Vertragspartnern, desto weniger lassen sich die Finanzprobleme damit lösen.

Bundesminister Dr. Weißenberg

Frau Abgeordnete Hubinek! Sie haben die Frage der Fristenlösung angeschnitten. Ich bin zwar nicht unmittelbar mit den Gesundheitsfragen konfrontiert, außer durch meine stellvertretende Funktion, aber ich glaube, daß doch eines gesagt werden müßte: Eine – ich will sie nicht näher qualifizieren – bestimmte Propaganda hat dafür gesorgt, daß in den Krankenanstalten die Schwangerschaftsunterbrechung nur zu einem bescheidenen Umfang überhaupt vorgenommen werden kann, weil sich viele Krankenanstalten weigern, das zu tun. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: In Wien ist das nicht so!)*

Folge davon: daß den Frauen gar kein anderer Weg übrig bleibt als zu diesen Einrichtungen und zu den freien Ärzten zu gehen, die sich dazu bereit gefunden haben. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Das tolerieren Sie?)*

Aber ich persönlich möchte wieder zurückgreifen auf meine Zeit, die ich in der Sozialversicherung tätig gewesen bin. Ich habe damals den Vorschlag gemacht und bin durchaus bereit, auch heute noch über diesen Vorschlag weiterzudiskutieren, daß, um die Schwangerschaftsunterbrechung in die Krankenanstalten hineinzubringen, es durchaus vertretbar wäre, würde die Krankenversicherung dafür die Kosten, nicht aber die Kosten für die Unterbrechung in den freien Praxen übernehmen. Das, glaube ich, wäre doch ein Steuerungsmechanismus. *(Abg. Dr. Wiesinger: Die Schwangerschaftsabbrüche wollt ihr zahlen, aber die chronisch Kranken, die Asylierungsfälle, werden ausgereut!)*

Die chronisch Kranken sind ja auf einer anderen Ebene. Aber, Herr Abgeordneter Wiesinger, schauen Sie, Sie müssen ja wissen, was Sie wollen. Zuerst schimpfen Sie darüber, daß die Schwangerschaftsunterbrechungen in der freien Praxis stattfinden, wenn man dann Gedanken – mehr war es ja nicht – noch einmal in den Raum stellt, um die Schwangerschaftsunterbrechungen in die Krankenanstalten zu bringen, dann gibt es sofort wieder ideologischen Protest.

Ich glaube, will man das wirklich so, wie es die Frau Abgeordnete Hubinek beabsichtigt hat, sachlich diskutieren, kann man nicht mit Emotionen, sondern nur mit Sachlichkeit diskutieren.

Herr Abgeordneter Kohlmaier! Sie haben davon gesprochen, daß die Sozialpolitik reformiert werden muß nach den Gesichtspunkten, wie sich die neueren Probleme stellen.

Dazu darf ich wiederum auf die Unterlage für den ÖGB-Kongreß verweisen „Chancengleichheit durch Sozialpolitik“, wie gesagt, verfaßt von

mir. Ich stehe daher zu den Gedanken, die dort geäußert wurden:

„Ein seit jeher tragender Leitsatz der Gewerkschaften war, daß erworbene Rechte nicht reversibel sind, also der erreichte soziale Besitzstand erhalten bleiben muß. Auch dieser Grundsatz gilt heute ebenso wie früher, allerdings muß er so verstanden werden, daß die bisherige Sozialpolitik ... nach jeweiligen Machtverhältnissen und wirtschaftlichen Möglichkeiten gehandelt hat und dadurch oft unorganische, oft zufallbedingte Resultate entstanden sind.“

Mit zunehmender Komplettierung und Konsolidierung des Sozialrechts und dessen notwendiger Kodifikation und mit der Veränderung von Bedürfnissen kann es daher dazu führen, im Interesse neuer Ziele Schwerpunkte anders als bisher zu setzen.“

Zu diesem Standpunkt bekenne ich mich, zu diesem Standpunkt habe ich auch entsprechend bereits verschiedene Diskussionen eingeleitet, nicht zuletzt sogar auch im Hinblick auf die Medikamentengebührenerhöhung eine entsprechende, ich würde fast sagen Umkehr im sozialpolitischen Denken herbeigeführt. Ich bin auch, soweit es sich um die Fragen der Familienrechtsreform handelt, bereit gewesen, auch in dieser Richtung neue Ideen zu akzeptieren und darüber zu diskutieren, und bin daher auch mit Ihnen völlig konform, wenn Sie sagen, daß man sozialpolitische Probleme nicht nur vom Standpunkt einer Gruppe her sehen soll, sondern möglichst alle Gruppen mitsprechen sollten.

Das habe ich immer so gehalten, schon als Gewerkschafter habe ich mich bemüht, im Rahmen der gewerkschaftlichen Sozialpolitik die Gespräche so zu führen, daß einheitliche Meinungen zustande gekommen sind. Das habe ich auch jetzt nun als Sozialminister getan. Das werden alle Interessenvertretungen bestätigen können, daß ich immer bemüht war, den Konsens herbeizuführen.

Ich bin mit Ihnen völlig übereinstimmend, daß das Gießkannenprinzip nicht das tragende sozialpolitische Prinzip sein soll. Man muß aber Gruppenbedürfnisse befriedigen, wo es sich um Gruppenbedürfnisse handelt. Man wird also sicherlich nicht das als Gießkannenprinzip bezeichnen können, wenn man ein allgemeines Pensionsversicherungssystem aufgebaut hat, man wird aber auch auf der anderen Seite akzeptieren – wie ich eingangs schon gesagt habe –, wenn es spezielle individuelle Bedürfnisse gibt, daß man nach diesen besonders vorgeht.

Ich möchte zum Abschluß noch sagen, daß

7108

Nationalrat XIV. GP - 74. Sitzung - 2. Dezember 1977

Bundesminister Dr. Weißenberg

man selbstverständlich die Sozialpolitik der Gegenwart nicht losgelöst von den wirtschaftlichen Entwicklungen betrachten kann. Wir sind diesbezüglich in einer etwas schwierigeren Periode, als das vielleicht in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist.

Ich möchte aber doch noch einmal wiederholen, was ich immer auch als einen Grundsatz der Sozialpolitik angesehen habe, daß auf der einen Seite wohl die Sozialpolitik berücksichtigen muß, wie die wirtschaftlichen Möglichkeiten gegeben sind, aber andererseits die Wirtschaft nicht übersehen darf, daß auch die Sozialpolitik sehr viel zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung beizutragen hat. Dazu darf ich nur an einige Beispiele erinnern, wie zum Beispiel die stabile Kaufkraft, die durch die Pensionsversicherung geschaffen wird, an die Arbeitsmarktförderung, an die Gesundheitspolitik, insbesondere auch die Politik, die durch den Arbeitnehmerschutz betrieben wird. Alles Maßnahmen, die natürlich der Wirtschaft Kosten, aber wahrscheinlich, unter dem Strich gesehen, sogar der Wirtschaft eher mehr gebracht haben, als es gekostet hat.

Und damit darf ich zum Schluß, Herr Abgeordneter Kohlmaier, etwas aufgreifen, was gerade in diesem Zusammenhang steht, was Sie mir in der letzten Diskussion anlässlich des Maßnahmenpakets gesagt haben. Sie haben mich angegriffen, weil ich einmal davon gesprochen hatte, daß man nicht von sozialen Lasten der Wirtschaft, sondern von sozialen Pflichten der Wirtschaft sprechen müßte (*Abg. Dr. Kohlmaier: Von den sozialen Pflichten des Kapitals!*) oder den sozialen Pflichten des Kapitals sprechen müßte. Sie haben mich deshalb angegriffen, obwohl ich glaube, daß Sie vielleicht gerade diesen Angriff deshalb revidieren werden, weil ich mich der Mühe unterzogen habe, ein bißchen in der allgemeinen sozialpolitischen Literatur zu studieren. Ich habe unter anderem die Beiträge zur Gesellschaftspolitik Wilhelm Weber: „Die katholische Soziallehre“ herausgegriffen und habe dort folgenden Satz gefunden: „Der Kapitalismus hat teilweise zu einer ungeheuren Zusammenballung von Wirtschaftsgütern in den Händen Weniger geführt, die sich häufig unter dem Deckmantel anonymer Formen ihrer sozialen Pflichten zu entziehen wissen.“ Weber verweist hierbei auf die Quadragésimo anno, Kapitel 107.

Ich glaube also, daß ich mich hinsichtlich meiner Aussage in einer durchaus respektablen Gesellschaft befinde, und ich hoffe, daß diese Aussage daher von Ihnen auch in diesem Sinne betrachtet werden wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Dr. Schwimmer.

Abgeordneter Dr. **Schwimmer** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, der Herr Abgeordnete Pansi wird es nicht auch als persönlichen Angriff auf den Herrn Sozialminister, worüber er sich ja beklagt hat, qualifizieren, wenn ich mich zu der Feststellung veranlaßt sehe, daß sich die Rede des Herrn Sozialministers Dr. Weißenberg heute nahtlos in die Reden der sozialistischen Abgeordneten von diesem Rednerpult aus einfügt. Er hat genauso wie die sozialistischen Vorredner die Sozialpolitik in aller erster Linie formal aus der Sicht der Institutionen und nicht aus der Sicht der Menschen gesehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein Paradebeispiel für die sozialistische Art der Argumentation hier im Hohen Haus war ja der Abgeordnete Samwald, der uns großspurig eine taxative Aufzählung der Leistungen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz angekündigt hatte, dann mit einer Handvoll von Gesetzen operieren mußte und zuletzt wie ein Maschinengewehr im Argumentationsnotstand unerfüllte, meist stekengebliebene Absichten als die bereits vollzogenen Leistungen des Ministeriums aufgezählt hat. Eine so harte Kritik an der Leistung des Ministeriums, wie sie der Abgeordnete Samwald damit geäußert hat, habe ich heute noch von keinem ÖVP-Abgeordneten gehört.

So hat auch jeder sozialistische Redner sehr beredt Klage geführt über die Versuche der ÖVP-Redner, den sozialen Standard in Österreich herabzuwürdigen. Es hat das zwar keiner getan, es waren alles offensichtlich schon lange, zumindest mehrere Tage lang eingeübte Reden, und da hat es keine Rolle mehr gespielt, daß das heute nicht gefallen ist, und die sozialistischen Redner haben nur bei der ÖVP das vermutet, was sie ja selbst in ihren Reden getan haben.

Wenn ich etwa daran denke, daß der Abgeordnete Pansi – das gebe ich zu – Leistungen der Zeit der ÖVP-Alleinregierung, Sozialgesetze von der Frau Minister Rehor gewürdigt hat, vom Arbeitsmarktförderungsgesetz bis zum Sonderunterstützungsgesetz, und der Herr Abgeordnete Treichl dann von „einigen kümmerlichen Sozialgesetzen“ gesprochen hat. Es ist Treichl überlassen geblieben und dem Niveau, das er hier hereinbringen wollte, das Arbeitsmarktförderungsgesetz und das bis heute sehr wirksame und sehr brauchbare Sonderunterstützungsgesetz unter die „kümmerlichen Sozialgesetze“ einzureihen.

Ich verstehe den Argumentationsnotstand sozialistischer Redner in der derzeitigen Situation und auch, daß man dann zu rein formalen Argumenten Zuflucht sucht, wie es auch der Herr Sozialminister getan hat.

Dr. Schwimmer

Er bekennt sich zwar, so wie wir, zur Bekämpfung des Gießkannenprinzips, daß man von Gießkannenprinzip in der Sozialpolitik abgehen müßte, nur hat heute wieder jede Erklärung zur Wohnungsbeihilfe gefehlt, wie man das Gießkannenprinzip der 30 Schilling Wohnungsbeihilfe beseitigen möchte. Und der Herr Abgeordnete Pansi hat hier sogar beredt Klage darüber geführt, daß man überhaupt auf den Gedanken kommt, einstimmige Willensäußerungen des Hohen Hauses ernst zu nehmen, daß diese 30 Schilling Wohnungsbeihilfe überholt, antiquiert ist und endlich durch etwas Sinnvolles, Gezieltes abgelöst gehört.

Und wenn Sie ein Beispiel wollen, Herr Sozialminister, für ein Gießkannenprinzip, für das Sie die Verantwortung tragen, das Sie bereits so dem Hohen Haus vorgelegt haben: Wie war denn das mit dem Hilflosenzuschuß? Hier sehen Sie das Paradebeispiel, das Schulbeispiel für den Unterschied zwischen qualitativer und quantitativer Sozialpolitik; wenn man den Unterschied verstehen will, was mancher Sozialist offensichtlich gar nicht möchte. Welche Chance hätte sich ergeben bei der letzten ASVG-Novelle, den Hilflosenzuschuß im Sinne qualitativer Sozialpolitik zu verbessern! Es wäre hier möglich gewesen, für den besonders Hilflosen, für den in einer besonders schwierigen Situation sich befindenden Pensionisten mehr zu tun und auf der anderen Seite eben darauf zu verzichten, mit der Gießkanne ganz allgemein auszuteilen. Sie allerdings haben sich damals gegen unseren Widerstand für das Gießkannenprinzip entschieden. Das, glaube ich, ist der Vorwurf, den wir Ihnen machen müssen, daß Sie die Sozialpolitik viel zu formal betrachten.

Wie ist es mit dem Kampf gegen die Armut, von dem Sie hier gesprochen haben? Auf das Argument des Abgeordneten Dr. Kohlmaier, auf diesen Fall – und das ist kein Reicher, der gehört nicht zu den Reichen in diesem Land, wenn er nur 4 200 Schilling brutto Pension hat, und seine Frau hat eine Eigenpension von sage und schreibe, man höre, 1 200 Schilling, das ist ein Regelfall, es gibt Hunderttausende in diesem Lande in der Situation, denen man seit der Zeit, wo Sie regieren, real weggenommen hat, weil man hier bereits in einem unerträglichen Ausmaß zu besteuern begonnen hat – sind Sie nicht eingegangen. Sie reden nur von den Ausgleichszulagenbeziehern, von der großen Zahl der Ausgleichszulagenbezieher und führen das als einen erfolgreichen Kampf gegen die Armut an.

Was sagen aber Ihre Zahlen selbst aus, die Sie gerade jetzt vor wenigen Minuten noch ausgeführt haben? Sie haben verglichen, daß die Zahl

der Ausgleichszulagenbezieher von 1967 bis 1976 um 15 Prozent gesunken wäre. Ja, das ist sicher richtig! Was sagt das allerdings aus? Jemand, der heute eine niedrige Pension hat, muß eben eine Ausgleichszulage bekommen. Die Tatsache können Sie, wenn die Pension zu niedrig ist, nicht beseitigen. Das mußte vorher beseitigt werden, in der Zeit, als diese Personen aktiv gewesen sind. So schlecht, wie die SPÖ-Redner tun, kann die Zeit der ÖVP-Regierung nicht gewesen sein, wenn nachher die Pensionen entsprechend angestiegen sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und Sie selbst haben ausgeführt, daß nach Untersuchungen etwa 36 000 Ausgleichszulagenbezieher vorher ein geringeres Einkommen gehabt haben. Entweder waren sie vorher nicht darauf angewiesen, dann ist es überhaupt etwas falsch, mit der Zahl der Ausgleichszulagenbezieher im Bereich des Kampfes gegen die Armut zu argumentieren, oder aber man versäumt bereits vorher, vor dem Zeitpunkt der Pensionierung den Kampf gegen die Armut. Denn wenn jemand gezwungen ist, als Aktiver unter dem Existenzminimum zu vegetieren, dann ist die Chance, ein hohes Alter zu erreichen und lange die Ausgleichszulage zu beziehen, wahrscheinlich schon sehr, sehr gering, so etwas hat sicher auch seine gesundheitlichen Auswirkungen und wird auch Auswirkungen auf die Lebenserwartung haben.

Also nicht bloß formal mit Riesenzahlen der Ausgleichszulagenbezieher und der Entwicklung operieren, sondern den Kampf gegen die Armut dort führen, wo die Armut wirklich zu bekämpfen ist. Ich frage mich: Wo sind die Zahlen etwa bezüglich der Familien gewesen? Sie haben zwar gesprochen, daß der Pensionistenindex um 75 Prozent steigen wird bis 1978, während der Ausgleichszulagenindex – auch wieder richtig – bis 1978 um etwa 136 Prozent steigen wird. Aber wie schaut es mit den anderen Pensionisten aus, die keine Ausgleichszulagen beziehen? Haben die auch diese Steigerung? Haben die auch dieses Plus gegenüber dem Pensionistenindex?

Ich sage noch einmal – und das kennen wir auch ganz genau –: Pensionisten mit 3 500 Schilling Pension, mit 4 500 Schilling Pension gehören wirklich nicht zu den Reichen in diesem Lande. Ich möchte auch dem Abgeordneten Pansi, der gemeint hat, nur auf der Seite kennt man die Arbeitslosigkeit, sagen: Armut und Arbeitslosigkeit machen leider keinen Halt vor Parteigrenzen. Wir wissen ganz genau so wie Sie, wie das aussieht, wenn jemand unter Arbeitslosigkeit und der Armut zu leiden hat.

Wo waren etwa die Zahlen für die Familienerhalter, die immer stärker in die Armutszone

Dr. Schwimmer

hineinrutschen, wenn mehrere Kinder in der Familie vorhanden sind? Bereits bei einem durchschnittlichen Einkommen und dem Vorhandensein von zwei Kindern in mittlerem Alter ist die Familie in die Armutsgrenze hineingerutscht! Diesen hilft man nicht, wenn man sagt: Die Zahl der Ausgleichszulagenbezieher ist seit dem Jahre 1967 um 15 Prozent gesenkt worden, hier sind um 15 Prozent weniger Ausgleichszulagenbezieher.

Den Kampf gegen die Armut kann man nicht abstrakt führen, man muß ihn sehr individuell dort führen, wo die Bevölkerung tatsächlich von Armut betroffen oder bedroht ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Letzten Endes wird der Kampf gegen die Armut vor allem auch nur durch eine gute Wirtschaftspolitik geführt werden können. Denn Sie selbst, Herr Bundesminister, haben ausgeführt – ich wiederhole es noch einmal, weil es mir sehr wichtig erscheint und weil ich sehr dankbar bin, daß Sie das gesagt haben –, daß soundso viele Ausgleichszulagenbezieher vor der Pensionierung unter der Armutsgrenze gewesen sind. Also hier muß man die Chance geben, entsprechende Einkommen zu erzielen, entsprechende Arbeitsplätze zu finden. Hier scheint nicht alles so in Ordnung zu sein, wie das die Herren Pansi oder Kunststätter von diesem Rednerpult aus ausgeführt haben, nämlich daß man ja ohnedies nichts braucht; man braucht das Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze ja nicht, weil ohnedies alles bestens in Ordnung ist.

Nur wenn es dann Belastungen gibt, wenn dann sogenannte Maßnahmenpakete beschlossen werden mit 14,5 Milliarden Schilling, dann plötzlich sind die Arbeitsplätze wieder bedroht, dann werden Maßnahmen notwendig. Nur sagt uns dann niemand, welche konkreten Maßnahmen das wären. Hier gilt wieder das gleiche: Man kann nicht mit abstrakten Zahlen operieren, hier müßten Sie ganz konkret sagen, was Sie tun. Ich komme noch darauf zu sprechen.

Nun zu einigen Ihrer Äußerungen zur Gesundheitspolitik. Es ist völlig richtig, daß mein Kollege Dr. Wiesinger sich dafür ausgesprochen hat, bezüglich der Investitionen im Spitalsbereich, im Krankenanstaltenbereich überregionale Steuerungsfunktionen einzuführen, weil wir das für erforderlich und für sinnvoll halten. Was Sie aber machen wollen, ist folgendes: Überregional dort zu steuern, wo es angeblich – wenn man den Abgeordneten Dr. Steyrer heute gehört hat – gar nicht notwendig ist, weil ohnedies alles in Ordnung wäre, nämlich bei den Betriebskosten. Da wollen Sie eine Administration, eine Zentrale aufrichten und mehr Apparat schaffen.

Wie schaut denn das aus mit der von Ihnen konzipierten Beteiligung der sozialen Krankenversicherung an der Finanzierung der Spitäler, der Krankenanstalten? – Sie sorgen nicht für mehr Effizienz, Sie sorgen für mehr Apparat. Da gibt es einen Ausgleichsfonds im Hauptverband. In den Ausgleichsfonds steckt man einen neuen Ausgleichsfonds hinein, und der Ausgleichsfonds im Ausgleichsfonds zahlt dann an einen zentralen Spitalsfonds. Zum Schluß kennt sich kein Mensch mehr aus. Es gibt drei Apparate und wahrscheinlich letzten Endes die gleiche Spitalsmisere und gleich wenig Effekt, wie Sie das heute schon haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich würde gern, Herr Bundesminister – obwohl es natürlich keine Fragestunde von den Ministern zu den Abgeordneten gibt –, Ihre Frage beantworten nach der Alternative, wie Krankenversicherungen, die ohnedies defizitär sind, hier mehr beisteuern könnten, wenn Sie uns nicht eigentlich eine Frage schuldig geblieben wären. Denn inklusive Regierungserklärungen ist dreimal versprochen worden, die Krankenversicherung endgültig zu sanieren. Wenn das geschehen wäre, wenn Sie Ihre Zusagen eingehalten hätten, wäre es überhaupt kein Kunststück, die Frage zu beantworten, wie die Krankenversicherung mehr zur Verringerung des Abganges der Spitäler beitragen könnte.

Aber Sie sind die Antworten schuldig geblieben. Alles, was Sie auf diesem Sektor bisher beizutragen gehabt haben in früheren Wortmeldungen von der Ministerbank aus, waren Polemiken: Bezüglich Niederösterreich, als man dort beschlossen hatte, daß die Krankenversicherungen 80 Prozent der Pflegegebühren zu bezahlen hätten. Sie haben es aber immer verabsäumt zu sagen, daß im Land Kärnten mit 60 Prozent in absoluten Zahlen mehr herauskommt, die Krankenversicherung mehr zu bezahlen hat, als sie in Niederösterreich bei 80 Prozent zu bezahlen hätte, und daß letzten Endes auch der Weg, der in Kärnten eingeschlagen worden ist, wahrscheinlich der ehrlichere Weg ist, nämlich einfach einen größeren Anteil an den echten Kosten zu bezahlen, statt den großen administrativen Umweg, der sicher auch mit sehr viel Kosten verbunden ist, über einen Ausgleichsfonds im Ausgleichsfonds und einen weiteren zentralen Spitalsfonds zu wählen. Ehrlichkeit hat sich auch in der Sozialpolitik immer noch bezahlt gemacht. Sie ziehen den Riesenapparat vor.

Zur Frage der Zulassung der Ärzte zur Krankenversicherung. Ich gebe zu: Hier ist die Problematik sehr, sehr unterschiedlich. Ich weiß als Krankenversicherungsfunktionär, daß das in

Dr. Schwimmer

Wien überhaupt keine Rolle spielt. Aber genau dort, Herr Minister, wo es eine Rolle spielt, versagen Sie als Aufsichtsbehörde der Sozialversicherung, der Krankenversicherung.

Ich verstehe den sozialistischen Landesrat Gallob in Kärnten durchaus, daß er die Frage zur Diskussion gestellt hat: Weil hier unter sozialistischer Führung eine Gebietskrankenkasse am Werk ist, die nur die eigenen Interessen im Auge hat und nicht die Interessen der Krankenversicherten. Und daß Sie sich dahinterstellen und daß Sie das decken, haben Sie ja zu erkennen gegeben, als Sie hier vor wenigen Minuten erklärt haben, Sie haben die Krankenversicherung zu vertreten. *(Rufe bei der ÖVP: Unerhört!)* Ich glaube nicht, daß Sie die Krankenversicherung zu vertreten haben, Sie hätten die Krankenversicherten zu vertreten, Herr Bundesminister! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Würden Sie an die Krankenversicherten denken, dann würden Sie nicht sagen: Na ja, man kann das nicht machen, denn kein Arbeitnehmer und auch kein Lehrling hat ein Recht auf einen bestimmten Arbeitsplatz, auf die Ausübung eines bestimmten Berufes.

Es geht nicht darum, einem bestimmten Arzt das Recht auf eine bestimmte Planstelle einzuräumen. Es geht um das Recht des Patienten, des Krankenversicherten in einem bestimmten Bereich. Ich gebe Ihnen völlig recht mit der Definition der Weltgesundheitsorganisation, die sich unterscheidet vom Recht auf Gesundheit, vom undifferenzierten, und vom Recht auf den größtmöglich erreichbaren Gesundheitszustand. Und dieses Recht wird den Krankenversicherten in Kärnten zum Beispiel verweigert, wenn es in einem ganzen Bezirk jahrelang überhaupt keinen einzigen Kinderarzt auf Krankenkassenkosten gibt oder wenn ein einziger Augenarzt für einen Bezirk zugelassen wird. Oder in Niederösterreich erlebten wir es, daß ein Arzt, bloß weil er einen Kilometer übersiedelte und die Patienten dort einen Arzt brauchen würden, die Planstelle nicht mehr bekommt. Also aus rein formalistischen Gründen.

Aber wenn Sie sagen, Sie haben die Krankenversicherung zu vertreten und nicht die Krankenversicherten, dann verstehe ich, wieso Sie sich hinter die Krankenversicherung stellen und nicht hinter jenen Parteifreund von Ihnen, der das auch gesehen hat, daß es auf diese Art und Weise nicht funktionieren kann. Hier sollten Sie von Ihrem Aufsichtsrecht Gebrauch machen, bevor die Patienten bei diesen Krankenkassen unter die Räder kommen.

Es war auch kein abstrakter ideologischer Streit, Herr Bundesminister, wie Sie es darstellen wollten, als der Abgeordnete Wiesinger

Ihnen in einem Zwischenruf gesagt hat, warum er dagegen ist, Abtreibung auf Krankenkassenkosten durchführen zu lassen.

Ein Argument hat er Ihnen bereits gesagt: Daß wir es einfach für inhuman, für unmenschlich halten, zwar Ihren Gedanken einer Abtreibung auf Krankenkassenkosten, auf Kosten der Allgemeinheit, der Sozialversicherung zu diskutieren, und uns gleichzeitig damit abfinden sollen, daß die chronisch Kranken, wenn sie einmal Asylierungsfälle, Pflegefälle geworden sind, ausgesteuert von der Krankenversicherung einfach vergessen werden.

Irgendwo tun sich bei mir Abgründe auf, Herr Bundesminister, wenn ich daran denke, daß Sie zwar überhaupt keine Hemmungen haben, zur Sanierung der Krankenversicherung zu sagen, auch eine Familie mit mehreren Kindern soll in jedem einzelnen Fall, auch wenn vielleicht auf einmal zehn Medikamente zu beziehen wären, weil die vier oder fünf Kinder gleichzeitig krank geworden sind, 15 Schilling Medikamentengebühr bezahlen, da Sie keine Ausnahmen für kinderreiche Familien zulassen und sozusagen sagen, ich saniere die Krankenversicherung auf Kosten derer, die dumm genug sind, mehrere Kinder zu haben, um dann vielleicht mit dem Geld der so sanierten Krankenversicherung die Abtreibung von Kindern zu bezahlen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun zu einem anderen Thema, das auch noch unerledigt ist, Herr Bundesminister, zu dem Sie heute nicht Stellung genommen haben. Es haben uns zwar mehrere sozialistische Redner sehr eingehend erklärt, ich habe das bereits gesagt, daß auf dem Arbeitsmarkt ohnedies alles in Ordnung ist. Aber eines war heute nicht mehr zu überhören in der Diktion der Frontberichte des Zweiten Weltkrieges: Die Frontbegradigung, die systematisch vorgenommen wird. Das Wort Vollbeschäftigung scheint aus dem Katalog der sozialistischen Redner bereits völlig gestrichen zu sein. Es hat immer nur mehr geheißen, ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau, und das läßt eine gewisse Skepsis bei Ihren Maßnahmen aufkommen.

Ich habe Sie im Finanz- und Budgetausschuß zum Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze mit sehr vielen Fragen belästigt, ich gebe das zu. Sie haben auch sehr umfangreich geantwortet und Zahlen geliefert, die zeigen, daß das, was die sozialistischen Redner heute behauptet haben, keineswegs so rosig ist. Sie haben aber zwei Fragen nicht beantwortet, und die scheinen mir sehr, sehr wesentlich zu sein.

Im Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze ist auch davon die Rede, daß man vom System

Dr. Schwimmer

der lohnabhängigen Steuern, Steuern, die von der Lohnsumme abhängig sind, abgehen sollte, weil das eine Arbeitsplatzbesteuerung ist. Sie haben ja noch zusätzliche Arbeitsplatzsteuern eingeführt, etwa bei Ihrer neuen Sozialsteuer den Zusatzbeitrag zur Pensionsversicherung. Sie halten fest an einer Arbeitsplatzsteuer mit dem Beitrag zum Wohnungsbeihilfengesetz, die nur zu einem Drittel für ihren eigentlichen Zweck gebraucht wird und zu zwei Drittel praktisch Budgetzwecken dient. Hier besteuern Sie Arbeitsplätze, was unserer Ansicht nach nie im Leben ein erfolgreicher Kampf zur Erhaltung der Vollbeschäftigung, zur Erhaltung der Arbeitsplätze sein kann. Denn wenn ich Arbeitsplätze besteuere, dann sage ich dem Unternehmer: Schau, daß du besser mit weniger Arbeitsplätzen auskommst, dann brauchst du weniger Steuer zu bezahlen.

Die Frage nach den lohnabhängigen Abgaben, die keine Versicherungsbeiträge sind, die unmittelbar wieder dem Arbeitnehmer zugute kommen – die müssen selbstverständlich sein –, haben Sie wohlweislich nicht beantwortet.

Sie haben auch die wesentlichste Frage nicht beantwortet, wie viele Arbeitsplätze Sie eigentlich für gefährdet ansehen, wie hoch die Kosten der Erhaltung dieser Arbeitsplätze sind.

Denn warum braucht man dieses ganze Belastungspaket mit den 14,5 Milliarden Schilling, das dauernd mit der Erhaltung der Vollbeschäftigung begründet wird? Das möchte man wissen. Das Ganze tritt ja erst nächstes Jahr in Kraft. Das kann ja nicht zur Begleichung dessen sein, was uns hier schon als Erfolg präsentiert worden ist, wenn ohnedies alles in Ordnung ist, das braucht man ja erst in den kommenden Jahren; im nächsten Jahr 14,5 Milliarden Schilling, im übernächsten Jahr wahrscheinlich sogar noch mehr. Wofür man das braucht, für wie viele Arbeitsplätze, wie hoch die Kosten der Erhaltung dieser Arbeitsplätze sind, das alles ist uns nicht beantwortet worden.

Ich kann durchaus verstehen, warum Sie es nicht beantwortet haben. Sie führen auch hier den angeblichen Kampf zur Erhaltung des möglichst hohen Beschäftigungsniveaus, ich hätte jetzt fast gesagt, der Vollbeschäftigung, aber das tun Sie ja nicht mehr nach Ihren eigenen Worten, den Kampf zur Erhaltung des möglichst hohen Beschäftigungsniveaus mit großen Worten, mit großen Belastungen. Nur wenn man den Einzelfall dann sehen möchte, gleich wie im Falle, den Dr. Kohlmaier angeführt hat, den Fall eines Pensionisten in der Armutszone, in einem solchen Einzelfall sind Sie nicht mehr in der Lage, Stellung zu beziehen.

Sie haben allerdings am 4. November in

diesem Hohen Hause, ich möchte fast sagen, leichtsinnigerweise, Ihre Grundsätze, nur oben drüber hinweg zu reden, nur abstrakt zu reden, ein bisserl verlassen. Da sind Sie ein bisserl in den Bereich des Persönlichen, des Menschlichen gekommen und haben hier wörtlich erklärt: „Bei der heutigen Arbeitsmarktsituation hat noch jeder, der zum Arbeitsamt gekommen ist, die Chance gehabt, auch vermittelt zu werden.“ – Wörtliche Erklärung aus dem Stenographischen Protokoll.

Wir wollten dem nachgehen und haben im „Kurier“ am 14. November eine Einschaltung gemacht, völlig unpolemisch, völlig sachlich, wo es heißt: „Sozialminister Weißenberg erklärte am 4. November 1977 im Parlament: ‚Bei der heutigen Arbeitsmarktsituation hat noch jeder, der zum Arbeitsamt gekommen ist, die Chance gehabt, auch vermittelt zu werden.‘“

Sollten Sie dennoch über das Arbeitsamt keinen neuen Job gefunden haben, schreiben Sie bitte unter ‚Keine Hilfe vom Arbeitsamt 843.103 Z‘ an den Verlag.“

Kein Wort von der ÖVP, kein Wort von Partei, damit jeder Betroffene völlig sachlich und objektiv die Möglichkeit hat, hier seinen persönlichen Fall zu unterbreiten.

Herr Minister! Wenn man jetzt die Antwortschreiben, die wir bekommen haben – ich habe hier eine Auswahl, und komplett bekommen Sie es dann von mir mit einem bestimmten Zweck –, mit dem vergleicht, was hier die sozialistischen Redner heute gesagt haben, wo alles so rosig ist laut Pansi, laut Kunststätter, laut Samwald, wenn man vergleicht mit dem, was hier geantwortet wird, dann fragt man sich, ob Sie wirklich die Interessen der Menschen in diesem Lande bereits so gering achten und nur mehr aus politischen Gründen solche Erklärungen abgeben, wie Sie sie am 4. November abgegeben haben, um sich halt verbal in der Rede aus der Affäre zu ziehen.

Erster Brief: „Scheinbar habe nicht nur ich das Problem, über das Arbeitsamt keine Hilfe bei der Suche nach Arbeit zu erhalten.“ – 26 Jahre alt.

„Da ich schon seit meinem Abgang von einer einjährigen Büroschule eine kaufmännische Tätigkeit suche, und das liegt immerhin schon zwei Jahre zurück, wende ich mich mit der Bitte um Hilfe ... an Sie.“ Ich zähle mich auch „zu den regelmäßigen Besuchern beim Arbeitsamt zwecks Stellenvermittlung.“ – Da sagen Sie, „Problemgruppe Jugend“ im „Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze“ stimmt nicht, das gibt es nicht. Sie werden sich dieses Falles annehmen können.

Dr. Schwimmer

Eine Frau, Jahrgang 1944, Handelsschule absolviert, sucht eine Stelle, wird vom Arbeitsamt nicht vermittelt. „Seit September bin ich beim Arbeitsamt für Angestellte in Wien 5. Bez. gemeldet, und trotz Nachfrage habe ich keine passende Stelle erhalten.“

Ich versuchte im Sommer 1976 beim Arbeitsamt für Bekleidung eine Halbtagsbeschäftigung zu erhalten. „Trotz Bemühungen der Beamtin war dies leider nicht möglich.“ – Sie sagen, man braucht nichts zu tun für die Teilzeitbeschäftigung. Ich habe noch weitere Briefe von Frauen.

Der Abgeordnete Pansi hat heute hier gesagt: Die Frauen sind die ersten, die es zu spüren bekommen, wenn das Beschäftigungsniveau durch eine schlechte Politik sinkt. Und er hat gesagt: Die Entwicklung zeigt ja, was die Sozialisten auf diesem Gebiete getan haben.

Ich glaube, was die Sozialisten auf diesem Gebiete getan haben, sieht man nicht an irgendwelchen unüberprüfbaren globalen Zahlen, sondern an überprüfbaren tragischen einzelnen Fällen, die keine Hilfe bekommen haben. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und nun noch ganz kurz, weil das noch erschütternde Fälle sind und hier erschütternde Aussagen getroffen werden von Leuten, die nicht gewußt haben, wem sie schreiben, die sicher nicht aus politischen Gründen geschrieben haben:

„Ich bin 55 Jahre alt, Lagerleiter und seit 1. April 1977 arbeitslos. Das Arbeitsamt hat mir in den vergangenen sechs Monaten keinen einzigen Posten vermitteln können, mit der Ausrede, man ist zu alt, und sie könnten da nichts machen.“

„Unter Bezug auf Ihre Anzeige kann ich Ihnen mitteilen, daß ich seit März im Arbeitsamt für Angestellte in der Embelgasse in Vormerkung bin, am 27. d. M. (November) ausgesteuert werde und keinerlei Vermittlung erhalten habe.“ Der Schlußsatz: „Ich bin 55, HTL-Ing., Elektro, Schwachstrom, und passé.“

Das ist die Selbstbeurteilung eines Mannes, der erfolglos beim Arbeitsamt gemeldet ist, der qualifiziert ist und dem nicht geholfen werden konnte.

Herr Bundesminister! Ich nehme Sie beim Wort. Hier sind mit Namen und Adressen diese Fälle, die sich vertrauensvoll an eine anonyme Stelle gewendet haben, ganz anonym, weil ihnen nichts anderes mehr übrig bleibt, weil sie keine Hilfe vom Arbeitsamt erhalten haben. Sie haben gesagt: Jeder, der sich dort meldet, hat die Chance, auch tatsächlich vermittelt zu werden. – Machen Sie keine Politik mit großen

Worten, machen Sie gute Sozialpolitik mit Taten! *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Steininger.

Abgeordneter Steininger (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Dr. Schwimmer, Sie haben jetzt einige solche Arbeitsplatzanzeigen vorgebracht *(Abg. Dr. Kohlmaier: Sehr viele!)*, und ich möchte in bezug auf denjenigen, der Ihnen geschrieben hat, daß er in Kürze ausgesteuert wird, sagen: Aussteuerung gibt es heute keine mehr. Also das ist einmal nicht wahr.

Und ich glaube, daß die Arbeitsämter gerade in den letzten Jahren, Herr Dr. Schwimmer, sehr viel für die Umschulung von Arbeitskräften, auch von älteren Arbeitskräften tun. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Aber was nützt die Umschulung, wenn es keinen Posten gibt!)* Liebe Frau Dr. Hubinek, lassen Sie mich, bitte, einmal ausreden, und dann reden Sie wieder weiter! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Dr. Schwimmer! Die Arbeitsämter haben in den letzten Jahren Millionen Schilling für Umschulungen ausgegeben, und ich bin der festen Überzeugung, daß auch solche Personen, die Ihnen geschrieben haben, wieder einen Arbeitsplatz bekommen werden, wenn sie zu den Arbeitsämtern kommen und umgeschult werden können. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Von der Überzeugung des Herrn Abgeordneten Steininger haben sie nichts!)* Lieber Herr Dr. Gruber! Sie mögen von der Schule sehr viel verstehen, aber von der Arbeitsmarktverwaltung, Herr Gruber, verstehen Sie wirklich nicht viel. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber. – Anhaltende Rufe und Gegenrufe zwischen SPÖ und ÖVP.)*

Und nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz, sprechen.

Es war so wie in den vergangenen Jahren, Frau Dr. Hubinek, daß Sie natürlich wiederum gesagt haben, das Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz sei überflüssig, dieses Ministerium produziere nichts, aus diesem Ministerium komme nichts heraus.

Der Kollege Dr. Steyrer und auch der Kollege Samwald haben ja aufgezeigt, welche Initiativen und welche Gesetzesvorlagen dieses Bundesministerium ausgearbeitet hat. Meine Damen und Herren! Wir Sozialisten sind froh, daß wir dieses Ministerium haben *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Sie sind bescheiden!)*, und wir sind stolz darauf, daß dieses Ministerium in

7114

Nationalrat XIV. GP - 74. Sitzung - 2. Dezember 1977

Steininger

dieser kurzen Zeit so viel Positives für die Volksgesundheit getan hat! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ganz kurz zu meinen weiteren Ausführungen: Im Budget 1978 beträgt die Summe der Ausgaben im Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz, 1 185 864 000 S. Selbstverständlich reicht diese Ausgabensumme nicht aus, alle Wünsche, die das Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz zu erfüllen gewillt ist, auch sofort zu erfüllen. Aber trotz dieses Umstandes wird das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz auch im Jahre 1978 eine große Anzahl von Förderungsbeträgen ausgeben können.

Gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich mich mit einer dieser Förderungen auseinandersetze, und zwar mit dem Nachwuchs des diplomierten Krankenpflegepersonals.

Jahrzehntelang hat man immer wieder über den großen Mangel an ausgebildeten Diplomkrankenschwestern geklagt. Während man in anderen Berufssparten bereits in den Genuß der Arbeitszeitverkürzung gekommen war, mußte das diplomierte Krankenpflegepersonal noch immer eine große Anzahl von Überstunden leisten. Nur durch diese Überstundenleistung, meine Damen und Herren, war es überhaupt möglich, den Betrieb in den Krankenhäusern aufrechtzuerhalten. Daß solche Zustände sowohl für das Personal als auch für die Ärzte und selbstverständlich auch für die Patienten äußerst ungünstig waren, wurde ja von niemandem bestritten.

Wenn heute ein solcher Mangel an diplomiertem Personal in den Krankenhäusern nicht mehr besteht, wobei ich betonen möchte, daß es dort und da in einigen Krankenhäusern ja noch vorkommen mag, daß zuwenig diplomierte Schwestern vorhanden sind, so ist doch durch die Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz dieser große Wandel eingetreten.

Mit dem Bundesgesetz 197 aus dem Jahre 1973 wurde die Ausbildung des Krankenpflege-Fachpersonals und des medizinisch-technischen Personals und auch die des Sanitätshilfsdienstes neu geregelt. Wie bekannt, wurde durch diese Novelle des Krankenpflegedienstes das Alter für den Ausbildungsbeginn zum Krankenpflegeberuf von 17 Jahren auf 15 Jahre herabgesetzt. Die Auswirkungen dieser Novelle, die geschaffen wurde, um den jungen Menschen sofort nach Abschluß ihrer Schulpflicht die Möglichkeit zur Ausbildung in der Krankenpflege zu bieten, sind sehr positiv zu bewerten.

Meine Damen und Herren! Ich sage dies deshalb mit großer Genugtuung, weil bei der

Beschlußfassung dieser Novelle die große Oppositionspartei alle möglichen Bedenken vorgebracht hat, um den Wirksamkeitsbeginn dieses Gesetzes möglichst lange hinauszuschieben. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Nach Inkrafttreten dieses Gesetzes hat nun ein Ansturm von Schulabsolventinnen auf die Krankenpflegeschulen eingesetzt, wie ihn niemand erwartet hat. Die Aufnahmebewerbungen haben teilweise die bestehenden Aufnahmekapazitäten der Schulen bei weitem überstiegen. Dieser Trend hält heute noch an.

Im Schuljahr 1972/73, vor der Novelle, wurden 1 815 Schüler in die Schulen neu aufgenommen. Im Schuljahr 1976/77 waren es bereits 2 937 Schüler. Das entspricht einem Zuwachs von rund 62 Prozent.

Meine Damen und Herren! Dieser Aufwärtstrend ist auf die ständigen Bemühungen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz zurückzuführen. Es konnten also Schulabsolventinnen in allen Sparten des Krankenpflegeberufes in vermehrtem Ausmaß aufgenommen werden.

In fast allen Bundesländern ist auch ein Zuwachs an männlichen Krankenpflegeschülern zu verzeichnen. So hat es im Jahre 1975 bereits 271 männliche Schüler gegeben. Im Jahre 1976 sind es bereits 297 männliche Schüler in ganz Österreich gewesen.

Diese positiven Auswirkungen der Krankenpflegereform sind geeignet, in absehbarer Zeit den Mangel an Krankenpflegepersonal abzustellen.

Meine Damen und Herren! Im Hinblick auf den großen Bedarf an ambulanter Krankenpflege und Gesundheitsberatung wurde auf Veranlassung von Frau Bundesminister Dr. Leodolter vom österreichischen Institut für Gesundheitswesen ein Modellversuch der ambulanten Krankenbetreuung durch den Einsatz mobiler Krankenschwestern in einem Wiener Gemeindebezirk unternommen. Dieser Modellversuch hat sich voll bewährt. Insbesondere hat sich gezeigt, daß der Einsatz der mobilen Krankenschwestern eine echte Entlastung der praktischen Ärzte im Einsatzgebiet darstellt.

Meine Damen und Herren! Ich darf nun an Hand einiger Zahlen aufzeigen, wie es in den letzten Jahren bei den Schülern und Absolventen der Krankenpflegeschulen ausgesehen hat oder heute aussieht.

In der allgemeinen Krankenpflege gab es 1972 3 803 Schüler und an Absolventen 1 006, 1973 4 937 Schüler und an Absolventen 1 113, 1974 5 505 Schüler und an Absolventen 1 083,

Steininger

1975 5 931 Schüler und an Absolventen 1 151, 1976 waren es 5 874 Schüler und an Absolventen gab es 1 514.

In der Krankenpflege und in der Säuglingspflege, meine Damen und Herren, gab es 1972 756 Schüler, Absolventen 201, 1973 973 Schüler, Absolventen 171, 1974 ... (Abg. A. Schlager: *Steininger, deine gestrigen Zwischenrufe, und wir sind so ruhig!*) Also machen Sie einen Zwischenruf, ich habe gar nichts dagegen. (Abg. A. Schlager: *Was der gestern aufgeführt hat!*) 1974 waren es 1 062 Schüler und Absolventen 202, 1975 waren es 1 046 Schüler und Absolventen 232, 1976: 948 und 287.

Bei der psychiatrischen Krankenpflege gab es 1972 ebenfalls einen gewaltigen Anstieg an Schülern und Absolventen.

Meine Damen und Herren! Ich habe bereits angeführt, daß es sehr erfreulich ist, daß in allen Bundesländern ein Zuwachs an männlichen Krankenpflegeschülern zu verzeichnen ist. So gab es 1972 - ich wiederhole es noch einmal - 104 Schüler, und 1976 sind es bereits 297 männliche Krankenpflegeschüler.

Seit dem Jahre 1974 sind drei neue Krankenpflegeschulen errichtet worden. Außerdem sind an den bisher bestehenden Schulen sieben neue Lehrgänge und in der allgemeinen Krankenpflege fünf neue Lehrgänge für Kranken-, Kinder- und Säuglingskrankenpflege eingerichtet worden.

Meine Damen und Herren! Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat mit der ausdrücklichen Zweckbestimmung „Krankenpflegeschulen“ den Krankenanstalten vom Jahre 1973 bis zum 1. August 1977 über 65 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. (Beifall bei der SPÖ.)

Burgenland hat 6 Millionen Schilling bekommen, Kärnten 2,5 Millionen, Niederösterreich 9,6 Millionen, Oberösterreich 21 Millionen, Salzburg 8,2 Millionen, Steiermark 9,5 Millionen, Tirol 5,4 Millionen, Vorarlberg 2,3 Millionen und Wien 790 000 S.

Herr Schlager! Ich habe nachgesehen: Während der Zeit der Frau Bundesminister Rehor findet man keine Unterstützung dieser Schulen. Auch ein Erfolg des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz. (Beifall bei der SPÖ. - Ruf bei der ÖVP: *Furchtbar!*) Ja, das ist furchtbar gewesen, darum haben wir auch immer zu wenig Krankenpersonal gehabt, Herr Dr. Gruber!

Aus all diesen Neuordnungen und mit diesen Zuwendungen ist es gelungen, daß das diplomierte Personal in der allgemeinen Krankenpflege und in der Kinder- und Säuglingspflege

in den Krankenanstalten Österreichs ganz beträchtlich erhöht werden konnte.

Waren in der allgemeinen Krankenpflege im Jahre 1972 11 882 Personen beschäftigt, so waren es im Jahre 1973 bereits 12 897 Personen, im Jahre 1974 13 001 Personen, 1975 14 123 und 1976 14 900 Personen.

Meine Damen und Herren! Daraus sieht man, wie günstig sich die Novelle, die das Bundesministerium für die Krankenpflege hervorgebracht hat, sich hier ausgewirkt hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Genauso ist in der Säuglingspflege und in der Kinderkrankenpflege das Personal gewaltig angestiegen.

Ich möchte noch einmal sagen: Während der Zeit der Regierung der Österreichischen Volkspartei von 1966 bis 1969 findet man solche Zahlensteigerungen überhaupt nicht. Aber ich weiß ja von seinerzeit noch: Frau Grete Rehor war sehr tüchtig, sie mußte alles zuerst prüfen, immer prüfen und prüfen und hat eigentlich nichts zustande gebracht. Unsere Frau Bundesminister Leodolter hat hier schon ganz beachtliche Erfolge hinter sich. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Durch das mehr und besser ausgebildete Krankenpflegepersonal wird nicht nur dem Personal selbst geholfen, da ja die große Anzahl von Überstunden nicht mehr geleistet werden muß, sondern die erhöhte Anzahl des Pflegepersonals kommt auch den behandelnden Ärzten zugute und vor allem auch den Patienten.

Meine Damen und Herren! Der Mangel an solchem Personal ist noch nicht beseitigt, und es wird sicherlich noch eine Zeit dauern, bis auch diese Berufssparte das Soll erreicht hat. Aber ich möchte nochmals anführen, daß die bisherige Tätigkeit des Bundesministeriums bereits zu einem beachtlichen Erfolg geführt hat.

Und nun, meine Damen und Herren, zu einer anderen Sache. Das Bundesministerium für Gesundheit hat auch den Ausbau des Ärztekundendienstes für die Versorgung der Bevölkerung vorbereitet und durchgeführt.

Im Bundesland Kärnten ist bereits das ganze Land mit dem Ärztekundnetz überzogen. In einigen Bundesländern stehen wir vor der Erreichung der Gesamtversorgung. Es sind dies die Bundesländer Oberösterreich und Steiermark. Der Raum Wien wird bereits seit dem Jahre 1972 betreut.

Die Ausgaben des Ministeriums für diese Sache betragen 22 Millionen Schilling. Auch in diesem Fall habe ich wieder in den Budgets der Österreichischen Volkspartei nachgesehen,

7116

Nationalrat XIV. GP - 74. Sitzung - 2. Dezember 1977

Steininger

auch hier findet man keinen Groschen für diesen Funkärztedienst.

Durch die Einführung und den Ausbau dieses Ärztefunkdienstes ist vor allem in den ländlichen Gebieten, meine Damen und Herren, den Ärzten geholfen und auch gleichzeitig die Gewähr gegeben, daß bei einem Ärztebedarf der Arzt wesentlich schneller beim Kranken ist und dadurch die ärztliche Hilfe wirksamer eintreten kann.

Meine Damen und Herren! Wenn auch die Ärztezahle im Verhältnis zur Bevölkerungszahl in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern als günstig anzusehen ist, so gibt es doch regionale und strukturelle Engpässe in der ärztlichen Versorgung. Dies trifft vor allem wieder in den ländlichen Gebieten zu. Hier ist der Ausbau des Funkärztedienstes eben sehr notwendig.

Ich möchte hier aber noch anführen, daß die ländlichen Gemeinden oft große finanzielle Opfer bringen, um einen Arzt für ständig zu bekommen. Aber leider ist dies oft nicht gleich von Erfolg gekrönt, und es dauert oft eine längere Zeit, bis sich ein Arzt in einer solchen Gemeinde niederläßt und seine Praxis eröffnet.

Meine Damen und Herren! Einen ausgesprochenen Mangel – das muß ich heute hier noch sagen – gibt es aber noch bei den Zahnärzten. Und gerade auf diesem Gebiet wird wiederum in den ländlichen Gebieten dieser Mangel besonders bemerkbar.

Ich darf hier anführen: Der Bezirk Freistadt hat zum Beispiel drei Zahnärzte und acht Dentisten, davon wird ein Zahnarzt in Kürze in Pension gehen. Die Bevölkerungszahl des Bezirkes Freistadt beträgt aber 57 333 Personen. Daraus, meine Damen und Herren, ist zu erkennen, wie groß der Mangel in dieser Berufssparte ist.

Es ist daher sehr zu begrüßen, daß das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz und das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung Vorkehrungen getroffen haben, damit an den Universitätskliniken die Ausbildungsstätten für die Zahnärzte erhöht wurden. Beide Ministerien werden weiter darum bemüht sein, an den drei Universitätskliniken eine Erhöhung der Zahl der zahnmedizinischen Ausbildungsplätze weiter auszubauen. So wird nach dem Vollausbau der Universitätsklinik in Graz eine Ausbildungsstätte für 240 Ärzte zur Verfügung stehen. Es werden dann jährlich 120 Fachärzte für die Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde fertig werden können. Dann wird es doch endlich möglich sein, daß auch hier in absehbarer Zeit dieser Mangel abgestellt wird.

Meine Damen und Herren, zum Schlusse kommend: Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat in den vergangenen Jahren – entgegen den Aussagen der großen Oppositionspartei – viele Initiativen ergriffen, die für die Volksgesundheit sehr, sehr wichtig sind.

Natürlich wird es immer wieder neue Probleme geben, die gemeistert werden müssen. Meine Damen und Herren von der Opposition! Sie können sicher sein, die sozialistische Regierung wird auch diese Probleme lösen.

Wir Sozialisten geben diesem Kapitel selbstverständlich gerne unsere Zustimmung, weil damit für die Volksgesundheit wieder viel Positives getan werden kann. Das ständige Bemühen, die Volksgesundheit zu heben, war für uns Sozialisten immer eine Selbstverständlichkeit, und, meine Damen und Herren von der ÖVP, es wird auch in Zukunft so bleiben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Halder.

Abgeordneter Dr. **Halder** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Ihnen der Abgeordnete Neumann vorgestern das Konzept der ÖVP zur Sicherung der Arbeitsplätze gezeigt hat, haben ziemlich einige von Ihnen offenbar die Sache nicht recht ernst genommen. Der Abgeordnete Neumann hat die Angelegenheit in Verbindung gebracht mit dem enormen Außenhandelsdefizit in der Agrarwirtschaft, das derzeit jährlich 11 Milliarden Schilling beträgt, und er hat vorgezeichnet, wie viele Arbeitsplätze deshalb in Österreich gefährdet sind.

Und es hat schon eine Bedeutung, wenn zunehmend mehr Leute aus der Land- und Forstwirtschaft auf den allgemeinen Arbeitsmarkt drängen. Ich möchte vielleicht doch noch einige Gesichtspunkte dazu nennen. Wie ist also die Situation?

Die Wirtschaftsforscher sagen uns, daß für das kommende Jahr die Arbeitslosenrate 2,5 Prozent betragen wird, das Wirtschaftswachstum wird nicht mehr 5,2 Prozent wie 1976 und 4 Prozent wie 1977, sondern nur noch 1,5 Prozent betragen. Die Inflation wird wahrscheinlich nicht unter 5 Prozent absinken. Die Sparquote wird weiter sinken. Der private Konsum wird höchstens um 2 Prozent wachsen. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft auf den internationalen Märkten wird weiter abnehmen. Wir werden weiterhin Marktanteile verlieren. Es wird wahrscheinlich Rückschläge im Fremdenverkehr geben, insbesondere in den Sommermonaten. Die Schwierigkeiten in der Zahlungsbi-

Dr. Halder

lanz sind bekannt; sie werden sich wahrscheinlich nicht vermindern. Die Regierung wird weiterhin genötigt sein, Auslandskredite aufzunehmen, und wird damit die Staatsschuldenlast weiter verschärfen.

Die Bundesregierung war also genötigt – und sie sagte immer: vornehmlich zum Schutze der Arbeitsplätze –, in den Jahren 1976, 1977 und 1978 drei größere Belastungswellen über das österreichische Volk hereinzuschütten, die die Österreicher immerhin zwischen 45 und 50 Milliarden Schilling kosten.

Und nun hören wir vom Herrn Bundesminister und auch hier von einigen Vorrednern der sozialistischen Fraktion, das, was hier drinnen steht, ist doch ohnedies alles schon gemacht beziehungsweise fast alles schon gemacht. – Wenn dem so ist, warum müssen Sie dann das österreichische Volk in diesen drei Jahren, die ich nannte, mit 45 bis 50 Milliarden Schilling belasten?

Nun möchte ich auf ein konkretes Problem hinweisen. Zurück also zum agrarischen Außenhandelsdefizit, das heißt, es sind nach wie vor Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft echt gefährdet. Die Zahl der Berufstätigen in der Land- und Forstwirtschaft hat sich in den letzten 20 Jahren um 40 Prozent vermindert, sodaß der Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen von 27,4 Prozent im Jahre 1957 auf etwa 10 Prozent im Jahre 1976 gesunken ist. Die heimische Landwirtschaft hat in den siebziger Jahren im Jahresdurchschnitt gut 5 Prozent ihrer Arbeitskräfte verloren beziehungsweise abgegeben. Seit 1974 hat sich diese Entwicklung allerdings verlangsamt.

Das Institut für Wirtschaftsforschung erwartet in seiner Vorschau bis 1985 eine jährliche Abnahme der Zahl der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen um etwa 4½ Prozent. Dies wird aber nur dann der Fall sein, wenn es keine Probleme auf dem Arbeitsmarkt gibt. Nun gibt es aber, wie wir alle wissen, Probleme auf dem Arbeitsmarkt, und es muß ein ernsthaftes Interesse der gesamten Arbeitsmarktpolitik sein, der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung die Möglichkeit zu bieten, ihre eigenen Arbeitsplätze zu behalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister, ich habe im Finanz- und Budgetausschuß auf dieses Problem hingewiesen. Sie sagten: Ich habe an sich einiges Verständnis, aber das ist nicht mein Ressort, das gehört in das Ressort Landwirtschaft. – Dem ist natürlich nicht so, denn diese Angelegenheit ist eine Aufgabe der gesamten Bundesregierung, des Herrn Bundeskanzlers, des Finanzministers, des Außenministers, des Handelsministers, des Landwirtschaftsministers. Und wenn es denen

allen nicht gelingt, die heimischen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsplätze zu erhalten, dann kommen diese Leute auf den Arbeitsmarkt, und dann ist es Ihr Problem, Herr Bundesminister, und deswegen möchte ich noch einmal auf diese Sache zurückkommen.

Die Land- und Forstwirtschaft verzeichnet heute, und zwar nach einer Unterlage, die ich hier habe, vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung vom März 1977, pro Beschäftigten ein Gebäude- und Maschinenkapital im Neuwert von 1 016 000 S, die Industrie im Durchschnitt von 550 000 S, das heißt, die Kapitalausstattung der Land- und Forstwirtschaft ist nahezu doppelt so hoch wie jene im Durchschnitt der Industrie.

Daraus sieht man, wie wertvoll und kostbar die Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft sind. Wenn nun eine Arbeitskraft von der Land- und Forstwirtschaft in Gewerbe, Industrie oder Fremdenverkehr abwandert, dann heißt das, daß dort ein Arbeitsplatz 550 000 S im Durchschnitt kostet. Wenn ich nur mit 500 000 S rechne und 10 000 Arbeitskräfte nehme, die bis jetzt alljährlich abgeströmt sind und hinein in die gewerbliche Wirtschaft, dann hieße das 10 000 Arbeitskräfte mal 500 000 S, das sind dann 5 Milliarden Schilling, die aufgewendet werden müßten, um für diese 10 000 Leute Arbeitsplätze zu schaffen.

Und Sie haben im Budget, Herr Bundesminister, für die Arbeitsmarktverwaltung 1 070 Millionen Schilling enthalten. Im Vorjahr hatten Sie 1 Milliarde und 7 Millionen Schilling. Es ist also gut ein Fünftel dessen, was Sie dafür bräuchten.

Deswegen möchte ich noch einmal meinen, Herr Bundesminister, es muß ein Anliegen der gesamten Bundesregierung sein, jene Maßnahmen zu setzen, daß die Existenz der Land- und Forstwirtschaft und der in diesem Berufsstand Beschäftigten erhalten werden kann. Dann haben Sie zumindest nicht zusätzlich diese Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte hier ein konkretes Beispiel bringen, wo man sehr wohl etwas tun kann. Wir sind auch in Tirol diesbezüglich in Verbindung mit der Tiroler Landesregierung. Ich möchte, Herr Bundesminister, dieses Anliegen, soweit es Bundeskompetenzen und Bundesbetriebe anlangt, nun auch Ihnen unterbreiten. Sie wissen vielleicht, viele von Ihnen wissen, daß wir große Schwierigkeiten mit dem Almpersonal haben, nicht deswegen, weil man keine Leute bekäme, die dafür Interesse hätten, sondern deswegen, weil ihnen dann die Zeiten fehlen. Wenn im Herbst die Arbeit auf der Alm zu Ende

Dr. Halder

ist, finden sie keinen Arbeitsplatz mehr. Daraus erfließen natürlich arbeitsrechtliche, lohnrechtliche Nachteile, die man den Leuten nicht zumuten kann.

Nun ging es darum, daß es in Betrieben der öffentlichen Hand, wie beim Güterwegbau, beim Wasserbau, beim Straßenbau, doch so gemacht werden könnte, daß diese Unternehmungen, die in der öffentlichen Hand sind, während der Sommermonate Leute, die Interesse haben, auf die Alm zu gehen, freustellen und dann im Herbst wieder einstellen. Dann wäre denen geholfen. Da es leider so ist, daß diese Bundesinvestitionsmittel – und den Ländern geht es ja nicht anders, weil die Ertragsanteile der Länder laufend kleiner werden – sowieso nicht ausreichen, diese Arbeitskräfte das ganze Jahr hindurch zu beschäftigen, hätte man also die Chance, vom Standpunkt der Arbeitsmarktverwaltung eine gute Sache in die Wege zu leiten.

Ich möchte Sie bitten, Herr Bundesminister, dieser Möglichkeit Ihr Augenmerk zu widmen, und wir wollen gern konkret dann mit Ihnen in Verbindung treten.

Nun zu einigen Fragen der bäuerlichen Sozialversicherung. Wir waren nicht wenig erstaunt, als am 24. Oktober der Initiativantrag der Abgeordneten Pansi, Dr. Schranz und Genossen betreffend ein Sozialversicherungs-Änderungsgesetz hier im Parlament einlangte. Es sind hier Änderungen vorgesehen in der Bauernkrankenversicherung, in der Bauernpensionsversicherung und, ich glaube, in weiteren acht Gesetzen. Eine Technik, die also wirklich nicht sehr schön ist, weil sich ja kaum mehr jemand künftighin in den Bundesgesetzblättern auskennen kann und nicht mehr finden kann, wann in irgendeinem Gesetz irgendwo eine Novelle drinsteht, die dort an sich gar nicht hineingehörte. Es ist also gesetzestechisch sicherlich etwas sehr Unschönes, was hier geschieht.

In diesem Initiativantrag sind im Bereich der Bauernkrankenversicherung auf einmal gravierende Änderungen vorgesehen gewesen. Ich weiß, Herr Bundesminister, wir haben im Sommer vereinbart gehabt, daß Verhandlungen stattfinden sollen; das Ministerium hat die Sache nicht aufgegriffen, und dann kam auf einmal dieser Initiativantrag. Vorgesehen war darin eine Umstellung des Systems der Versicherungsklassen auf den individuellen Einheitswert, ein Beitragssatz für 1978 von 5 Prozent und für 1979 von 5,75 Prozent. Das hätte eine immerhin schon einschneidende Beitragserhöhung gebracht, die wir aber im Jahr 1978 gar nicht brauchen, weil hinreichend Reserven

vorhanden sind, die Bauernkrankenversicherung im Jahr 1978 zu finanzieren.

Da in der Bauernkrankenversicherung der Bund bekanntlich jeden Beitragsschilling des Bauern verdoppelt, sehe ich auch nicht ein, warum der Bund sich so etwas antut, den Bauern eine Beitragserhöhung aufzulasten, wo doch der Bund dann diese Beiträge verdoppeln muß. Also ist doch naheliegend, daß man auf diese Beitragserhöhung im Jahre 1978, wenn man sie nicht braucht, verzichtet. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Landwirtschaft sowieso erhebliche Beitragserhöhungen hinzunehmen hatte im Laufe der Jahre, vom 1. Oktober 1970 bis 1. Oktober 1976 '96 bis 170 Prozent je nach Versicherungsklassen. Die Erhöhung hätte vom 1. Jänner 1976 bis 1. Jänner 1979 ungefähr 73 bis 121 Prozent betragen. Wäre es gemacht worden, dann wäre eine Beitragserhöhung vom 1. Oktober 1970 bis 1. Jänner 1979 in den unteren Klassen im dreifachen Maße, in den oberen Klassen sogar im vierfachen Maße notwendig gewesen, und außerdem hätte es für die größeren Betriebe keine Degression gegeben.

Es ist also dann doch noch gelungen in Gesprächen mit dem Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung und den Herren seiner Fraktion, die Angelegenheit zu verändern und im Jahre 1978 noch einmal die bisher geltenden Versicherungsklassen zu belassen, wobei in den Klassen 1 bis 14 die Beitragserhöhung ungefähr nur in der Höhe des Richtsatzes eintritt; in den höheren Versicherungsklassen ist es etwas mehr.

Die Umstellung auf den Versicherungswert, wie in der Pensionsversicherung schon mit 1. Jänner 1978 vorgesehen, ist auch in Aussicht genommen für die Zeit ab 1. Jänner 1979 – nur, Herr Bundesminister, müssen einige Dinge dann klargestellt sein –, also nicht früher, und zweitens darf der Hebesatz nicht mehr als 5 Prozent ausmachen. Eine wirksame Beitragsdegression, etwa entsprechend den derzeitigen Versicherungsklassen, ist unbedingt notwendig. Wenn das nicht reichen sollte, die Bauernkrankenversicherung zu finanzieren, dann muß sich der Bund bereit finden, den Beitrag der Bauernpensionsversicherung für die Krankenversicherung der Pensionisten und Übergangspensionisten zu erhöhen, weil dieser Beitrag den Aufwand in keiner Weise deckt.

Zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung möchte ich nur auf einige Probleme verweisen.

Wir haben hier den Individualbeitrag, wir haben die 200 Prozent Abgabe vom Grundsteuermeßbetrag. Der Bund leistet zum Individualbeitrag einen Betrag von 30 Prozent der Beiträge der Land- und Forstwirtschaft dazu.

Dr. Halder

Ein Hauptproblem ist nun folgendes: Wir haben vor Jahren einmal die Beitragsgrundlage für die Unfallrenten der Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft auf das Niveau der gewerblichen Wirtschaft höhergezogen und gleichgezogen. Mittlerweile, mit 1. Jänner 1977, wurde für die gewerbliche Wirtschaft die Beitragsgrundlage wiederum verdoppelt, und die Landwirtschaft ist wiederum um die Hälfte hinten. Eine Vollrente in der Land- und Forstwirtschaft bei hundertprozentiger Erwerbsminderung beträgt derzeit rund 1 650 S. Das ist sicherlich nur eine Bagatelle.

Ich weiß, daß die Höherziehung der Bemessungsgrundlage natürlich etwas kostet. Es wären ungefähr 60 Prozent der derzeitigen Beiträge oder 3 Prozent der Beitragsgrundlage. Das ist mir schon klar. Und daß man es in der gewerblichen Wirtschaft leichter machen konnte, ist mir aus verschiedenen Gründen auch klar.

Aber nun, wenn also die Sache angestrebt werden soll, und das soll sie, glaube ich, wohl auch, ist eines vorher zu machen und auszuräumen: Die Landwirtschaftliche Unfallversicherung hat eine ganze Menge von Fremdlasten zu tragen. Das sind für das laufende Jahr zum Beispiel 52,6 Millionen Schilling. Es sind dies die Unfallrenten für jene Leute, die wohl zwischendurch zeitweilig in der Land- oder Forstwirtschaft arbeiten, hier einen Arbeitsunfall haben, aber anderweitig berufstätig sind. Da wird das gesamte Einkommen zusammengezogen. Dort sind die Bemessungsgrundlagen wesentlich höher. Deswegen sind für diese Menschen die Unfallrenten oft um ein Vielfaches höher als die Unfallrenten der Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft.

Ich glaube, man muß einsehen, daß man diese Fremdlasten der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung nicht weiterhin zumuten kann, sondern wenn man hier schon mit der Bemessungsgrundlage gleichzieht, dann soll man die Unfallversicherung von den Fremdlasten entlasten, weil ansonsten die Beitragserhöhung auch wiederum nicht zumutbar und nicht zu verkraften wäre.

Ich möchte Sie, Herr Bundesminister, bitten, diesem Problem Ihr besonderes Augenmerk zu widmen. Ich weiß schon, daß das nicht von heute auf morgen geht, man hat es Ihnen ohnedies schon vorgetragen, und die Interessenvertretung ist sicherlich bereit, Herr Bundesminister, mit Ihnen darüber Gespräche zu führen.

In diesem Zusammenhange ist es erfreulich, daß es der land- und forstwirtschaftlichen Unfallverhütung gelungen ist, mit ihrer Tätigkeit die Unfälle, die gemeldeteten, also die

landwirtschaftlichen Arbeitsunfälle, in den ersten neun Monaten des heurigen Jahres um immerhin 5 Prozent zu senken. Das ist sicherlich eine sehr, sehr gute Leistung, wenn man sich überlegt, wieviel menschliches Leid so ein Unfall bringen kann und wieviel Kosten so ein Unfall der Familie, dem Betrieb und der Volkswirtschaft verursacht. Man rechnet damit, daß die Kosten eines Arbeitsunfalles nur zu ungefähr einem Sechstel von der Unfallversicherung gedeckt werden; die übrigen Kosten sind nicht recht meßbar und können in dem Maße ja gar nicht abgedeckt werden.

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß die Verkehrsunfälle in Österreich in den ersten neun Monaten des heurigen Jahres 40 000 betragen haben, die landwirtschaftlichen Arbeitsunfälle unter 19 000, daß bei der Landwirtschaft von diesen 19 000 „nur“ mehr – im Vergleich zu früher – 115 Personen den Folgen des Unfalles erlegen sind, früher waren es jährlich 200 bis 300, währenddem bei den Verkehrsunfällen von diesen 40 000 ungefähr 1 100 tödlich verlaufen sind. Die Landwirtschaft bemüht sich also mit großem Erfolg, dafür zu sorgen, daß es möglichst wenig Aufwand von dieser Seite her in der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung der Zukunft gibt und deswegen vielleicht auch die Probleme leichter gelöst werden könnten.

Nun zur Bauernpensionsversicherung noch einige Worte. Ebenfalls im Initiativantrag der Abgeordneten Pansi, Dr. Schranz und Genossen war vorgesehen, daß die Beiträge zur Bauernpensionsversicherung ab 1. Jänner 1978, das heißt der Hebesatz, auf 10 Prozent erhöht werden soll, bei gleichzeitiger Umstellung von den Versicherungsklassen auf den Versicherungswert. Es ist ja bekannt, daß der 5. Bauern-Pensionsversicherungsgesetz-Novelle lange Verhandlungen vorausgegangen sind. Der Regierungsentwurf war in vielen Punkten für die Landwirtschaft nicht annehmbar. Es ist aber in langen Verhandlungen gelungen, letztlich doch eine einvernehmliche Auffassung zu erzielen, sodaß die 5. B-PVG-Novelle dann doch einstimmig beschlossen werden konnte.

Ich möchte darauf im einzelnen jetzt nicht mehr eingehen, was vorgesehen war und was letztlich als Verhandlungsergebnis herausgekommen ist. Ich möchte nur das eine herausgreifen: Es konnte vereinbart werden, daß im Jahre 1977, also im laufenden Jahr, 71 Prozent des Einheitswertes das Jahreseinkommen eines Land- und Forstwirtes sein soll. Vorgesehen waren ursprünglich 100 Prozent. Im Jahre 1978 sollten es 76 Prozent sein nach geltendem Recht. Nun kommt die Umstellung auf den Versicherungswert, es kommt eine Erhöhung des

7120

Nationalrat XIV. GP - 74. Sitzung - 2. Dezember 1977

Dr. Halder

Hebesatzes, also des Beitragssatzes, auf 10 Prozent, und zwar bevor die Erhöhung von 8,75 auf 9 überhaupt wirksam geworden ist. Die wäre ja erst mit 1. Jänner 1978 wirksam geworden. Und jetzt ist also bereits in diesem Gesetzentwurf, der noch einmal ins Haus kommt nach dem Bundesratseinspruch, eine Erhöhung des Hebesatzes auf 10 Prozent vorgesehen.

Es haben auch dazu, und dafür möchte ich dem Herrn Minister ausdrücklich danken, Gespräche stattgefunden. Die Sache wurde sogar im Sozialausschuß noch einmal abgesetzt und ist neuerdings beraten worden. Es ist dann doch eine einvernehmliche Lösung zustande gekommen, indem man dem Hebesatz von 10 Prozent zustimmen wird, jedoch hat der Herr Bundesminister zugesagt, daß im Frühjahr des kommenden Jahres neuerdings Gespräche stattfinden werden mit dem Ziel, die Degression, die jetzt schon vorgesehen ist, aber noch nicht in zureichendem Maße, noch weiter im Interesse der Landwirte mit höheren Einheitswerten zu verbessern.

Herr Bundesminister! Ich will hoffen, daß es dann wieder gelingen wird ... *(Bundesminister Dr. Weißenberg: Zu verhandeln, habe ich gesagt!)* Zu verhandeln! Ja, natürlich. Daß Gespräche stattfinden, meinte ich, also Verhandlungen stattfinden.

In dem Zusammenhang aber, Herr Bundesminister, komme ich nach wie vor nicht umhin, auf das Problem der Überbrückungshilfe zu verweisen. Es ist gerade vorhin einiges vom Kampf gegen die Armut gesagt worden. Wir haben noch eine kleine Personengruppe, die echt wieder durch den Rost fällt. Und ich komme einfach nicht mit, Herr Bundesminister, daß sich die Bundesregierung stereotyp dagegen wehrt, daß das sogenannte Ausgleichszulagenrecht eine Kompetenz des Bundes ist nach unserer Bundesverfassung. Die Bundesregierung sagt, Ihr Herr Vorgänger, Herr Ing. Häuser, hat es gesagt, Sie, Herr Dr. Weißenberg, sagen, daß es sich dabei um eine Kompetenz der Länder handle, der Bund habe sich nur einmal freiwillig bereit erklärt, eine Mitleistung zu erbringen.

Herr Bundesminister, Sie kennen die Arbeit der Sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft. Darin finden sich, wie gesagt, Feststellungen, die verfassungsrechtliche Aussagen darstellen. Ich will nichts anderes, als daß Sie einmal prüfen lassen, ob der Standpunkt stimmt oder ob er nicht stimmt.

Es ist eindeutig ausgesagt, daß die versuchte Einbeziehung der Länder in das Zuschußrentenproblem durch eine sogenannte fürsorgliche Lösung verfassungsrechtlich nicht begründbar ist. Sowohl die Regelung des Ausgleichszula-

genrechtes als auch die eigentliche Umwandlung der Zuschußrenten in Übergangspensionen ist nach Artikel 10 Abs. 1 Z. 11 Bundes-Verfassungsgesetz Bundessache in Gesetzgebung und Vollziehung. Die alleinige Zuständigkeit des Bundes stand auch anlässlich der Bereinigung des Altrentenproblems im Bereich der Unselbstständigen durch die 8. ASVG-Novelle außer Streit.

Das ist unser Standpunkt, wir bleiben dabei. Es gibt immerhin noch Menschen – im letzten Dezember waren es 43 Leute –, die volle 6 000 S einmalig bekommen haben, die überhaupt nicht das geringste Ausgedinge haben. Jetzt sagen Sie mir, Herr Bundesminister, wie solche Leute leben sollen. Die Ziffern lauten derzeit: 1977 Mindestübergangspension 758 S. Sonst haben diese Leute nichts. Im Jahre 1978 Mindestübergangspension 819 S, im Jahre 1979 881 S. Und wie hoch ist der Richtsatz? Im Jahre 1978 4 420 S, glaube ich, und über 3 000 S für Alleinstehende. Wir sehen also, welche Lücke hier klafft.

Ich kann mir einfach nicht vorstellen, wenn man den Kampf gegen die Armut ernst nimmt, daß man diesem Problem nicht doch die gebührende Bedeutung beimißt und daß die Bundesregierung sich nicht endlich ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtungen klar ist, auch für diesen Personenkreis der Bedürftigsten endlich auch einmal etwas zu tun, was sie einsichtigerweise einmal – allerdings damals unter Mitwirkung der Länder – schon getan hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Egg.

Abgeordneter Egg (SPÖ): Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Mein Vorredner hat sich heute in bewährter Weise bemüht, die wirtschaftliche Entwicklung und die Situation möglichst pessimistisch darzustellen, eine Art, die wir schon seit einigen Jahren in diesem Hause von den Oppositionsparteien kennen, und eine Art, die uns deshalb sicherlich nicht fremd sein kann. Ich möchte Ihnen allerdings auch in aller Offenheit zugeben, daß im Hinblick auf die internationale wirtschaftliche Entwicklung sicher nicht vermieden werden kann, daß sich das eine oder andere Problem auch im größeren Ausmaß in Österreich bemerkbar macht. Nur unterscheidet uns, sehr verehrte Damen und Herren der Opposition, als Sozialistische Partei von Ihnen doch eines: Sie haben nämlich in der Zeit von 1966 bis 1970 immer noch mehr Arbeitslose gehabt, während wir vom Jahre 1970 bis zum Jahre 1977 weniger hatten, allerdings mit dem Unterschied noch zusätzlich, daß die sozialistische Regierung schon seit

Egg

Jahren alle Vorbereitungen getroffen hat, um in unserem Lande die weitere Entwicklung für die Zukunft im positiven Sinne sicherzustellen.

Ich bin überzeugt davon, daß auch für die Zukunft alle notwendigen Aktivitäten und Aktionen gestartet werden, um die Schwierigkeiten, die sicherlich vorhanden sind, gemeinsam im Interesse der österreichischen Bevölkerung zu meistern.

Daher kann ich mit gutem Gewissen unter dieser Prämisse darauf hinweisen, daß im Jahre 1977 das soziale Netz in Österreich doch um einiges enger geknüpft worden ist. Es wurde nicht nur der Mindesturlaub auf 24 Werktage erhöht und damit zwei Dritteln der Arbeitnehmer eine entsprechende Verlängerung zuerkannt, es wurde auch der Pflegeurlaub als Sonderfall einer berechtigten Arbeitsverhinderung eingeführt, ein Insolvenzentgeltsicherungsgesetz geschaffen, aber auch der Versicherungsschutz für die österreichische Bevölkerung wieder in einem entsprechenden Ausmaß ausgedehnt, sodaß nun in die soziale Krankenversicherung immerhin 97,1 Prozent der österreichischen Bevölkerung einbezogen sind.

Dasselbe gilt für Schüler und Studenten hinsichtlich der Unfallversicherung beziehungsweise des Schutzes in diesem sozialversicherungsrechtlichen Bereich, und es gilt auch bekanntlich für die bäuerlichen Zuschußrenten, die in Übergangspensionen umgewandelt und etappenweise erhöht wurden. Es ist aber trotzdem sicherlich berechtigt, seitens der Opposition entsprechende Wünsche für die weitere Entwicklung anzumelden, aber man sollte auch bitte nicht vergessen, daß die diesbezüglichen Aktivitäten von der sozialistischen Regierung nach 1970 gesetzt wurden und nicht etwa von der vorhergehenden Aktivität der ÖVP-Regierung ausgegangen sind.

Ich darf auch darauf hinweisen, daß der nachträgliche Einkauf von Versicherungszeiten im pensionsversicherungsrechtlichen Bereich unter bestimmten Voraussetzungen möglich gemacht worden ist und daß die Pensionen und Ausgleichszulagen regelmäßig angehoben wurden. Jetzt mit 1. Jänner des kommenden Jahres immerhin um 6,9 Prozent.

All das zeigt, daß das Budget 1978 auch dem hohen sozialpolitischen Stand in Österreich voll Rechnung trägt.

Im Kapitel Soziales sind eine Reihe von Ansatzpunkten, die eine wesentliche Erhöhung beinhalten. So gibt es mehr Mittel für die Opferfürsorge, für die Hilfeleistung an Verbrechensopfer, für Kriegsoffer, aber auch für die Arbeitsmarktförderung. Ebenso ist festzustellen, daß für die Empfänger der Ausgleichszulagen

hinsichtlich der Witwenzusatzrenten in der Kriegsopferversorgung zusätzlich 200 Millionen Schilling vorgesehen sind und generell die Pensionen in diesem Bereich um 8,1 Prozent erhöht werden. Auch die Kleinrenten sind im Jahre 1978 um etwa 15 Prozent angehoben.

Wenn man sich diese Dinge ins Bewußtsein ruft, dann wird klar, daß damit die soziale Sicherheit im Pensionsbereich seit dem Jahre 1970 wesentlich besser als je zuvor realisiert worden ist.

Wenn Funktionäre der Österreichischen Volkspartei vor einigen Wochen behauptet haben, daß die Erhöhung der Rezeptgebühr von 6 auf 15 S auch auf die Bezieher der kleineren Pensionen zutrifft, so darf ich doch darauf hinweisen, daß diese Behauptung wenn nicht falsch, so zumindest irrtümlich war, einfach deshalb, weil so wie seit Jahrzehnten auch weiterhin für diese sozial schwachen Gruppen die Befreiung von der Rezeptgebühr sichergestellt ist.

Diese systematische Politik der Verunsicherung der Versicherten in der Krankenversicherung ist zweifellos weder im Interesse einer demokratischen Entwicklung noch im Interesse der Bevölkerung selbst, weshalb wir uns davon auch entschieden distanzieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nach dem Grundsatz, verehrte Damen und Herren, daß die Verhinderung der Arbeitslosigkeit auch ökonomischer ist, als Arbeitslosenunterstützung zahlen zu müssen, wurde für 1978 im Bereich der Arbeitsmarktförderung immerhin ein Betrag von 1 070 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Zusätzlich befinden sich noch in Reserve 300 Millionen Schilling zur Schaffung von etwa 2 000 weiteren Arbeitsplätzen beziehungsweise Lehrplätzen vor allen Dingen für Jugendliche.

In den drei Schwerpunkten der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen drückt sich die Vorsorge der sozialistischen Regierung für das Jahr 1978 deutlich aus. Hier sind Aufgangsschulungen und Umschulungen zur weiteren Qualifikation der Arbeitnehmer vorgesehen, Beiträge zur Entwicklung von Gebieten mit ungünstigen Strukturen. Die Bereitstellung bzw. Förderung der Schaffung zusätzlicher Lehrplätze ist, wie schon vorher kurz angeführt, ebenfalls in Aussicht genommen und entsprechend vorbereitet.

Wenn man sich in Erinnerung ruft, daß immerhin wir Österreicher seit 1970 ein um 10 Prozent rascheres Wirtschaftswachstum als das deutsche zu verzeichnen haben und ein um 25 Prozent größeres Wirtschaftswachstum als die Schweizer Wirtschaft zu verzeichnen haben, so

Egg

zeigt das doch, daß die gemeinsame wirtschaftliche Aktivität, die entwickelt wurde, nämlich jene der sozialistischen Regierung einerseits wie auch die der Unternehmungen andererseits – das sei dabei auch deutlich gesagt – jene Ergebnisse gebracht haben, die uns mit entsprechender positiver Einstellung auch in Zukunft der Schwierigkeiten Herr werden lassen.

Wenn wir heute mit Freude sagen können, daß wir immerhin in diesem Zeitraum 350 000 neue Arbeitsplätze geschaffen haben, während in der Bundesrepublik um 900 000 weniger zu verzeichnen sind und in der Schweiz um 260 000 Arbeitsplätze weniger vorhanden sind, so beweist das, daß ein tiefer Ernst die sozialistische Regierung und die sozialistische Mehrheitspartei in den letzten Jahren erfüllt hat, um die Lösung der wichtigsten Aufgabe, eine möglichst hohe Beschäftigung in Österreich zu erhalten, sicherzustellen. *(Beifall bei der SPÖ. – Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Ich möchte heute nicht auf diverse Details im Zusammenhang mit dem Schicksal einzelner Arbeitsloser eingehen, weil ich mich in diesem Bereich sodann mit der Praxis der Ausländerbeschäftigung, der vergleichbaren Qualifikation und ähnlichen Dingen beschäftigen müßte, die nur zu Auseinandersetzungen an diesem Platz führen würden. Es wird sicherlich ein andermal Gelegenheit sein, eingehender darüber zu sprechen.

Aber die Tatsache, daß immer wieder – auch gestern und vorgestern – die Position der Steuern und Sozialabgaben in Österreich als besonders unerträglich hingestellt wurde, veranlaßt mich, doch dazu einige wenige Sätze zu sagen, weil es sich ja um eine extrem übertriebene Kritik handelt, die vorliegt. Es ist schon klar, daß wir in Österreich einen Anteil von 36,5 Prozent des Bruttonationalproduktes an Steuern und Sozialabgaben zu entrichten haben. Aber ebenso klar ist, daß lediglich die Engländer, die Italiener und die Schweizer niedrigere diesbezügliche Leistungen zu erbringen haben; das wirkt sich unmittelbar in der Folge dahin gehend aus, daß dort die soziale Sicherheit nicht jenen hohen Standard erreicht hat, auf den wir mit berechtigtem Stolz blicken können.

Wenn man von uns mehr Sparsamkeit und Einschränkungen auf der Ausgabenseite des Budgets verlangt, so ist das das gute Recht der Opposition. Nur sollte man dann nicht im selben Atemzug, wie das immer wieder geschieht und sicherlich auch in den nächsten Tagen geschehen wird, gleichzeitig eine Fülle von Forderungen erheben, zu deren Finanzierung Milliarden notwendig wären und die zur Folge hätten, daß das Budget noch mehr mit Defizit belastet

werden müßte. *(Ruf bei der ÖVP: Was denn?)* Denken Sie lediglich an die Forderung 5 Prozent mehr für die Landesverteidigung, was allein rund 5,5 Milliarden Schilling erfordern würde, und denken Sie an die Lohnsteuerreform, die Sie schon für das nächste Jahr, etwa im Ausmaß von 17 Milliarden, gerne gehabt hätten. *(Ruf bei der ÖVP: Wo ist der Antrag?)*

Das sind Äußerungen, verehrte Damen und Herren, die Sie im Laufe der letzten Monate, im Laufe des Jahres 1977 gemacht haben, und wenn Sie es nicht mit einem Antrag untermauert haben, so bedeutet das lediglich, daß Ihnen offenbar weder die Forderungen wichtig sind, die Sie gestellt haben, noch ein ausgeglichenes Budget wichtig ist. Denn sonst könnten Sie nicht einmal A und einmal B in diesem Zusammenhang so deutlich darlegen, wie Sie es getan haben. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Zittmayr: Sie haben ja den Text der Rede vom Vorjahr!)* Verehrter Kollege Zittmayr! Das ist durchaus nicht ein Text vom Vorjahr, denn im Vorjahr, lieber Kollege Zittmayr, habe ich ja nicht zu diesem Kapitel, sondern zu einem ganz andern gesprochen. Aber soweit reicht das Erinnerungsvermögen bei manchen halt leider nicht. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Mein Gott, Herr Kollege Blenk, Sie wollen doch überall alles verstehen. Ich gebe zu, daß ich nicht überall alles verstehe. Aber ich würde mich genieren, in jedem Bereich, in jedem Kapitel Bemerkungen zu machen, die letztlich nichts anders bedeuten als eine Diffamierung der eigenen Fraktion, und das tun Sie offensichtlich ununterbrochen.

Ich möchte festhalten, daß auch im Jahr 1978 im Rahmen der 33. ASVG-Novelle eine Reihe von Verbesserungen durchgeführt wird, das ist einmal die Anrechnung von Zeiten, die die Mutter anlässlich der Betreuung des Kindes verbringt, als Versicherungszeiten, eine besondere Verbesserung der pensionsversicherungsrechtlichen Bestimmungen für Bergleute, deren Betriebe stillgelegt werden, Versicherungsschutz für Entwicklungshelfer und eine Fülle anderer Korrekturen. Das heißt also, daß die soziale Sicherheit sicher nicht eingeschränkt wird, sondern trotz verschiedener Umschichtungen im Budget eine entsprechende qualitative Verbesserung erfährt.

Ich möchte niemand anderen als Kollegen Kohlmaier, der ja heute auch zu diesem Thema gesprochen hat, mit seinem Artikel kurz in Erinnerung rufen, der vor wenigen Wochen erklärt hat, daß Österreich das Recht hat, für sich in Anspruch zu nehmen, ein hochentwickeltes System der sozialen Sicherheit zu haben. Und ich glaube, daß man dieser Äußerung durchaus

Egg

zustimmen kann, nur stimmt es eben dann bedenklich, wenn etwa im selben Zeitraum der Sozialexperte der Industriellenvereinigung, der Herr Professor Stummvoll, auf dem Standpunkt steht, daß Arbeitnehmer eindeutig Privilegierte seien. (*Abg. Dr. Gruber: Das ist kein Professor!*) Wenn also diese Äußerung ernst genommen werden soll, dann läßt sich etwa daraus entnehmen, wie das sozialpolitische Umdenken eines Teils der VP-Sozialpolitiker aussehen würde – ich sage ausdrücklich eines Teils! Aber unter solchen Prämissen und Gesichtspunkten können wir diese Art der Äußerung sozialpolitischer Zielsetzungen als Sozialisten lediglich ablehnen und keinesfalls zur Kenntnis nehmen. (*Zwischenruf des Abg. Glaser*)

Blenden wir abschließend kurz zurück. Herr Kollege Glaser, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß ich jetzt abschließend spreche, um heute keinen weiteren Wirbel zu verursachen. Ich hätte noch einige Positionen. (*Abg. Dr. Gruber: Wir machen es nicht so wie Sie gestern!*) Aber blenden wir bitte kurz zurück: 1970 hat der Anteil an Ausgaben – bitte sehr, hören Sie sich das einmal an, Herr Kollege Gruber –, 1970 hat der Anteil der Ausgaben für die soziale Sicherheit in Österreich 17,2 Prozent betragen, und zwar der Anteil am Bruttonationalprodukt. Im Jahre 1976 hat der Anteil am Bruttonationalprodukt 19,4 Prozent betragen, und im Jahre 1977 wird der Anteil wieder angehoben sein. Das heißt aber, daß wir diesen Weg der Sozialpolitik, der Garantie und der Verbesserung der sozialen Sicherheit auch im nächsten Jahr konsequent weitergehen werden und nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten auch weiterhin jene qualitativen Verbesserungen den Österreichern und Österreicherinnen bringen, die wir ihnen im Rahmen dieser wirtschaftlichen Entwicklung auch tatsächlich bringen können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Abgeordnete Steininger hat gemeint, die sozialistische Fraktion sei stolz auf das Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz sowie auf seine Leistungen. Wir Freiheitlichen können diesen Stolz nicht teilen. Wenn in der Broschüre „Der Staatshaushalt 1978“ einleitend zum Umweltschutz bemerkt wird: „Umweltschutz ist eine Herausforderung an unsere Gesellschaft“, so können wir dem wohl zustimmen. Wir müssen aber gleichzeitig dazu sagen, daß die Tätigkeit, der Wirkungsgrad, die Effizienz des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz für uns freiheitli-

che Abgeordnete eine Herausforderung ist. Das, was uns bisher an Erfolgen dieses Ministeriums geboten wurde, kann uns keineswegs dazu bewegen, Stolz oder Freude zu zeigen. Im Gegenteil!

Es erscheint uns so, als ob jene Überschrift über der Zeit der Tätigkeit dieses Ministeriums formuliert werden könnte, die sich in der „Kronen-Zeitung“ vom 1. Dezember als Untertitel findet, nämlich „Lausige Zeiten“. Wenn das in dem Fall auch so gemeint ist, daß die Ergebnisse des Ministeriums schlecht und die Dotierungen für die großen Aufgaben, in Sonderheit aber die Kompetenzen unzureichend sind, so muß auf diesen Titel doch deswegen zurückgekommen werden, weil in dem Artikel ein Faktum geschildert wird, über dessen Bearbeitung ich gerne Aufschluß bekommen hätte.

Es heißt nämlich dort: „Freiheit von Ungeziefer in Österreich ein unerschwinglicher Luxus? ‚Teure‘ Läusearmeen feiern in den Schulen fröhliche Urständ.“ Dann wird weiter geschildert, daß die Ausbreitung des Ungeziefers eine Entwicklung genommen hat, die sich als ausgesprochen unerfreulich erweist.

Der Ombudsman der „Kronen-Zeitung“ weist darauf hin, daß es doch interessant wäre zu wissen, wie die zuständigen Behörden dazu stehen und welche Initiativen sie gesetzt haben, um dieser Läuseinvasion entgegenzuarbeiten. Denn es ist eine Schande für einen Kulturstaat, daß ein solches Phänomen wie die Verlausung in den Schulen auftritt und darüber auch in einer Zeitung unter dem Titel der finanziellen Beitragsleistung der Eltern für die Entlausung und die Bekämpfung der Läuse diskutiert werden muß.

Es wäre hier doch ganz interessant zu erfahren, was einerseits das Sozialministerium, andererseits das Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz in dieser Richtung tun. Das ist aber nur ein kleiner Randbereich, eine fast unbedeutende Vorbemerkung zu der gesamten Problematik, die sich immer wieder deutlich zeigt, wenn man die theoretischen Erklärungen betrachtet, die der Diskussion um den Umweltschutz vorangehen, und sich dann die Praxis ansieht, in der diesen großzügigen Erklärungen eben nicht Rechnung getragen wird.

So gibt der Problemkatalog für das neue Parteiprogramm der Sozialistischen Partei (*Abg. Dr. Kohlmaier: Problematischer Katalog!*) eine sehr umfangreiche Darstellung nach dem einleitenden Hinweis, daß das Umweltbewußtsein sozusagen neu in diese Überlegungen einbezogen werde. Diese Darstellung deckt sich mit unseren Vorstellungen. Sie lautet, daß neben

Dipl.-Ing. Hanreich

einem verbesserten Bewußtsein für die Situation der Umwelt in Zukunft zur Lösung des Problems und zur Vorwegnahme des Entstehens von neuen Problemen das Verursacherprinzip auf lange Sicht gesehen in dem Sinne radikalisiert werden müsse, daß es nicht genügt, den Verursacher von Schäden zur nachträglichen Behebung der Schäden und der Schadensursache zu zwingen, sondern potentieller Schaden von vornherein verhindert werden soll.

Ich glaube, daß diese Darstellung mit den Ausführungen unseres Freiheitlichen Manifestes, nämlich daß die Kosten des Umweltschutzes grundsätzlich vom Verursacher zu tragen sind, übereinstimmt und darin ein Ansatz liegt, der zu einem gemeinsamen Vorgehen im Bereich des Umweltschutzes geeignet wäre.

Wir glauben allerdings auch, daß man es dann nicht damit abtun kann, der „kapitalistischen“ Wirtschaft vorzuwerfen, sie wäre nicht geeignet, die Probleme des Umweltschutzes zu lösen, sondern viel eher, daß durch eine entsprechende Steuer-, Abgaben- und Preispolitik die Erzeugung und der Verbrauch langlebiger Wirtschaftsgüter sowie die Rückgewinnung von Rohstoffen begünstigt werden müssen, wie es im Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik heißt.

Das bedeutet aber, daß Aktivitäten gesetzt werden müssen, Aktivitäten, die natürlich ihren Ausgang im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz nehmen sollten.

Die erste Voraussetzung dafür – ich bin es fast überdrüssig, das hier wieder auszuführen – ist die Tatsache, daß das Ministerium die notwendigen Kompetenzen erhalten muß. Wann wird es denn endlich soweit sein, daß man sich dazu aufrufen kann, all den zum Teil schon lange zurückliegenden Überlegungen Rechnung zu tragen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz die Möglichkeit bekommt, seiner Aufgabe auch wirklich gerecht zu werden?

Wieweit sind denn die Arbeiten an einem Umweltschutzgesetz eigentlich gediehen? Es gab wohl die Ankündigung eines Entwurfes, aber man hat in der Zwischenzeit nichts mehr gehört.

Auch die Weiterentwicklung in bezug auf Detailprobleme hat sich bestenfalls in Form von Enqueten, Kongressen oder Informationstagen abgespielt. Konkrete Details, die tatsächlich zu einer Verbesserung der Situation geführt hätten, sind nicht zu erkennen.

Dabei hat man im Jahre 1972 mit dem Gesundheits- und Umweltschutzplan des Bun-

desministeriums eine Fülle von Aufgaben deutlich aufgezeigt und herausgestellt. Man hat immer wieder darauf hingewiesen, daß man eine ganz große Gruppe von verschiedenen Ansätzen hat und vorfindet, um unsere Umwelt zu verbessern, was dringend notwendig sei.

Mit einem dieser Punkte möchte ich mich nun befassen, und zwar mit dem Punkt, der in dem zitierten Gesundheits- und Umweltschutzplan des Ministeriums unter der Formulierung „Minimierung der Lärmbelästigung“ angeführt ist und über dessen weiteres Schicksal ich mich gerne etwas näher informiert hätte, da mich interessieren würde, wie denn das Bundesministerium eigentlich fortzufahren gedenkt. Denn das, was wir in dieser Hinsicht bisher geboten bekommen haben, ist ausgesprochen unzureichend.

Es steht fest und ist völlig unbestritten, daß der Lärm diejenige Umweltbelastung ist, die der österreichische Staatsbürger am deutlichsten spürt. Erhebungen haben gezeigt, daß es keine Form der Umweltbelastung gibt, die den Bürger so sehr belastet wie gerade der Lärm, egal, ob es nun der Lärm des Straßenverkehrs, der Lärm in den Wohnungen oder der Lärm an den Produktionsstätten ist. Der Lärm ist zu einer Geißel unserer Zeit geworden. Es steht fest, daß er eine Fülle von Schädigungen nach sich zieht, die im harmlosesten Fall bei verringerter Hörfähigkeit beginnen und im schlimmsten Fall, was die Hörtüchtigkeit anlangt, zur Taubheit führen können. Es sind aber darüber hinaus noch weitere Zivilisationserscheinungen und Zivilisationskrankheiten auf die Einwirkung des Lärms zurückzuführen. Unbestritten ist, daß Konzentrationsschwächen, nervöse Schädigungen und psychosomatische Erkrankungen in sehr vielen Fällen durch Lärmbelästigung entstehen.

Daher ist es richtig und von besonderer Bedeutung, sich mit den Fragen des Lärms, des Lärmschutzes auseinanderzusetzen und Wege aufzuzeigen, um eine Verbesserung dieser zunehmend unerträglichen Situation herbeizuführen. Denn der Lärm verfolgt uns ja nicht nur am Arbeitsplatz und in den Wohnungen, er verfolgt uns nicht nur in den Ballungszentren und Industriebetrieben, sondern er belästigt uns schon längst auch in den Fremdenverkehrs- und Erholungsräumen. Selbst auf den Gipfeln der Alpen kann man sich den Einwirkungen des Lärms unserer Zivilisation nicht entziehen.

Und was tut nun das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz, um dem Lärm zu begegnen? (*Abg. Dr. Kohlmaier: Nichts!*) Der Kollege Kohlmaier hat gemeint, nichts. So schlimm ist es wieder auch nicht, aber wenn das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz etwas gegen den Lärm unter-

Dipl.-Ing. Hanreich

nimmt, dann tut es das beängstigend leise. Es tut das so leise, daß der Staatsbürger zuerst aus eigenem an das Ministerium herantreten muß, um überhaupt von diesen Aktivitäten zu erfahren.

Denn es gibt, wie ich einer Zeitung entnehme, im Ministerium wäschekorbweise eine Broschüre über Lärmbelästigung. Ich war sehr verblüfft, als ich davon gehört habe, in der Zeitung davon gelesen habe, und habe sofort versucht, im freiheitlichen Klub eine solche Broschüre zu bekommen. Und siehe da, es hat sich herausgestellt, daß diese Aktivitäten des Ministeriums nicht bis an den Klub herangetragen worden sind. Als ich daraufhin den Obmann des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz, meinen Klubkollegen Dr. Scrinzi, befragt habe, ob ihm diese Broschüre bekannt sei, hat er mir zwar bestätigt, davon auch gelesen zu haben, aber erklärt, diese Broschüre bisher noch nicht zu Gesicht bekommen zu haben.

Da stellt sich dann die Frage, mit welcher Wirkung in die Öffentlichkeit, mit welcher Signalwirkung agiert das Bundesministerium bei der Bekämpfung des Lärms mit dieser Lärmfibel, in der mit sehr hübschen Zeichnungen die Problematik des Lärms, seiner negativen Auswirkungen und seiner Bekämpfung für den Laien durchaus lehrreich dargelegt wird? Wer hat denn diese Lärmfibel wirklich bekommen? Liegt sie jetzt tatsächlich in Wäschekörben nach wie vor im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz? Sind diese Broschüren an den Schulen verteilt worden? Wie ist man wirklich an die Bevölkerung herangetreten?

Die Vorstellung in einer Pressekonferenz allein mit einem Echo von einigen Zweispaltern in verschiedenen Zeitungen kann doch um Gottes willen nicht die einzige Aktivität sein, die gekoppelt mit dem Hinweis, jeder Staatsbürger könne eine solche Broschüre ganz kostenlos beim Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz anfordern, gesetzt worden ist, um im Kampf gegen den Lärm tatsächlich aktiv zu werden. Das ist doch einfach zu wenig!

Auch die Bemerkung, es sei nur ein erster Schritt, die mit Sicherheit kommt, wenn auf eine solche Situation hingewiesen wird, muß nach nunmehr siebenjähriger sozialistischer Aktivität auf dem Gebiet von Gesundheit und Umweltschutz als ein sehr trauriges Zeichen dafür gewertet werden, wie ernst man die Problematik nimmt.

Immerhin führt die Broschüre an, daß Lärmschwerhörigkeit die weitaus häufigste Berufskrankheit ist, fast dreimal so häufig als die an zweiter Stelle stehende Staublunge. Man muß sich vor Augen führen, um die Bedeutung dieses

Phänomens zu ermessen, daß Schwerhörigkeit neben der rein körperlichen Beeinträchtigung ja auch zwangsläufig eine psychische Beeinträchtigung nach sich zieht. Die Verständigung und die Kontaktnahme zum anderen leidet darunter, daß der Erkrankte vieles unzureichend und schlecht versteht. Die Auswirkungen müssen ernster genommen werden, als das das Bundesministerium durch die Herausgabe dieser Lärmfibel demonstriert.

Man muß doch einmal weiter in die Problematik eindringen und muß versuchen, stärker herauszustellen, welche Bedeutung der Lärm und die Bekämpfung des Lärms hat. Haben wir denn schon ein ausreichendes Lärmbewußtsein? Prüfen die Bürger tatsächlich ihre Situation schon unter dem Gesichtspunkt der Lärmschädigung? Sie sie schon genügend sensibilisiert?

Ich glaube nein, obwohl sich die Bevölkerung durch den Lärm massiv beeinträchtigt fühlt und im besonderen die Wiener Bevölkerung, wie aus einer Umfrage hervorgeht, eine Fülle von Beschwerden hinsichtlich des allzu großen Lärms hat. Immerhin ergab eine Umfrage, daß sich 51,6 Prozent aller Wiener bei Tag und 39,7 Prozent nachts in ihren Wohnungen durch Lärm beeinträchtigt fühlen. Das ist eine Ziffer, die bei immerhin 86,3 Prozent von Rücksendungen – es wurden Karten an die Haushalte geschickt, wobei alle Wiener über 18 Jahre erfaßt wurden – zu denken geben muß.

Unsere Umwelt ist also in dieser Hinsicht, fast muß man sagen, katastrophal. Und was geschieht jetzt wirklich außer dieser Lärmfibel? Was wird tatsächlich an Aktivitäten gesetzt?

Es beginnt damit, daß der Gesetzentwurf über ein Lärmschutzgesetz zwar mehrfach moniert wurde, trotzdem aber nicht vorgelegt worden ist.

Ich verweise auf eine Anfrage meines Klubkollegen Dr. Scrinzi an die Frau Minister Leodolter am 27. April 1972, wozu die Frau Minister als Antwort meinte: „Aber ich möchte zu dem Lärmgesetz sagen – Sie kennen ja die Materie –, daß es eine besonders komplizierte Materie ist, weil der Lärm nämlich nicht in einem Gesetz als solchem behandelt wird, sondern als Annex der jeweiligen Sachkompetenz gilt; also zum Beispiel als Baulärm, als Verkehrslärm, als Gewerbelärm. Diese Materie ist also äußerst schwierig zu behandeln.“

Diese Feststellung hat genügt, um jede ernst zu nehmende weitere Tätigkeit aufzugeben. Das, obwohl es, um diese so detaillierte und zerstreute Materie nur einigermaßen zu steuern, schon im Jahr 1966 einen Entwurf eines Lärmschutzgesetzes gegeben hat und dieser Entwurf auch einem Begutachtungsverfahren

Dipl.-Ing. Hanreich

unterzogen worden ist. Trotzdem hat man keine Initiativen gesetzt.

Es ist aber auch kein Antrag gekommen – wenn man schon glaubt, daß man in so differenzierter und zerstreuter Form das Problem nicht lösen soll –, die von uns immer wieder geforderte Umweltschutzkompetenz für das Ministerium zu statuieren und ihm damit die Möglichkeit zum Eingreifen zu geben.

Man hat es einfach bleiben lassen und sich darauf beschränkt, in Kommissionen Messungen vorzunehmen und Überlegungen anzustellen, was die Wissenschaftler an sich weitgehend schon vorher gewußt, erkannt und auch in entsprechenden Veröffentlichungen dargelegt haben, daß man Normwerte ermittelt, aufgezeichnet und auch objektiv und meßbar festgestellt hat, was als unzumutbarer Lärm empfunden werden kann.

Wobei man, und das wäre an sich positiv als Ansatz, festgestellt hat, daß die zumutbaren Lärmschwellen und Lärmerscheinungen je nach Region und Gebiet unterschiedlich angesetzt werden müssen. Daraus geht hervor, daß die Lärmschutzaktivitäten Auswirkungen in den einzelnen Bundesländern auf die regionalen, ja in den einzelnen Gemeinden auf die Flächenwidmungspläne haben müßten und daß man bei all den Projekten untersuchen müßte: Wie sieht es denn eigentlich mit der Lärmauswirkung jener Einrichtungen aus, die in den einzelnen Bereichen geplant werden?

Das würde heißen, daß man eben bei einem Flugplatz ausreichende Schutzzonen vorsehen muß, um die Lärmbelästigung hintanzuhalten. Das würde auch bedeuten, daß man bei Straßen entsprechende Zonen vorsehen muß, wie das jetzt im Ansatz gesetzlich vorgesehen ist, jedoch in der Praxis noch weit nachhinkt hinter dem, was notwendig wäre, um der Wohnbevölkerung eine bessere Situation zu bieten.

Mit den allgemeinen gesetzlichen Regelungen allein kann es natürlich nicht getan sein. Und wenn auch diese ausstehen, fehlt uns umso mehr die Aktivität in den Details, wirkliche Verbesserungen durchzuführen.

Wo sind denn die Untersuchungen darüber, welche Reifen bei den Fahrzeugen die geringste Lärmentwicklung mit sich bringen? Selbst bei den Straßenbelägen sind die entsprechenden Untersuchungen noch völlig unzureichend. Wie sieht es denn aus mit der Auswirkung zum Beispiel von Spikes im Sinne der Lärmbelästigung neben den anderen negativen Auswirkungen, die ja zur Genüge bekannt sind? Wie steht es eigentlich mit der Überprüfung von Fahrzeugen, die wir alle weitgehend importieren, im Hinblick auf die Lärmbelästigung der

Insassen? Wo gibt es also die Messungen und Überprüfungen, die sicherstellen, daß durch diese zusätzliche Lärm- und Vibrationsbelastung keine negativen Effekte auftreten bei Kraftfahrern, die über längere Zeiträume mit ihren Fahrzeugen unterwegs sind?

Wie sieht es denn aus, um vom einem Gebiet weg auf ein ganz anderes überzugehen, von dem man ja schon weiß, daß es mit einer ganzen Reihe von Negativa behaftet ist, mit den Haushaltsgeräten? Wo sind denn die Aktivitäten des Handelsministers, angeregt durch die Frau Gesundheitsminister, im Hinblick auf eine Produktdeklaration mit besonderer Berücksichtigung der akustischen Wirkung von verschiedenen Geräten, die im Haushalt benutzt werden und eine negative Auswirkung haben können? Dazu kommt noch, daß die Vorstellung des Konsumenten sehr oft noch völlig falsch ist. Man identifiziert das Geräusch und die Intensität des Geräusches, das ein Haushaltsgerät erzeugt, in sehr vielen Fällen mit der Leistungskraft des Motors und kauft dadurch unter völlig falschen Gesichtspunkten.

Wo sind denn hier die aufklärenden Aktivitäten, und wo ist hier der Hinweis für den Staatsbürger, Abstand zu nehmen vom Ankauf von Geräten, die seine Umwelt noch zusätzlich belasten?

Und selbst darüber hinaus gehend müßte man fragen, wie es denn mit der bewußten Beseitigung von Belastungen steht, die sich im Wohnbereich ergeben, Belastungen, die in den Wohnungen selbst auftreten durch den Verkehrslärm von außen, den man nur über die Bauordnungen bekämpfen kann, wenn man nicht eine Gesamtkompetenz für solche Umweltschutzfragen statuieren will. Es wird aber viel zu wenig bewußt auf dreifache Verglasung hingewirkt, es werden zusätzliche Vorsatzfenster noch keineswegs bewußt als Ergänzung und Hilfsmittel zur Beseitigung der Lärmbelästigung eingesetzt, erst in den letzten Wochen sind Lüftungseinrichtungen, die verhindern, daß akustische Wirkungen von außen in den Raum eindringen, als Importe auf den Markt gekommen, und die Anregungen des Ministeriums in Zusammenarbeit mit dem Handelsministerium oder dem Wissenschaftsministerium nicht ausreichen, Entwicklungen in dieser Richtung im Sinne einer Produktinnovation voranzutreiben.

Viel zu wenig intensiv und viel zu wenig entwickelt sind die Vorschriften auf dem Gebiet des Bauwesens in diesem Sinne. Nun steht die Frage des Energieeinsparens viel stärker im Vordergrund. So wesentlich sie auch ist, sollte man eben doch auf die Lärmbelästigung nicht vergessen, die oft unbewußt eine negative Auswirkung hat, die bekämpft werden muß und

Dipl.-Ing. Hanreich

die von den Stellen, die für die Gesundheit und den Umweltschutz verantwortlich sind, aufgezeigt und dargestellt werden muß.

Das gilt auch für die Lärmbeseitigung im Inneren, ob das die Trittschalldämmung in den Wohnungen ist, über die Isolierung der Stiegenhäuser und Aufzüge von den Wohnräumen, insbesondere von den Schlafräumen, über das entsprechend abgedämmte Verlegen von Leitungen sowie die Wärmedämmung von Entlüftungsschächten und ähnliches mehr bis hin zur Luftschalldämmung, die bei Decken erforderlich ist.

Man könnte diese Liste beliebig fortsetzen. Es gibt eine Unzahl von Ansatzmöglichkeiten, dem Feind unserer Nerven, dem Lärm, der Plage Nummer eins, Paroli zu bieten.

Dazu würde es einer intensiveren Arbeit des Ministeriums bedürfen, einer besseren Koordination über die Ressortgrenzen hinweg und einer nicht nur verbalen Bereitschaft, die Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen unserer Zivilisation zu schützen. Aber die ministerielle Tätigkeit, wie sie sich in der Lärmbroschüre äußert, ist einfach unzureichend. Sie ist leider nur viel Lärm um nichts! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Koller. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Koller (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn heute in dieser Debatte das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz seitens der Opposition hinsichtlich seiner Aktivität besonders kritisiert wird, so darf ich doch hier allgemein feststellen, daß es seit Errichtung dieses Ministeriums in gesundheitspolitischer Hinsicht Maßnahmen gegeben hat, meine Damen und Herren, die heute dieses Österreich zu einem positiven Beispiel für viel größere und reichere Staaten der Welt machen. Ich darf vor allem daran erinnern, daß erstmals vor fünf Jahren, erstmals in der Zweiten Republik eine Gesamtsicht jener Probleme erstellt wurde, die für die Gesundheit und für eine gesunde Umwelt von Bedeutung sind.

Der Herr Abgeordnete Hanreich hat diesen Katalog, glaube ich, in den Händen gehabt, wenn ich richtig gesehen habe, und ich möchte dazu folgendes sagen: Natürlich, Herr Abgeordneter, war es nicht möglich, in fünf Jahren einen solchen Plan zu realisieren, aber jedenfalls rechtfertigen schon heute die bisherigen Erfolge die Errichtung eines eigenen Ministeriums für Gesundheit und Umweltschutz.

Wenn ich mich nun im Rahmen dieser Spezialdebatte, meine Damen und Herren, kurz

mit dem Umweltschutz befasse, so möchte ich vorerst feststellen, daß durch die hochaktuellen Probleme, die auf diesem Gebiet entstanden sind, der Gedanke des Umweltschutzes zweifellos in der Bevölkerung echt verankert wurde. Es ist sicher zu einer Bewußtseinsbildung bei der Bevölkerung, bei unseren Menschen gekommen. Und dieses Umweltbewußtsein sollte auch in Zukunft, wie ich glaube, in verstärktem Maße gefördert werden.

Ich möchte hier besonders die positive Mitarbeit der Medien hervorheben. Auf die Mitarbeit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens sind wir sicher auch in Zukunft angewiesen. Probleme unserer Umwelt und alles, was die Gesundheit betrifft, finden heute die erhöhte Aufmerksamkeit unserer Menschen.

Ich glaube auch, daß die Menschen bereit sind, ihren Beitrag dazu zu leisten, daß diese Umwelt so gestaltet wird, wie wir sie uns vorstellen. Man muß es ihnen aber immer glaubhaft machen, daß alle Maßnahmen, welche in dieser Hinsicht gesetzt werden, nur einem Ziel dienen: die Gesundheit zu schützen und die Gefahren für die Gesundheit abzuwenden. Das ist sicher eine sehr wichtige politische Aufgabe, mit der wir ständig konfrontiert sind, und es werden sich immer wieder neue Aufgaben mit fortschreitender Technisierung stellen, die natürlich auch immer wieder bewältigt werden müssen.

Die Aufklärung der österreichischen Bevölkerung über gesundheitspolitische Gefahren, meine Damen und Herren, stellt daher eine besonders wichtige Maßnahme dar. Ich glaube, daß sich die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wirklich sehen lassen kann und daß gerade auf diesem Gebiet eine besondere Aktivität entfaltet wurde, ohne sie hier im einzelnen anführen zu müssen. Das hat vor allem Herr Abgeordneter Samwald getan, er hat verschiedene Maßnahmen taxativ aufgezählt, die ich ergänzen könnte.

Es hat auf jeden Fall diesbezüglich sehr viel Information in Form von Druckschriften, von Inseraten, von Filmen, im Rundfunk und auch im Fernsehen stattgefunden. Sie geben, so glaube ich, einen sehr deutlichen Hinweis auf die Aktivität dieses Ministeriums.

Meine Damen und Herren! Daß es große Kompetenzschwierigkeiten gibt, das wissen wir. Es soll ja dem Nationalrat ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher dieses Ministerium im verstärkten Maße in die Lage versetzt, seine Aufgaben auf dem Gebiete des Umweltschutzes wahrzunehmen. Sie wissen auch, daß ein Umweltschutzgesetz und ein Abfallbeseitigungsgesetz in Vorbereitung sind.

Koller

Es existieren in diesem Bereich natürlich große verfassungsrechtliche Schwierigkeiten. Für deren Lösung gibt es ja ein sehr positives Beispiel in der Bundesrepublik. Dort hat man die Verfassung geändert und eine Reihe moderner Gesetze erlassen, die den heutigen Anforderungen Rechnung tragen.

Sicher, meine Damen und Herren, muß man sich hüten, an der Zahl von Gesetzen und auch nach der Höhe des Budgets den Stand des Umweltschutzes einer Nation zu messen. Das strengste Gesetz hilft nichts, wenn es nicht vollzogen wird; es gibt genügend Beispiele. Ich möchte daran erinnern, daß es in jedem Bundesland ein sogenanntes Naturschutzgesetz gibt, aber bei dessen Durchführung muß man oft feststellen, daß diese Möglichkeiten eben nicht entsprechend ausgenützt werden.

Zur Abfallbeseitigung. Wir haben uns lange damit herumgeschlagen, wie man den ganzen Abfall, den ganzen Mist wegbringt. Dann haben wir darüber geredet, was man aus dem Abfall machen könnte, haben von der Verwertung gesprochen, und jetzt diskutieren wir über die Vermeidung der Abfälle. Ein entsprechendes Gesetz soll hier eingebracht werden. Ich erinnere an die Einwegflaschen, an die verschiedenen Dosen, wo bestimmte Inhalte verboten werden sollen.

Ein bekannter Umweltschützer hat gefragt, ob man das Pferd nicht vom Schwanz her aufzäumt, denn die Vermeidung der Abfälle hätte zweifellos am Anfang stehen müssen. Aber ich glaube, für ein gutes Gesetz ist es nie zu spät.

Meine Damen und Herren! Diese Regierung – das möchte ich besonders hervorheben – betrachtet den Schutz unserer Umwelt als ein besonders vordringliches Anliegen der Regierungspolitik.

Ich darf hier nur kurz auf die besonders hohen Förderungsmittel hinweisen, und zwar im Rahmen des Wasserwirtschaftsfonds zur Verbesserung der Wasserversorgung und auch zur Verbesserung der Abfallbeseitigung. Sehr hohe Mittel wurden gleichfalls für die Reinhaltung der österreichischen Seen aufgewendet.

Natürlich können ebenso die Gebietskörperschaften, die Bundesländer und die Gemeinden, darauf hinweisen, daß viele Millionen für den Umweltschutz ausgegeben wurden. Es gibt von der Verbindungsstelle der österreichischen Bundesländer einen Katalog von Landesgesetzen und von Maßnahmen. Man kann ganz genau feststellen, daß es in den vergangenen Jahren eine sehr beträchtliche Anzahl solcher Maßnahmen gegeben hat, die für den Umweltschutz von sehr großer Bedeutung sind.

Natürlich, meine Damen und Herren, entbrennt oft die Frage oder gibt es oft eine Diskussion darüber, ob wohl Hinreichendes auf diesem Gebiet getan wurde. Der Wunsch, verschiedene Maßnahmen und Vorhaben hier schneller zu setzen, ist zweifellos nicht zu überhören.

Man muß aber bedenken, daß hinter solchen Vorhaben eine oft sehr harte finanzielle Realität steht. Bei der Beurteilung dieser hochaktuellen Probleme des Umweltschutzes sollten wir uns aber, so glaube ich, vor Extremen schützen. Es scheint mir wenig sinnvoll zu sein, wenn wir bei jeder Gelegenheit apokalyptische Vorstellungen heraufbeschwören und darüber nachdenken, wieviel Gift jetzt da herunterkommen muß, bis wir zugrunde gehen.

Hohes Haus! Besser ist es jedenfalls, danach zu trachten, daß der Umweltschutz zu einer Gewissensfrage für alle wird. Dazu ist das Zusammenwirken zwischen der Bevölkerung und der öffentlichen Hand natürlich unbedingt notwendig.

Ich glaube, die Verantwortlichen haben sich um entsprechenden Rückhalt und um Verständnis für ihre Entscheidungen bei der Bevölkerung auch fortlaufend zu bemühen. Eine laufende Aufklärung über alle Gefahren der Umweltverschmutzung ist erforderlich, um die Zustimmung bei der Durchsetzung notwendiger Maßnahmen erreichen zu können. Wie erwähnt, ist die Mithilfe der Medien natürlich sehr entscheidend für den Erfolg, denn ohne Verständnis und ohne Mitarbeit der Bevölkerung wird das Bemühen um eine saubere Umwelt sicher nicht zum Ziele führen.

Aber ich glaube, man wird sicher Verständnis dafür finden, denn es geht doch erstens um Voraussetzungen für die Gesundheit, zweitens geht es darum, die schädlichen Folgen der Zerstörung der Umwelt für die Gegenwart und auch für die kommenden Generationen abzuwenden, und drittens geht es um die Art und Weise, wie man die Umwelt schützt und sie sauber hält.

Obwohl heute vor allem der technische Fortschritt sehr viele Probleme in dieser Richtung mit sich bringt, kann die entscheidende Frage nicht lauten, wie auch ein sehr bekannter Umweltschützer gesagt hat: Fortschritt oder eine gesunde Umwelt!, denn sicher müßte beides möglich sein.

Ich glaube aber, daß alle Vorkehrungen zur Behebung der Luftverschmutzung, der Verschmutzung des Wassers und des Bodens sicher nur ein Teil dessen sind, was uns not tut. Denn in einem Fremdenverkehrsland wie Österreich haben natürlich Naturschutz und Landschafts-

Koller

pflege nicht nur ökologische, sondern sicher in sehr hohem Maße auch wirtschaftliche Bedeutung.

Hohes Haus! Etwas möchte ich ganz besonders hervorheben. Wir wissen, daß die bäuerliche Tätigkeit eine landschaftsschützende Funktion hat, und wir geben auch zu, daß sich deren Ertrag natürlich nicht immer in den Wirtschaftsrechnungen der Bauern niederschlägt. Diesbezüglich ist die Landwirtschaft – und das wollen wir anerkennen – nicht nur Wirtschaftszweig, sondern hat auch eine sehr bedeutende Rolle als Kulturfleger der Landschaft. Der Schutz muß sich zweifellos, meine Damen und Herren, auf unsere Landschaft als Ganzheit beziehen.

Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Anbetracht der gestrigen 15stündigen Debatte und in Anbetracht eines bevorstehenden Wochenendes darf ich zum Schluß kommen und nur noch zwei Sätze zu diesem Problem sagen. Ich glaube, man muß bei dem Wort „Umweltschutz“ nicht nur immer an Milliardenbeträge denken. Umweltschutz ist sicher ein Akt der Menschlichkeit, ist sicher ein Akt der Rücksichtnahme auf den Nächsten. Ich glaube, jeder Mensch muß von sich aus bereit sein, seinen Beitrag dazu zu leisten, damit diese Umwelt so gestaltet wird, wie wir sie uns vorstellen.

Meine Damen und Herren! Umweltschutz und Gesundheit haben mit Verantwortung zu tun, die jeder trägt, jeder an seinem Ort. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Pelikan. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Pelikan** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf vorausschicken, daß ich in vielem – nicht in allem selbstverständlich – mit meinem Vorredner übereinstimme, vor allem auch, was die Zeitökonomie anlangt. Ich möchte auch zum Kapitel Umweltschutz sprechen und hier vielleicht einige grundsätzliche Überlegungen zur Diskussion stellen.

Ich glaube, die Zielsetzung der Umweltschutzpolitik besteht in dreierlei: in der Beseitigung jener Faktoren, die zur Schädigung des Lebens, der Gesundheit und der Umwelt des Menschen überhaupt führen, in der Verbesserung der Umweltbedingungen allgemein und in der Erhöhung der Sparsamkeit beim Verbrauch der Ressourcen inklusive Energie.

So gesehen ist Umweltschutzpolitik auch eine wirtschaftspolitische Zielsetzung. Es ist gewissermaßen eines der vielen Ziele einer modernen

Wirtschaftspolitik. Früher einmal sprach man vom magischen Dreieck, nämlich Vollbeschäftigung, Zahlungsbilanz und Währungsstabilität. Aus dem ist jetzt ein ganzes Bündel von Zielen geworden, und dazu gehört selbstverständlich auch die Umweltschutzpolitik. Daraus ergibt sich, daß man auch Umweltpolitik nicht ohne gute Wirtschaftspolitik betreiben kann.

Hier mein erster Kritikpunkt: Mit dieser Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, werden Sie die Probleme des Umweltschutzes nicht lösen, genausowenig wie Sie den Kampf gegen die Armut gewonnen haben, genausowenig wie Sie den Kampf gegen das Sterben vor der Zeit gewonnen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider Gottes ist die Diskussion über den Umweltschutz sehr oft von Unsachlichkeiten geprägt, so nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß! Umweltschutz ist primär eine moralische Aufgabe und in zweiter aber deswegen nicht weniger wichtiger Linie eine organisatorische und vor allem auch eine finanzielle Aufgabe.

Es wäre aber ganz verfehlt, wenn man angesichts dieser Umweltproblematik das System der sozialen Marktwirtschaft in Frage stellte. Das Versagen der staatlichen Stellen bei der Lösung der Probleme ist die Ursache und nicht das System. Es gibt Beispiele genug von Planwirtschaften des Ostens, die sehr große Probleme mit der Trinkwasserversorgung haben, weil dort rücksichtslos ohne Klärung Abwässer in die Vorfluter geleitet werden, weil es ungeordnete Deponien gibt und so weiter. Also die wirtschaftliche Ordnung, die Marktwirtschaft sollte man nicht zur Verantwortung ziehen, wenn man hier kritisiert.

Das Hauptproblem bei all dem – es ist in der Diskussion schon angeklungen – ist die Frage der Finanzierung. Dabei hat man sich doch vor Augen zu halten, daß der Aufwand für Umweltschutz betrieblich gesehen ja in die Gesamtkostenrechnung des Unternehmens eingehen muß. Die Investitionen für Umweltschutz, Betriebskosten, Forschung und Entwicklung gehen in die Preisgestaltung selbstverständlich ein, und daraus ergibt sich weiter ein Zusammenhang mit der jeweiligen Konjunktursituation. Bedauerlich ist nur, daß jetzt mit dem zweiten Abgabenänderungsgesetz das Letzte aus den Betrieben herausgepreßt wird und die Situation in den Betrieben sich zur Lösung gewisser Probleme immer mehr verschärft.

Die Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren sehr große Leistungen vollbracht und wird es auch weiter tun, soweit es ihr möglich ist, soweit es die Konjunktursituation und soweit es die

Dr. Pelikan

Ertragssituation im Betrieb erlaubt. Man hat hochgerechnet auf das Jahr 1980 und festgestellt, daß zum Beispiel die Industrie in dieser Dekade, 1970 bis 1980, fast 22 Milliarden Schilling für Umweltschutzmaßnahmen investiert hat beziehungsweise noch investieren wird. Davon entfallen 18,4 Milliarden auf Umweltschutzinvestitionen im engeren Sinn, und zwar für Wasserreinhaltung 9 Milliarden, für Luftreinhaltung 6,7 Milliarden, für Abfallbeseitigung 1,9 Milliarden und für Lärmbekämpfung 0,8 Milliarden Schilling. Rund 3,4 Milliarden werden darüber hinaus für Forschung und Entwicklung aufgewendet. Ich glaube, das sind sehr eindrucksvolle Ziffern.

Man kann überhaupt feststellen, daß Leistungen im Umweltschutz primär im privaten Sektor und auf Initiative der Länder erfolgt sind. Der ganze Prozeß des Recyclings bei der Abfallbeseitigung ist eine private Initiative durch Schaffung einer Abfallbörse, die des Problems Herr werden will, daß Abfälle ja eigentlich Rohstoffe sind, die nur zur falschen Zeit und am falschen Ort anfallen. Also die Wiederverwertung als Produktionsmittel ist hier im Vordergrund. Die Rückgewinnungsquote etwa bei Altpapier ist ständig im Steigen, sie beträgt jetzt bereits 28 Prozent; das sind jetzt jährlich 400 000 Tonnen Altpapier, die wieder verwendet werden können, wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden, ein Drittel unseres gesamten Bedarfes.

Der Bund ist auf diesem Gebiet sehr schwach – das ist heute schon mehrfach gesagt worden –, insbesondere die Kompetenz und die Aktivität des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz ist viel zu gering. Hier könnte viel mehr getan werden, und ich habe den Eindruck, daß der Umweltschutz in diesem Ministerium eher nur ein Appendix, ein Anhängsel, ist.

Es gibt eine sehr interessante Studie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen. Sie nennt sich „Probleme der Umweltpolitik in Österreich“ und stammt aus dem Jahre 1976. Darin heißt es – ich zitiere wörtlich –:

„Während die laufenden Kosten des Umweltschutzes gemäß dem Verursacherprinzip von den Herstellern der Erzeugnisse zu tragen sind, ergeben sich für die Umstellungsphasen besondere Finanzierungsprobleme. Ansatzpunkte für eine steuerliche Förderung der Investitionen sind in den geltenden Steuergesetzen bereits vorhanden. Zusätzliche Hilfe der öffentlichen Hand könnte auch durch Krediterleichterungen und Zins- (eventuell auch Annuitäten-)Zuschüsse für Umweltschutzinvestitionen erfolgen. Zur Organisation dieser Kredithilfen bieten sich in erster Linie die bestehenden Kreditaktionen an. Es besteht zurzeit eine Anzahl von Kredit-

aktionen, die durch teilweise Änderung der Kreditbestimmungen, aber jedenfalls nur unter Aufstockung der zur Verfügung stehenden Mittel für Maßnahmen des Umweltschutzes genützt werden können. Die Aufstockung der Mittel könnte derart erfolgen, daß seitens des Bundes (oder auch der Länder und so weiter) eine gewisse Summe ausschließlich für Umweltschutzmaßnahmen bereitgestellt wird, die dann den vorhandenen Kreditaktionen überlassen wird. Die Mittel könnten einerseits durch Umschichtungen in den Budgets, andererseits auf dem Anleiheweg aufgebracht werden.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine sehr interessante Empfehlung des Beirates, und Sie bräuchten ihr eigentlich nur zu folgen, um, ich möchte nicht sagen, des Problems Herr zu werden, aber das Problem zumindest im Ansatz zu lösen versuchen. Sie verschanzen sich hingegen immer hinter den Kompetenzschwierigkeiten. Steuerliche Erleichterungen – dazu brauchen Sie keinen eigenen Kompetenztatbestand, da genügt eine Formulierung im Einkommensteuergesetz.

Meine Damen und Herren! Ich fasse zusammen: Wir anerkennen, die Wirtschaft anerkennt die Notwendigkeit einer aktiven Umweltschutzpolitik. Umweltschutz steht dabei aber gleichrangig mit anderen politischen Zielsetzungen, wie Vollbeschäftigung, Gesundheit, Bildung, Lebensstandard. Die Umweltschutzpolitik muß sich in die Gesamtpolitik einfügen und bedarf der Abwägung nach Prioritäten.

Ein großes Problem ist die Unsicherheit über die wirtschaftlichen Belastungen, die allenfalls noch über uns hereinbrechen werden. Und die Unruhe über immer neue strengere steuerpolitische Maßnahmen erschwert die Planung und die Durchführung von Umweltschutzmaßnahmen.

Ökologie darf nicht ohne Ökonomie betrieben werden. Ich habe schon gesagt, Umweltschutz bedarf einer gesunden Wirtschaft, sonst kann man das Problem nicht lösen. Es bedarf des weiteren der Kooperation zwischen Wirtschaft und Staat.

Ich glaube, wir sind uns alle über das Ziel einig, wir, die wir ja alle Bürger dieses Landes sind und in einer ökologisch wie ökonomisch möglichst intakten Umwelt leben wollen. Das eine ist ohne das andere letztlich nichts wert.

Und ich unterstelle Ihnen nicht, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, eine fehlende Einsicht in die Probleme. Das unterstelle ich Ihnen gar nicht. Wohl aber mache ich Ihnen den Vorwurf, daß Sie zur Lösung des Problems bisher nichts geleistet haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kammerhofer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Kammerhofer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Libal, die Materie ist mir zu wichtig, weil es um Probleme der Selbständigen geht, als nur zehn Minuten darüber zu reden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach einigen Fakten zum Gesamtbudget möchte ich mich auf zwei Problemkreise konzentrieren: Es sind dies die Probleme der Selbständigen in diesem Staat an und für sich sowie die Probleme ihrer Sozialversicherung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erwähne jetzt bewußt einige Ziffern aus dem Budget, weil sie zur Beurteilung der Gesamtsituation der Selbständigen in diesem Staate notwendig sind.

Nach Defiziten von 18,5 Milliarden Schilling im Jahre 1974, von 37,2 Milliarden Schilling im Jahre 1975 und von 44 Milliarden Schilling im Jahre 1976 wird das Defizit des Bundeshaushaltes im laufenden Jahr zwischen 46 und 50 Milliarden Schilling liegen. Auch im kommenden Jahr ist mit einem Budgetabgang von mehr als 40 Milliarden Schilling zu rechnen.

Die Staatsschulden haben sich seit 1969 mehr als vervierfacht und werden im kommenden Jahr bei 250 Milliarden Schilling liegen. Damit ist heute jeder erwerbstätige Österreicher mit 80 000 S Staatsschulden belastet.

Diese fatalen Auswirkungen der horrenden Staatsverschuldung zeigen sich letztlich darin, daß der Schuldendienst bereits knapp 12 Prozent des gesamten Reinertragsrahmens ausmacht und in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Außerdem machen die Zinsen und Spesen mit 14,9 Milliarden Schilling schon fast so viel aus wie die Schuldentilgung mit 16 Milliarden Schilling. Beide zusammen übertreffen mit fast 31 Milliarden Schilling bereits die Ausgaben des Bundes für die Sozialversicherung mit 23,4 Milliarden Schilling um nahezu ein Drittel.

Die Grenzen der Finanzierbarkeit unserer Sozialversicherung zeichnen sich ab. Es sind Gruppen von Sozialversicherungsträgern in Finanzierungsschwierigkeiten geraten. Die große Frage stellt sich nun: Wer zahlt?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war an und für sich, wie der Kollege Pansi gesprochen hat, sehr emotionsgeladen, weil er es wieder nicht lassen konnte, einen Teil der Beschuldigung den Selbständigen aufzuhaufen, ihnen vorzuwerfen, daß sie 74 Prozent aus dem Budget oder aus dem Staatshaushalt für die

Finanzierung ihrer Anstalt als Zuschüsse kriegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erinnere mich auch, wie der Herr Abgeordnete Dr. Steyrer heute gesprochen hat. Er hat begonnen mit den Worten, er mache einen Ausflug in die große Welt der Arbeitnehmer.

Ich möchte ganz kurz einen Ausflug machen in die große Welt der Selbständigen. Es sind gleiche Menschen mit gleichen Empfindungen, gleichen Bedürfnissen. Sie erbringen Leistungen für die Gemeinschaft. Ich glaube, die Leistungen der Selbständigen können nicht geschmälert werden, denn sie waren es, die in den letzten Jahren die Arbeitsplatzsicherung am meisten oder am besten bewerkstelligt haben, sie bilden Lehrlinge aus, sie leisten seit 1945 einen ununterbrochenen Beitrag zum Aufbau Österreichs, und ein Großteil der Beschäftigten ist in diesen Klein- und Mittelbetrieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann nicht anders, ich muß Ihre moralische Kraft bewundern, die Sie aufbringen, wenn Sie den Selbständigen vorhalten, daß sie mehr oder minder nicht in der Lage wären, für sich selbst zu sorgen, die Beiträge für ihre Sozialversicherung aufzubringen.

Ich verstehe diese Selbständigen, wenn sie absolut in der letzten Zeit immer mehr das Gefühl kriegen, daß das Leben sinnlos wird und daß die Zukunft ohne Zukunft ist. Wir brauchen dazu nur einige Aussagen des neuen SPÖ-Programms zur Hand zu nehmen. Ich glaube, dann wird verständlich, daß die Leute die Freude an der Leistung verlieren und kein Gefühl mehr für die Zukunft haben.

Ich habe hier ein Zitat, und ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus einer SPÖ-Broschüre, in der ganz offen gesagt wird – sie ist allerdings schon Jahre alt, und da steht –: „Erst im Laufe der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft wird dann eine vollständige Umwandlung des menschlichen Charakters vor allem durch das Heranwachsen einer neuen, im sozialistischen Sinne erzogenen jungen Generation erfolgen. Aber selbst dort, wo die schlechten und eigensüchtigen Eigenschaften der Menschen nur mit Schwierigkeiten überwunden werden können, werden sich keine neuen Klassen bilden. In der ersten Phase des Sozialismus wird es zwar noch Privateigentum an Arbeitsmitteln in den Händen der kleinen selbständig Erwerbenden geben, also das Arbeitseigentum der Bauern und Gewerbetreibenden.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war der Meinung, daß solche Aussagen überholt sind. Aber wenn ich das heutige neue SPÖ-Pro-

Kammerhofer

gramm zur Hand nehme und wieder zitiere, dann finde ich das auch hier sehr überraschend, und zwar steht unter 2.3.: „Die Hoffnung auf eine neue Gesellschaft.“ Hier bescheinigt man den Selbständigen in einem Satz, daß man sie braucht, im zweiten Satz kündigt man aber an, daß man ihnen zwar die Produktionsmittel belassen würde, aber nur soweit, als sie fähig seien, diese mit ihrer eigenen Kraft oder mit ihrer eigenen Arbeit zu betreiben. Und ich zitiere:

„Durch den fortschreitenden Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft werden viele Selbständige in Handel und Gewerbe gezwungen, ihre Selbständigkeit – sei es durch Betriebsstilllegung, sei es durch Anschluß an Großbetriebe – aufzugeben. Dadurch wird die Versorgung bestimmter Bevölkerungsgruppen beeinträchtigt. Vor allem auf das Handwerk mit seinem Können und seinen wichtigen Dienstleistungsfunktionen aber kann nicht verzichtet werden.“

Eine sehr vernünftige, eine sehr logische Aussage. Es heißt aber dann, wenn ich zitieren darf, für genau dieselbe Gruppe, von der man weiß, daß man sie unbedingt braucht – ich zitiere weiter –:

„Wir sind heute die Partei der Arbeiter ebenso wie die der Angestellten und Beamten, der Intellektuellen, Wissenschaftler und Techniker ebenso wie die der fortschrittlichen Manager und Kuturschaffenden sowie jener Selbständigen in Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, die von ihrer eigenen Arbeit leben.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! An dem marxistischen Gedankengut hat sich nichts geändert. Ich bewundere den Herrn Bundeskanzler, wenn er dazu einlädt, ein Stück Weges mit der Sozialistischen Partei zu gehen. Wenn wir diese Sätze lesen, so müssen wir wissen: Es gibt keine Umkehr. Da wird verständlich, daß viele Selbständige in diesem Staat das Leben als sinnlos empfinden.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich zu den Problemen der Sozialversicherung dieser Selbständigen kommen. Es ist ganz einfach ein Strukturproblem: 177 000 Versicherten stehen 130 000 Pensionisten gegenüber. Ein Verhältnis von 1,36 Versicherten zu einem Pensionisten.

Herr Bundesminister! Ich habe Sie schon im Ausschuß gefragt: Haben Sie ein Konzept für die Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft und für die Probleme der Wirtschaftstreibenden?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich auch heute wieder geärgert, als der Obmann des Sozialausschusses wieder einmal mehr zu Beschimpfungen der Selbständigen

angesetzt hat. Herr Kollege Pansi! Ich empfinde es nämlich als Beschimpfung, wenn man jemandem vorhält, daß er sich 1974 aus dem Staatshaushalt Zuschüsse erbettelt hat oder zumindest den Staat zu Hilfe ruft und sagt, er sei nicht in der Lage, seine Probleme zu finanzieren.

Ich habe schon gesagt: Das Problem der Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft ist ein Strukturproblem. Wir haben außerdem ein sehr ungünstiges hohes Durchschnittsalter. Unser Durchschnittsalter bei den Versicherten liegt bei 55 Jahren, während es im ASVG knapp über 30 Jahre liegt. Auch von der Einkommensstruktur der Selbständigen hat man übertriebene Vorstellungen. Man glaubt immer, das sind lauter Reiche, und die sind ja in der Lage, ihre Probleme allein zu lösen.

Ich darf Ihnen eines sagen, Herr Kollege Pansi: Von den 177 000 Versicherten haben 73 800 – davon 23 500 Personen, die noch nicht länger als drei Jahre selbständig sind – die Mindestbeitragsgrundlage. Das sind 41,6 Prozent. Die Höchstbeitragsgrundlage von 17 500 S monatlich und mehr haben nur 41 500 Personen; das sind 23,40 Prozent; also nicht einmal ein Viertel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dasselbe Problem haben wir in der Krankenversicherung. Es sind alle Kassen defizitär. Ich brauche auf die Gründe nicht einzugehen. Ein besonderes Strukturproblem ist aber in der Versicherung der Selbständigen-Krankenkasse. Denn wenn wir nicht die Pensionisten zu betreuen hätten, weil wieder dasselbe Problem da ist – 177 000 zu 130 000 –, dann würden wir bei den Aktiven aktiv gebaren. Hier hätten wir Überschüsse. Allerdings brauchen wir das Doppelte oder Dreifache für die Pensionisten. Ich bin auch hier der Meinung, daß es notwendig wäre, daß der Bund mithilft, dieses Problem zu lösen.

Ein weiteres Argument darf ich Ihnen noch sagen. In der Jugend wird man nicht selbständig. Da ist man nach dem ASVG versichert. Dort zahlt man Beiträge. Erst nach dem 40. oder 45. Lebensjahr wird man selbständig. Und dann beginnen die Zeiten, wo man den Arzt, das Spital wesentlich öfter in Anspruch nehmen muß. Ich glaube, daß wir den Kollegen Pansi doch einmal überzeugen können, daß es nicht ein verschuldetes Problem ist, sondern ein Strukturproblem, Herr Kollege Pansi, das wir aber vorbildlich gemeistert haben durch den Selbstbehalt, durch sehr hohe Beiträge. Denn ein Verheirateter bei uns zahlt schon über 22 Prozent seines Einkommens an die Sozialversicherung als Beitrag. Dieses Problem kann nur gelöst werden, wenn man es etwa so in Angriff nimmt, wie es zwischen Angestellten- und

Kammerhofer

Arbeiterpensionsversicherung geschehen ist, oder auch durch sonst irgendeine Möglichkeit, die aber sicherlich nur vom Bund kommen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein letzter Beitrag, Herr Abgeordneter Pansi, ist jetzt die finanzielle Situation der Pensionsversicherungsanstalt der Selbständigen. Ich darf Ihnen noch einmal die Ziffern nennen: 177 000 Aktive, 130 000 Pensionisten. Außerdem zahlt die gewerbliche Pensionsversicherung heuer 1,2 Milliarden Schilling für Fremdversicherungszeiten. Ich glaube, ich brauche Ihnen nicht zu sagen, was das für Zeiten sind. 1,2 Milliarden Schilling für Fremdversicherungszeiten! Das ist eine Zahlung, für die wir nie Beiträge erhalten haben. Für die haben wir nie Beiträge erhalten!

Nun zur finanziellen Situation. Der Aufwand in der Pensionsversicherung ist 6,8 Milliarden Schilling. Die Einnahmen aus der Pensionsversicherung, also Versichertenbeiträge, sind 1,8 Milliarden Schilling. Ausgleichszulagenersatz: 828 Millionen Schilling, Gewerbesteuerermittel: 1 700 Millionen Schilling. Ein Bundesbeitrag von 2 365 Millionen Schilling. Und sonstige Einnahmen: 24 Millionen Schilling.

Jetzt werde ich mich bemühen, diese Ausgaben zu analysieren. Es genügt nicht zu behaupten, Herr Kollege Pansi, daß 73 oder 74 Prozent der Ausgaben aus öffentlichen Mitteln bestritten werden. Vielmehr ist es notwendig, einzelne Ausgaben- und Einnahmenposten auf ihre Entstehung hin zu untersuchen und darüber hinaus Vergleiche mit anderen Pensionssystemen anzustellen.

Unter diesem Gesichtspunkt müssen speziell der Ausgleichszulagenaufwand, die Gewerbesteuerermittel und der Wanderversicherungsaufwand analysiert werden. Die Ausgleichszulagen sind vom Bund zu finanzieren. Daher sind vom gesamten Gebahrungsvolumen von 6 800 Millionen Schilling 828 Millionen Schilling abzusetzen. Somit verbleiben 5 900 Millionen Schilling. Die Gewerbesteuerermittel sind sicherlich unser Dienstgeberäquivalent. Um Vergleiche mit der ASVG-Pensionsversicherung möglich zu machen, müssen die Gewerbesteuerermittel von 1,7 Milliarden Schilling aus dem im Punkt 1 ermittelten Betrag herausgenommen werden. Somit verbleiben 4 200 Millionen Schilling.

Nun zum Wanderversicherungsaufwand. 1977 leistet die gewerbliche Pensionsversicherung 1 200 Millionen Schilling für Fremdversicherungszeiten, vor allem nach dem ASVG. Ein finanzieller Ersatz ist nicht vorgesehen, obwohl die ASVG-Versicherung dafür Beiträge kassiert hat. Dieser Betrag kann daher nicht der Riskengemeinschaft der Gewerbetreibenden angelastet werden und reduziert folglich den im

Punkt 2 erzielten Betrag. Es verbleiben 3 200 Millionen Schilling.

Nun zusammenfassend: Nach Ausgleich mit allen Beträgen ergibt sich somit ein Rest von etwas mehr als 3 Milliarden Schilling. Die Beiträge der Gewerbetreibenden und die sonstigen Einnahmen belaufen sich auf 1,8 Milliarden Schilling. Die Differenz von diesem Betrag auf 3 Milliarden Schilling macht somit 1 165 Millionen Schilling aus. Und diesem Betrag von 1 165 Millionen Schilling entsprechen, bezogen auf den Gesamtaufwand der Pensionsversicherung, 17 Prozent. Das ist somit jener Satz, den die öffentliche Hand zuschießt, wenn eine gegenüber der unselbständigen Versicherung gleiche Ausgangsposition hergestellt wird.

In einer Situation, in der durch einen wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozeß bedingt die Beitragszahler laufend abnehmen und die Zahl der Pensionsberechtigten ständig steigt, kann vom Staat eine finanzielle Mitverantwortung in dieser Höhe verlangt werden. Es ist ausgeschlossen, den zahlenmäßig abnehmenden Wirtschaftstreibenden die finanzielle Sicherung ihrer ehemaligen Berufskollegen allein zu überlassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde Sie bitten *(Abg. Dr. Tull: Lauter!)* – ich werde es lauter sagen –, daß Sie den Selbständigen einmal sehr ehrlich sagen, was Sie wollen.

Sie wollen nur in der ersten Phase den Selbständigen die Produktionsmittel belassen und sie darüber verfügen lassen. Sie wollen das Problem der Selbständigen vielleicht kalt lösen. Sie sind nicht bereit, die Lösung in Angriff zu nehmen, und der Herr Minister hat bisher geschwiegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Feurstein. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die sozialistischen Abgeordneten haben uns heute, einer nach dem anderen, einen Zahlenfriedhof serviert. Ich denke vor allem an die Abgeordneten Egg, Treichl und Kunststätter. Man sagt, daß Zahlen ein Laternenpfahl für Politiker sind. In diesem Fall wurden Sie zweifellos vom Laternenpfahl nicht erleuchtet.

Meine Damen und Herren! Es sind hier wirklich sehr ernste Dinge, die wir heute zu behandeln haben. Es geht um das Problem der Armut, und es ist sicherlich wertvoll, daß sich der Herr Sozialminister damit auseinandergesetzt hat. Aber mit Statistiken allein kann man

Dr. Feurstein

dieses Problem nicht lösen. Dr. Kohlmaier und Dr. Schwimmer haben sehr deutlich nachgewiesen, daß es auch ein Problem der Besteuerung ist. Herr Sozialminister, ab 1. Jänner 1978 werden Lohn- und Gehaltsempfänger, die Einkommen unter den Richtsätzen der Ausgleichszulagen beziehen, Lohnsteuer bezahlen. Das gilt für die Alleinstehenden und für die Ehepaare. Und das bezeichnen wir eben als eine steuerliche Belastung der Armut. Dagegen wenden wir uns! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Budgetpolitik, die uns hier vorgestellt wird, ist aber auch in vielen Bereichen unwahr. Unwahr sind zum Beispiel Ansätze, die für Leistungen der Arbeitslosenversicherung veranschlagt sind. Im Entwurf sind rund 4 Milliarden Schilling vorgesehen. Wenn wir in den Erläuterungen nachlesen, so können wir feststellen, daß damit die Beihilfen für 45 000 Arbeitslosen- und Notstandsbeihilfenempfänger finanziert werden können.

Nun, was nennen der Herr Finanzminister und der Herr Präsident des Nationalrates für Arbeitslosenzahlen für das Jahr 1978? Sie nennen übereinstimmend 70 000 bis 80 000 Arbeitslose. Hier müssen wir einfach fragen: Was geschieht mit den 25 000 Arbeitslosen, die durch die Voranschlagsansätze, die heute die Sozialisten mit ihrer Mehrheit beschließen werden, nicht abgedeckt sind? Für 25 000 Menschen wird eben nicht vorgesorgt. Dem Sozialminister werden runde 1,5 Milliarden Schilling fehlen, um die Arbeitslosenbeihilfen finanzieren zu können. Ich weiß, man kann Budgetüberschreitungsgesetze einbringen, aber Budgetüberschreitungsgesetze müssen auch finanziert werden. Bedeutet das wieder neue Belastungen, bedeutet das wieder Beitragserhöhungen oder wieder einen Griff nach einem Fonds?

Meine Damen und Herren! Sie betreiben hier mit den arbeitenden Menschen in Österreich eine Vogel-Strauß-Politik. Die Minister sitzen immer mehr im goldenen Käfig und lassen andere schuften. Es ist schon richtig, wenn Journalisten den Herrn Bundeskanzler ab und zu mit dem Sonnenkönig von Versailles vergleichen. Es wäre Aufgabe des Parlaments, diese Ausgabenpolitik endlich einmal zu kontrollieren und zu beaufsichtigen. Das geschieht aber eben nicht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister! Sie haben in Ihren Reihen willige Diener, die bereitwillig alle Dinge beschließen, die Sie ihnen vorlegen. Nun, was tun Sie, Herr Sozialminister? Ich sehe, die Arbeitsmarktförderungsmittel haben eine sehr beachtliche Höhe erreicht, und das ist sicherlich sehr zu begrüßen. Zur Verwendung dieser Mittel muß man allerdings feststellen, daß sie zu einem Teil verschwendet werden. Herr Sozialminister,

ich denke vor allem an die Schulungsaktionen. Was geschieht hier? Man weiß nicht, warum geschult wird, wozu geschult wird, wofür geschult wird. Wo ist Ihr Konzept für Schulungsaktionen? Es gibt sicherlich sehr umfangreiche Broschüren, dort steht allerdings von allem etwas drinnen. Ein Konzept für Schulungsmaßnahmen ist daraus nicht abzulesen.

Ich denke vor allem an die Politik, die die Landesarbeitsämter betreiben, und ich nenne wiederum das Landesarbeitsamt in Vorarlberg, das sich einfach nicht bereit erklärt, seine Mittel, die sehr beachtlich sind – 30 Millionen Schilling –, mit den Mitteln, die das Land Vorarlberg für die Wirtschaftsförderung und die Sicherung der Arbeitsplätze verwendet, zu koordinieren. Der Leiter des Arbeitsamtes, der gleichzeitig sozialistischer Abgeordneter ist, lehnt die Zusammenarbeit immer wieder ab, wenn es um den Einsatz dieser Mittel geht. Das ist verantwortungslose Arbeitsmarktpolitik.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen – und das soll eine dritte Feststellung sein –, daß nicht stimmt, was der Herr Bundeskanzler gestern gesagt hat, als er meinte, er würde die Klein- und Mittelbetriebe in besonderer Weise fördern, weil eben gerade sie die Arbeitsplätze sichern. Ich weiß nicht, ob Sie dem Herrn Bundeskanzler richtig zugehört haben, ich habe das Stenographische Protokoll herausgeholt. Er spricht nicht davon, was er den Klein- und Mittelbetrieben gegeben hat, sondern er spricht nur davon, was er der Industrie gegeben hat. Sicherlich ist Industrieförderung notwendig. Wir müssen aber auch den Klein- und Mittelbetrieben, den Gewerbetreibenden helfen, wir müssen sie fördern, weil eben nur sie die Garanten der Vollbeschäftigungspolitik sind.

Diese Hetze, diese Propaganda gegen die Unternehmer, gegen die Selbständigen zieht sich durch alle Kreise. Lesen Sie einmal im Rednerdienst des Österreichischen Gewerkschaftsbundes nach. Da kann man lesen, wie und in welcher Weise das Abgabenänderungsgesetz begründet werden soll. Es wird festgestellt, daß es dazu dient, die ungerechtfertigten Gewinne der Unternehmer und der Selbständigen zu beschneiden. Man kann weiterlesen und erfährt, daß es nicht gerechtfertigt sei, wenn sich ein Unternehmer oder ein Selbständiger ein neues Auto kauft, es sei eine Forderung der Steuergerechtigkeit, daß auch die Unternehmer ihre Autos besteuern.

Meine Damen und Herren! Das ist eindeutig Hetze. Herr Abgeordneter Pansi, wenn Sie heute mittag von Belangsendungen und dergleichen geredet haben, so muß man erwidern, daß von

Dr. Feurstein

Ihrer Seite solche Pauschalverdächtigungen immer wieder in den Raum gestellt werden (*Zustimmung bei der ÖVP*), Pauschalverdächtigungen, die unser Klima verschlechtern, das Klima, das dringend notwendig wäre, um jene Partnerschaft herzustellen, die die Arbeitsplätze schlußendlich sichert.

Vielleicht noch ein letzter Punkt. Herr Sozialminister, Sie haben in den letzten Tagen ein neues Konzept für die Behinderten vorgestellt. Es verspricht eine große Zahl neuer Einrichtungen und neuer Werkstätten. Ich verschweige gar nicht, daß der erste Teil, die Grundsätze für die Rehabilitation, wichtige Anliegen beinhaltet und auf wichtige Anliegen hinweist. In der Konkretisierung ist das aber in vielen Bereichen verschwommen und unklar.

Ich habe den Entwurf zum Bundesvoranschlag sehr aufmerksam durchgesehen. Ich weiß nicht, wo Sie die Gelder finden und veranschlagt haben, um dieses Konzept zu verwirklichen. Ich habe wiederum den Eindruck, daß es sich nur um leeres Gerede handelt und nicht um konkrete Maßnahmen, die die Behinderten sehr dringend notwendig haben würden. (*Zwischenruf des Bundesministers Dr. Weißenberg.*) Aber mit 80 Millionen können Sie nicht diese vielen hundert Plätze – Sie sprechen von tausend Arbeitsplätzen für Behinderte, die Sie verwirklichen wollen – schaffen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und noch etwas: Bei der Verwirklichung fehlt mir einfach das, was für die Behinderten sehr entscheidend ist. Es handelt sich um ein ernstes Anliegen, nämlich um die menschliche Nähe und die Vertrautheit, die vor allem die Behinderten brauchen. Was schlagen Sie statt dessen vor? – Sie schlagen mehr Bürokratie und auch eine neue Zentralisierung vor. Herr Sozialminister, Sie verwirklichen nicht die Grundsätze, die Sie eingangs erwähnt haben und zu denen Sie sich bekennen sollten. Bekennen Sie sich zu diesen Grundsätzen, die Sie aufgestellt haben, und dann sieht diese Konkretisierung des Programms anders aus.

Was sagen Sie dazu? Sie bezeichnen die Aktionen der Länder, die heute die Hauptverantwortung und die Hauptlast der Behindertenhilfe tragen, als zerfahrene, als zersplitterte Aktionen, als teure Aktionen. Aber wer schafft die Rehabilitationsplätze, wer arbeitet die Rehabilitationsprogramme aus? – Es sind auf Grund der Behindertengesetze und der Sozialhilfegesetze die Länder. Ich meine, Ihre Zentralisierung, Ihr Bundesverband, den Sie einrichten wollen, solche zentrale Einrichtungen sind uns einfach zu teuer.

Ich glaube – hier hat die ÖVP schon seit

langem Vorschläge gemacht –, es geht darum, daß man Hemmnisse für die Behinderten abbaut. Diese Vorschläge wurden bereits anläßlich der Beratungen der 29. ASVG-Novelle vorgelegt.

Ich verstehe einfach nicht, warum die behinderten Lehrlinge, die in Betrieben beschäftigt sind, auf die Pflichtzahl nach dem Invalideneinstellungsgesetz noch immer nicht angerechnet werden.

Ich verstehe auch nicht, warum Sie geschützte Arbeitsplätze, die beispielsweise bei der Lebenshilfe geschaffen werden, nicht aus den Mitteln der Sozialversicherung nach dem ASVG fördern. Ich denke vor allem an den § 201 ASVG, nach dem nur Arbeitsplätze der Gebietskörperschaften und der Interessenvertretungen gefördert werden, nicht aber geschützte Arbeitsplätze, die von den Lebenshilfe-Organisationen geschaffen werden.

Aus dieser Sicht ist das Programm unehrlich. Solche Hemmnisse müßte man beseitigen, dann würde man einen echten Dienst für die Behinderten, für unsere behinderten Menschen in Österreich leisten. Es wäre für Sie viel billiger, solche Hemmnisse abzubauen, als manche dieser neuen zentralen Einrichtungen zu schaffen. Zudem wäre eine Behindertenpolitik, die an der Basis wirksam wird, menschlicher.

Ich kann nicht mehr weiter auf diese Probleme eingehen, aber etwas lassen Sie mich abschließend sagen: Gestalten Sie in Zukunft die Sozialpolitik und alle Maßnahmen, die im Arbeitsbereich wirken, menschlicher! Das bedeutet ganz konkret: Weniger bevormunden und mehr helfen!

Als zusätzliches Ergebnis werden Sie dann feststellen, daß Sie auch finanzielle Mittel einsparen können und daß die Sozialpolitik, die an ihre Grenze gelangt ist, wieder finanzierbar wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. – Die Herren Spezialberichterstatter verzichten auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Beratungsgruppe VII des Bundesvoranschlages 1978 abstimmen. Diese umfaßt die Kapitel 15 und 16 in 631 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

7136

Nationalrat XIV. GP - 74. Sitzung - 2. Dezember 1977

Präsident Minkowitsch

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XV des Bundesvoranschlags 1978. Diese umfaßt das Kapitel 17 in 631 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 1507/J bis 1514/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung berufe ich für Dienstag, den 6. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 samt Anlagen (631 und Zu 631 der Beilagen):

Beratungsgruppe IV Inneres,

Beratungsgruppe V Justiz, und

Beratungsgruppe XII Landesverteidigung.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 35 Minuten